

PROTOKOLL

Begrüßung

von Weizsäcker

Unter den vielen Erfindungen, die Herr Körber während seines langen Lebens gemacht hat, ist die Begründung des Bergedorfer Gesprächskreises sicher eine der wichtigsten gewesen. Es ist ein Kreis, der sich aus der relativen Unverbindlichkeit rein privater Gespräche ebenso abhebt wie vom Scheinwerferlicht der unmittelbar öffentlichen Gespräche. Er hat sich, jedenfalls nach meiner Erfahrung, als eine weithin unentbehrliche Institution für den Gedankenaustausch in unserer Gesellschaft erwiesen und wird hoffentlich weiterleben nicht primär aus Pietät gegenüber seinem Erfinder, sondern weil unabweisbar ein Bedarf für eine derartige Kommunikation besteht.

Der Gesprächskreis hat schon verschiedentlich in diesem Hause, sozusagen der "guten Stube der Nation", getagt, zuletzt im Juli 1991. Damals lautete das Thema "Nach dem Sozialismus": Wie geht es weiter mit den neuen Demokratien in Europa?" Im gewissen Sinne knüpfen wir heute an diese Diskussion an, indem wir aber nicht nur nach der Zukunft der neuen Demokratien, sondern der Demokratie überhaupt, insbesondere unserer eigenen, fragen.

Wie steht es also um die Aussichten dieser Demokratie? Diese Frage richtet sich an die Denkenden und die Handelnden in unserer Gesellschaft, vor allem an die Bürger selber. Sollten wir uns im Laufe dieses Gesprächs auf der Suche nach Perspektiven verirren, dann könnte uns das Gedenken an Körber als Bürger in unserer Demokratie vielleicht wieder Mut machen. Insofern freue ich mich, daß wir in Erinnerung an ihn hier an einem Thema weiterarbeiten können, das wir gewissermaßen unter seinem Protektorat vor zwei Jahren an diesem Ort begonnen haben.

Voswinkel

Lassen Sie mich zunächst Ihnen, sehr verehrter Herr Bundespräsident, ganz herzlich dafür danken, daß wir an Ihrem Amtssitz wiederum ein Thema verhandeln können, das uns gegenwärtig in besonderer Weise beunruhigt: "Orientierungskrise in Politik und Gesellschaft". Bei dem Gespräch vor anderthalb Jahren, das Sie eben erwähnt haben, stand die Freude und Erleichterung im Vordergrund, daß die ideologisch begründete Zwangsherrschaft in den Ländern des Ostblocks zu Ende gegangen war und eine gute Chance bestand, die Freiheit für die Zukunft in diesen Gesellschaften fest zu verankern. Daß sich dies allerdings nicht von heute auf morgen vollziehen, große Anstrengungen erfordern und durch ein Tal der Tränen, wie es Ralf Dahrendorf seinerzeit formulierte, führen würde, darüber waren sich damals alle Gesprächskreisteilnehmer einig.

In vielen Ländern Mittel- und Osteuropas sind inzwischen erfreuliche Fortschritte auf diesem Weg festzustellen. Die meisten Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion befinden sich jedoch eher noch im Tal der Tränen, und es erscheint noch ungesichert, ob der Preis der Tränen tatsächlich Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und bessere materielle Lebensbedingungen sein werden.

In Deutschland hat sich gezeigt, daß das Zusammenwachsen der beiden Teile eine in verschiedener Hinsicht, also nicht nur wirtschaftlich, weit schwierigere und größere Aufgabe darstellt, als zunächst angenommen. Die Frage ist, ob wir in der alten Bundesrepublik bereit und in der Lage sind, diese Aufgabe wirklich als eine nationale Herausforderung in Bund, Ländern und Gemeinden, bei den Sozialpartnern und Unternehmen mit allen Konsequenzen anzunehmen. Oder haben wir uns schnell wieder hinter den Barrikaden unmittelbarer Interessen verschanzt und diese nationale Aufgabe auf ein Kosten- und Finanzierungsproblem reduziert, bei dem jeder möglichst günstig abzuschneiden versucht?

In den verschiedenen Politikbereichen haben Problemdruck und Entscheidungsbedarf in der letzten Zeit offensichtlich weit schneller zugenommen als die Fähigkeit, im Rahmen der politischen Entscheidungsprozesse adäquate Antworten und Lösungsmöglichkeiten zu finden. Die Folge ist, daß Lösungen immer erst dann durchzusetzen sind, wenn der Problemdruck sich bereits krisenhaft zugespitzt hat.

Dies alles trifft uns in einer Situation, in der für die weltpolitische Orientierung das vertraute Koordinationssystem, das in der Bipolarität der Welt seinen festen Bezugspunkt hatte, verlorengegangen ist. Ein neues Koordinatensystem muß erst noch gefunden werden. Dies ist eine Herausforderung, die sich nicht nur an die Politiker richtet, sondern der sich alle Gruppen der Gesellschaft stellen müssen. Der Bergedorfer Gesprächskreis versucht, hierzu einen Beitrag zu leisten, indem er Sie um diesen Tisch versammelt.

Erlauben Sie mir zum Abschluß, Kurt A. Körber zu zitieren, der sein Leben lang ein unerschütterlicher Optimist gewesen ist und dem es mit dieser Grundeinstellung auch immer wieder gelang, andere Menschen mitzuziehen. Ich zitiere: "Nicht so sehr die Schwierigkeiten, mit denen wir zu rechnen haben, interessieren mich, sondern vielmehr die Mittel und Methoden, um mit diesen fertig zu werden. So, wie wir die Hoffnung nicht aufgeben dürfen, bin ich mein Leben lang Optimist geblieben, und ich denke, auch der Bergedorfer Gesprächskreis wird weiter darüber nachdenken, wie wir die Zukunft gewinnen können. Die Bemühungen darum erscheinen mir wichtiger als Andachten der zerfallenden Welt zu zelebrieren."

Besonders danken möchte ich Frau Vollmer und Herrn Lepenies, daß sie es übernommen haben, die Eingangsreferate zu halten, und Herrn Engert, daß er die anschließende Diskussion leiten wird, damit wir, zumindest in diesen anderthalb Tagen, die Orientierung nicht verlieren.

Engert

Um Sie gleich ein wenig auf dieses Gespräch einzustimmen, möchte ich ebenfalls an Herrn Körber erinnern. Als ich das erste Mal an einem Bergedorfer Gesprächskreis teilnahm, begrüßte er uns mit den Worten: "Wenn Sie meinen, daß Sie zu Ihrem Vergnügen hier sind, irren Sie sich!"

Ich habe das damals als eine Art Verpflichtung verstanden, als die Aufforderung eines Mannes, der, obwohl von ganz anderer Wesensart, sehr viel gemeinsam mit einem guten Freund hatte, Shepard Stone, dem Leiter des Aspen-Instituts, zuletzt hier in Berlin. Beide besaßen die Fähigkeit, Menschen ganz unterschiedlicher Ansichten und Temperamente zusammenzuführen, und beide verbanden damit die Hoffnung, daß von Gesprächen dieser Art auch Gedanken und Anstöße ausgehen mögen,

die den einen oder anderen veranlassen, die eigene Position zu überdenken und sich neuen Einsichten zu öffnen.

Auch in einem anderen Punkt waren sie sich ähnlich. Wenn Karl Kraus sagt: "Wer nicht Temperament hat, muß Ornament haben", dann galt für beide umgekehrt: Sie waren völlig ohne Ornamente, aber von ganz besonderem Temperament.

Unser heutiges Thema: "Orientierungskrise in Politik und Gesellschaft?" wäre Herrn Körber möglicherweise zu global gewesen, da er immer wieder auf praktische Lösungen aus war. Diesem Anspruch dürften wir sicher am ehesten gerecht werden, wenn wir möglichst konkret zur Sache sprechen. Aber zunächst werden uns Herr Lepenies und Frau Vollmer eine Einführung geben.

Lepenies

Man bestellt sein Essen. In der Zeit, die vergeht, bevor man den ersten Bissen zu sich nimmt, wird eine neue Revolution sich ereignen. Diese zur Gewohnheit gewordene Erfahrung einer außerordentlichen historischen Beschleunigung erscheint uns vertraut, aber sie stammt aus dem ersten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts - von Alexis de Tocqueville. Sie beschreibt zugleich das Orientierungsdefizit der politischen Klasse und der kulturellen Intelligenz Frankreichs in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts: Nur des Ereignisses einer neuen Revolution konnte man sich sicher sein, aber man wußte weder, wer ihre Akteure, noch was ihre Ziele sein würden. An Tocquevilles Bemerkung zu erinnern, ist vielleicht nicht nutzlos in einer Zeit, die glaubt, das Tempo des sich heute vollziehenden politischen Wandels sei beispiellos.

Wir sollten uns vorsichtshalber eingestehen, daß wir nicht sicher sein können, ob die Ereignisse, deren Beobachter und zugleich Teilnehmer wir gegenwärtig sind, tatsächlich eine Epochenschwelle oder nur eine historische Episode kennzeichnen. Wie sich jetzt herausstellt, waren wir alle - der englische Ausdruck in seiner Präzision ist unübersetzbar - "experts before experience". Wir wußten, was nach dem Fall des Kommunismus passieren würde. Wir wußten nichts. Heute können wir uns nur damit trösten, daß mit der Mehrheit zu irren vermutlich der einzige Weg ist, um am Ende recht zu behalten.

Ich kenne nur eine präzise Voraussage dessen, was sich nach dem neuen Revolutionsjahr 1989 in Europa ereignen würde. Sie stammt von dem ehemaligen amerikanischen Vizepräsidenten Dan Quayle: "The recent developments in Eastern Europe are irreversible. But this may change any minute." Wir leben in einer Epoche, die sich auch dadurch kennzeichnen läßt, daß in ihr die treffenden politischen Prognosen auf sprachlichen Schnitzern beruhen.

Dieses Bergedorfer Gespräch stellt die Frage, ob es eine Orientierungskrise in Politik und Gesellschaft gibt. Die Frage stellen, heißt sie zu beantworten: Ja. Worin aber besteht die Krise?

Im folgenden äußere ich mich nicht zu konkreten Problemen, die die Krise unseres politischen Systems betreffen. Ich tue dies nicht, weil ich mich für solche Vorschläge inkompetent fühle; ich tue dies aber auch nicht, weil ich davon überzeugt bin, daß die Malaise unserer politischen Kultur tiefreichende Ursachen hat, für die nicht unsere Politiker verantwortlich gemacht werden können - um nicht den Ausdruck "Politische Klasse" zu verwenden, den ich für falsch und für gefährlich halte.

Im folgenden benutze ich erstens das Stichwort "Mentalität", um Grundzüge der gegenwärtigen Orientierungskrise zu skizzieren; ich schildere zweitens den aktuellen Zustand der Demokratie zwischen Triumph und Niedergang; erneuere drittens mein Plädoyer für einen Patriotismus der Eliten und schließe viertens mit dem Versuch, spezifisch deutsche Elemente der gegenwärtigen Orientierungskrise mit den Stichworten "Indifferenz gegenüber Formen" und "Abschied von den Inhalten" zu charakterisieren.

1. Eine Politik der Mentalitäten

Mentalität ist für mich das Stichwort, welches ein Kernproblem der gegenwärtigen europäischen Politik und Geschichte bezeichnet. Es geht um die Konfrontation unterschiedlicher Mentalitätslagen, und es geht um Mentalitätsbrüche. Ich meine damit auf der einen Seite die dramatische Differenz von Lebenserfahrungen, aktuellen Lebenslagen und befürchteten oder erhofften Lebenserwartungen, die europäische Völker gegenwärtig aneinander wahrnehmen, die auf einmal von bloßen geographischen Anrainern zu politischen Nachbarn geworden sind.

Ich meine auf der anderen Seite, wenn ich von Mentalitätsbrüchen spreche, die zum Teil drastische Notwendigkeit zur Entwicklung neuer Lebensstile, Lebensperspektiven und Zukunftshaltungen, vor die sich die Bevölkerung in vielen Ländern Europas gestellt sieht und die, gerade weil sie auf eine neue Projektion der Zukunft abzielt, auch mit einer Umdeutung der Vergangenheit einhergeht. Wir sind in

ein Zeitalter der Revisionen und der neuen Identitätsfindungen eingetreten - nicht nur lange Zeit für starr gehaltene geopolitische Grenzen verschieben sich, sondern in vielen Fällen auch die traditionellen Begrenzungen nationaler Selbstbestimmung und der Rahmen personaler Selbstwahrnehmung. Wir haben es mit einer Desorientierung zu tun, die den ganzen Kontinent erfaßt hat. Sie geht tief; denn nicht zuletzt die in Europa wieder tobenden Bürgerkriege müssen bei denen, die diesen Tatbestand nicht verdrängen, sondern zur Kenntnis nehmen, einen Zivilisationsschock hervorrufen.

Die vergleichsweise lange Periode der D tente hatte uns die Aussicht auf einen schnellen und dramatischen Wandel der in Europa zementierten Verhältnisse genommen. Sie hatte aber zugleich die Hoffnung in uns verstärkt, daß auf dem Kontinent alle künftigen Konflikte nach Spielregeln gelöst werden würden, die ein zivilisatorisches Minimum nicht mehr unterschritten. In diesem Zusammenhang bedeutete die KSZE auch eine Art von Zivilisationsgarantie. Ethnische Säuberungen, Massenvergewaltigungen und ideologisch wie religiös motivierte Massenmorde rückten in eine atavistische Vergangenheit.

Nun ist diese Vergangenheit zu einem Teil der europäischen Gegenwart geworden. Das ganze Ausmaß unserer kulturellen Desorientierung - das heißt der Unsicherheit über die Werte, die unser Verhalten noch wirksam lenken könnten - zeigt sich daran, daß wir nicht nur unsere nächste Zukunft kaum erahnen, sondern darüber hinaus auch nicht wissen, was wir in der jüngsten Vergangenheit eigentlich getan haben. Die gegenwärtige Orientierungskrise ist eine Krise unserer zivilisatorischen Selbstverständlichkeiten.

Gehen wir trotzdem vom Szenario einer im wesentlichen friedlich verlaufenden Entwicklung in Europa aus:

Die Lebenschancen in Europa werden sich angleichen, wenn dies auch zum Teil quelend langsam und mit hohen Kosten für die Betroffenen geschieht. Lebensstile und Mentalitäten jedoch, die über viele Dekaden der Herrschaft totalitärer Regime entwickelt wurden, ändern sich nicht über Nacht - und auch nicht über Wochen, Monate oder ein paar Jahre. Man kann weder den Geist des Kapitalismus noch das Vertrauen in den Rechtsstaat Mitgliedern einer Gesellschaft einimpfen, die nie einen Markt gekannt hat, noch mit Rechtsprozeduren vertraut ist, die denen der westlichen Bürgergesellschaften vergleichbar sind.

Wir müssen, was den friedlichen Übergang zur civil society angeht, auf den Generationenwechsel vertrauen. Das heißt aber: Wir müssen lernen, uns damit abzufinden, daß wir selbst - ich spreche jetzt von der Generation, die den Zweiten Weltkrieg nicht mehr mitgemacht hat - die Folgen einer von uns gegenwärtig gewünschten und beförderten Politik nicht mehr miterleben werden. Die Krise unseres politischen Selbstbewußtseins und unserer Selbstwahrnehmung als politisch Handelnde wird durch diesen Tatbestand ganz wesentlich verschärft. Traditionell in unseren Erfahrungen und Erwartungen auf kurze Fristen, meist Wahlperioden, fixiert, fehlt die politische Langmut, Prozesse wirksam in Gang zu setzen, die uns vor allem Opfer abverlangen und von denen erst unsere Kinder Nutzen haben werden. Der Horizont unserer möglichen Wunscherfüllungen rückt in weite Ferne.

Sozialwissenschaftler sehen im sogenannten deferred gratification pattern, also in der Fähigkeit, die Erfüllung der eigenen Bedürfnisse gewohnheitsmäßig zu verschieben, ein Grundmerkmal bürgerlicher Verhaltensweisen. Jetzt wird uns eine dramatische Steigerung dieses bürgerlichen Verhaltensmusters abverlangt: die Fähigkeit, Handlungen für sinnvoll zu halten und Haltungen zu befördern, die im vollen Umfang erst unseren Kindern nutzen werden. Der bloße Appell an eine intergenerationelle Solidarität reicht dabei in der Regel nicht aus, um entscheidende Verhaltensänderungen zu bewirken, und auch der Hinweis auf die größere Chance zur Arterhaltung, die sich aus einem solchen Verhalten ergäbe, vermag beim Menschen wenig - einem Wesen, das sich zur Kultur emanzipiert hat und sich schmeichelt, auch gegen seine Natur handeln zu können.

Hier sind Umorientierungen eines Tiefgangs von nöten, die man der Politik alleine nicht zutrauen kann. Aber die Politik sollte immerhin versuchen, einen Beitrag zu solchen Umorientierungen zu leisten:

Was uns heute dringend fehlt, ist eine Politik der Mentalitäten, die zugleich eine Politik des Zeitraffers wie eine Politik der langen Fristen sein müßte. Uns fehlt auf der einen Seite - dies wäre die Politik des Zeitraffers - eine Politik der wirksamen Gesten und der mitreißenden symbolischen Handlungen; uns fehlt im Zeitalter der geschwätzigen Talkshows eine Politik, die die Rhetorik wieder ernst nimmt. In einer Zeit, da es entscheidend auf Abkehr von der Routine ankäme, scheint das Charisma aus der Politik geschwunden.

Zugleich fehlt uns in Deutschland der Mut zu einer Politik auf lange Frist, fehlt uns ein erkennbarer Wille zur Gestaltung der Zukunft unseres Landes, der sich nicht an Amts- und Legislaturperioden orientiert und den parteienübergreifenden Konsens um der Sache und nicht nur um der Mehrheit willen sucht.

Gerade in Deutschland erinnern wir uns der Gefahren des Pathos in der Politik, und wir sollten nicht davon abgehen, Nüchternheit als die entscheidende politische Tugend anzusehen. Aber das Pathos hat auch seine Zeit, und wir wissen, daß der General de Gaulle weder dazu in der Lage gewesen wäre, den Algerienkrieg zu beenden, noch Willy Brandt eine Zustimmung zu seiner Ostpolitik hätte finden können, wenn beide Politiker nicht den Mut zu Pathosformeln aufgebracht hätten, zu einer Rhetorik jenseits der Routine und zu hochriskanten Gesten, mit denen sich auch die emotionale Zustimmung eines Großteils der Bevölkerung für politische Weichenstellungen gewinnen ließ, deren Zweckrationalität für die Experten längst außer Zweifel stand.

2. Demokratie zwischen Triumph und Niedergang

Die Demokratie befindet sich gegenwärtig in einem eigentümlichen Zustand zwischen Triumph und Niedergang. Während die Demokratie an der südlichen Peripherie Europas - ich denke an Spanien, Portugal und Griechenland - und beispielsweise in Südamerika Fortschritte macht, während sie den Triumph ihres friedlichen Sieges über die staatssozialistischen Regime des Ostens immer noch auskostet, wird sie ausgerechnet im Innern, in ihren Stammländern, vom Niedergang bedroht: "Elle est menacée de mourir en pleine forme", so hat Jacques Julliard formuliert.

Um noch einen Augenblick in Frankreich zu bleiben und um damit deutlich zu machen, daß wir es mit einem europäischen, nicht nur einem deutschen Problem zu tun haben: Laurent Joffrin hat in seinem Buch *La Régression française* ebenso eindrucksvoll wie erschreckend beschrieben, wie sich unter der Oberfläche der alltäglichen Demokratie eine schleichende Re-Feudalisierung der französischen Gesellschaft vollzieht, die beispielsweise im Kernbereich der politischen Machtausübung die Herrschaft der sogenannten Provinzbarone zementiert, die an der Peripherie des Wohlfahrtsstaates zunehmend die *caritas* wieder an die Stelle der *Solidariät* treten läßt und die die Rechtsprechung derart massiv durch die Exekutive unter Druck setzt, daß von einer neuen *justice du roi* die Rede ist, die die republikanische Justiz längst abgelöst habe.

Die Demokratie wie die Marktwirtschaft haben von der Existenz der staatssozialistischen Regime entscheidend profitiert: gegenüber einem politischen System, dessen Leitidee die Unterdrückung der Andersdenkenden war, gegenüber einer Verwaltung, die sich als Bürokratisierung der Ineffizienz kennzeichnen ließ, und gegenüber einer Planwirtschaft, in der nichts funktionierte außer der Maximierung der Ausbeutung von Mensch und Natur, fielen die Nachteile demokratischer Strukturen und Prozesse kaum ins Gewicht, konnten die Kosten der kapitalistischen Marktwirtschaft in den modernen Zwei-Drittel-Gesellschaften des Westens übersehen werden. Erst mit dem weltweiten, strahlenden Triumph der Demokratie werden ihre Schattenseiten sichtbar.

Benjamin Constants Unterscheidung von antiker und moderner Freiheitskonzeption wird erneut aktuell. Während in der Frühzeit der Demokratie Freiheit die den Vollbürgern gegebene und von diesen genutzte Chance der aktiven Teilnahme an der Gestaltung des öffentlichen Lebens meint, verkörpert sich die moderne Freiheit in Form der repräsentativen Demokratie und in der, von fast allen Bürgern genutzten, Chance für den einzelnen, sich auf seine eigenen Interessen ohne die Gefahr des Staatseingriffs zu konzentrieren. Wir sind als moderne Staatsbürger zutiefst davon überzeugt, daß unsere bürgerlichen Freiheiten nicht durch unser Engagement in der Politik am besten bewahrt werden, sondern durch unsere Politik-Abstinenz, dadurch, daß wir um uns herum einen "cordon of rights" - so hat es Quentin Skinner genannt - errichten, der unsere eigenen Interessen sichert und den die Herrschenden nur auf die Gefahr ihrer Abwahl hin übersteigen dürfen. Aus der ursprünglichen Partizipationsdemokratie mit ihrer "civic glory and greatness" ist die Absenzdemokratie gewordenen der die Freiheit von der Politik die Leitidee fast aller ist. Ein amerikanischer Autor hat es sarkastisch formuliert: "Die amerikanische Antwort auf Marx und Aristoteles ist nicht so sehr der Pluralismus, als vielmehr Passivität und Privatisierung."

Der Befund dieses paradoxen Niedergangs der Demokratie im Augenblick ihres weltweiten Triumphs ist in allen europäischen Ländern ähnlich; nur das Gewicht, das den einzelnen Krankheitssymptomen zugemessen wird, variiert von Land zu Land, ob es sich nun um den Funktionsverlust des Parlaments, das zunehmende Desinteresse an Wahlen oder den Reputationsschwund der Parteien handelt. Auffallend dabei ist, daß diese Krisensymptome sich auch in Ländern zeigen, in denen die Demokratie noch jung ist, ja sich eigentlich noch gar nicht hat etablieren können. Um noch einmal Jacques Julliard zu zitieren: "Im Osten hat die Freiheit gesiegt, nicht die Demokratie."

Unser Problem liegt darin, daß wir nicht sicher sein können, ob auch im vereinten Deutschland die Freiheit gesiegt hat. Denn der Freiheitsrausch der Deutschen verflieg nach Tagen; die neue Ungleichheit wurde zum Problem. Es bleibt erstaunlich, wie wenig in unserem Land die neugewonnene Freiheit aller Deutschen zum Trost in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wenigstens zu einer kleinen Kompensation weiterbestehender oder neuer sozialer Ungleichheiten, werden konnte.

Das Grundgesetz geht von einem Vorrang der Freiheit aus; der Gleichheit wird demgegenüber eine eher dienende Funktion zugesprochen. Die Lebenswirklichkeit sieht anders aus: Die Präponderanz der Gleichheit, genauer gesagt, des Gleichheitsstrebens, ist überwältigend. Tocqueville hat die Gefahr, die in diesem Vorrang der Gleichheit liegt, gesehen. Gleichheit war für ihn ein Neidbegriff. Im Herzen, so Tocqueville, sagt sich jeder Republikaner: Niemandem soll es besser gehen als mir selbst.

Man kann diesen Tatbestand präzisieren. Dazu ist die Unterscheidung zwischen schwarzem und weißem, zwischen unproduktivem und produktivem Neid nützlich. Hat der Nachbar ein schöneres Haus als ich selbst, so spornt mich der weiße Neid an, für mich selbst ein noch schöneres zu bauen. Der schwarze Neid dagegen nährt meine Hoffnung, das schöne Haus des Nachbarn werde bald niederbrennen. Für die Entwicklung ganz Europas haben wir auf die produktiven Folgen des weißen Neids gehofft; viel stärker als befürchtet, werden wir dagegen heute mit den zerstörerischen Wirkungen des schwarzen Neides konfrontiert.

Den republikanischen Drang nach sozialer Sicherheit und neidhemmender Gleichheit spürte der Bundeskanzler, als er - in einem der seltenen Augenblicke deutscher Geschichte, da das Freiheits- und Opferpathos einem Redner angemessen und seinen Zuhörern zumutbar gewesen wäre - ihren Gleichheitserwartungen mit dem unerfüllbaren Versprechen nachgab, niemanden werde es im vereinten Deutschland schlechter gehen.

Im vereinten Deutschland ist, verglichen mit Ländern wie Polen und Ungarn und der Tschechei, der Freiheitsgewinn vergleichsweise gering. Gleichheitsdefizite lassen sich dort immer noch, wenn auch immer schwieriger, mit den Überschüssen an Freiheit verrechnen. In Deutschland beflügelt heute der 1989 erzielte Freiheitsgewinn eine demokratische Politik nur in unzureichendem Maße.

Engert

Nur eine Bemerkung zu dem Vortrag von Wolf Lépenles, was die Indifferenz der Formen anbelangt. Einen nachhaltigen Eindruck hat bei mir der Staatsakt für Willy Brandt im Berliner Reichstag hinterlassen. Da reisen Persönlichkeiten aus der ganzen Welt an; sie kommen in den Reichstag, und die Saaltüren sind verschlossen. Man kann in den Saal hineinschauen: Dort steht der Sarg, und man hört die Berliner Philharmoniker unter Herrn Abado die Unvollendete von Schubert proben.

Dann gehen die Türen auf, man schlendert herein und begrüßt fröhlich die vielen Bekannten. Neben dem Sarg stehen sechs Kerzenständer. Kurz vor Beginn der Trauerfeier erscheint ein Saaldiener, holt eine Schachtel Streichhölzer aus seinem Hosensack und zündet die Kerzen an.

Ich habe mich gefragt: Wie mag das wohl auf andere wirken? Ich erinnerte mich daran, wie Harry Graf Kessler in seinen Tagebüchern die Staatsakte im alten Reichstag für Stresemann und Rathenau geschildert hat. Im Vergleich zu damals lassen einen die gegenwärtigen Formen der Stilllosigkeit schon ins Grübeln kommen.

Vollmer

Ich füge noch hinzu, Herr Engert: Auch die Stahlhelme und das militärische Zeremoniell entsprachen nach meinem Empfinden nicht der Aufgabe, Willy Brandt in angemessener Form zu gedenken.

Ich bin ja zur Zeit an einem Ort tätig, weit entfernt von der Politik in Bonn und außergewöhnlich durch das, was dort geschieht. Ich arbeite in einer Epilepsie-Klinik in Bethel, in der Gehirnchirurgie gemacht wird. Es ist also kein normaler Alltagsort. Aber das System der Aufklärung und der Moderne ist dort in einer Weise fortentwickelt, wie wir das - durchaus vergleichbar - in manchen Sphären der Politik erleben. Ich erwähne dies, damit Sie etwas von der Spannung spüren, die gegenwärtig meinen Blick auf die Politik wesentlich prägt. Vielleicht hat dies auch die Funktion einer Linse, in der manche Dinge besonders deutlich werden.

Ich beginne mit einem etwas langgezogenen, aber dadurch hoffentlich verständlicheren Stoßseufzer und mit einem Geständnis: Zum ersten Mal in meinem Leben hätte ich Lust, nach Amerika zu gehen. Warum gerade jetzt? Weil dort die Politik wieder Spaß macht.

Dazu ein Zitat von Read Steelwater: "In Europa regieren noch die alten Herren oder jene, die nur eben zufällig, beziehungsweise aufgrund besonderer Gnade später geboren sind. In Clinton und Gore aber

kommt mit der Vietnam- und Rebellengeneration jene Generation an die Macht, die die Logik der Kriegs- und Nachkriegsweltordnung in Frage stellt. Daß dieser Machtwechsel auf das Ende des Kalten Krieges folgt, hat dabei doppelte Bedeutung: Einerseits findet in ihm die Kulturrevolution der sechziger Jahre ihre, wenn auch beschränkte, politische Erfüllung. Andererseits ist dieses zum ersten Mal - und das ist wichtig - das westliche Echo auf die Revolution im Osten. Clinton und Gäre stehen dabei nicht für den amerikanischen Triumph im Kalten Krieg - den versuchte Bush vergeblich auszukosten;- , sondern eher für das vage Gefühl, daß Amerika einen Pyrrhussieg errang. Der Niedergang des Sozialismus im Osten gab den USA den Blick in den Spiegel frei, und darin erkannte sich Amerika als heruntergekommen und verarmt. Die Lage dort ist derart schlecht, daß eine drastische Wende in der Politik notwendig ist. Das ahnte Amerika, diese Notwendigkeit des Epochenwechsels, und gab Clinton und Gäre dazu das Mandat. Auf diese Wende hofft das Land, und es feiert sie im voraus."

Vielleicht meinen einige von Ihnen, daß im Zentrum dieses Stoßseufzers mein Lieblingsthema, der Generationenwechsel steht. Mir kommt es hier aber auf folgende Momente an:

Erstens. In diesem Feiern drückt sich kein Triumphgefühl über den Sieg im Osten aus. Die Ahnung ist vielmehr, es könne sich um einen Pyrrhussieg handeln.

Zweitens. Das Feiern verstellt nicht den realistischen Blick auf die Verwahrlosung des eigenen Landes und damit auf die Größe der Aufgabe, die zu bewältigen ist.

Drittens. In Zeiten der Krise und des Umbruchs sucht sich Amerika neue Gesichter mit neuen Ideen, um seine Identität neu zu gewinnen. Das alte Europa dagegen - und das gilt nicht nur für die Bundesrepublik - macht in solchen Zeiten einen konservativen Ruck und greift nach den alten Versicherungspolicen, inklusive des alten Personals. Das merkt man auch den sehr skeptischen Berichten über den honeymoon in den USA an, der unter deutschen Chefkommentatoren üblich ist, die ja auch mehrheitlich eher dieser älteren Generation zugehören und die zum Ausdruck bringen: Na, das wird sicher schiefgehen.

Ich denke, dieses Unverständnis für das, was in der Politik Spaß macht und auf die Bevölkerung überspringt, ist Teil jener Politikverdrossenheit und der tödlichen Langeweile bei uns.

Dabei hatten wir zumindest in Deutschland durchaus die Chance, eine vergleichbare Kairos-Erfahrung zu machen. Aber diesen Kairos: "it's time for a change", haben wir vorübergehen lassen, ohne ihn zu nutzen. Darin sehe ich schon eine Tragödie; denn einen solchen Kairos, in dem Epochen- und Themenwechsel und auch ein Elitenwechsel in der Politik möglich sind, bekommt man nicht alle fünf Jahre auf dem Tablett serviert. Wenn es jetzt mitunter heißt: "Wir brauchen auch einen Clinton", dann zeigt dies nur, diejenigen, die so etwas sagen, haben nicht begriffen, daß die Chance, die wir hatten, vertan wurde und wir sie uns nicht einfach zurückzaubern können.

Über die verpaßten Chancen des Jahres 1989 ist in der letzten Zeit viel gesprochen worden; meist unter dem Aspekt der verpaßten Opferbereitschaft. Da wird dann etwa gesagt: Wenn man den Menschen damals von Blut, Schweiß und Tränen gesprochen hätte, wären sie bereit gewesen, darauf einzugehen und Opfer zu bringen. Ich sehe aber vielmehr die verpaßte Chance in bezug auf den Epochen- und Generationenwechsel. Der "Generationenkrieg" ist tatsächlich endgültig entschieden, und zwar zuungunsten der 68er-Generation.

Ich hatte einmal einen schönen Traum - um es ein bißchen pathetisch und bildhaft auszudrücken: Zum Zeitpunkt der Öffnung des Brandenburger Tores erkennt eine sehr verdienstvolle, hochgeachtete, äußerst erfolgreiche Politikergeneration, daß sich der Traum ihres Lebens erfüllt hat: das Ende des Kalten Krieges. Sie wird viel bedankt und geehrt und findet sich bereit, die Politik an die nächste Generation weiterzugeben. Diese jüngere Generation, sozialisiert durch die Friedens- und die Ökologiefrage, begreift, daß sie jetzt die Verantwortung übernehmen muß, um die politischen Konzepte für den Beginn des 21. Jahrhunderts zu entwickeln. Diese große Aufgabe schafft auch eine neue Attraktivität der Politik für die Gesellschaft, für Künstler und Intellektuelle etwa, sich mitzuengagieren. So ähnlich nehme ich es heute in den USA wahr. Dazu würde übrigens auch gehört haben, einen Kompromiß mit den Bürgerrechtlern und mit den Reformeliten im Osten zu finden.

So ganz naiv, wie es Ihnen vorkommen mag, war dieser Traum, der sich nicht verwirklicht hat, indes nicht. Denn normalerweise führt jede Revolution zu einem Elitenwechsel, zumindest zu einer neuen Verfassung. Es ist schon ungewöhnlich, daß bei uns eine Revolution stattgefunden hat ohne Elitenwechsel und ohne neue Verfassung. Da zeigt sich dieser merkwürdig konservative Zug.

Aber so hätte es sein können, und daß es anders gekommen ist, dafür lassen sich allerlei historische, subjektive und auch schicksalhafte Gründe bei uns anführen. Wahltermine etwa spielten eine Rolle, Attentate. Was mir aber besonders wichtig scheint, ist, daß die SPD diese historische Chance im

Grunde nicht begriffen hatte. Denn sonst wäre ihr bewußt geworden, daß es in jener Zeit nicht den Schatten einer Differenz zwischen, sage ich einmal, Willy Brandt und Oskar Lafontaine hätte geben dürfen. Die ganze Partei hätte mit einer Stimme diesen Epochenwechsel signalisieren müssen. Nun, das ist vorbei, passé.

Wenn man den entscheidenden Zeitpunkt für eine politische Erneuerung verpaßt, ist alle Mühe vergeblich, dies später nachholen zu wollen. Einen Generationenwechsel darf man nicht überwarten oder verschlafen; Hoffnungsträger können auch verderben. Ich denke nur an den Kronprinzen Charles, ehemals ein talentierter Mann, der das Zeug zu einem modernen Monarchen hatte und inzwischen altjüngferlich versauert, an Kraft und Charisma verloren hat. Dieser "Kronprinzeneffekt" kennzeichnet meines Erachtens eine ganze Generation europäischer und deutscher Nachwuchspolitiker.

Aus eben diesem Grund bin ich auf die Amerikaner so neidisch, weil sie es anders geschafft haben. In Europa dagegen, ob man nach Frankreich, Italien und auf uns blickt, überall zeigt sich in den großen Volksparteien jener Effekt des verpaßten Kairos und der versauerten politischen Begabungen. Damit Ende des Stoßseufzers, der auch ein Stück Trauerarbeit ist.

Mein Thema ist der Epochenwechsel, den ich in dreifacher Hinsicht untersuchen möchte. Jeder Epochenwechsel braucht, so meine ich, erstens eine Inszenierung, zweitens ein personales Zentrum, ein Bild, das auch durch Personen verkörpert wird, und drittens ein großes zentrales Thema.

Erstens zur Inszenierung. Darunter verstehe ich alles andere als Show, Theater oder Schein, der das Sein verdeckt. Die Inszenierung in einer Mediendemokratie in einer Zeit des Epochenwechsels kann eine große Hilfe für die Menschen sein, indem sie die komplizierten neuen Zusammenhänge so vereinfacht, daß sie verständlicher werden. Das Neue muß inszeniert werden, damit man es überhaupt begreifen kann. Das heißt, die Form, in der man etwas aussagen will, ist außerordentlich wichtig. Wenn für das Neue die Bilder fehlen, bleibt es unverständlich.

Hinzu kommt - und das ist mein zweiter Punkt;- , daß man in einer Mediendemokratie, in der im Grunde genommen alles inszeniert ist, ein personales Zentrum braucht, damit in einer Umbruchphase die Inszenierung gelingen kann. Es ist beispielsweise unschwer zu erkennen, daß Helmut Kohl eine Inszenierung ist. Der ganze Mann stellt sich als Szene dar, die etwas ausdrückt und gerade deswegen so erfolgreich ist, weil zwischen dem Erscheinungsbild und dem, was es aussagen will, kein Widerspruch besteht. Deshalb ist es ja so glaubhaft.

Auch Inszenierungen von fortschrittlicheren Epochenwechseln haben ihre spezifische personale Ausdrucksform. Das zeigt sich etwa in Amerika. Dabei haben fast alle emanzipatorischen Bewegungen in ihrem Zentrum ein "politisches Paar", in der Regel einen Mann und eine Frau. Das mag Ihnen seltsam vorkommen, aber Hilary und Bill Clinton sind nur gemeinsam als Inszenierung so erfolgreich, die auch Emanzipation ausdrückt. Dazu gehört interessanterweise noch ein zweites - ein männliches -Paar: Clinton und Gore. So wie diese Personen sich inszenieren und miteinander koordinieren, ist dies bereits ein Teil der inhaltlichen Aussage, um die es ihnen geht. Ähnlich war es bei Gorbatschow mit Raissa und Jakovlev. Als Jakovlev aufgab, war klar, daß Gorbatschows Programm weitgehend gescheitert war. Man könnte auch Václav Havel und seine Frau Olga oder auf Willy Brandt und seine Frau Rut verweisen.

Worum es mir geht, ist, daß jeder Epochenwechsel Bilder braucht, die die Menschen faszinieren; denn diese Leute müssen das Ganze mittragen. Natürlich kann man so etwas nicht planen, sondern es entwickelt sich aus der Situation und gewinnt dadurch Wirklichkeit.

Drittens geht es um das zentrale Thema des Epochenwechsels. Ich hoffe, in Kürze ein Buch schreiben zu können, das den Titel tragen soll: "Strategien gegen das Chaos". Mein Ausgangspunkt ist dabei die Feststellung, daß die gesamte politische Entwicklung in Europa bis heute von einer Strategie der dualen Logik bestimmt war.

Was meine ich damit? Das politische Denken und Handeln stellt sich bisher durchgängig polarisiert, dual dar. Mit anderen Worten: Die duale Logik bestimmte die Prinzipien der Weltordnung und Weltorientierung. Im Mittelalter waren Kirche und Staat die beiden Exponenten. Nach der ersten bürgerlichen Revolution im 15. Jahrhundert standen sich Protestantismus und Katholizismus gegenüber. In der Französischen Revolution wurden die politische Rechte und die politische Linke geboren; die russische Revolution führte zum Ost-West-Konflikt.

Das heißt, all unsere politischen Methoden und Instrumente orientieren sich an dieser Art von dualer Logik, ohne daß wir dies noch reflektieren. Das gehört sozusagen zu unserer politischen

Ursozialisation. Dem folgt unsere gesamte politische Kultur: Regierung und Opposition, Linke und Rechte im Parlament und so weiter.

Der Ost-West-Gegensatz war ein großes Beispiel dafür, daß diese duale Logik auf die Pazifizierung gesellschaftlicher Konflikte und damit auf eine Friedensordnung abzielte. Für alle Beteiligten ließ diese duale Welt, sowohl im Hinblick auf die generellen Orientierungen, als auch in den konkreten Tagesfragen eine klare Einteilung in Freund und Feind zu. Und die Sicherheit entstand für den einzelnen durch seine Zugehörigkeit zur richtigen Seite, oder aber als Dissidenten zu der anderen Seite. Die Kontrolle des Gegners erfordert dann eine militärische Option, eine gut ausgebaute Staatlichkeit, staatliche Bürokratien und so weiter.

Mit diesem dualen Blick, der eine klare Zuordnung aller Dinge ermöglicht, entsteht nun eine überaus geordnete Welt mit einem hohen Sicherheitsstandard. In diesem Sinne hatte auch Sebastian Haffner recht mit seiner Definition der "pax atomica" als einer der dauerhaftesten Friedensordnungen. Ich habe seinerseits ungeheuer dagegen rebelliert, verstehe heute aber, warum das so funktioniert hat. Bis hin zu George Bush hat die Generation der Politiker über 60 gesagt: Die Welt wird mit dieser Methode der dualen Logik in guter Ordnung gehalten.

Was ich gegenwärtig sehe, ist jedoch, daß die duale Logik die Welt von heute nicht mehr richtig beschreibt. Entsprechend taugen auch die alten Ideologien oder Weltanschauungen nicht mehr, die auf der dualen Logik aufbauten. Die Frage ist: Welches neue Ordnungsprinzip tritt jetzt an die Stelle des überkommenen dualen Prinzips?

Überall in der Welt sind politische Menschen am Werk, diese neue Blickrichtung zu erkunden und damit zu experimentieren. Ich erwähne nur die Frauen- und auch die Ökologiebewegung. Am weitesten ist damit bisher nach meiner Einschätzung Václav Havel gekommen.

Fast alle indes, die sich auf diesen Weg begeben, machen die Erfahrung - das erlebe ich selbst in meiner kleinen grünen Partei: Wer das alte duale Denken verläßt, bereitet den Menschen große Ängste, gilt als nicht berechenbar und wird folglich heftig bekämpft. Unverständnis und Mißtrauen sind die Begleiterscheinungen. Denn die Befürchtung ist: Wenn wir die duale Logik aufgeben, sind Ununterscheidbarkeit und Chaos die Folge. Eine solche Politik, die links und rechts nicht mehr unterscheidet, kann nur in Anarchie enden.

Was wir zur Zeit aber weltweit wahrnehmen, weist eben genau Züge des Chaotischen auf: Zerfall im Osten; Krise und Krieg im Süden; Rezession und Selbsterstörung im Westen. Überall zeigen sich chaotische Entwicklungen: Bürgerkriege, vagabundierende Atomhändler, Auflösung von Staatlichkeit, mafiose Strukturen, Völkerwanderungen, Fremdenhaß, wachsende Gewaltbereitschaft, wohin man blickt.

Engert

Beide Referate haben uns genügend Stoff für das Gespräch an die Hand gegeben, das wir aber nicht auf die vorgetragenen Thesen beschränken sollten. In der Diskussion sollten wir auch keine deutsche Nabelschau betreiben, obwohl dieser Kreis ganz überwiegend deutsch besetzt ist. Botschafter Reiter aus Polen und Herr Glee aus Großbritannien sind deshalb herzlich aufgefordert, sich kritisch in die Diskussion einzumischen.

Senghaas

Herr Lepenies hat gefragt: Handelt es sich bei dem, was wir gegenwärtig erleben, um eine Epochenschwelle oder nur um eine Episode? Ich meine, wir haben es zwar mit einem tiefgreifenden Wandel zu tun, dessen Geschwindigkeit und Ausmaß beispiellos ist, aber ich würde weder von einer Epochenschwelle noch von einer Episode sprechen. Ich sehe auch nicht, daß die Überwindung des Ost-West-Konflikts, die in der Tat eine einschneidende weltpolitische Zäsur darstellt, für die Bewertung dessen, was wir hier diskutieren, entscheidend ist.

Wenn Herr Lepenies die antike Demokratie erwähnte, so muß man bedenken, daß seinerzeit die Vollbürger, um die es dabei nur gehen kann, kaum zehn Prozent der Bevölkerung ausmachten. Alle anderen - Bauern, Frauen, Sklaven - zählten nicht.

Sie haben dann Tocqueville zitiert. Die Gesellschaften der damaligen Zeit, selbst die neben der englischen am weitesten entwickelte amerikanische, waren im wesentlichen bäuerliche Gesellschaften mit geringer Urbanisierung und weit verbreitetem Analphabetismus, während die politische Organisation kaum entwickelt war. Dies verhält sich bei den heutigen sozial mobilen Gesellschaften ganz anders: Vorherrschende urbane Agglomeration bedeutet unter anderem politische

Organisationsfähigkeit breiter Bevölkerungsschichten, artikulierbare und organisierbare Interessen, die sich entsprechend nachdrücklich in den politischen Prozeß einbringen.

Diese Veränderung in Richtung auf politisierbare Massengesellschaften ist inzwischen weltweit vor sich gegangen. In der Hälfte aller Länder der Dritten Welt liegt der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft unter fünfzig Prozent. Das heißt, in nahezu allen Gesellschaften hat eine enorme soziale Mobilität und Transformation stattgefunden. Der Ost-West-Konflikt hatte keinen Einfluß auf diese weltweit wirksam werdende säkulare Veränderung, auch nicht sein Ende. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß wir es heute mit Gesellschaften zu tun haben, die wie nie zuvor in der Geschichte hochgradig politisiert sind.

Deshalb halte ich die Bezeichnung "Absenzdemokratie" von Herrn Lepeines nicht für zutreffend, weil sie eine Entpolitisierung andeutet, die ich so nicht bei uns und auch nicht weltweit erkennen kann. Ganz im Gegenteil. Sicher geht es bei der Politisierung, so wie ich sie verstehe, vornehmlich um die Artikulation privater Interessen und weniger um das Gemeinwohl, was natürlich eine erhebliche Problematik darstellt. Aber von politischer Absenz oder gar Apathie kann in sozial mobilen Gesellschaften keine Rede sein.

Wie geht man nun mit der Komplexität dieser verschiedenen politisierten Interessen und Identitäten, dieser unterschiedlichen Welt- und Selbstbilder, der Vielfalt von "Wahrheiten", die von Menschen in den politischen Prozeß eingebracht werden, um? Im Westen war die Antwort die repräsentativ-parlamentarische Demokratie, der liberale und soziale Rechtsstaat. Dazu gibt es weltweit im Augenblick noch keine Alternative.

Die Politisierung mag nicht immer uns genehme Konsequenzen haben, wie als Folge von Demokratisierung die gegenwärtige Renaissance der Nationalismen zeigt. Und wenn es keine institutionellen Auffangmechanismen gibt, dann führt Politisierung genau zu dem, was Frau Vollmer als Chaotisierung bezeichnet hat:

Was geschieht etwa, wenn nach dem Zerfall der Sowjetunion nun auch Rußland selbst zerfällt? Was passiert, wenn China oder Indien eines Tages zerfallen? Indien, in wenigen Jahrzehnten die bevölkerungsstärkste Gesellschaft der Welt, konnte sich bislang auf die institutionellen Auffangmechanismen, die die Engländer hinterlassen hatten, stützen. Was geschieht, wenn diese nicht mehr wirken, sondern in Folge von Fundamentalismen und Chaotisierung zerbröseln oder gar zerbrechen?

In langfristiger Perspektive betrachtet, wird die Komplexität zunehmen, eben weil die durchgängige Politisierung von Interessen und zunehmend auch von Identitäten es fraglich macht, ob die überkommenen Institutionen solche Politisierung noch auffangen können. Oder ist eine zeitgemäße Innovation politischer Institutionen erkennbar? Immerhin haben wir in den letzten vierhundert Jahren zumindest in den westlichen Ländern eine anhaltende Innovation erlebt, die der wachsenden Komplexität bisher leidlich gerecht geworden ist. Dieser Prozeß ist keineswegs am Ende. Die Frage ist: Sind Innovationen denkbar, die möglicherweise auch aus anderen Kulturkreisen stammen, um mit dem Problem immer größer werdender politisierter gesellschaftlicher Komplexität fertig zu werden?

Stürmer

Was wir hier besprechen, ist keineswegs nur ein deutsches, sondern ein im Westen verbreitetes Phänomen. Deutschland hat lediglich das Privileg, die Probleme des Ostens und des Westen gleichermaßen zu haben. Die anfängliche Vorstellung, die Einheit ließe sich leicht und schnell bewältigen - fünf Jahre galten als realistisch, alles andere wurde als unerlaubter Pessimismus bezeichnet;- diese Vorstellung hat sich inzwischen verflüchtigt.

Wenn man den größeren Zusammenhang der Weltprobleme betrachtet, dann reicht es sicher nicht aus zu sagen: Die Bipolarität ist zerbrochen, und wir befinden uns jetzt in einer neuen Phase, in der sich schon alles ordnen wird. Ich fürchte, wir haben noch lange nicht in die Abgründe geschaut, die sich aufgetan haben, nicht zuletzt durch den Zerfall der Sowjetunion.

Wir stehen erst am Anfang eines Zeitalters der Beängstigung und Unsicherheit, auf die wir nicht vorbereitet sind. Wir haben vierzig Jahre lang wie in einer Art air-conditioning gelebt, besonders in Deutschland, was es uns erlaubte, von vielen Fährnissen der Welt kaum Kenntnis zu nehmen, außer auf moralisch-theoretische Weise. Wir waren central front-orientiert und bis zu einem gewissen Grade vergangenheitsorientiert in dem Sinne, daß wir meinten, die wirklichen Gefahren seien mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eingesargt und abgeschlossen.

Selbst das außenpolitische Denken ist in diesem Lande ja nicht nur abhanden gekommen, sondern geradezu unter Verdacht gestellt worden. Das zeigt sich an der Entwicklung der Sozialwissenschaften oder der Geschichtswissenschaft. Wo es dennoch geschah, wurde es als Ablenkung von den eigentlich wichtigen Aufgaben der Innenpolitik und als Selbstkritik denunziert. Dies rächt sich jetzt.

Gegenwärtig fühlen sich bei uns alle überfordert, Wähler wie Gewählte, nicht zuletzt auch die Medien. Keiner ist auf die neuen Weltentwicklungen eingestellt. Hinzu kommt, daß wir uns in einer Rezession befinden, die naturgemäß die innere Agenda stark in den Vordergrund rückt. Allein die Tatsache, daß Deutschland beim Pro-Kopf-Einkommen vom dritten auf den zwölften Platz in der Welt zurückgefallen ist, läßt Verteilungskämpfe wahrscheinlicher werden, wie sie dieses Land weder in seinem westlichen noch in seinem östlichen Teil in den letzten vierzig Jahren durchgemacht hat.

Das heißt, sowohl außenpolitische wie auch innenpolitische Entscheidungsanforderungen kommen auf uns zu, denen wir momentan kaum gewachsen sind, ja deren Dimension wir außenpolitisch noch gar nicht richtig wahrnehmen.

Unser politisches System hat vierzig Jahre lang außerordentlich gut funktioniert, weil es auf Konsens und Kompromiß angelegt ist, was politische Führungs- und Entscheidungsfähigkeit im Grunde dämpft, wenn nicht gar verhindert. Es wird immer in Koalitionen regiert, schwierige Entscheidungen werden an das Bundesverfassungsgericht abgegeben. Ganz schwierige Entscheidungen wie die Währung liegen sowieso bei der Bundesbank. Die Bundesländer haben ein erhebliches Vetopotential. Kurzum, es ist ein System, das in freundlichen Wetterlagen hervorragend funktioniert. Niemandem wurde genommen, fast allen wurde gegeben.

Große Fragen der Außenpolitik, nachdem in den fünfziger Jahren einmal die grundsätzliche Richtungsentscheidung gefallen war, haben sich kaum noch gestellt. Auch die Ostpolitik bestand im wesentlichen in einem - allerdings positiven - Mitgehen im westlichen Verbund. Die Öffnung nach Osten war im Westen massiv angemahnt worden. Und in der Raketenkrise der achtziger Jahre hätten wir schon die Stellung unseres Landes erheblich gefährdet, wenn wir da nicht mitgemacht hätten. Die großen Fragen der Außenpolitik, gar von Krieg und Frieden, blieben vollkommen abstrakt. Das Land befand sich gewissermaßen auf dem moralischen Hochsitz, von dem aus es das Weltgeschehen betrachten und beurteilen konnte. Das hat sich, nach der Wiedervereinigung, radikal verändert, und darauf sind wir wenig vorbereitet.

Herr Senghaas hat bereits angedeutet, worauf wir uns außenpolitisch einstellen müssen. Die sowjetische Erbfolge vor allem, die noch in keiner Weise abgeschlossen ist und wo die eigentlichen Verteilungskämpfe wahrscheinlich noch bevorstehen. Ob sich China auf Dauer stabilisiert oder durch seine großen inneren Gegensätze zersprengt wird, ist offen. Das gleiche gilt für Indien. Im islamischen Krisenbogen gibt es tödliche Gegensätze. Und die Kluft zwischen Fundamentalismus und Säkularismus verschärft sich von Tag zu Tag.

Hinzu kommt aus dem Erbe der Sowjetunion eine Waffenproliferation, die wir nicht mehr kontrollieren oder nur noch mit Mühe im nuklearen Bereich. Und schließlich sind die großen Bevölkerungsexplosionen und Völkerwanderungen im Gang. Im Grunde macht sich niemand bei uns so recht klar, was es bedeutet, daß sich die Menschheit jährlich um hundert Millionen Menschen - diese Zahl nennt die UNO - vermehrt.

Aus all dem kommen Belastungen auf uns zu, die wir nicht durch Wegschauen oder Weitermachen bewältigen können.

Was ist angesichts dieser Lage zu tun? Vor allem wäre es wichtig, die innenpolitische Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit wiederzugewinnen, um den Gefährdungen im Innern und von außen angemessen begegnen zu können. Das bedeutet auch, daß bei den politischen Parteien erneut Konsens- und Kompromißfähigkeit, und zwar auf höherer Ebene als bisher, gefordert sind. Das wird ohnehin notwendig sein, wenn die nächsten Wahlen ein Ergebnis bringen, das große Koalitionen unausweichlich macht in verschiedenen Ländern und im Bund.

Des weiteren müssen wir unsere Bündnisfähigkeit pflegen. Bei aller vielleicht berechtigten Kritik am Vertrag von Maastricht: Wenn der politische Grundgedanke einer europäischen Einigung verlorengehe, wären die Folgen besonders für unser Land außerordentlich nachteilig.

Dazu gehört im übrigen auch, daß wir unsere außenpolitische Glaubwürdigkeit wieder herstellen. Wir können nicht ein deutsch-französisches Corps ins Leben rufen und gleichzeitig die Einsatzmöglichkeiten derart beschränken, daß es kaum einen Sinn macht - außer vielleicht, die Franzosen wieder an die NATO heranzuziehen. Dieses Land mit achtzig Millionen Einwohnern kann

sich seiner außenpolitischen Verantwortung nicht entziehen angesichts seiner weltweiten Interessen und Abhängigkeiten.

Was die Vereinten Nationen angeht, die Frau Vollmer so gern zum Instrument weltweiter Friedenspolitik machen möchte, so ist die Weltorganisation vor allem dann kraftvoll tätig geworden, wenn ein Staat oder mehrere Staaten ihre nationalen Interessen ins Spiel bringen konnten und sich dafür die Legitimation der VN einholten. Alle anderen Aktionen - so nützlich sie immer sein mögen - bewegen doch nur wenig. Nicht die VN bewahrten den Frieden auf den Golanhöhen und anderswo.

Lefringhausen

Frau Vollmers Strategien gegen das Chaos fand ich zunächst sehr sympathisch, zumal ihr Krisenbegriff eher positiv besetzt ist - im Gegensatz zum üblichen Krisengejammer. Krisen sind nämlich auch Scheidewege, Wegegabelungen, Chancen für Reformen, für die uns in normalen, krisenärmeren Zeiten meist die politische Kraft fehlt.

Aber dann teilte uns Frau Vollmer mit, daß alles entschieden sei, und zwar negativ. Die Chancen seien verpaßt und der Kairos vorüber. Stimmt das? Sind wirklich schon alle Antworten auf die Herausforderung der Krisen gegeben worden? Hat nicht der Bericht des Club of Rome 1991 die engagierten Gruppen als Mitregierende zitiert? Ich habe erwartet, auch Frau Vollmer hätte ihre innovatorische Kraft erwähnt.

Statt dessen setzt sie ihre Hoffnung auf die UNO, auf Clinton und den politischen Generationenwechsel. Haben Sie die Gruppen bereits abgeschrieben? Wir brauchen solche Bewegungen. Unsere Zukunft hängt weitgehend davon ab, ob die Gruppen und die etablierten Institutionen halbwegs entfeindet werden und lernen, konstruktiver miteinander umzugehen. Können Sie sagen, warum eine solche Perspektive bei Ihnen fehlte?

Langer

Das Problem der objektiv gegebenen Gesellschafts- und Orientierungskrise hat aus meiner Sicht drei Dimensionen unterschiedlicher geographischer und zeitlicher Reichweite.

Die erste würde ich als die globale anthropologische Dimension bezeichnen. Der Mensch ist das einzige Lebewesen, das sich seiner Sterblichkeit und seiner Fortsetzung in seinen Nachfahren rational bewußt ist. Weil er ein denkendes Wesen ist, führt es bei ihm zu der durchaus verständlichen Bestrebung, die erworbene Macht und das erworbene Eigentum zu festigen und so zu etablieren, daß seine Nachfahren diesen "sozialen Besitzstand" übernehmen und ihn möglichst mühelos weiter ausbauen können. So ist nach und nach an Stelle des naturgegebenen Selbst- und Arterhaltungstriebes ausufernde Macht- und Besitzgier getreten.

Die zweite Dimension, die sich aus der ersten ableitet, ist zivilisationsbedingt. Die Menschen haben sich machthierarchische Herrschaftsstrukturen geschaffen, die die Erhaltung der etablierten Macht gewährleisten sollen. Das sind die pyramidenartigen Gesellschaftsgebilde, die seit vier- bis sechstausend Jahren zum Organisationsprinzip menschlicher Gemeinschaften geworden sind. An der Spitze steht stets ein Herrscher oder eine Herrschaftsgruppe, und darunter sind die ihrer Gewalt unterworfenen Untertanen. Derartige etablierte Herrschaftsstrukturen gibt es nirgendwo sonst in der Natur. Dabei meint etabliert: durch Normen und Machtmittel derart verfestigt, daß sich die dieser Struktur Unterworfenen ihr weder entziehen, noch wirksam widersetzen können.

Die dritte Dimension betrifft die strukturpolitische Entwicklung seit der Französischen Revolution, vor allem in Europa, also die Entstehung einer Herrschaftsstruktur aufgrund des repräsentativen Prinzips, zu deren letzter Ausprägung seit ungefähr 120 Jahren die moderne Parteiendemokratie wurde. Meine These ist, daß auch diese Herrschaftsstruktur jetzt ihren Niedergang erlebt, weil der Parteienstaat an demokratischer Legitimität verliert und handlungs- und funktionsunfähig wird. Diese Entwicklung halte ich für unumkehrbar.

Die meines Erachtens entscheidende Frage ist, ob es eine demokratische Alternative zum Parteienstaat gibt. Mit diesem Thema habe ich mich in den letzten zwei Jahrzehnten eingehend befaßt und glaube sagen zu können, daß eine parlamentarische Demokratie ohne Parteien nicht bloß möglich ist, sondern daß sie sich in absehbarer Zeit als unerläßlich erweisen wird, wenn das bereits stark ausgehöhlte parlamentarisch-repräsentative System nicht vollends versagen soll.

Hennis

"Orientierungskrise in Politik und Gesellschaft?" Das Fragezeichen ist wohl überflüssig; beide Referate haben deutlich gemacht, daß das Bewußtmachen dieser Krise die große politische Aufgabe ist.

Die Orientierung verlieren, heißt, nicht zu wissen, wo man sich befindet. Um sich orientieren zu können, braucht man Anhaltspunkte, den Leuchtturm, der einem hilft, die Position zu bestimmen.

Nun haben moderne "Gesellschaften" als solche keine Orientierung; sie kennen auch keine Orientierungskrisen. Denn es sind ja nicht die "Gesellschaften", die Verbindlichkeiten festlegen. Wer also kann in einem Gemeinwesen verbindliche Orientierung stiften, wer ist dazu berechtigt? Das liegt in jeder Gesellschaft ein wenig anders. Jacob Burckhardt spricht in den "Weltgeschichtlichen Betrachtungen" von den drei "Potenzen": Staat, Religion, Kultur als den maßgebenden Faktoren. Von diesen dreien ist in modernen Gesellschaften der Staat die einzige Institution, die mit Verbindlichkeit sagen kann, was für alle Gesetz ist. Die Religion hat diesen Anspruch sei langem eingebüßt. Auch von der Kultur wird man in nachständischen Gesellschaften keine verbindliche Orientierung mehr erwarten können. Kultur ist heute alles.

Wir sind uns sicher darin einig, daß die Stiftung von Verbindlichkeit unter solchen Umständen auch für den Staat immer schwieriger geworden ist. Das zeigt sich schon an den Parteien, die ja die eigentlichen Transmissionsriemen der sogenannten politischen Willensbildung sind. In Deutschland kommt erschwerend hinzu, daß sich bei uns besonders hartnäckig die "demokratiethoretische Legende" hält, die politische Willensbildung müsse sich in den Parteien "von unten nach oben" vollziehen. Historisch sieht das in der Regel ganz anders aus.

Ich erinnere an die große, geradezu homerische Darstellung über die Heraufkunft der politischen Parteien in der modernen Demokratie. Sie stammt nicht von Robert Michels, sondern von dem Russen Moise Ostrogorski. Ostrogorski schildert in seinem 1908, also vor Michels, erschienenen großartigen Buch, wie die alten Führungsschichten in England und in Amerika, mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht konfrontiert, ihre Führungspositionen auch unter den neuen Bedingungen bewahren wollen. Sie sind es, die die politischen Parteien von oben her organisieren, um sicherzustellen, daß die neuen Wähler auch an der richtigen Stelle ihr Kreuz machen.

Natürlich gibt es auch Willensbildung "von unten nach oben", aber im Regelfall äußert sich die als Protest der "Geführten" gegen ihre "Führer". Dann muß man sich eben neue suchen. "Basisdemokratie" ist eine intellektuelle Chimäre. Ich kenne kein Beispiel, wo sie funktioniert hätte. Und so sind im Prinzip unsere Parteien denn auch immer noch so organisiert, daß von den Führern "oben" erwartet wird, daß sie ihre Unterstützung von "unten" in der Hand behalten. Aber das funktioniert immer weniger. Im älteren Parteiwesen genoß die Parteiführung noch einen Teil der Dignität, die sich von den alten Führungsschichten ableitete. Dieser Bonus hat sich inzwischen verbraucht. Herr Lepenies hat auf die Unterschiede verwiesen, die in dieser Hinsicht zwischen Deutschland, England, Frankreich und auch Amerika bestehen. In England hat sich im Führungsanspruch der politischen Institutionen noch etwas vom Führungsanspruch der alten, durch Tradition und Geschichte legitimierten Führungsschichten halten können. Das verdampft vor unseren Augen. Genauso in Amerika. Die Verlagerung der politischen Statik vom Osten nach Westen geht mit dem Niedergang der alten politischen Eliten parallel.

Der deutsche Parteienstaat "demokratisiert" sich seit 1945 insofern, als für ihn, durchaus im Gegensatz zu den Parteien der Wilhelminischen Zeit, aber auch noch der zwanziger Jahre, die alten Honoratiorenschichten - also Adel, die hohe Beamtschaft, Kirche, Professoren - fast vollständig aus den Parlamenten verschwinden. Die Folge ist, daß die Autorität der Parteien heute von der Aura der alten Führungsschichten keinen Anspruch auf Nachachtung mehr geltend machen können. Im Vergleich zu England und Frankreich war das von Bismarck gegründete Reich schon immer durch die Schwäche seiner Führungsschichten charakterisiert. Ich erinnere an Max Webers und Joseph Schumpeters Analysen. Die alten Befunde haben nichts von ihrer Gültigkeit verloren.

Woher können dann Führung und Orientierung kommen? Daß wir sie dringend brauchen, kann ja kaum bezweifelt werden. Frau Vollmer fürchtet, der Kairos, die entscheidende Stunde, sei 1990 vertan worden. Aber warum soll diese Stunde nicht wiederkommen? Niemand kann das im voraus wissen. Die Stunde müßte ergriffen werden. Wir Menschen haben immer wieder die Möglichkeit, neu anzufangen. Hannah Arendt hat ihre ganze politische Philosophie auf dieser Möglichkeit des Menschen zum Neuanfang errichtet. Niemand weiß, wann wieder ein Kind in Bethlehem geboren wird. Zugegeben: Es muß auch erkannt werden, und nicht immer sind außer Schafen auch Hirten auf dem Felde, von dazukommenden Weisen ganz zu schweigen.

Vielleicht sind wir tatsächlich mit einer gewissen Blindheit geschlagen und wollen die große Herausforderung der Einheit gar nicht erkennen. Wie anders ist es sonst zu erklären, daß im

Einigungsvertrag die verfassungsrechtliche Verpflichtung auf diese Herausforderung gestrichen werden konnte. Jede Verfassung - nicht nur die demokratischen, sondern auch die älteren, ständischen Verfassungen - beginnen mit einer Präambel, einem Vorspruch, in dem zum Ausdruck gebracht wird, worum es eigentlich geht: also, einen "ewigen Bund" zu schließen; seine Einheit - mit Hilfe der beschlossenen Verfassung - zu "wahren", wie auch immer. In der Weimarer Verfassung hieß das: "Das deutsche Volk, beseelt von dem Willen, sein Reich in Einigkeit und Freiheit neu zu begründen, geeint in seinen Stämmen ... " und so weiter. Und in der Präambel zu dem vom Parlamentarischen Rat im Mai 1949 beschlossenen Grundgesetz heißt es: "Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk ... ", und dann werden die einzelnen Bundesländer aufgeführt.

Wem ist eigentlich aufgefallen, daß die Formel "unsere nationale und staatliche Einheit zu wahren" im Einigungsvertrag gestrichen worden ist? Jetzt geht es mit beseeltem Willen direktemang ins vereinte Europa hinein. Wen hat man mit dieser Streichung beeindrucken wollen? Wäre denn wirklich irgend jemandem damit gedient, wenn wir den Willen aufgeben würden, unsere nationale und staatliche Einheit zu wahren? Es können doch nicht achtzig Millionen Individuen so mir nichts, dir nichts nach Europa hineinmarschieren.

Engert

Herr Hennis hat unter anderem gefragt: Wer kann für diese Gesellschaft Verbindlichkeit stiften, und wie müssen Institutionen beschaffen sein, die die politische Kraft haben, solche Verbindlichkeit auch durchzusetzen? Antworten werden verlangt.

Glees

Aus einigen Beiträgen konnte man den Eindruck gewinnen, Großbritannien sei soviel besser dran als die Bundesrepublik Deutschland. Als Engländer bin ich da entschieden anderer Ansicht. Im Gegenteil, Großbritannien ist in mancher Hinsicht sogar schlechter dran als Deutschland.

Sie wissen, daß in der letzten Zeit das Ende der Geschichte proklamiert wurde - jene berühmte These Fukuyamas. Dies trifft sicher nicht zu. Aber was wir gegenwärtig erleben, ist ein Rückschritt in die Vergangenheit. Das heißt, eine bestimmte Art von Geschichte ist zu Ende gegangen, und wir versuchen anzuknüpfen bei einer älteren und sehr viel gefährlicheren Geschichte. In Deutschland hat man nach 1945 den Mut bewiesen, sich zu ändern, sich zu erneuern. Diesen Mut, die nationale Politik neu zu formulieren, haben Sie auch unter Willy Brandt erlebt. Vielleicht findet dies jetzt wieder statt im Verein mit einem Neubeginn in Amerika unter Clinton.

Großbritannien dagegen leidet heute richtig an seiner Geschichte. Aufgrund unserer Geschichte blicken wir immer zurück und scheuen uns, die Zukunftsfragen anzufassen. Und wenn Frau Vollmer das Versagen der SPD beklagt, dann reicht das Versagen der britischen Labour Party weiter zurück und ist sehr viel schwerwiegender. Weder die Parteien, noch der Staat und die Monarchie können sich erneuern: Prinz Charles, von dem gesagt wurde, er könne ein moderner Monarch werden, scheint seiner Modernisierung ebenfalls nicht gewachsen zu sein. Sein Problem ist zugleich das Problem aller Institutionen in Großbritannien: Es fehlt der Mut, sich von den alten Traditionen zu trennen.

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien erfaßt jetzt über drei Millionen Menschen. Dieser Tatbestand löst Ängste aus, die für die Gesellschaft enorm gefährlich werden können. Diese Ängste reichen bis in das Industriemanagement hinein und betreffen auch die Bürokratie, die Universitäten und alle anderen Institutionen. Überall fürchtet man um seinen Job. Diese Ängste können durchaus zu erheblichen politischen Unruhen führen. Die Lage in England ist also in der Tat ernst.

Die Probleme, die Sie in Deutschland mit Ihren Parteien haben, kennen wir in England ebenfalls. Es fehlt an einer wirklichen Opposition, und die Regierung versteht sich auch nicht gerade aufs Regieren, sondern ändert von Tag zu Tag ihre Politik. Mein Eindruck ist jedenfalls, daß wir um die Zukunft der Demokratie in unserem Lande bangen müssen.

Wie könnte eine Lösung der Probleme der modernen Demokratie erreicht werden? Zunächst, meine ich, sollte man versuchen, die Bürger wieder in den politischen Prozeß hereinzuholen. Das ließe sich wahrscheinlich besser mit einem republikanischen Präsidenten erreichen als durch eine kranke Monarchie, die den Gefühlen der Bevölkerung doch sehr fern steht. Die Menschen, insbesondere die jungen Leute, vermissen in der Politik Moral und Ideale. Meine Studenten geben sich jedenfalls sehr idealistisch. Was sie vor allem bemängeln, ist das Versagen der großen aus der Nachkriegszeit entstandenen europäischen Idee. Wenn Frau Vollmer sich gegen ein eurozentrisches Denken wendet,

dann würde ich im Gegenteil sagen, daß wir sehr viel stärker eurozentrisch sein sollten unter Betonung unserer Gemeinsamkeiten als Westeuropäer. Dafür ist die Jugend durchaus aufgeschlossen.

Deswegen ist eine gemeinsame europäische Außenpolitik so wichtig. Da stimme ich mit Herrn Stürmer überein. In bezug auf Jugoslawien hat die Europäische Gemeinschaft in der Tat versagt. Insofern würde ich auch die Überlegungen von Frau Vollmer unterstützen, in Europa eine Art Friedenscorps aufzustellen, zum Teil mit starken polizeilich-militärischen Kräften, aber auch mit Leuten, die, wie unter Kennedy, sich nicht militärisch engagieren, sondern freiwillige Friedensdienste in den neuen europäischen Staaten leisten wollen. Vielleicht könnte man auf diese Weise vor allem die jungen Menschen wieder in die großen politischen Prozesse integrieren.

Hirsch

Was Ihre letzte Bemerkung angeht, Herr Hennis, so würde sich mein Bedenken nicht gegen die Umformulierung der Präambel richten; aber Sie haben zweifellos recht, daß wir es bisher versäumt haben, unser Verhältnis zu Europa und zur internationalen Völkergemeinschaft neu zu definieren. Wir reden zwar von größerer Verantwortung, die wir übernehmen müßten, ohne aber zu sagen, gegenüber wem, mit welchen Mitteln und mit welcher Zielsetzung. Was beispielsweise den Einsatz der Bundeswehr angeht, so findet so gut wie keine wirklich politische Diskussion darüber statt, wo denn eigentlich unsere eigenen Interessen liegen. Das ist eine geradezu gespenstische Diskussion, die wir führen.

Frau Vollmer mahnt den Generationenwechsel an, der in gewissem Sinne unvermeidlich ist, auch wenn wir nichts dazu tun. Man braucht sich ja nur unser Alter anzusehen. Worauf es mir aber in diesem Zusammenhang ankommt, ist, daß zum Generationenwechsel auch Kampf gehört. Die Jüngeren dürfen nicht erwarten, daß eines Tages die drei schwarz gekleideten Männer kommen und sie fragen, ob sie die Macht übernehmen wollen. In der Politik muß man dafür notwendigerweise selber kämpfen.

Ich bin mir auch gar nicht so sicher, Frau Vollmer, daß die Fähigkeit, Visionen zu entwickeln und glaubwürdig zu vertreten, in jüngeren Jahren eher anzutreffen ist. Ich stimme Ihnen indes zu, daß es mit den Visionen bei uns zur Zeit etwas dünn bestellt ist. Und ich frage mich, ob die Art, wie wir Politik betreiben, also die Hierarchisierung von Parteien und Parlament, mit dazu beiträgt, daß wir - ohne es abschätzen zu meinen mehr Politbeamte hervorbringen als Visionäre.

Nun stimmen Frau Vollmer und Herr Lepenies darin überein, daß die Entpolitisierung der Gesellschaft, also die Flucht ins Private, weit verbreitet ist. Der Staat wird als eine Art Dienstleistungsunternehmen betrachtet, das für alles die Verantwortung zu tragen hat. Der Bürger ist zur Übernahme von Verantwortung immer weniger bereit, sondern schiebt den Politikern oder dem Staat diese Rolle zu. Die Ursache dafür sehe ich unter anderem in der weitverbreiteten Überzeugung, daß die staatlichen Institutionen immer weniger in der Lage sind, die Probleme zu lösen, die den Menschen auf den Nägeln brennen. Deshalb zieht sich der einzelne immer mehr auf sein eigenes privates Leben zurück.

Herr Lepenies fragte zu Beginn seines Referates mit Tocqueville: Stehen wir an einer Epochenschwelle, oder erleben wir nur eine historische Episode? Mein Eindruck ist, daß wir vor einer völlig neuen Epoche unserer Geschichte stehen, vergleichbar der Zeit am Ende des Dreißigjährigen Krieges. Jetzt endet eine Epoche, die vor 150 Jahren anfing. Damals begann in Europa als Folge der entstehenden Industrialisierung eine leidenschaftliche Auseinandersetzung darüber, welcher Freiheitsbegriff und welcher Begriff von Individualität die Gesellschaft bewegen, und zwar im kulturellen Bereich ebenso wie im wirtschaftlichen. Diese Auseinandersetzung, die die europäische und die Weltgeschichte über 150 Jahre geprägt hat, ist jetzt beendet, nicht kraft höherer Einsicht, sondern durch den Zusammenbruch des Ostblocks.

Mich überrascht, daß der Westen, der sich mit der Entfaltung der wirtschaftlichen Möglichkeiten durch die Freisetzung der individuellen Antriebskräfte durchgesetzt hat, sich sträubt, die ihm zufallende Erbschaft zu übernehmen. Ich kann jedenfalls nicht erkennen, daß wir uns entschieden bemühen, den östlichen Gesellschaften unsere politischen, wirtschaftlichen und geistigen Grundüberzeugungen wirklich nahezubringen. Statt dessen sehen wir eher gelassen zu, wie diese Staaten mehr und mehr in einen ökonomischen Verfall geraten.

Vielleicht erklärt sich unsere Zurückhaltung aber auch aus der Befürchtung, daß sich mit einer weltweiten Ausdehnung unseres Wirtschafts- und Denksystems einige Probleme geradezu katastrophenhaft verschärfen werden. Das betrifft etwa das bisher völlig ungelöste Verhältnis von Wachstum und Ökologie, angefeuert durch ein System der Energieerzeugung, das wir in den

westlichen Industriestaaten seit über einhundert Jahren immer weiter ausgebaut haben, ohne die absolut notwendige Änderung dieses Systems bisher auch nur ernsthaft zu erwägen, geschweige denn in Angriff zu nehmen. Als weiteres Grundproblem nenne ich das Bevölkerungswachstum, das ohne jede Frage begrenzt werden muß. Welche sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen dies möglich machen könnten, dazu hat man ebenfalls noch keine Vorstellung entwickelt. Und drittens erwähne ich die Frage nach der künftigen Weltordnung. Wird sie durch eine Art Völkerbundstruktur geprägt werden, oder erleben wir die Weltherrschaft durch einen Staat, der die Weltordnung nach seinem Bilde formt?

Zu allen diesen Kernfragen unserer künftigen Entwicklung vermag ich bisher keinerlei überzeugende Visionen zu erkennen, die aber notwendig sind, wenn wir die entsprechenden politischen Konsequenzen bewirken wollen. Was wir brauchen, ist gesellschaftlicher Konsens über die Richtung der politischen Entscheidungen, die man treffen will. Anderenfalls wird die allgemeine Unsicherheit noch erheblich zunehmen. Ich sehe aber nicht, daß wir uns darum auch nur ansatzweise bemüht haben. Wie wollen wir dann erwarten, daß beispielsweise die Einsicht bei den Menschen wächst, daß es darauf ankommt, zukünftig stärker zu teilen, und zwar aus ganz egoistischen Gründen, weil anderenfalls unser Überleben gefährdet ist?

Göhner

Die Politikabstinenz, von der Herr Lepenies sprach, und die drohende Unregierbarkeit der Gesellschaft, die Frau Vollmer befürchtete, haben ihre Ursache möglicherweise in der Tat in einem veränderten Freiheitsverständnis, wie Herr Hirsch eben erwähnte. Die Menschen wenden sich ab vom Politischen, vom Öffentlichen, von der Gemeinschaft und ziehen sich in die Privatheit zurück. Darüber klagen sämtliche gesellschaftlichen Großorganisationen. Nehmen Sie die politischen Parteien, die Gewerkschaften oder die Kirchen, die zunehmend an Autorität und Anziehungskraft verlieren und deren Mitgliederzahlen schwinden. Das gilt übrigens nicht nur für die Bundesrepublik, sondern zumindest für Westeuropa, wenn nicht sogar für die ganze westliche Welt.

Nun ist nicht zu verkennen, daß eben dies auch die gesellschaftlichen Integrationskräfte sind, die erheblich zurückgehen, während an den Rändern der Gesellschaft die politisch Extremen stärker werden. Dieser Rückzug in die Privatheit, diese Tendenz zum Egotrip in unserer Gesellschaft, scheint seine Ursache vor allem in dem gewandelten Freiheitsverständnis zu haben, das immer einseitiger den individuellen Freiheitsanspruch betont. Dies ist sicher auch eine Folge der gewachsenen Optionsmöglichkeiten und der größeren Freiheitsräume mit ihren entsprechenden materiellen wie gesellschaftlichen Voraussetzungen für den einzelnen. Diese Entwicklung ist an sich sehr zu begrüßen. Ich denke nur an positive Veränderungen hinsichtlich der Stellung der Frau in unserer Gesellschaft.

Mit der einseitigen Betonung der individuellen Freiheit tritt jedoch zugleich die enge Beziehung von Freiheit und Verantwortung zurück. Hier scheint mir der entscheidende Grund für die Orientierungskrise zu liegen. Herr Lepenies sprach in diesem Zusammenhang von Absenzdemokratie. Das heißt, die Menschen gehen davon aus, die bürgerlichen Freiheiten könnten durch politische Abstinenz gesichert werden. Ich meine, was wir dringend brauchen, ist ein Diskurs über den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung, nachdem 1992 der Begriff "Politikverdrossenheit" geradezu zum Wort des Jahres avancierte, was nicht ohne Folgen für das öffentliche Bewußtsein geblieben ist. Es reicht jedenfalls nicht aus, nur die Negativerscheinungen der gesellschaftlichen Großorganisationen festzustellen.

Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß das einseitige und überzogene Freiheitsverständnis zu einer Krise in unserer Gesellschaft geführt hat, in der die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung rapide zurückgegangen ist. Dies geschieht in einer Zeit - und hier knüpfe ich an die Aussage von Herrn Senghaas an;- , in der eine zunehmende Politisierung immer weiterer Lebensbereiche, vor allem in den Wirtschafts- und Sozialsektoren, stattfindet, während die Zahl der Verantwortungsträger, die bereit sind, die damit verbundenen Belastungen zu übernehmen, mehr und mehr zurückgeht. Hier sehe ich eine unmittelbare Gefahr für die Unregierbarkeit der Gesellschaft.

Dies läßt sich gut an einer aktuellen Problemstellung exemplifizieren. Nehmen Sie das Beispiel der Pflegeversicherung. Im Grunde genommen besteht nicht nur zwischen den Parteien - ob Regierung oder Opposition;- , sondern auch unter den Sozialpartnern Einigkeit darüber, daß ein solches Risiko, das jeden von uns betreffen kann, solidarisch abgesichert werden muß. Zugleich ist auch allen Beteiligten klar, daß wir an den Grenzen der Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens angelangt sind. Herr Stürmer hat zu Recht darauf verwiesen, daß die Bundesrepublik keineswegs mehr zur Spitze der wohlhabendsten Länder in der Europäischen Gemeinschaft zählt, sondern in den letzten

Jahren - durch die Vereinigung - erheblich nach Pro-Kopf-Einkommen und Bruttowertschöpfung - im internationalen Vergleich abgerutscht ist. Wir können also auch in der Sozialpolitik nicht einfach so weitermachen wie bisher, sondern müssen hier eine Umsteuerung vornehmen.

Dieser Umbau des Sozialstaates ist eine eminent wichtige politische Aufgabe, deren Ziel es sein müßte, daß der einzelne Bürger bestimmte Risiken, die wir bisher staatlicherseits absichern, jetzt eigenverantwortlich wahrnimmt - wozu er aufgrund der gestiegenen Einkommen und Vermögen auch sehr wohl in der Lage ist;- , damit diejenigen Risiken, die der einzelne nicht allein tragen kann, wie eben die Pflege, gemeinschaftlich abgesichert werden können.

Was geschieht aber tatsächlich? In dieser auf Egotrip befindlichen, >>Ellenbogengesellschaft" konzentriert sich jede Gruppe auf die Verteidigung der eigenen Besitzstände. Hinzu kommt, daß der größte Teil der im sozialen Bereich verfügbaren Mittel gar nicht mehr in der Disposition des Staates, sondern - aus guten Gründen in der Hand der Sozialpartner liegt. Wenn dann seitens der Politik dazu aufgerufen wird, die Finanzierung der solidarischen Absicherung des Pflegerisikos dadurch zu ermöglichen, daß wir beispielsweise Abstriche beim Jahresurlaub machen oder auf irgendeinen Feiertag verzichten, dann sind die Betroffenen natürlich strikt dagegen. Das heißt, wir Politiker müssen feststellen, daß eine Umsteuerung der Sozialsysteme der Politik weitgehend verwehrt ist, weil diese Systeme - wie gesagt: aus guten Gründen - gar nicht mehr dem parlamentarisch gesetzgeberischen Bereich unmittelbar unterliegen. Von daher könnte die Unregierbarkeit der Gesellschaft drohen.

Deshalb betone ich noch einmal: Was wir dringend brauchen, ist weniger die Fortsetzung der öffentlichen Diskussion über Politik- und Parteiverdrossenheit - so wichtig diese war;- , als vielmehr eine neue Debatte über den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung.

Engert

Die Frage, die Herr Hennis angestoßen hat und die im Augenblick unsere Diskussion bestimmt, lautete: Wie können wir neue Verbindlichkeiten in unserer Gesellschaft schaffen, und wie kann die politische Kraft neu organisiert werden?

Wir haben in dem Zusammenhang gesehen, daß die Feststellung von Herrn Senghaas: Die Politisierung der Gesellschaft hat dramatisch zugenommen, gar nicht im Widerspruch zu der Tendenz eines Rückzugs in die Privatheit steht, weil diese eben mit einer ständig wachsenden Anspruchshaltung an die Politik einhergeht. Dieses Phänomen findet sich übrigens nicht nur in den westlichen, sondern ebenso in den östlichen Gesellschaften. Auch dort gibt es einen Rückzug in die Privatheit - der aber andere Ursachen hat als bei uns - bei gleichzeitig wachsender Anspruchshaltung an die Politik, die alles regeln soll.

Stürmer

Ein Wort zu den Medien, über deren Rolle in der Tat kritisch zu reden wäre. Die Politiker sind dazu offensichtlich nicht bereit, da sie vor den Medien übergroßen Respekt haben. Wenn aber das Fernsehen die Qualität der Sendungen nurmehr an Einschaltquoten orientiert, dann wird es auch für die Politik immer schwieriger, für die notwendigen Entscheidungen öffentliche Unterstützung und Verständnis zu finden. Die Medien, die angeblich von den Politikern derart exzessiv kontrolliert werden, daß ihre kostbare Tugend ständig in Gefahr ist, machen es den Politikern jedenfalls nahezu unmöglich, jene Einsichten zu vermitteln, derer es bedarf, um mit den großen Herausforderungen fertig zu werden, auf die ich vorher hingewiesen habe. Darin sehe ich eine der bedenklichsten Entwicklungen in unserer Gesellschaft.

Ich erwähnte, daß Jahr für Jahr die Weltbevölkerung um circa einhundert Millionen Menschen zunimmt. Die Konsequenzen können nicht primär auf die Mitleidsebene verlegt werden, sondern betreffen die Welt- und Staatenordnung elementar. Die Betroffenheitsrhetorik hilft keinem Hungernden; die Entrüstung rettet keinen Verdurstenden.

Über solche Fragen müßte eine öffentliche Diskussion stattfinden zwischen Bürgern und Politikern. Das ist aber nur möglich, wenn die Medien bereit sind, hierbei eine tragende und verantwortungsvolle Rolle zu übernehmen. Tatsächlich aber fühlt sich das Fernsehen total überfordert; denn die Szenen sind nicht unterhaltsam. Aber wer hilft den Leuten, mit den Bildern fertig zu werden, und wo ist der politische Diskurs über Ursachen und Folgen?

Bräunig

Sehen Sie irgendwelche Mechanismen, wie dieser öffentliche Dialog über die Medien zu organisieren ist?

Kühnhardt

Wie können wir neue Verbindlichkeiten schaffen? Eine schlagwortartige Antwort wäre: indem wir das Bewußtsein für eine pragmatische Moralität stärken. Was uns nicht weiterhilft, sind pathetische Diskussionen über Gemeinwesen, Gemeinwohl und die Gestaltung der Zukunft, sondern konkrete Überlegungen, wie sich moralische Forderungen in praktische Politik umsetzen lassen. Dazu müssen wir die Institutionen miteinbeziehen und nicht nur dem Moralisieren frönen.

Ob wir einen Epochenwechsel oder nur eine historische Episode erleben, hat Herr Lépenles gefragt. Victor Hugo hat in "Les Misérables" geschrieben, Revolutionen zeichneten sich dadurch aus, daß sie vom Künstlichen zum Wirklichen zurückkehren. Genau das erleben wir heute: Die Zeit des Ost-West-Konfliktes war im Bewußtsein der meisten Menschen geprägt von der Künstlichkeit des Primats der Außenpolitik: Nachrüstungsdebatte, Ost-West-Strategiefragen, all dies blieben für die Mehrheit der Menschen doch sehr akademische Diskussionen, allenfalls "erlebbar" bei Demonstrationen in Mutlangen und bei ähnlichen Anlässen. Die außenpolitische Bewältigung des OstWest-Konfliktes gibt den Blick frei auf die Grenzen der Demokratie im Innern, und diesem Thema können wir jetzt nicht mehr ausweichen.

Herr Stürmer hat zu Recht darauf hingewiesen, daß in Deutschland die unterschiedlichen Erfahrungen, die Ost und West in den letzten vierzig Jahren gemacht haben, zusammentreffen. Unsere Diskussionsrunde spiegelt dies - wie sooft - nur ungenügend wider; auch hierüberwiegen eher die Westererfahrungen, während die gesellschaftliche Debatte in Ostdeutschland doch andere Themen umfaßt. Aber ich vermute, wir werden von den ostdeutschen Teilnehmern dazu noch einiges erfahren.

Mein Eindruck ist, daß der politischen Diskussion in Ostdeutschland bisher ein Zentrum fehlt. Deshalb erscheint dort auch das politische System, nicht zuletzt das Parteiensystem, noch instabil, was an sich nicht verwunderlich ist, weil es nicht eigenständig gewachsen, sondern zunächst vom Westen her aufgesetzt worden ist. Das Neue ist im langsamen, zuweilen schmerzhaften Aufbau. Neue Legitimität entsteht erst allmählich.

Im Westen erleben wir aus gegenläufigen Gründen abnehmende Politikzustimmung, Vorbehalte und Ängste angesichts eines dramatischen gesellschaftlichen Veränderungsprozesses, der auch unsere Institutionen mit in einen Strudel reißen und das durchaus stabile Zentrum erschüttern könnte. Die Konsequenzen der Revolution in Osteuropa werden sich unvermeidlich auch im Westen niederschlagen, insbesondere in Westdeutschland, das mit den ostdeutschen Erfahrungen unmittelbar konfrontiert wird und zu Veränderungen bereit werden muß.

Herr Lepenies sprach von der Absenzdemokratie. Auch in dieser Hinsicht sind die Ursachen im Westen und Osten ganz unterschiedlich. In Ostdeutschland wie in Osteuropa war die Diskussion über die civil society geprägt von der Auseinandersetzung gegen den totalitären Staat und trug geradezu antipolitische Züge. Man wollte sich von der totalen Verpolitisierung aller Lebensbereiche und der allmächtigen Umklammerung durch den Staat befreien, indem man die Wiederherstellung einer autonomen Gesellschaft betrieb. Im Westen dagegen ist heute mit civil society oft eine Entinstitutionalisierung, ein Rückzug aus den Institutionen gemeint, der durchaus problematisch ist. Diese Entwicklung bewegt sich auf einer ganz anderen Ebene als der Kampf gegen die einstigen spätotalitären Institutionen in Osteuropa.

In der Tat erwartet man bei uns von der Politik viel zuviel. Sie ist in gewissem Sinne zu einer Art Religionsersatz geworden und soll Sinnfragen beantworten, wozu sie gar nicht in der Lage ist. Der Grund dafür liegt natürlich nicht zuletzt darin, wie Herr Hennis sagte, daß die anderen "Potenzen" in der Gesellschaft - Religion, Kultur;-, die Verbindlichkeit erzeugen sollten, dafür, zumindest gegenwärtig, weithin ausgefallen sind.

Tocqueville, auf den Herr Lepenies rekurrierte, hat die Stärke der amerikanischen Demokratie an einigen konkreten Institutionen festgemacht. Die Erinnerung an seine Überlegungen könnte uns einige Hinweise geben, wenn wir die Frage: "Wie kann wieder mehr Verbindlichkeit bei uns hergestellt werden?" zu beantworten suchen. So nahm Tocqueville beispielsweise Bezug auf das kommunale politische Leben in Amerika, das er als lebendige Stütze der Demokratie lobte. Gerade was unsere heutige kommunal-politische Struktur angeht, die Rolle, die die Kommunen in unserem föderalistischen System spielen, scheint mir einiges im argen zu liegen.

In wichtigen innenpolitischen Feldern werden die politischen Entscheidungen auf einer anderen Ebene gefällt als auf jener, die die finanziellen und anderen Konsequenzen hinterher tragen muß. Das zeigt sich besonders deutlich in der Asylfrage. Betroffen von den Auswirkungen der Entscheidungen in Bonn werden die Kommunen und die Menschen vor Ort. Die Kommunen aber sind schlichtweg

überfordert, mit diesen Problemen fertig zu werden. Hier zeigen sich bedenkliche Defizite in unserem föderalen System.

Ich nenne ein weiteres Beispiel: Der Bundestag hat den generellen Anspruch auf Kindergartenplätze beschlossen. Aufgabe der Kommunen ist es, diesen jetzt umzusetzen, wofür ihnen jedoch die Mittel fehlen. Entscheidungs- und Finanzierungsebene klaffen immer stärker auseinander.

Auf der anderen Seite erleben wir, daß Gemeindeparlamente, Stadträte Beschlüsse fassen - etwa über bestimmte kommunalpolitische Einrichtungen - und dann durch Proteste der Bürger gleichsam an die Wand gedrückt werden. Die Folge ist, daß kommunalpolitische Entscheidungen letztendlich an die Gerichte delegiert werden. Die "Bürgerbeteiligung" hat also auf der kommunalen Ebene oftmals nicht zu einem Mehr an Demokratie geführt, sondern im Gegenteil eher zu einer Delegitimierung der demokratischen Instanzen beigetragen. Die gesetzlich gewählten Repräsentationsorgane können die Aufgaben, zu denen sie legitimiert sind, häufig gar nicht mehr wahrnehmen, ohne einem "volksdemokratischen" Druck ausgesetzt zu sein.

Tocqueville sprach des weiteren die Rolle der Kirchen an, die in Amerika in der Tat sehr vital sind, auch in institutioneller Hinsicht. Man könnte sagen, daß Amerika ein religiöses, Deutschland aber ein theologisches Land ist. Bei uns sind die Kirchen im wesentlichen mit sich selbst beschäftigt und fallen als verbindlichkeitsstiftende Instanzen weitgehend aus. Das gleiche gilt für die Universitäten, die bei uns zu Bildungsbehörden verkommen sind.

Wie steht es in dieser Hinsicht um die Medien? Tocqueville hat seinerzeit daraufhingewiesen, daß die Medien ein wichtiger Faktor zur Stärkung des demokratischen Geistes in den Vereinigten Staaten sind. Auch davon kann bei uns kaum die Rede sein. Denn die Medien, zumal die elektronischen, verstärken im wesentlichen jene Elemente, die Herr Schulze unter dem Begriff der "Erlebnisgesellschaft" subsumiert hat. Die Medien tragen kaum etwas dazu bei, um die großen innen- und auch außenpolitischen Aufgaben, vor denen wir stehen, ins öffentliche Bewußtsein zu bringen. Mit der Art von Talkshow-Demokratie, die sie mehr und mehr verkörpern, ist das jedenfalls nicht zu leisten.

Lassen Sie mich abschließend noch eine etwas provokante These in die Debatte werfen. Ich frage mich, ob wir auf die Dauer um eine Änderung unseres Wahlrechts herumkommen. Der permanente Zwang zu Koalitionskompromissen bewirkt auf der politischen Ebene notwendigerweise eine Art Entinstitutionalisierung. "Elefantenrunden" sind im Grundgesetz nicht vorgesehen; aber sie sind die zwingende Konsequenz dieser Koalitionspolitik. Eine Änderung des Wahlrechts nach angelsächsischem Vorbild würde zwar die Polarisierung in der Politik verschärfen, zugleich aber die Handlungsfähigkeit der jeweiligen Regierung stärken und damit auch die Verantwortlichkeit klarer herausstellen. Zu Recht wird bei uns beklagt, daß die Politik aus dem Bundestag ausgezogen ist und sich einseitig in die Exekutive - und in "Koalitionsrunden"-verlagert hat. Hier hilft möglicherweise nur eine grundlegende Strukturänderung, wie sie die Einführung des Mehrheitswahlrechts bewirken würde. Damit könnten wir vielleicht auch der allseits festgestellten Politikverdrossenheit entgegenwirken, indem große Parlamentsdebatten und Politik in der Polarisierung wieder lebendiger, packender würden.

Schmidt

Ich glaube nicht, daß die Handlungsfähigkeit der Regierung durch eine Wahlrechtsänderung gestärkt würde, Herr Kühnhardt. Sehen Sie sich England an. Ich habe nicht den Eindruck, daß dort die politische Handlungsfähigkeit wesentlich größer ist als bei uns.

Hirsch

Als Liberaler fühle ich mich beim Mehrheitswahlrecht natürlich besonders herausgefordert. Dies würde bei uns dazu führen, die Herrschaft durch Minderheiten, die tendenziell immer als Gefahr vorhanden ist, noch zu verstärken und gleichzeitig durch die Ausschaltung der kleineren politischen Gruppierungen den heilsamen Zwang zum Kompromiß zu verringern. Die Folge ist dann nicht ein größerer Konsens, sondern mehr Konfrontation. Ich halte das im Sinne einer demokratischen Entwicklung nicht für wünschenswert.

In den Vereinigten Staaten mit ihren zwei Parteien, die nicht weltanschaulich orientiert sind, sondern andere Wurzeln haben, mag das anders gehen, zumal dort aufgrund der sehr viel größeren geographischen Einheiten alle Politik mehr lokalen Charakter hat.

Zum anderen kann ich Ihnen auch nur entschieden widersprechen, Herr Kühnhardt, wenn Sie sagen, die Bürgerbeteiligung im kommunalen Bereich habe nicht mehr Demokratie bewirkt, sondern eher zur

Delegitimation kommunaler Entscheidungen beigetragen. Wenn die Kommunalpolitiker in einem Bereich, der die Lebensverhältnisse der Bürger direkt betrifft, Obrigkeit spielen wollen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn sie in Schwierigkeiten geraten. Da ist eine enge Rückkoppelung mit den Bürgern unumgänglich. Anderenfalls sollte man sich nicht in die Politik begeben.

Schmidt

Ich möchte zunächst eine kleine Vorbemerkung machen, ohne ins Esoterische ausweichen zu wollen: Nostradamus hat für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts den dritten Weltkrieg prophezeit, der in Europa stattfindet und mit chemischen und atomaren Waffen ausgetragen wird. Ich meine, wir müssen wohl etwas tun, damit diese Prophezeiung nicht eintritt.

Herr Hirsch hat gesagt, was uns heute fehlt, sei eine Vision, um mit den großen Problemen, vor denen wir stehen, fertig zu werden: Überbevölkerung und Umweltzerstörung, die wesentlich mit der Art unseres bisherigen Wirtschaftens zusammenhängen. Wohin ich auch komme, überall wird der Ruf nach einer Vision laut, so wie sie beispielsweise noch Willy Brandt gehabt hat. Aber es wird dann gleich hinzugefügt - und das scheint mir typisch für unsere gegenwärtige Haltung zu sein; -, natürlich müsse es eine positive Vision sein. Und was ist, bitte schön, eine positive Vision? Nun, das ist eine, die all unsere Probleme löst, ohne daß wir selber etwas dafür leisten müssen. Darauf kann ich dann nur antworten: Eine solche positive Vision zu liefern, bin ich nicht in der Lage, weder allein noch im Verein mit anderen.

Womit wir gegenwärtig in der Politik vollauf beschäftigt sind - und dies höchst unzulänglich; -, ist die Abwehr all jener kleinen alltäglichen Gefahren, und zwar nur insoweit sie unser Land betreffen. Die großen Menschheitsprobleme, die Herr Hirsch genannt hat, kümmern uns im Prinzip so gut wie überhaupt nicht. Der Grund dafür liegt sicher nicht zuletzt darin, daß wir alle wissen, diese Probleme lassen sich mit unseren nationalen Instrumentarien nicht lösen. Dazu bedürfte es gemeinsamer internationaler Anstrengungen, möglichst im Weltmaßstab.

Gegen die drohende weltweite Überbevölkerung läßt sich von Deutschland aus nichts tun. Dafür reicht nicht einmal die Europäische Gemeinschaft aus. Genausowenig sind wir Deutschen in der Lage, unsere westliche Art des Wirtschafts- und Lebensstils aus eigenem Entschluß zu ändern. Und ob die Europäische Gemeinschaft dafür etwas Sinnvolles tun könnte, ist auch noch die Frage. Mit nationalen Instrumentarien internationale Probleme zu lösen, das alles sind vergebliche Versuche.

Die Vereinheitlichung von landwirtschaftlichen Zugmaschinen auf EG-Ebene mit 12 Seiten über die Ausführung von Traktorsitzen, das bekommen wir hin. Wenn es aber darum geht, auf europäischer Ebene wirksame Methoden auszudenken, um die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa einigermaßen gerecht zu verteilen, versagen wir und setzen dieses Thema nicht einmal auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien. Diese Beispiele ließen sich endlos fortsetzen.

Hinzu kommt, daß in unserer Bevölkerung gleichzeitig die Sehnsucht nach kleinen Einheiten, nach Überschaubarkeit wächst. Das heißt, die Menschen sind gar nicht bereit, sich auf die übernationalen Problemstellungen einzulassen und solche Überlegungen mitzuvollziehen. Der Rückzug auf die kleine Einheit und in die Privatheit signalisiert eine generelle Absage an so gut wie jede Art von Kollektivveranstaltung. Das betrifft nicht nur die politischen Parteien, sondern ist überall in der Gesellschaft festzustellen, von der freiwilligen Feuerwehr über die Sportverbände bis hin zu den Kirchenvorständen.

Zugleich ist damit eine Abkehr von Autoritäten verbunden. Diese Politik von oben nach unten - Herr Hennis hat daraufhingewiesen; -, mochte noch unter Willy Brandt möglich gewesen sein, heute ist damit kein Staat mehr zu machen; das funktioniert einfach nicht mehr. Liegt das an den heute handelnden Personen? Ich glaube nicht, daß die so viel schlechter sind, als jene früher waren.

Gegen diese Absage an jegliche Autorität weiß ich bisher kein Rezept. Wie soll Autorität wieder begründet werden? Was muß sich in der Gesellschaft ändern, damit neue, andere Autoritäten akzeptiert werden? Sicher, an vielen Stellen fehlt es an den geeigneten Institutionen. Außer den Parteien fällt mir jedenfalls kaum etwas ein, was in der Lage wäre, Demokratie zu organisieren, und natürlich können wir auf Parteien und Fraktionen nicht verzichten, wenngleich sich bei denen manches ändern muß und sie sich aus einigen Bereichen wieder zurückziehen sollten.

Wo ich ein ausgesprochenes Defizit feststelle, ist, daß wir es in diesem Lande nicht geschafft haben - weder von rechts, noch von links; -, in den vergangenen 40 Jahren den Begriff der Nation so zu definieren, daß die Menschen bei uns damit etwas anfangen können. Statt dessen überlassen wir dieses Thema irgendwelchen Rechtsextremen, denen nicht mehr dazu einfällt, als daß sie mehr oder weniger unartikuliert von sich geben, sie seien stolz darauf, Deutsche zu sein. Das bin ich irgendwo

auch, ohne eigentlich sagen zu können, warum. Die Linke hat in meinen Augen den Fehler gemacht, Nation mit Nationalismus gleichzusetzen. Den Konservativen ist es auch nicht gelungen, den Begriff mit Inhalt zu füllen. Darum kommen wir aber nicht herum, wenn wir der Sehnsucht vieler Menschen nach Überschaubarkeit Rechnung tragen wollen. Und anders können wir auch nicht nach Europa marschieren. Wenn wir die nationale Identität nicht hinbekommen, wird es kaum möglich sein, die internationalen Probleme erfolgreich anzugehen.

Antje Vollmer entwickelte die Vision einer Weltinnenpolitik. Das finde ich im Prinzip eine gute Sache, aber ich warne davor, sich in dieser Hinsicht Illusionen zu machen. Denn mit den Vereinten Nationen werden wir das zumindest in unserer Generation nicht zuwege bringen. Wenn ich mir nur vorstelle, daß 75 Prozent der in den Vereinten Nationen zusammengeschlossenen Staaten Diktaturen sind und sich aus unseren Begriffen von Demokratie nicht das Geringste machen, dann bin ich entschieden dagegen, wenn solche Institutionen über uns mitbestimmen. Ich will keinen Weltsicherheitsrat, der nur zu einem Drittel aus Vertretern demokratischer Staaten besteht und relevante Entscheidungen fällt. Wie dies zu lösen ist, weiß ich im Augenblick auch nicht.

Einer weiteren Illusion möchte ich vorbeugen, wenn bei uns immer wieder von "verpaßter Opferbereitschaft" die Rede ist. Wenn es diese Opferbereitschaft tatsächlich gegeben hätte, dann wäre es kaum möglich gewesen, sie nur dadurch zu zerstören, daß der Bundeskanzler oder wer sonst falsche Versprechungen gemacht haben. Meine Erfahrungen aus den letzten zwei, drei Jahren sprechen schlichtweg dagegen. Ich behaupte, diese Opferbereitschaft hat in Wirklichkeit nie bestanden.

Grimm

Die Frage ist, ob sie hätte erzeugt werden können.

Schmidt

Da stimme ich Ihnen grundsätzlich zu, Herr Grimm; aber ob das dann so schnell gegangen wäre, ist auch sehr fraglich.

Noch ein Wort zur 68er-Generation, der ich selbst angehöre. Diese Generation ist durch die großen Veränderungen der letzten Jahre total aus dem Gleis geworfen worden, und sie ist der neuen Herausforderung bisher in keiner Weise gerecht geworden. Im Grunde sehnt sie sich zurück nach der Zeit vor 1989, wo sie allmählich begann, sich für die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie - zumindest auf nationaler Ebene - zu engagieren. Und wir sollten uns nichts vormachen: Diese Leute wollen die Veränderungen eigentlich nicht. Sie hatten sich in der Welt vorher eingerichtet, und wenn jetzt von Integration Ostdeutschlands und Osteuropas die Rede ist, dann heißt das für sie: Die im Osten müssen sich uns im Westen anpassen. Die Bereitschaft, gemeinsam etwas Neues zu schaffen, haben sie nicht.

Ich meine, diese Generation, die 40 Jahre lang materiell und in ihren Lebensbedingungen unglaublich verwöhnt wurde, sollte endlich mit dem Gejammere aufhören und ihre Aufgabe erkennen und anpacken. Sonst verdient sie es nicht, daß ihr so etwas wie Macht und Verantwortung übertragen wird.

Es wäre unfair, wenn jetzt die ältere Generation klatschte.

Nur eine kleine Anregung zu dieser Diskussion. Ich halte es für wichtig, wenn in einen solchen Kreis nicht nur zwei Frauen eingeladen werden. Nicht, daß wir Frauen die klügeren oder die besseren Menschen sind, aber wir diskutieren solche Themen etwas anders als die Männer.

Engert

Frau Schmidt hat dankenswerterweise noch einmal auf das Nationalbewußtsein als ein essentielles deutsches Problem hingewiesen. Dieses Problem wird uns in den nächsten Jahren sicher ganz intensiv beschäftigen müssen. Denn wenn wir den existierenden Leerraum nicht füllen, wenn wir kein reflektiertes Nationalgefühl entwickeln, droht uns Nationalistisches und Chauvinistisches.

Rüttgers

Es ist sicher richtig, daß sich in einer Zeit großer Veränderungen oder Krisen - verstanden als Entscheidungssituationen - der liederliche Umgang mit Institutionen, den wir uns über viele Jahre geleistet haben, rächt. Ich weiß aber nicht, ob das Problem dadurch zu lösen ist, daß man versucht,

die Sehnsucht nach Stil und Symbolen zu befriedigen. Beide Referenten haben sich in dieser Richtung geäußert.

Meine Erfahrung ist vielmehr: Unsere Probleme resultieren häufig daraus, daß wir zu oft symbolische Politik gemacht haben, statt Entscheidungen in der Sache zu fallen. Um es überpointiert zu sagen: Die Welt verändert sich nicht dadurch, Frau Vollmer, daß ein Präsident und seine Gattin eine Nacht durchtanzen. Worauf es vielmehr ankommt, ist, daß wir unsere mitunter durchaus klugen und sorgfältigen Analysen dann auch in konkretes politisches Handeln umsetzen. Was die Menschen an den Parteien und Institutionen kritisieren, ist, daß sie immer wieder erleben: Es ist zwar alles in Bewegung, aber bewegen tut sich letztlich nichts.

Um auf Herrn Hirsch zurückzukommen: Es ist schon ein Phänomen, wie wir in der Bundesrepublik die uns derzeit bewegenden Themen angehen: Asylfrage, Bundeswehreinsetzung, innere Sicherheit. In allen drei Fällen fokussieren wir die ganze politische Diskussion auf eine reine Grundgesetzdebatte. Es wird nicht darüber gesprochen, welche politischen Zielsetzungen wir dabei jeweils verfolgen, sondern wir konzentrieren uns ausschließlich darauf, wie man einen Artikel¹ des Grundgesetzes verändern muß und ob es eine Mehrheit dafür gibt. Das meine ich mit unserem Hang zu symbolischen Handlungen.

Nun halte ich es für wenig sinnvoll, nur darüber nachzudenken, warum das so ist, ohne zu sagen, was man konkret verändern kann. Dabei bin ich immer dafür, daß jeder darüber nachdenkt, was er bei sich selber ändern kann, statt nur anderen zu sagen, was sie bei sich ändern sollten.

In den 80er Jahren sind alle Parteien mit dem Anspruch angetreten, bürgernah zu arbeiten. Und wir haben viel Schweiß darauf verwandt, Verfahren zu entwickeln, um diese Bürgernähe zu ermöglichen: Fragestunden für Bürger, Bürgerversammlungen, Ombudsleute, Bürgertelefone - Gott weiß, was wir uns alles haben einfallen lassen. Aber trotz all dieser gutgemeinten Bemühungen ist die Kluft zwischen dem Bürger und den Parteien immer größer geworden. "Politikverdrossenheit" war 1992 das Wort des Jahres.

Was ist die Ursache dafür? Vielleicht haben sich unsere Institutionen immer mehr zu Betonsystemen entwickelt, bei denen es äußerst schwierig ist, überhaupt irgend etwas zu verändern. Möglicherweise liegt es daran, daß die Parteien ihre Einflußnahme immer weiter ausgedehnt haben und in Bereiche vorgestoßen sind, wo sie weder Legitimation noch Auftrag besitzen. Überspitzt formuliert: Überall, wo der Bürger hinkommt, trifft er auf dieselben Leute, die für ihn entscheiden. Ihm selbst bleibt dann nur, sich alle vier Jahre an Wahlen zu beteiligen.

In den 70er Jahren hieß die Losung einmal: Mehr Demokratie wagen. Demokratie sollte sich nicht nur auf den staatlichen Bereich beschränken, sondern als generelles Strukturprinzip Eingang in die gesellschaftliche Wirklichkeit finden. "Partizipation" lautete das Schlagwort - Beteiligung, Mitbestimmung. Zugleich ist jedoch der Leistungsstaat enorm ausgebaut worden mit der Folge, daß sich die staatliche Einflußnahme erheblich ausgedehnt hat - notwendigerweise, wie ich meine.

Dennoch sollten sich Parteien und Politiker nicht darüber beklagen, daß ihnen von überall Mißtrauen entgegenschlägt, haben sie sich doch in alles Mögliche hineingedrängt und Aufgaben an sich gezogen, die sie seriös gar nicht mehr erfüllen können, zumal immer weniger Leute bereit sind, Entscheidungen zu fallen, die sie verantworten müssen, um sich anschließend dafür beschimpfen zu lassen. Wenn dies aber so ist, dann sehe ich nur die Möglichkeit, daß sich die Parteien aus Bereichen, für die sie keine Legitimation besitzen, wieder zurückziehen. Nach dem Grundgesetz haben die Parteien den Auftrag, Mittler zwischen staatlichen Institutionen und den Bürgern zu sein. Ihre Aufgabe ist es nicht, in allen gesellschaftlichen Bereichen zu entscheiden.

Ich will ein Beispiel aus der Praxis nennen: Als ich noch in der Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen tätig war, hatte ich auch Gelegenheit, dabeizusein, wenn es um die Wahl eines Schulleiters ging. Zunächst erfolgte eine Anhörung mit Eltern, Lehrern und älteren Schülern. Anschließend fällt der Stadtrat seine Entscheidung, die ganz anderen Kriterien gehorchte, indem er jemanden auswählte, der in der Regel nicht aus der betreffenden Schule kam. Sein Argument: Es tue der Schule nur gut, wenn da jemand von außen komme. Natürlich war allen Beteiligten klar, daß der Herr Stadtrat seine Entscheidung vorher im Zweifel mit seiner Partei abgestimmt hatte. Wie man den Menschen die Sinnhaftigkeit solchen Verfahrens nahebringen kann, soll mir mal jemand erklären.

Ein anderes Beispiel: Im Programmbeirat und den anderen Gremien des WDR sind von 42 Mitgliedern vier aus der CDU - ich weiß, in anderen Ländern ist es andersherum. Wie gut diese vier auch immer sein mögen, bewirken können sie rein gar nichts, und eine Kontrollfunktion ist auf diese Weise nicht auszuüben. Ja, warum bleibt man dann dabei, statt darüber nachzudenken, wie solche Dinge anders organisiert werden können, angesichts der Bedeutung der Medien, die immer wieder zu Recht betont wird?

Ein drittes Beispiel betrifft den wirtschaftlichen Bereich. Wenn ich in den Bundestag oder in einen Stadtrat gewählt werde, bedeutet das nicht, daß ich damit auch die Legitimation erhalte, in Aufsichtsräten, Verwaltungsräten und ähnlichen Gremien über wirtschaftliche Entscheidungen mitzubestimmen. Ich meine im übrigen, daß dies auch rechtlich gar nicht mehr zu halten ist. Wie soll eigentlich jemand entscheiden, der im Aufsichtsrat einer Flughafengesellschaft sitzt und gleichzeitig Stadtrat ist und über die Frage des Nachtflugverbotes zu befinden hat? Nach der Gemeindeordnung hat er den Auftrag, die Interessen der Bürger und des Gemeinwesens zu vertreten. Und die Bürger wehren sich gegen den nächtlichen Lärm. Als Mitglied des Aufsichtsrates hat er die Verpflichtung, den wirtschaftlichen Nutzen der Flughafengesellschaft zu mehren. Das erfordert, daß Nachtflüge stattfinden können. Zu beidem ist er gesetzlich verpflichtet. Dieses Problem ist doch nur lösbar, indem man hier wieder eine Trennung vornimmt. Was dann an die Stelle treten soll, darauf habe ich bisher auch keine Antwort; denn die Aufgaben bleiben ja und müssen weiter erfüllt werden.

Es ist sicher richtig, wie der Bundespräsident bei verschiedener Gelegenheit gesagt hat, daß wir über die Stärkung der Bürgergesellschaft nachdenken müssen. Die Frage ist nur: Wie schaffen wir es, daß der Bürger bereit ist, sein Schicksal in solchen Dingen wieder selbst in die Hand zu nehmen? Natürlich müssen wir uns Gedanken über die Organisation dieser Bürgergesellschaft machen, ohne daß ich dabei bislang zu einem schlüssigen Ergebnis gekommen bin. Der Rückzug der Parteien kann schließlich nicht als Ergebnis eines kollektiven Beschlusses aller Beteiligten vor sich gehen, sondern das wird in einigen Bereichen beginnen, und man wird erst einmal Erfahrungen sammeln müssen. Wer füllt die Lücken aus, wenn bestimmte Parteileute sich aus Gremien zurückziehen? Treten dann die "Richtigen" an ihre Stelle, oder sind das auch wieder die Falschen? Dessenungeachtet: Ich halte diesen Prozeß für unausweichlich.

Engert

Ich meine, es wäre schon eine Menge gewonnen, Herr Rüttgers, wenn eine öffentliche Diskussion über die von Ihnen angeschnittenen Fragen geführt würde. Wie aber können wir eine solche Debatte organisieren? Es geht ja nicht nur darum, daß der Bürger zu mehr Selbstverantwortung bereit ist. Es ist auch zu fragen: Wie können wir die Parteien veranlassen, sich von ihrem Anspruch auf Omnipotenz und Allzuständigkeit zu verabschieden? Diese Diskussion müßte im übrigen auch in den Parteien selbst geführt werden.

Wer ist legitimiert und in der Lage, in dieser Gesellschaft wieder mehr Verbindlichkeit zu schaffen? Die Frage würde ich gern weiter vertieft sehen.

Hennis

Wir haben nun einiges darüber gehört, wie Verbindlichkeit geschmälert werden kann. Herr Gönner erwähnte die problematische Rolle der Sozialpartner. Dazu möchte ich allerdings sagen: Die Defizite in den Staatshaushalten sind nicht den Sozialpartnern anzulasten. Und wenn von fehlgeleitetem Freiheitsverständnis und überzogenem Anspruchsdenken die Rede ist, dann muß man doch hinzufügen, daß die Parteien fast nur noch darum streiten, wer diese Ansprüche am besten befriedigen kann. Die Parteien selbst sind es doch, die die Ansprüche der Bürger ständig anheizen und ohne Deckung gegenzeichnen. Von Peter Radunski stammt die Formel, die Parteien müßten sich als Dienstleistungsbetriebe verstehen. Was kann das anderes heißen, als Dienstleister für die Befriedigung von Ansprüchen.

Müßte ich die besondere Art der Dienstleistung der Parteien heute charakterisieren, etwa zwecks Eintragung in die "Gelben Seiten" der Telefonbücher, so würde ich sie bei den "Raumausstattern" unterbringen. Jede Partei konzentriert sich auf eine bestimmte Klientel. Die eine auf die Wähler, die bis zu 20 Prozent Steuern zahlen, die andere große auf die zwischen 20 und 30 Prozent und die Kleine mit den Pünktchen auf die über 30 Prozent. Jedem versuchen sie den Raum nett auszustatten. Da muß Verbindlichkeit auf der Strecke bleiben.

Oder sind die Medien an allem schuld? Aber waren es nicht eben jene Parteien, die jetzt so auf die Medien schimpfen, die das sogenannte duale System, also die Zulassung eines ausschließlich am Gewinn orientierten Fernsehens mit aller Macht forciert haben? Die Parteien haben doch jene Fernsehprogramme ermöglicht, denen sie heute die Unterstützung von Egotrips vorhalten.

Frau Schmidt sagt, wir müßten den Begriff Nation neu definieren. Als ob semantische Definitionen helfen könnten. Mir genügt völlig die Definition von Willy Brandt: "Es wächst zusammen, was zusammengehört." Weitere Definitionen brauche ich nicht: Wollen wir zusammengehören, oder wollen wir es nicht?

Nochmals: Woher kann in einer Demokratie Verbindlichkeit kommen? Dazu heißt es unzweideutig im Artikel 20 des Grundgesetzes: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Man sollte das ganz ernst nehmen und sich immer wieder klarmachen, daß eine Neukonstitution des vereinten Deutschlands nur von dem einzig dazu legitimierten Organ ausgehen kann, dem "Volk", als der unter demokratischen Vorzeichen einzigen "Quelle", aus der letztinstanzliche politische Verbindlichkeit abgeleitet werden kann.

Dabei denke ich nicht an irgendwelche plebiszitären Äußerungen des Volkes. Das paßt zu Klein-"Völkern" und zu Kleinräumen. Die Schweiz hat gerade so viele Einwohner wie Baden-Württemberg, und ihre 26 Kantone haben die Dimension mittlerer Landkreise. In die Verfassung eines 80-Millionen-Volkes passen plebiszitäre Institute nicht. Schon für ein Quorum von nur einem Prozent wären bei 60 Millionen Wählern 600.000 Unterschriften beizubringen. Das zu organisieren, müßten dann doch wieder die Parteien oder andere Großorganisationen in die Hand nehmen.

Ich würde einen ganz anderen Anlauf wählen, um das Volk stärker ins Spiel zu bringen. Wir haben in der Bundesrepublik 328 Einzelwahlkreise, in denen nach dem Wahlgesetz schon 200 Unterschriften ausreichen, um aus dem "Volk" zusätzliche Amtsbewerber herauszustellen. Der letzte Unabhängige im Bundestag war Herr Freudenberg in der ersten Legislaturperiode 1949/53. Es dürfte wirklich nicht so schwierig sein, wenn nicht in jedem, so doch in vielen der 328 Einzelwahlkreise 200 Menschen dazu zu bringen, einen Wahlvorschlag zu unterschreiben und sie unter Umständen auch dazu zu bewegen, den Schritt zur Parteibildung zu vollziehen, damit man am Listenausgleich partizipieren kann. Herr Weiß inspiriert mich zu einem Namen für diese Partei: "Bündnis 328". Vielleicht könnte schon die bloße Androhung solcher Kandidaturen auf die "Altparteien" so vitalisierend wirken, daß zumindest ihre Hörfähigkeit sich bessern würde.

Heimsoeth

Aufweiche Weise kann wieder mehr Verbindlichkeit erreicht werden? Lassen Sie mich dazu auf die Medien zurückkommen. Vor etwa 200 Jahren wurde der Begriff "Pressefreiheit" geprägt. Damals dominierten in Politik und Gesellschaft starke Machthierarchien; Nachrichten und Informationen für die Bürger waren Mangelware. Heute hantieren wir immer noch mit dem gleichen Begriff, obwohl andere Wirkgesetze die Welt immer stärker dominieren: Technischer Fortschritt und Marktwirtschaft, und die Presse, ja die Medien insgesamt orientieren sich in immer stärkerem Maße an den Gesetzen des Marktes.

Meine Frage ist: Was können wir tun, damit zumindest die Presse die demokratischen Prozesse wieder stärker unterstützt? Natürlich denke ich nicht an Zensur. Aber es müßte doch möglich sein, in der Presse das Verantwortungsbewußtsein für die Demokratie zu erhöhen. Wer beispielsweise Falschmeldungen verbreitet, ist dafür zur Rechenschaft zu ziehen - mit finanziellen Konsequenzen. Im Grundgesetz ist die Pressefreiheit verankert - von Verantwortung für die Demokratie ist dabei leider nicht die Rede. Der Schutz der Jugend und das Recht der persönlichen Ehre sind erwähnt - aber wer setzt diese Rechte durch?

Wenn die Demokratie eine Perspektive haben soll, dann brauchen wir ein Primat der Politik und nicht der Marktwirtschaft auch in der Presse. In der Wirtschaft haben wir inzwischen Sicherungsvorkehrungen gegen einen reinen Kapitalismus eingebaut, Marktgesetze sozial gestaltet. Wir beginnen dem Umweltschutz ein Recht gegenüber angeblichen ökonomischen Zwängen einzuräumen. Bei der Presse fehlt so etwas heute noch völlig. Sie ist voll den Marktgesetzen ausgeliefert.

Wenn Herr Kühnhardt das Thema Wahlrechtsänderung anspricht, dann interpretiere ich das so, daß wir den Ort der Politik für den Bürger wieder stärker sichtbar machen müssen. Das nimmt ja so viele bei uns in diesen Tagen für die US A ein: Der Ort der Politik ist klar erkennbar in Präsident Clinton konzentriert, auf den sich die Hoffnungen der Bürger auf Erneuerung richten. Bei uns dagegen entwickelt sich die Politik eher in umgekehrter Richtung: Für die Bürger ist sie weder im Parlament, noch in der Regierung festzumachen.

Unser Wahlsystem macht es zudem schwer, in der Politik noch Personen auszumachen und Verantwortung deutlich zuzuordnen. Ich denke nur an die Verfassungskommission, die ausschließlich von Parteivertretern besetzt ist und deren zentrale Entscheidungen praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit fallen. Dies ist jedenfalls kein Ort der Politik, wie ich ihn mir vorstelle, ebensowenig wie Koalitionsrunden.

Ich erinnere mich dagegen noch sehr gut, welche Wirkung die großen Debatten im Bundestag, beispielsweise zur Ostpolitik, hatten. Da konnte die Bevölkerung den Ort der Politik wahrnehmen. In dieser Richtung sollten wir unsere Bemühungen verstärken.

Engert

Herr Voswinckel hat zu Beginn Herrn Körber zitiert mit dem Satz: "Nicht so sehr die Schwierigkeiten, mit denen wir zu rechnen haben, interessieren mich, sondern die Mittel und Methoden, um mit diesen fertig zu werden." Dies sollte auch das Motto für unsere Zusammenkunft sein und unsere Debatte bestimmen.

Grimm

Ob ich diesen Anspruch jetzt befriedigen kann, weiß ich nicht. Zunächst werde ich wohl eher noch zur Destruktion beitragen.

Wenn Sie fragen, Herr Engert, wo in einer Gesellschaft und in einem Staat Verbindlichkeit gestiftet wird, dann ist es sicher nicht nur der Verfassungsrechtler, der dabei schnell an die Verfassung denkt. Wir befinden uns gegenwärtig in einer Phase intensiver Verfassungsreform, wahrscheinlich der intensivsten, die wir in der Geschichte der Bundesrepublik erlebt haben. Und die berechtigte Frage ist: Geschieht dort etwas, das beanspruchen könnte, Verbindlichkeit zu stiften angesichts der veränderten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, denen wir uns gegenübersehen? Da habe ich gewisse Zweifel.

Was soll eine Verfassung auszeichnen, das Grundgesetz zumal? Nach meiner Auffassung hat es inhaltlich kraftvoll zu sein, dabei aber auf Prinzipien beschränkt und nicht detailversessen, sowie offen für Entwicklungen; in den prozeduralen und organisatorischen Bestimmungen dagegen so exakt wie irgend möglich.

Bei der gegenwärtigen Verfassungsreform verhält es sich gerade umgekehrt. Inhaltlich scheint es das oberste Ziel zu sein, den Spielraum für künftige Politik möglichst einzuengen. Den Parteien gelingt es nicht, sich bei der Verfassungsdiskussion von den Bedingungen der Tagespolitik zu befreien. Jede hat vor der anderen und vor dem nächsten Wahlausgang Angst und versucht deshalb, mit dem Instrument der Verfassung zu verhindern, daß Wahlausgänge noch folgenreich werden können. Das ist eine Denaturierung der Verfassung, die der Politik lediglich einen Rahmen ziehen und sie durch Festlegung langfristig gültiger Grundsätze von ständiger Prämissendiskussion entlasten soll. Statt dessen wird, wie der Bundespräsident vorhin bei Tisch gesagt hat, die Verfassung auf die Ebene der Verordnung hinabgezogen und entsprechend entwertet und laufenden Änderungen ausgesetzt.

Der neue Artikel 16 a, so wie er aus dem Parteienkompromiß hervorgegangen ist und wohl in dieser Form Verfassungsrecht werden wird, ist ein deutliches Beispiel dafür. Er ist etwa vierzigmal so lang wie der bisherige Artikel 16 Absatz 2, Satz 1. Dies scheint überhaupt die Tendenz der aktuellen Verfassungsänderungen zu sein. Nahezu jeder erneuerte Artikel weist mindestens die fünffache Länge seiner Vorgänger auf.

Auf der prozeduralen Seite dagegen löst man die Klarheit auf. Das veranschaulicht der neue Europa-Artikel 23, der für eine Verfahrensnorm, die die Mitwirkung des Bundestages sowie des Bundesrates und der Länder an EG-Entscheidungen regeln soll, bemerkenswert unpräzise ist. Es gehören keine besonderen prognostischen Fähigkeiten zu der Voraussage, daß er eher Konflikte schafft, als sie beseitigen oder lösen hilft.

Ein dritter Gesichtspunkt, der mir wichtig ist. Die Probleme, um die es wirklich gehen sollte, spielen in der Verfassungsdiskussion so gut wie keine Rolle. Das drängendste Problem in diesem Zusammenhang scheint mir zu sein, daß wir es seit geraumer Zeit und in zunehmendem Maße mit einer ganz neuen Art von Staatstätigkeit zu tun haben, nämlich mit dem verhandelnden Staat. Der Staat verzichtet heute in großen Politikbereichen auf den Einsatz seiner spezifischen Mittel von Befehl und Zwang und handelt seine Maßnahmen statt dessen mit den betroffenen gesellschaftlichen Kräften aus.

Ich füge gleich hinzu, daß ich dies für eine unausweichliche Entwicklung halte. Es ist die Konsequenz des Umstandes, daß sich die Aufgaben des Staates immer weiter vergrößert haben, ohne daß das staatliche Machtinstrument entsprechend mitgewachsen wäre - aus guten Gründen, denn es soll sich ja weiterhin um eine freiheitliche Gesellschaft handeln. Daraus resultiert eine wachsende Kluft zwischen staatlicher Verantwortlichkeit auf der einen und staatlicher Verfügungsbefugnis auf der anderen Seite. Diese Kluft wird durch Verhandlung überbrückt. Die Folgebereitschaft, die nicht erzwungen werden kann, wird gewissermaßen erkaufte.

Man muß sich freilich darüber im klaren sein, daß alles, was im Verhandlungswege geschieht, an den verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Bahnen vorbeiläuft. Die Verfassung wird durch diese neue Form der Aufgabenbewältigung - informelles Staatshandeln - ausgehöhlt.

Deswegen wäre die allerdringlichste Frage, die sich eine Kommission, die die Verfassung reformiert, stellen müßte, wie wir es schaffen, diese neue Art von Staatstätigkeit, die häufig die wichtigeren Politikbereiche betrifft, wieder unter verfassungsrechtliche Kautelen zu stellen. Es ist bislang aber nicht einmal das Problem erkannt worden.

Lassen Sie mich noch einen Punkt ergänzen: Eine Verfassungskommission, die sich ausschließlich aus Vertretern der politischen Parteien zusammensetzt, stellt natürlich nicht die Frage nach der Legitimation und Begrenzung der politischen Parteien selber.

Herr Rüttgers hat gesagt, es sei notwendig, daß sich die Parteien aus einer Reihe von gesellschaftlichen und politischen Bereichen, in die sie eingedrungen sind, wieder zurückzögen. Zu dieser Einsicht kann ich ihn nur beglückwünschen. Aber wie wäre das zu bewerkstelligen? Sämtliche politischen Parteien agieren unter einem alles beherrschenden Imperativ, der da lautet: Politische Ziele und Programme lassen sich erst durchsetzen, wenn man die Mehrheit hat. Das führt dazu, daß alle mehrheitserhaltenden oder mehrheitsbeschaffenden Maßnahmen Priorität erlangen. Das ist auch der Grund dafür, daß die Parteien in allerlei Entscheidungs- oder Machtbereiche hineindrängen - etwa die Verwaltung, die Justiz, die Medien oder die Wirtschaft;-, wo nicht nach parteipolitischen, sondern nach sachspezifischen Kriterien zu entscheiden ist.

Die Parteien werden von niemandem in diese Bereiche hineingedrängt, sondern agieren hier aus dem genannten Grund von sich aus. Deshalb ist die lobenswerte Forderung von Herrn Rüttgers nur dann etwas wert, wenn er deutlich machen kann, wie er die Parteien trotz des überragenden Imperativs zum Rückzug veranlassen will.

Rüttgers

Theoretisch gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder es findet eine Revolution statt, die ein völlig neues Ergebnis bringt, an dem sich alle zu orientieren haben, oder es geschieht auf dem Wege der Einsicht und der Selbstbegrenzung. Das ist, zugegeben, ein schwieriger Prozeß. Aber er wird allein schon dadurch beflügelt, daß die Parteien nicht mehr in der Lage sind, alle diese Tätigkeiten mit qualifiziertem eigenen Personal zu besetzen.

Im übrigen, Herr Grimm: Es ist nicht ganz so, daß die Parteien immer nur aus eigenem Antrieb überall hineindrängen. Es gibt auch den umgekehrten Weg, daß man sie auffordert, Dinge zu übernehmen, weil's halt so schön bequem ist, wenn andere etwas für einen tun. Aber darüber wird in den Parteien ernsthaft nachgedacht, und man ist bereit, Konsequenzen zu ziehen, eben aus der Einsicht, daß es auch aus Gründen des Imperativs, den Sie herausstellen, nichts mehr bringt, sich überall einzumischen.

Ich gebe zu, dies ist ein komplexes Thema, und es wird sich nicht leicht sein, die eingefahrenen Gleise zu verlassen. Aber es fällt allmählich auch den Parteien auf, daß bei allen Gelegenheiten immer dieselben Leute anzutreffen sind, die sich für die anstehenden Positionen vorschlagen und dann gewählt werden.

Ein konkretes Beispiel. Ich hatte in meinem Heimatbereich einmal untersuchen lassen, wie die Ämteraddition bei bestimmten Leuten aussieht. Mein Spitzenmann hatte 19. Als ich ihn danach fragte, meinte er, es wären sechs oder sieben. Das heißt, er hatte schlicht den Überblick verloren, weil es in der Basis immer nur hieß: Du bist unser bester Mann; Du mußt dahin. Als ihm das klar wurde, hat er sich sehr schnell umorientiert.

Sie werden vielleicht sagen, das sei ein bißchen zu wenig. Ich sehe aber noch eine weitere Triebkraft, die mit der Politikverdrossenheit zu tun hat. Kein Politiker empfindet es als angenehm, wenn man ihn beinahe täglich spüren läßt, daß er einer Berufsgruppe angehört, die auf der Skala des gesellschaftlichen Ansehens etwa den gleichen Rang einnimmt wie der Totengräber.

Ich setze aber weit mehr auf ein anderes Moment. Wenn sich in den Parteien die Erkenntnis durchsetzt, daß Wahlen nur zu gewinnen sind, wenn man sich aus bestimmten Positionen wieder zurückzieht, dann werden die Parteien eben aus dem Grund, den Sie nannten, Herr Grimm - nämlich Mehrheitserringung als oberste Zielsetzung entsprechend reagieren. Das hat Herr Hennis mit dem Bündnis 328 angesprochen: Wenn sich überall Bürgervereine und ähnliches bilden, die dann auch zur Wahl antreten und ein Gegengewicht zu den Parteien schaffen, werden sich die Parteien ganz sicher überlegen, wie sie ihr Verhalten ändern.

Herr Grimm hat dann etwas über den verhandelnden Staat gesagt. Ich würde es für einen ausgesprochenen Fortschritt halten, wenn wir dies zu einem Strukturmerkmal unserer politischen Tätigkeit machen könnten. Natürlich muß jede Diskussion irgendwann einmal beendet werden und eine Entscheidung stattfinden. Aber ich würde es für äußerst wichtig halten, wenn der Bürger den Politiker tatsächlich in eine substantielle Diskussion einfordern kann und nicht immer nur diese formalisierten, rituellen Verfahrensabläufe erlebt, wo die Entscheidungen längst vorher ausgehandelt wurden in einem komplizierten Mehrheitsbildungsprozeß, den die Bürgerbeteiligung nur stören würde. Davon sollten wir endlich abkommen, damit eine tatsächliche Mitbeteiligung der Bürger stattfinden kann. Dazu bedarf es dann aber unter den Bürgern einer Abstimmung ihrer unterschiedlichen Interessen, die es in fast jeder Frage gibt.

Ich sehe also die zukünftigen Aufgaben von Politikern verstärkt darin, zwischen verschiedenen Interessen zu moderieren, ohne immer direkt zu entscheiden. Das heißt, es wird zunächst der ernsthafte Versuch unternommen, eine Interessenabklärung im Vorwege zu erreichen. Wenn die verschiedenen Positionen an der Erarbeitung eines Konsenses tatsächlich beteiligt werden, sind sie vielleicht eher bereit, von ihrer Position Abstriche zu machen.

Ein solches Verfahren ist im übrigen im deutschen Verwaltungsrecht durchaus angelegt. Das läßt sich an kommunalpolitischen Themen deutlich machen. Wenn heute irgendwo eine Industrieansiedlung stattfinden soll und ein großes Unternehmen sich dort mit einem Betrieb niederlassen will, werden hoheitliche Entscheidungen wie Bebauungspläne, Verwaltungsakte und ähnliches im Wege des Dialogs vorgeklärt, die Rahmenbedingungen zu einem Paket geschnürt und dieses Paket vom Stadtrat zur Grundlage der Entscheidung gemacht.

Anders ist es, wenn irgendein kleiner Bäckermeister seine Backstube erweitern will. Dann beginnt ein fürchterlicher Papierkrieg, bevor er seinen Antrag genehmigt bekommt. Auch dieses Verfahren ließe sich in ganz anderer Weise regeln, wenn der betreffende Bürger in den Entscheidungsprozeß mit einbezogen würde. Die Folge wäre auch eine größere Akzeptanz, weil der Betreffende nicht immer nur erlebt, daß andere über seine Angelegenheiten entscheiden. Dies würde ebenso die Politik verändern, für die dann nicht mehr primär Mehrheitsbildung wichtig ist, sondern die Vorklärung der Interessen aller Beteiligten, damit ein Paket geschnürt werden kann, über das anschließend zu entscheiden ist.

Grimm

Der Staat verhandelt mit denjenigen, auf deren Konsens er zur Durchsetzung seiner Politik angewiesen ist. Das heißt, er verhandelt mit denjenigen, die Vetopositionen haben. Wenn es uns nicht gelingt, dieses Verfahren zu konstitutionalisieren, wird der verhandelnde Staat nicht, wie Sie hier unterstellen, Herr Rüttgers, der wahrhaft demokratische Staat sein, der auf seine Machtmittel verzichtet, sondern es wird eine neue Privilegienstruktur geschaffen und den ohnehin Mächtigen eine Prämie für ihre Stärke gezahlt. Dies setzt mühsam errungene verfassungsrechtliche Kautelen außer Kraft. Deshalb bin ich nicht gegen den verhandelnden Staat; aber der Prozeß muß konstitutionalisiert werden.

Stürmer

Das ist in gewissem Sinne die Wiederbelebung des Ständestaates.

Göhner

Die Begrenzung der Parteien vollzieht sich - dieser Prozeß ist längst im Gange - durch die Wähler und die öffentliche Diskussion. Denn die Vorschläge, die Herr Rüttgers skizziert hat, sind doch nicht zuletzt eine Folge der öffentlichen Diskussion. Entsprechende Reaktionen finden sich in der aktuellen Politik in zahllosen Beispielen.

So ist in Nordrhein-Westfalen gerade der Leiter einer Landesrundfunkanstalt gewählt worden. Im Gespräch war ein Landtagsabgeordneter, der dann aber nicht gewählt wurde, obwohl die betreffende Partei dort über eine satte Mehrheit verfügt. Der Grund ist die Furcht vor der öffentlichen Reaktion.

Ich bin Sprecher unserer Fraktion im Richterwahlausschuß für die obersten Bundesgerichte. Bei den Wahlen wird seit geraumer Zeit von allen Seiten geradezu penibel darauf geachtet, daß auch nicht der geringste Verdacht entstehen kann, hier würden parteipolitische Motive im Vordergrund stehen. Das ist eine Folge der öffentlichen Diskussion.

Im übrigen, Herr Grimm, halte ich die These, die Parteien drängten sich überall hinein, nur für eine Teilwahrheit. Herr Rüttgers hat dazu ebenfalls schon Stellung genommen. Ich nehme einmal die

Beispiele öffentlich-rechtlicher Rundfunk oder öffentlich-rechtlicher Flughäfen. Das sind Aufgaben, die zunächst für öffentlich angesehen werden und entsprechend legitimiert sein müssen. Das heißt, wenn es sich um eine öffentliche Aufgabe handelt, muß sie auch öffentlich kontrolliert werden. Das geht aber in einer parlamentarischen Demokratie nur durch diejenigen, die vom Staatsvolk gewählt wurden.

Solange wir also dabei bleiben, daß wir einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk brauchen -und ich bin sehr wohl dieser Meinung;- , folgt daraus nicht nur die Notwendigkeit öffentlich-rechtlicher Gebühren, sondern auch einer öffentlichen Kontrolle. Auch wenn man selbstkritisch erkennt, Herr Hennis, daß die eine oder andere Weichenstellung auf diesem Gebiet falsch gewesen ist, bleibe ich dabei, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter dem Parteinfluß immer noch sehr viel besser ist als das, was mit der gewünschten Vielfalt im Bereich des kommerzialisierten Rundfunks an Schattenseiten zutage gekommen ist.

Wenn wir in dieser Fragestellung weiterkommen wollen, sollten wir also zunächst klären, ob es sich bei den Dingen, um die es hier geht, nach wie vor um öffentliche Aufgaben handelt. Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk würde ich diese Frage klar bejahen. Anders ist es bei Banken, Lebensversicherungsgesellschaften, Industrieunternehmen, die der Staat mehrheitlich in seiner Hand hält. Aus diesen Bereichen kann er sich zurückziehen - und damit auch die Parteien;- , weil es sich dabei nicht mehr um öffentlich wahrzunehmende Aufgaben handelt. Im übrigen, worauf die Parteien vorzugsweise Einfluß zu nehmen versuchen, ist weniger auf die inhaltliche Gestaltung etwa in der Medienpolitik - als vielmehr auf die Personalpolitik der betreffenden Einrichtungen.

In diesem Zusammenhang komme ich noch einmal auf das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung zurück. Wer nach mehr Vielfalt im Medienbereich gerufen hat, sollte sich jetzt nicht über die Schattenseiten beklagen, sondern erkennen und eingestehen, daß die Entwicklung, die er gewollt und unterstützt hat, zu den negativen Auswirkungen geführt hat. Ich meine, wir brauchen dringend eine öffentliche Diskussion über Verantwortung im Medienbereich. In einer Medien- und Informationsgesellschaft, zu der wir geworden sind, sind den Medien derart große Einflußmöglichkeiten zugewachsen, daß sie sich um die Verantwortung für das, was sie tun, nicht herumdrücken können. Gibt es so etwas wie eine Medienethik, und wie könnte diese aussehen, sowohl in politischer Hinsicht als auch prinzipiell für unser Zusammenleben, was beispielsweise die Wahrung der Menschenwürde angeht? Wir erleben in dieser Beziehung ja erhebliche Fragwürdigkeiten und Verstöße durch die Medien.

Wir sollten also in dieser Diskussion nicht immer nur nach den Fehlern der mißrateten politischen Parteien fragen, die sich angeblich in alles einmischen, sondern erkennen, daß es sich hierum ein generelles gesellschaftspolitisches Phänomen handelt, das auch die Gewerkschaften, die Kirchen und andere Großorganisationen betrifft, und zwar nicht nur in Deutschland. Die Verantwortung, die ich hier einfordere, gilt somit nicht nur für die Parteien, sondern für alle anderen Organisationen auch, die auf irgendeine Weise Macht in dieser Gesellschaft ausüben.

Insofern würde ich bei dem Vorschlag von Herrn Hennis mit dem "Bündnis 328" zu bedenken geben, ob sich die Dinge da nicht im Endeffekt so wie bei den Medien entwickeln und sich herausstellt, daß die im Augenblick willkommene Vielfalt und Konkurrenz ebenso ihre Schattenseiten haben können.

Wir sollten also das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. In einer parlamentarischen Demokratie geht es nicht ohne Parteien. Die müssen sicher besser werden; aber ich würde es für höchst fatal halten, wenn sich der Rückzug aus der Politik verstärkt. Warum soll sich denn heute noch jemand politisch engagieren und es besser zu machen versuchen, wenn er ständig nur beschimpft wird. Die Gesellschaft betrachtet doch jeden, der politische Verantwortung trägt, geradezu als Fußmatte der Nation. Wenn sich heute jemand politisch engagieren will, erlangt er häufig schneller ein Mandat, als ihm lieb ist - und zwar in allen Parteien. Ich sehe es jedenfalls für eine ganz wichtige Aufgabe an, Menschen zu ermutigen, sich wieder mehr in Parteien und anderen Organisationen - ob Gewerkschaften, Verbände, soziale Organisationen bis hin zu den Sportvereinen - zu engagieren. Wenn uns das nicht gelingt, wird sich die Fehlentwicklung weiter vertiefen.

Vollmer

Mein Eindruck von unserer bisherigen Diskussion ist, daß wir vorzüglich über die Modernisierung der Dienstleistungsinstrumente von Politik debattieren - also über die Parteien, die Medien und so weiter - und dazu auch eine Reihe interessanter Vorschläge gehört haben. Aber das alles wird uns am Ende gar nicht sehr viel helfen. Ob Parteien etwas besser oder schlechter werden, ob die Medien etwas moralischer oder weniger moralisch sind, daraufkommt es letztlich gar nicht an.

Mich würde sehr interessieren, ob Sie das ähnlich einschätzen wie ich, ob wir es nämlich mit einer äußerst dramatischen Entwicklung zu tun haben, die uns vor ungeheure Probleme stellt, oder ob Sie das nicht so sehen. Wenn es aber solche gewaltigen Probleme gibt, dann sollten wir sie zunächst wenigstens zu beschreiben suchen und uns dann Lösungsmöglichkeiten überlegen, und zwar gemeinsam, weil wir das jeder allein nicht leisten können. Aber vielleicht nehmen Sie unsere heutige Situation ganz anders wahr als ich und sehen das alles viel weniger dramatisch. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß ich und andere mit unserem Gespür falsch gelegen haben.

Was mich im Augenblick am meisten umtreibt, ist, daß wir, wie ich meine, auf eine wirklich chaotische Entwicklung zugehen, und zwar sowohl weltweit wie auch im Innern. Was ich befürchte, ist eine prinzipielle Unregierbarkeit unserer Gesellschaften. Und um diesem Phänomen zu begegnen, reicht es nicht aus, daß die Parteien sich wieder mehr öffnen oder eine neue Gruppierung "Bündnis 328" entsteht.

Ich würde also gern von Ihnen wissen, wie Sie unsere heutige Situation einschätzen. Ist die apokalyptische Gefahr ein realistisches Gespür? Wenn wir das alle so sehen, käme es in der Tat darauf an, nach dem Rettenden zu fragen und uns nicht nur mit - sicher auch wichtigen - Details zu beschäftigen. Die Frage in dem Falle wäre vielmehr: Wie können wir Gegenkräfte entwickeln, um das Chaos aufzuhalten? Wie schaffen wir es gemeinsam, jene äußerste Anstrengung zu unternehmen, die notwendig ist, um mit den Problemen fertig zu werden? Was wir brauchen, ist eine wirklich große Kultur- und Zivilisationsleistung. Wie bringen wir die zustande, und in welche Richtung müßten wir da denken? Dazu würden mich die Ansichten von so viel klugen Leuten, die aus sehr verschiedenen Bereichen kommen und dort ihre Erfahrungen gemacht haben, außerordentlich interessieren.

Herr Lepenies hat vom Ende der Aufklärung gesprochen. In gewissem Sinne bedeutete die Aufklärung Befreiung von jenen Fesseln, die die Menschen überall behindert haben. Zugleich hieß dies aber auch - in der Wirtschaft ebenso wie in der Politik: Alles ist erlaubt, was Erfolg hat und Macht bringt. Dies war möglich und irgendwie erträglich, solange die duale Logik funktionierte und sich die gesellschaftlichen Machtgruppierungen und die militärischen Blöcke gegenseitig kontrollierten, so daß die Dinge nicht aus dem Ruder laufen konnten. Im Inneren gab es zudem noch einige von den alten Bollwerken, altmodische Moralreste, von den Kirchen tradiert und von den Müttern wahrgenommen, die ihre Kinder noch zu sozialem Verhalten erzogen haben. Mein Eindruck ist, daß sich dies allmählich restlos verbraucht hat, zerbrochen in einer Entwicklung, die allen alles erlaubt.

Jetzt suchen wir erneut nach moralischen Grundwerten. Aber wer soll sie repräsentieren? Entsprechende Erwartungen richten sich beispielsweise an die Politiker. Die lehnen dankend ab; dafür seien sie nicht gewählt. Dann fragt man bei den Medien an, die sich auch nicht für zuständig erklären. Das heißt, es findet sich niemand, der bereit ist, dieses unangenehme Geschäft zu übernehmen, die Moral zu erneuern, zu repräsentieren und entsprechend umzusetzen. Da es keine öffentliche Instanz für Moral mehr gibt, bleibt als einzige Möglichkeit der öffentliche Dialog. Um den in Gang zu bringen, käme den Medien eine gewaltige Rolle zu. Aber wie bekommt man sie dazu, diese Aufgabe zu übernehmen? Das wäre eine spannende Frage, auf die ich aus diesem Kreis gern eine Antwort hätte.

von Weizsäcker

Ich stimme Frau Vollmer zu, daß wir uns gedanklich noch nicht auf der Höhe der Zeit befinden.

Ich wähle aber einen etwas anderen Ausgangspunkt, indem ich zunächst frage: Was hält Menschen und Gesellschaft in unserer liberalen Demokratie überhaupt noch zusammen? Metapolitische Einflüsse sind nicht mehr zu erkennen. Wir verstehen uns heute alle als relativ liberal. Die Grundeinstellung der meisten Menschen ist auch durchaus tolerant - bei allen Exzessen, die es immer wieder gibt. Aber man engagiert sich kaum noch für öffentliche Dinge.

Gewiß sind heute mehr Menschen am politischen Geschäft beteiligt als etwa im alten Griechenland. Aber wie stellt sich diese Beteiligung dar? Wird sie noch als Dienst am Gemeinwesen verstanden? Oder geht es nur um die Organisation und Durchsetzung der eigenen Interessen?

Welche Gefahren bestehen für den Zusammenhalt der Gesellschaft? Was kann sie wieder zusammenführen? Dies zu klären, darin sehe ich einen Auftrag an unser Zusammensein hier.

Frau Vollmer hat die Gefahren des Chaos sehr plastisch geschildert. Ich empfinde das nicht anders als Sie, und ich unterstreiche auch, daß wir das Bewußtsein für diese Gefahren schärfen müssen. Dabei kommt den Medien eine äußerst wichtige Aufgabe zu, der sie aber, wie Herr Heimsoeth sagt, kaum nachkommen, weil sie sich primär den Interessen des Marktes unterwerfen. Der Markt ist zwar sehr effektiv; aber er ist weder sozial noch moralisch. Um den sozialen Charakter der Marktwirtschaft bemühen wir uns einigermaßen effektiv.

Gibt es auch so etwas wie eine soziale oder moralische Rahmenbedingung für die Medienfreiheit? Die Diskussion darüber beginnt gerade. Und ich stimme Frau Vollmer durchaus zu, daß der Einsatz der modernen Technik, Telekommunikation etwa, die von den Medien äußerst effektiv genutzt wird, die Frage nach dem Datenschutz außerordentlich brisant werden läßt. In bestimmter Hinsicht verfügen die Medien heute über eine Macht, die jene des Staates übersteigt und gegen die der Bürger weit weniger geschützt ist als gegen die Macht des Staates.

Wenn Medienvertreter mit erheblichen Geldbeträgen gelegentlich versuchen, auf dem Wege einer strafbaren Handlung an bestimmte Dokumente heranzukommen und dann ihrerseits gesetzlich davor geschützt sind, ihre Quellen anzugeben, schlagen sie einen gefährlichen Weg ein. Wir sollten uns Gedanken darüber machen, wie sich die Medien, die primär Marktgesetzen folgen, einen moralischen Rahmen schaffen können, so wie wir uns bei der Marktwirtschaft um ein soziales Rahmenwerk bemüht haben. Ich bin davon überzeugt, daß die Medien selbst daran interessiert sind.

Herr Hennis hat die Frage: Wer kann Verbindlichkeit stiften? damit beantwortet, daß er sagt: Natürlich die Politik. Aber wer ist die Politik? Wo findet sie sich? Herr Grimm hat an den Einigungsvertrag erinnert, der den Auftrag formuliert, unsere Verfassung dem Vereinigungsprozeß anzupassen. Darüber hat es bereits eine große politische Debatte gegeben. Während die einen die Gelegenheit benutzen wollen, um eine grundlegende Verfassungsanpassung vorzunehmen, raten die anderen vehement davon ab, darüber auch nur eine Diskussion zu beginnen.

Meine Kritik, die ich vor einiger Zeit geäußert habe, sollte deutlich machen: In den vergangenen 40 Jahren sind wir in der alten Bundesrepublik mit unserer Verfassung im Prinzip alle sehr zufrieden gewesen. Aber es kann doch niemand im Ernst leugnen, daß die Institutionen, die das Bonner Grundgesetz im Jahre 1949 definierte, im Laufe dieser 40 Jahre eine Entwicklung genommen haben, die von den ursprünglichen Intentionen in mancher Beziehung abweicht. Es dürfte wohl kaum eine diskriminierende Feststellung sein, daran zu erinnern, daß die politischen Parteien hieran einen gravierenden Anteil haben.

Ich wende mich dagegen, daß die Parteien die Überprüfung dieses Sachverhalts total an sich gezogen haben und praktisch auf niemanden von außen hören. In der Verfassungskommission sorgen sie bisher dafür, daß diese Frage nach der Parteienmacht überhaupt nicht thematisiert wird.

Es wird Sie nicht überraschen, Herr Rüttgers, wenn ich in diesem Zusammenhang das Thema Selbstauflösung des Bundestages anspreche. Natürlich war die Auflösung des Bundestages im Winter 1982/83 verfassungsrechtlich ein großes Problem. Aber mir ist ein solches Problem immer noch lieber als eine Lösung, die den Parteien allein nun auch noch dieses Recht in die Hand gibt.

Was mir jedoch nicht in den Kopf will, ist, was sich die Parteien davon versprechen, die ganze Verfassungsdiskussion derart zu monopolisieren. Die Verfassungskommission tagt zwar öffentlich, aber die Art und Weise, wie sie tagt, behindert geradezu das öffentliche Interesse. Das finde ich bedenklich, auch im Hinblick auf die Frage von Herrn Hennis: Wer soll Verbindlichkeit stiften, und wer ist dazu legitimiert?

Die Vorschläge, Herr Rüttgers, die Sie gemacht haben, damit sich die Parteien aus allen möglichen gesellschaftlichen Funktionen wieder zurückziehen, kann ich nur begrüßen. Ihre Vorschläge haben jedenfalls die Diskussion nachhaltig belebt, auch wenn es nicht einfach sein wird, sie durchzusetzen. Gelöst ist das Problem damit aber noch nicht.

Ihnen, Herr Göhner, stimme ich zu, daß man kaum noch jemanden bekommt, der bereit ist, sich politisch zu engagieren. Solche Leute brauchen wir dringend, und wir sollten sie infolgedessen ermutigen. Das setzt jedoch voraus, daß die Politik wieder zu einem Ort gemacht wird, von dem Verbindlichkeit ausgeht. Sie muß sich den großen Fragen unserer Zeit wirklich stellen. Anders bekommen Sie die Leute nicht. Es reicht nicht aus, Mut zu machen, wenn sich in den entscheidenden Punkten nichts bewegt.

Nun bin ich nicht nur pessimistisch. Im Vergleich zu der Zeit von vor zwei Jahren, ist inzwischen eine lebhaftere Diskussion in Gang gekommen. Wir müssen sie weiter vorantreiben - nicht nur im Bergedorfer Gesprächskreis;-, damit wir die eigentlich wichtige Frage nicht aus dem Auge verlieren, die ich am Anfang gestellt habe: Was hält uns in der liberalen Demokratie überhaupt noch zusammen?

Remmers

Ich greife den Ball gleich auf, den der Bundespräsident uns zugespielt hat. Bei aller berechtigten Kritik an den Parteien, sollte man zunächst einmal fragen: Was kann denn Politik, und was können im

Rahmen der Politik Parteien überhaupt leisten? Mein Eindruck ist nämlich, daß die Politik-, Demokratie- und Parteienverdrossenheit auch damit zusammenhängt, daß von der Politik, von den Parteien zumal, viel zuviel erwartet wird. Dies hängt sicher nicht zuletzt mit der Säkularisierung zusammen, die unsere ganze Gesellschaft durchdringt. Auf wen sonst soll man denn seine Erwartungen und Hoffnungen richten, wenn nicht auf die Politik?

Sollenshypertrophierung, hat irgendein kluger Kopf gesagt, bewirkt Seinsvermiesung. Genauso verhält es sich mit dieser Erwartungshypertrophierung. Die Folge von zu großen Erwartungen ist ebenfalls eine Art von Seinsvermiesung. Deshalb halte ich eine Diskussion mit unseren Bürgerinnen und Bürgern für außerordentlich wichtig über eben diese Frage: Was kann Politik leisten? Was kann durch politisches oder staatliches Handeln erreicht werden?

Natürlich tragen besonders wir Politiker eine gehörige Portion Mitschuld daran, daß immer wieder so getan wird, als könne man im Prinzip alle Probleme lösen. Diesen Eindruck erwecken aber nicht nur die Politiker. Was Wunder, wenn sich dann die allgemeine Meinung verbreitet: Wenn sich die Politiker weniger dusselig anstellen würden, könnten sie alles in den Griff bekommen. Genau das trifft jedoch in keiner Weise zu. In Wahrheit sind die Dinge häufig so kompliziert und auch so ineinander verknäult, daß eine Lösung nicht in Sicht ist. Dann sollten wir aber dem geneigten Publikum auch nicht immer wieder suggerieren: Keine Frage, wir werden es schon schaffen, vielleicht nicht ganz so schnell - getreu dem Spruch: Wunder dauern eben etwas länger. Das heißt, wir sollten endlich einmal zugeben: Es geht längst nicht alles.

Dieses Defizit hängt nach meiner Meinung mit dem Rückgang des Glaubens in unserer Gesellschaft und der Leerstelle, die die Kirchen hinterlassen haben, zusammen. Ich erinnere mich an ein sehr beeindruckendes Gespräch mit Richard Löwenthal, der damals der Grundsatzkommission der SPD angehörte und der zu mir sagte: "Ich bin ein ungläubiger Jude. So etwas wie Transzendenz und Gott stehen mir nicht zur Verfügung. Wenn man aber auf Transzendenz nicht bauen kann, muß man sich ehrlich und mutig auf die Endlichkeit der Welt einlassen." Dann machte er eine Pause und fügte hinzu: "Das Schlimme an der heutigen Zeit ist, daß man die Transzendenz verneint, aber die Welt beschimpft, daß sie endlich ist." Das heißt, auf die Politik übertragen, man erwartet von der Politik nahezu alles. Man könnte auch mit Udo Marquardt sagen: Mit dem Ende Gottes wird es für den Menschen schwer, Mensch zu bleiben, weil er unter Gottwerdungsdruck gerät.

Ich kenne das noch aus meiner früheren Erfahrung mit der Schulpolitik. Wenn ich etwa an Diskussionen über Rahmenpläne denke, dann ging es im Prinzip darum, alles Komplizierte, alles Belastende, alles auch mit Leid Verbundene zum Gegenstand der Wegarbeitung zu erklären. Dabei wäre es doch gerade wichtig, den Jugendlichen ein Bewußtsein dafür zu vermitteln, daß man auch lernen muß, mit ungelösten Problemen fertig zu werden und Leid zu ertragen.

Ich sehe da eine direkte Verbindung zu der aktuellen Gewaltdiskussion. Hinter all dieser Gewalt gegen Ausländer oder auch gegen Behinderte steht bei den Tätern irgendwie die Erwartung, man könne sich die Probleme ein für allemal vom Halse schaffen.

Ich meine, da müssen wir ansetzen und entschiedener deutlich machen, was Politik leisten kann und was nicht. Das ist auch nicht primär eine Frage des Rückzugs der Parteien aus bestimmten gesellschaftlichen Institutionen, wie Herr Rüttgers zu Recht vorschlägt, sondern wir müssen darauf hinwirken, daß Politik nicht länger zu einer Heilsveranstaltung gerät, von der man die Lösung aller Probleme erwartet. Wie kann man solche Einsicht in Kopf und Herz wecken? Dann beantwortet sich auch die Frage nach der Orientierung angemessener. Denn so etwas muß man vorleben.

Thierse

Ich war vor zwei Monaten in Warschau und habe dort mit verschiedenen Vertretern der ehemaligen Opposition gesprochen. Eine Frage, die ich immer wieder gestellt habe, war: "Wie geht Ihr um mit Eurer kommunistischen Vergangenheit?" Die Frage ist für mich selber und für uns in Ostdeutschland wichtig. Einer von meinen Gesprächspartnern, Zbigniew Bujak, einer der großen Helden der Solidarnosc-Zeit - über ein Jahr hat ihn die Geheimpolizei gejagt;-, antwortete: "Nicht so wie Ihr. Wir haben gesiegt; da können wir doch großzügig sein." Wer von uns Ostdeutschen kann sich eigentlich als Sieger empfinden und deshalb zu vergleichbarer Großzügigkeit fähig sein? Es sind offensichtlich ziemlich wenige.

Das ist eines unserer Probleme bei der deutschen Einigung. Daß so wenige sich als Sieger empfinden können, hat verschiedene Ursachen, nicht nur die ökonomisch-sozialen Umbrüche, die vielfachen sozialen Entwurzelungen, sondern ich sehe ein grundlegendes Defizit dieses Einigungsprozesses darin, daß in ihm nicht irgendein Moment eines Neuanfangs enthalten war, bei dem - die gewiß

problematischen - Erfahrungen und Identitäten der Ostdeutschen eine Rolle hätten spielen können. Die Richtung dieses Einigungsprozesses - und das ist kein Vorwurf gegen irgendwen - war in diesen drei atemlosen Jahren immer klar: Wir Ostdeutschen werden westdeutsch. Das war ja auch naheliegend angesichts des Zusammenkommens eines ökonomisch und politisch erfolgreichen und eines ökonomisch und politisch gescheiterten Gemeinwesens. Daß wir aber diese Debatte nicht haben führen können, das holt uns jetzt ein. Denn ich meine, wir müssen sie führen.

Ich halte es jedenfalls für einen grundlegenden konstitutiven Mangel dieses Einigungsprozesses, daß wir keine Verfassungsdebatte geführt haben. Und ich sage an dieser Stelle auch: Die SPD wollte einen Verfassungsrat, der nicht nur aus Politikern besteht. Unsere Absicht war eine offene, öffentliche "Veranstaltung", in der es genau darum gehen sollte: Was wollen wir denn miteinander tun, die wir so plötzlich vereint sind? Also nicht irgendwelche kleinen, sicher sinnvollen Verbesserungen und Anreicherungen, sondern die Grundsatzfrage: Welche Ziele setzen wir uns gemeinsam, und wie gehen wir miteinander um? Das ist auch die Frage nach einer Art von Identität.

Ich wiederhole: Dieses Grundgefühl, doch nicht Sieger zu sein, obwohl man befreit ist und die Möglichkeiten der Freiheit hat, ist eine der spezifischen ostdeutschen Ursachen der Demokratieenttäuschung und Demokratieabstinenz.

Eine zweite Ursache ist sicher auch verständlich: Wie sollen die Ostdeutschen eine positive Einstellung zur Parteiendemokratie haben, angesichts der tiefen Antipathie gegen jede Art von Partei aufgrund der Erfahrung mit der Allmacht einer Partei? Wie sollen Menschen eine positive Sicht von Politik gewinnen, wo sie doch die Perversion der Gemeinwohlorientierung genau erinnern? Bei uns wurde immer von oben diktiert, was das Gemeinwohl zu sein hatte. Darüber gab es keine selbstbestimmte Auseinandersetzung verschiedener Gruppierungen, Interessen und Personen. Darauf würde es eben jetzt ankommen, daß zumindest die aktiven Teile der ostdeutschen Bevölkerung das Gefühl haben können, an einer solchen Auseinandersetzung beteiligt zu sein. Was sie statt dessen erleben, ist, daß ihnen Politik wieder enteignet wird durch Parteien - so jedenfalls ein durchaus verbreitetes Gefühl.

Ich frage mich auch - und das schließt an unsere Debatte hier an: Was soll an einer Politik so besonders anziehend sein, die gegenwärtig in Ostdeutschland in bloßer Verwaltung von Problemen besteht? Was soll an reinem Pragmatismus attraktiv sein? Ich meine also, daß es ein ausgesprochenes Bedürfnis nach Visionen gibt, obgleich da stimme ich Herrn Lépenles zu - Visionen bei uns sehr in Mißkredit geraten sind. Wir haben ja gerade das erbärmliche Scheitern einer ehemals großen Utopie hinter uns.

Was wir brauchen, ist gewissermaßen eine Vision, sind Deutungsangebote mittlerer Reichweite, also Angebote, die über die Verwaltung von Problemen, über pragmatisches Handeln hinausgehen. Nur so könnten Menschen überhaupt erst dazu kommen, das Unerträgliche des pragmatischen Gewursteis angesichts der Größe anstehender Probleme auszuhalten.

Natürlich ist auch jeder Kommunalpolitiker überfordert, der immerfort beschimpft wird, weil er die Zustände nicht so schnell verbessern kann, wie die Menschen es von ihm erwarten. Die Diskrepanz zwischen dem Verlangen nach Verbesserung der ökonomischen, sozialen und menschlichen Lebensverhältnisse und der Unmöglichkeit, dieses Verlangen schnell befriedigen zu können, ist es, was den Politikern so zu schaffen macht. Dabei stimme ich Herrn Remmers zu, daß wir über die Grenzen politischen Handelns reden müssen, also darüber, was Politik überhaupt leisten kann, um die sozialen und ökonomischen Verhältnisse zu verändern.

Ich denke, so altmodische Fragen sollten noch erlaubt sein, Herr Göhner, wie es um die ökonomischen und sozialen Strukturvoraussetzungen von Verantwortung bestellt ist. Da werden uns Appelle kaum weiterhelfen. Wir erleben doch, wie schwierig es offensichtlich ist, beispielsweise das Verhalten von Unternehmern politisch zu beeinflussen. Dann heißt es sofort, das sei entweder sozialistisch, also von gestern und ganz entsetzlich ideologisch, oder rein idealistisch, voller Flausen. Da gebe es eben ökonomische Gesetzmäßigkeiten, die man nicht beeinflussen könne: "Das Kapital ist scheu wie ein Reh" et cetera.

Wie soll in einer Demokratie Konsens hergestellt werden - auf den wir angewiesen sind;-, wenn in allen Bereichen der Gesellschaft, auch in der Politik, die Markt- und Konkurrenzmechanismen alles durchgängig beherrschen? Wenn dann doch einmal ein Konsens erzielt wird, will einem dies als reines Zufallsprodukt erscheinen. Man wundert sich, daß es so etwas trotz alledem noch gibt.

In diesem Zusammenhang wäre dann auch über die Medien zu reden, die, wie wir hier gehört haben, nahezu vollständig den Marktmechanismen unterworfen sind, zumal die privaten Medien, und von

daher unausweichlich bestimmte Ergebnisse zeitigen. Da können wir uns Journalistenschelte sparen, deren Verhalten eben von den Strukturen, bestimmt wird, in denen sie ihre Tätigkeit ausüben.

Ich sah kürzlich im Fernsehen einen Bericht über Hünxe - ein Jahr danach. Da wurde jungen Leuten aus dem Ort ein Video vorgespielt, das die Opfer des Brandanschlags zeigte. Ein Mädchen äußerte sich dazu sehr betroffen, war den Tränen nahe, aber zwei, drei 16- oder 18jährige Jungen sagten: "Na und?" Frage des Reporters: "Fühlen Sie sich nicht betroffen?" Antwort: "Wieso? Wenn ich einen Horrorfilm sehe, habe ich doch auch kein Mitleid."

Was hier durch ein Medium abhanden kommt, ist die Fähigkeit zur Empathie. Dieser Verlust bestimmt allmählich unsere ganze politische Kultur. Ich bin mir nicht sicher, ob nicht durch die Art, wie bei uns Politik, Journalismus und das "Mediengeschäft" betrieben werden, bei den Menschen, an die wir uns wenden, nämlich den Wählern, die Fähigkeit zur Empathie, zum Einfühlen in den anderen, mehr und mehr verlorengeht. Wenn wir hier über Freiheit und Verantwortung reden, dann dürfen wir nicht im Appellativen stehenbleiben, sondern müssen auch über ökonomische, soziale, politische Strukturen reden.

Herles

Wenn den Parteien und uns allen nicht mehr viel einfällt, verlegen wir uns aufs Moralisieren und auf den guten alten deutschen Idealismus. Ich meine aber, das führt nicht allzuweit. Und wenn wir den Egotrip in dieser Gesellschaft kritisieren, sollten wir nicht vergessen, daß die meisten politischen Karrieren ebenfalls Ergebnisse persönlicher Egotrips sind. Der Trend zum Individualismus ist auch nicht umkehrbar, sondern global. Wir sollten also nicht in den Fehler verfallen, den Individualismus aufs Korn zu nehmen, sondern vielmehr versuchen, ihn als Produktivkraft neu zu entdecken und entsprechend zu nutzen.

Moralisieren ist sicher der falsche Weg, auch was die Kritik an Politikern angeht. Alle diese aufgeregten Debatten über Verfehlungen einzelner Politiker, ob sie nun mit dem falschen Briefkopf den richtigen Leuten oder mit dem richtigen Briefkopf den falschen Leuten schreiben, bringen uns keinen Schritt weiter. Ich sehe darin eher eine Art Ersatzhandlung: Indem wir einige Randerscheinungen moralisch verurteilen, lenken wir von den eigentlich wichtigen Themen ab, die in der Politik nicht oder falsch behandelt werden. Statt uns über Möllemann aufzuhalten, der für mich mehr ein Ritualopfer ist, sollten wir uns lieber darüber Gedanken machen, warum die großen Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, in Bonn zur Zeit so gut wie überhaupt nicht thematisiert werden.

Diese ganze Moralisiererei ist aus meiner Sicht auch eine der Ursachen dafür, daß wir, wie Herr Lepenies beklagte, die Gleichheit so sehr vor der Freiheit betonen. Das gilt auch für die innere Einheit unseres Landes, die wir lediglich als materiellen Umverteilungsprozeß begreifen. Das greift entschieden zu kurz. Gleiche Lebenschancen für alle Deutschen kann doch nicht bedeuten, hier nun die große Gleichmacherei anzustreben.

Ich halte es vielmehr für eine äußerst wichtige Aufgabe der Politik und der Medien, Verständnis dafür zu wecken, daß wir die Homogenität unserer Gesellschaft nicht an den Standards der 70er und 80er Jahre in Westdeutschland messen können. Herr Remmers hat völlig recht, es ist alles schwieriger und komplexer geworden, und die Konflikte werden sich verschärfen. Darauf sind weder die Politik noch die Gesellschaft vorbereitet, sondern alle reagieren auf die veränderte Situation mit einem vordergründigen Moralismus, der überhaupt nicht weiterhilft.

Ich wiederhole: Wir müssen unsere Egomane, unseren Individualismus, unseren Selbstverwirklichungsdrang ernst nehmen. Worauf es ankommt, ist zu erkennen, inwieweit unsere persönlichen Interessen mit den Interessen der Gesellschaft oder sogar der Menschheit identisch sind. Denn nur wenn jeder sein persönliches Verhalten durch eigene Einsicht ändert und nicht durch Zwang von außen, werden wir weiterkommen.

Mit anderen Worten: Es geht nicht um mehr Staat, um mehr Reglementierung, sondern wir sollten endlich einmal ernst nehmen, daß jeder Mensch seine eigenen Interessen hat und ihn da fordern. Denn der einzelne wird sehr schnell erkennen, daß seine persönlichen Interessen mit übergeordneten Interessen weitgehend identisch sind, und bereit sein, in der Politik wieder Verantwortung zu übernehmen.

Und was den Einigungsprozeß angeht: Ich kann mich nicht erinnern, daß beispielsweise die Fraktionen des Bundestages oder einzelne Politiker, die nicht in der Regierung saßen, maßgeblich daran beteiligt worden wären. Das heißt, es wurde gar nicht erst die Möglichkeit eingeräumt, Verantwortung zu übernehmen. So verhält es sich auf allen politischen Ebenen.

Auch in der Politik wäre also ein Rezept: stärkere Individualisierung; weniger Macht den Parteien, den Institutionen, mehr Möglichkeiten für den einzelnen. Genau das fasziniert uns doch an Amerika. Lesen Sie das Buch von Al Göre - welcher deutsche Politiker würde so etwas zustande bringen;- , an dem genau dieses Bekenntnis zum Individualismus imponiert. Al Göre ist vor vier Jahren als Präsidentschaftskandidat gescheitert, weil er sich den Luxus erlaubte, die Umweltpolitik zu seinem einzigen Wahlkampfthema zu machen. Er wurde nicht nur von der Öffentlichkeit, sondern auch von seiner eigenen Partei für ziemlich verrückt erklärt. Aber er mußte sich nicht der Partei unterwerfen, und jetzt richten sich auf ihn die Hoffnungen der Menschen, daß er in der Lage ist, ein stimmiges Handlungskonzept für die Umweltpolitik zu entwerfen.

Ich bin ein altmodischer Mensch; ich plädiere dafür, den Individualismus nicht zum Feind zu erklären, sondern ihn zu nutzen.

Langer

Ich bin froh, daß wir vom Moralisieren wegkommen. Was wir brauchen, sind Lösungen für eine funktionierende Bürgerdemokratie. Ich bin sicher ein scharfer Kritiker der Parteien, aber diese Parteienschele kommt mir vor, als würden wir Füchsen vorhalten, daß sie keine Vegetarier sind. Wenn ich eine Wiese abweiden will, muß ich mir eben Schafe anschaffen und keine Füchse.

Die Parteien hatten ihre Funktion bei der Entwicklung einer Herrschaftsstruktur, die jetzt an ihr Ende gelangt. Ich habe vorhin bereits auf die 200jährige Entwicklung des repräsentativen Prinzips und auf 120 Jahre des Parteienstaates hingewiesen. Die Parteien können sich aus den von ihnen okkupierten Bereichen nicht zurückziehen, wie Herr Rüttgers fordert. Das kann so wenig gelingen, als wollte ich von einer Fußballmannschaft verlangen, sie sollte sich zurückhalten und aufs Stürmen verzichten, also darauf, was ihre eigentliche Aufgabe ist. Und die Aufgabe der Parteien war die Etablierung dieser Herrschaftsstruktur und die Ausübung von Macht, wie sie diesem Modell entspricht.

Unter Etablierung der Macht in einem Staate verstehe ich einen Prozeß, in dem nach einer erfolgreichen Revolution die sich neu formierende Herrschaftsschicht dem Bürger allmählich die Möglichkeiten nimmt, von den Rechten, die er sich erkämpft hat, wirksam Gebrauch zu machen. So verlief die Entwicklung bisher in allen Herrschaftsstrukturen, bis sie dann an ihre Grenzen stießen und durch eine Legitimationskrise, durch wachsende Freiheitsansprüche der Untertanen und durch deren Auflehnung zu Fall gebracht wurden. Bislang ist aus jeder revolutionären Gesellschaftsumwälzung wieder eine neue Herrschaftsstruktur hervorgegangen, in der allerdings den Herrschenden eine geringere Bandbreite der Macht- und Gewaltausübung zur Verfügung stand.

Was wir jedoch gegenwärtig in den parlamentarischen Demokratien erleben, ist insofern eine neue Situation, als die Verfügungsmacht der jetzigen Herrschaftsgruppierung, die in den Händen von Parteizentralen liegt, bereits so eng ist, daß eine neue Herrschaftsstruktur, deren Machtbandbreite noch enger wäre, nicht mehr funktionieren könnte. An dieser Stelle sehe ich nur eine Lösung, nämlich eine neue Form von Bürgerdemokratie, in der die bisherigen Machthierarchien der Parteien durch horizontale Vernetzungen von politischen Bürgerklubs ersetzt werden. Das heißt, die Bürgerbasis gewinnt ein gesellschaftspolitisches Eigenleben, aus dem dann unabhängige, nicht an Parteien gebundene sowohl Kommunalpolitiker und Parlamentarier als auch fachbewährte Minister hervorgehen werden. Herr Hennis denkt bei seinem Vorschlag mit dem "Bündnis 328" offenbar in die gleiche Richtung.

Ich meine also, ein Rückzug der Parteien ist gar nicht mehr möglich, sondern jetzt hilft nur noch eine sanfte Revolution, die im übrigen bereits stattfindet. Denn überall lehnen sich die Bürger auf, fühlen sich als machtlose Opfer der herrschenden "politischen Klasse". Neue politische Bürgerbewegungen, die sich grundsätzlich von allem Hergebrachten unterscheiden, sind bereits im Entstehen. Sie dürfen nicht mit Bürgerinitiativen verwechselt werden. Die sind nämlich thematisch eingeschränkt und dadurch kurzlebig: Sie sterben eines natürlichen Todes, sei es, weil sie ihr angestrebtes Ziel erreicht haben, sei es, weil sie gescheitert sind.

Die politischen Bürgerbewegungen dagegen sind Träger einer emanzipatorischen Revolution, Keime einer aufkommenden neuen politischen Struktur, der parlamentarischen Bürgerdemokratie. Sie werden bei dem Aufbau ihrer basisdemokratischen Vernetzungen und Arbeitskreise einer massiven "Gegenreformation" ausgesetzt werden und unter dem Druck der hergebrachten Parteien- und Wahlgesetze manche Rückschläge hinnehmen müssen. Ich bin aber überzeugt, daß sie sich letzten Endes als eine vierte, und zwar die wichtigste Gewalt im Staate durchsetzen werden. Und ich glaube auch, daß man das bereits bei der nächsten Verfassungsreform bedenken sollte.

Lassen Sie mich meine Überlegungen in einigen sicher provokativen Thesen zusammenfassen.

Erstens: Der Parteienstaat, so wie er sich mittlerweile entwickelt hat, ist keine Demokratie mehr, sondern eine Oligarchie, die auf einer oligo-polistischen Herrschaftsstruktur beruht.

Zweitens: Auch die aufgeklärtesten Kritiker sprechen davon, die Parteien und der Parteienstaat seien krank. Meines Erachtens sind aber die Parteien und der Parteienstaat nicht krank, sondern sie sind die Krankheit. Und ich kann mir keine gesunde Grippe, geschweige denn ein gesundes Karzinom vorstellen. Durch die Art und Weise, wie die Parteien die Macht im repräsentativen System etabliert haben, haben sie die demokratischen Mechanismen weitgehend ausgehöhlt und zu Attrappen werden lassen.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur die Bildung von Regierungskoalitionen, die, wie ich es sehe, inzwischen zu machtvollen antidemokratischen Instrumentarien geworden sind. Sie sind Machtkartelle auf Zeit, die während einer Legislaturperiode die Gewaltenteilung praktisch außer Kraft setzen. Denn die Mehrheit im Parlament übt keine Kontrolle der Regierung aus, sondern geht mit der Regierung in allem konform.

Drittens: Die Parteien sind heute nicht viel mehr, als reine Machtkampfverbände. Mit ihren Delegiertenwahlen, medienwirksamen Parteitagen, Wahlen von Vorständen und sonstigen Spitzengremien wurden sie darüber hinaus zu parademokratischen Vereinigungen zur Vortäuschung parlamentarisch repräsentativer Vorgänge der politischen Entscheidungsbildung im Staate. Die Parlamentswahlen dagegen haben sie zu Bestätigungsritualen für die etablierte Macht ihres Oligopols umfunktioniert. Und gerade das lehnt die ständig wachsende Zahl der Nicht- und Protestwähler ab.

Engert

Wir sind ein wenig in der Gefahr, unsere Debatte allzusehr auf die Parteien zu konzentrieren. Frau Vollmer und Herr von Weizsäcker haben ja darauf hingewiesen, daß wir darüber hinauskommen müssen und die Frage beantworten sollten: Was hält diese Gesellschaft eigentlich zusammen? Ist das Schaffen neuer Verbindlichkeiten ein Mittel, um aus der Orientierungskrise herauszukommen?

Fest

Auf die Frage: "Wer oder was kann Verbindlichkeiten schaffen?" ist bereits erwidert worden: Sicherlich nicht nur die Politik. Aber auf welche Werte gründet eigentlich die Politik, die wir vertreten? Ist beispielsweise Freiheit ein Wert für unsere Gesellschaft? Mein Eindruck ist, insbesondere angesichts des Wiedervereinigungsprozesses von 1989 bis heute, aber auch davor schon seit 1968, daß Freiheit im Bewußtsein der meisten unserer Bürger gar kein so großer Wert ist. Und was die Marktwirtschaft oder den Sozialstaat angeht, ist irgend jemand zu irgendwelchen Opfern oder Verzichtleistungen dieser Werte wegen bereit? Ich bleibe da skeptisch.

Frau Vollmer hat nach dem Rettenden gefragt. Ich will einmal sagen, was ich für das Gegenteil halte; denn das erscheint mir viel auffälliger. Ich meine den über Jahrzehnte stattfindenden Abbau von Tabus, Regeln, Verboten, die eine Gesellschaft sich auferlegt, weil sie ohne innere Restriktionen, ohne Selbstverbote eben keine Gesellschaft mehr ist, sondern sich früher oder später wieder der Lebensweise einer Urhorde annähert. Und wie leicht kann bei uns jemand Prämien erwerben und des öffentlichen Beifalls gewiß sein - einschließlich hoher Einschaltquoten beim Fernsehen;- , wenn er sich an den Abbau von Tabus macht.

Herr Gönner fragte nach einer spezifischen Medienethik, und der Herr Bundespräsident hat sich für ein moralisches Rahmenwerk für die Medien ausgesprochen. Davon würde ich mir einiges (wenn auch nicht allzuviel) versprechen. In ein solches Rahmenwerk müßte ja wohl auch der sogenannte Kunstvorbehalt der Verfassung mit einbezogen werden. Ich sehe es als völlig unhaltbar an, wenn in einem Fernsehspiel der Mord an einem fiktiven Bundeskanzler gezeigt wird und durch Einblendungen eindeutig Herr Kohl zu identifizieren ist. Der betreffende Regisseur aber äußert sich dahingehend, das stehe alles unter dem Kunstvorbehalt. Die in der Weihnachtswoche im Fernsehen gezeigten Spielfilme brachten es immerhin, wie irgend jemand zusammengezählt hat, auf fast 4.000 Tote. Auch das stimmt mich äußerst nachdenklich.

Wir haben jedenfalls die selbstverständlichen Übereinstimmungen, aus denen eine Gesellschaft lebt, weitgehend verloren. Ein angesehener Politologe von der Frankfurter Universität hat mir unlängst erklärt, er lehre seine Studenten seit 25 Jahren, daß es keinen Staat, keine überpersönlichen Ziele, keine Ordnungen oder ähnliches mehr gebe, sondern nur noch eine Gesellschaft, in der jeder für seine Interessen mit anderen kämpft. Auch ich habe nichts gegen den Individualismus, Herr Herles, und ich glaube ebensowenig, daß diese Entwicklung umkehrbar ist, aber bei Ihrem Beitrag dachte ich zeitweilig, Sie redeten wie ein Schüler dieses Professors.

Der Staat wird als Dienstleistungsträger für Verantwortung benutzt, sagte Herr Hirsch etwas beschönigend. Mein Eindruck ist, er wird eher als Agentur für Verteilungsfragen gesehen. Nun wissen wir alle, daß es auf Jahre hin nichts mehr zu verteilen gibt. Wenn das aber so ist, worauf bauen wir dann noch diesen Staat?

Was hält uns überhaupt noch zusammen? fragt Herr von Weizsäcker. Gewiß keine religiöse Gewißheit. Damit hatte es in Deutschland immer seine Schwierigkeiten. Sicher auch keine aus religiösen Vorstellungen erwachsene säkularisierte Moral. Und wie steht es um die Idee der Kulturnation? Wie soll man die definieren? Herr Biedenkopf sagte mir vor kurzem, als ich ihn auf die Frage der deutschen Staatsangehörigkeit für Ausländer ansprach, die schon lange bei uns leben: Die müßten sich zur deutschen Kultur bekennen; das beantworte diese Frage weitgehend. Nur: Was ist die deutsche Kultur, auf welche Regeln, auf welche Gesittungsnormen, auf welche Umgangsformen stützt sie sich? Ich könnte darauf keine Antwort geben; vielleicht hat jemand anders hier den Mut dazu.

Lepenies

Ich möchte Frau Vollmer in vielem zustimmen, was sie gesagt hat. Natürlich war zu erwarten, daß wir sehr bald zu einer Debatte über die Parteien kommen würden. Doch die Vorschläge zur Verbesserung, die gemacht werden, scheinen mir in mehrfacher Hinsicht eher ein Symptom der Krise, denn ein erster Schritt der Therapie zu sein.

Ich will nicht so weit gehen wie Herr Langer, zu sagen, die Parteien seien die Krankheit, von der es unsere Gesellschaft zu kurieren gelte. Aber ich erinnere mich an eine Geschichte aus dem 18. Jahrhundert von einem mesmeristischen Arzt in Paris, der behauptete, alles und jeden heilen zu können. Der Autor dieser Geschichte berichtet, wie er seinen Freund, der an Lungenentzündung erkrankt war, zu dem Arzt brachte. Als er nach zwei Tagen wiederkommt, ist sein Freund tot. Er beschimpft den Arzt, doch dieser erwidert ihm: "Monsieur, urteilen Sie nicht vorschnell: Ihr Freund starb geheilt!"

Die Probleme, die uns beschäftigen, mögen im Zentrum der aktuellen Politik stehen, Aber sie sind weit tiefer gelagert, und ich bin davon überzeugt, daß selbst die Tagesprobleme, die wir diskutieren, nicht gelöst werden können, wenn wir uns nicht zumindest den grundlegenden Problemkomplexen stellen.

So bin ich nach wie vor der Meinung, daß "Mentalitätsbruch" und "Bewußtseinswandel" Schlüsselworte für die Probleme sind, mit denen wir uns beschäftigen. Ich sage dies nicht als Akademiker im Elfenbeinturm, sondern nicht zuletzt aufgrund meiner Erfahrungen in Osteuropa, die immerhin zu einer Institutsbildung, zur Schaffung des "Collegium Budapest" geführt haben, die also durchaus praktisch-politischer Natur gewesen sind.

Wie lassen sich Veränderungen im Bereich von Mentalität und Bewußtsein zustande bringen? Natürlich gibt es dafür nicht die eine große Lösung, die alternative Ideologie. Aber es lassen sich doch einige strukturelle Elemente aufzeigen, um dieser Fragestellung auf die Spur zu kommen.

Dabei stimme ich Herrn Herles durchaus zu, daß dies nicht eine Frage des Moralisierens ist. Das Problem ist vielmehr, wie man wieder mehr Moral schaffen kann, ohne zu moralisieren. Denn am Rückgriff auf die Moral möchte ich in jedem Fall festhalten, also an einem Wertekanon, an Überzeugungen, wie man miteinander leben will und die man auch vermitteln kann. Dies meinte ich mit meiner Feststellung, daß an den Universitäten gegenwärtig fast nur noch über Hochschulbauten und Numerus clausus diskutiert wird, aber nicht mehr über Lehr- und Lerninhalte.

Ich ziehe aus der bisherigen Debatte drei Schlußfolgerungen. Erstens befinden wir uns in einer Situation, in der sich alles ändern muß, und zwar sehr schnell. Das mag beides schwer kompatibel sein. Daraus folgt: Es ist wichtig, auf das zu achten, was ich "die Politik im Zeitraffer" genannt habe. Dazu gehören die Fragen nach Stil, Form und exemplarischem Handeln. Natürlich behaupte ich nicht, Herr Rüttgers, daß Stil und Form Inhalte ersetzen können. Aber Inhalte können durch Formen stabilisiert werden. Und dieser Stabilisierungschance begeben wir uns in Deutschland weit mehr, als es sein müßte. Die Beachtung der Formen und des Stils trägt zur Sicherung von Inhalten bei. Wenn man darauf verzichtet, kommt man auch mit Veränderungen im inhaltlichen Bereich nicht recht weiter.

Die zweite Schlußfolgerung betrifft die langfristige Politik. Die Veränderung der Strukturen, der Institutionen, das, was Herr Grimm zur Verfassungsreform gesagt hat, spielt in diese Richtung, die Frage nach den Curricula an den Universitäten. Um hier etwas zu bewirken, reicht sicher nicht nur die große Geste aus. Aber die große Geste kann hilfreich sein, wenn sie zur richtigen Zeit am rechten Ort in Szene gesetzt wird. Zugleich muß man die schwierige Arbeit der Veränderung der Institutionen betreiben.

Dritte Schlußfolgerung: Selbstredend weiß niemand von uns, welches ethische Prinzip, welche Ideologie, welche Schlüsselattitüde in dieser Situation für Veränderungen angemessen sind. Deshalb halte ich so etwas wie exemplarisches Handeln für derart wichtig. Da sehe ich die Verantwortung der Eliten, die in unserem Land nicht wahrgenommen wird. Das heißt, es müßte in kleinen Bereichen exemplarisch etwas von dem vorgelebt werden, was wir meinen, wenn wir von der Bindung an bestimmte Werte sprechen; auch dürfen wir den schrankenlosen Abbau von Tabus nicht auch noch prämiieren, wie Herr Fest sagte.

Der Begriff der Nation gewinnt für mich auch in diesem Zusammenhang in der Tat wieder eine Bedeutung, die erlange Zeit nicht gehabt hat. Exemplarisches Handeln der Eliten muß sich zunächst im nationalen Bereich definieren. Deshalb habe ich in dem FAZ-Artikel bewußt von Patriotismus gesprochen, was mir viel Kritik eingetragen hat; aber ich halte dies nach wie vor für einen nützlichen Begriff.

Ich meine, daß wir in dieser Hinsicht in Deutschland doch schlechter dastehen, als beispielsweise die USA oder Frankreich. Bei uns ist die Aversion gegen den Formaspekt und die Indifferenz gegenüber Institutionen ausgeprägter. In den USA, in Großbritannien, in Frankreich scheint für einige Institutionen noch eine Art von Vertrauensvorschuß vorhanden zu sein, der bei uns längst nicht mehr existiert.

Entscheidend bleibt das exemplarische Handeln. Dies kann zunächst nur durch Eliten geschehen, und zwar relativ rasch, während umfassende Veränderungen auf der Ebene der Sozialisation nicht so schnell erfolgen können. Deshalb habe ich den Vorschlag zur Bildung eines "Sprechenden Pour le Mérite" gemacht, der auch einen Aspekt des Dienens in sich trägt. Dazu gehört eine gewisse Askese. Das Ganze muß den Charakter eines Ordens bekommen.

Was Sie von Richard Löwenthal erzählt haben, Herr Remmers, ist in der Tat beeindruckend. Deshalb sehe ich auch Ihr Vorhaben mit der Katholischen Akademie in Berlin sehr positiv. Sie werden hoffentlich den Mut haben, dort das Katholische wirklich zu betonen und auf den Prüfstand zu stellen.

Zu dem, was Richard Löwenthal zur Transzendenz sagt - wo es darum geht, Werte anzuerkennen und Haltungen zu schaffen;- , paßt ein Wort von Spinoza, der einmal gesagt hat: Da ich nun schon einmal ein Atheist bin, will ich wenigstens ein Heiliger sein.

Krackow

Ich kann bei Herrn Lepenies direkt anschließen, indem ich auf Ortega y Gasset verweise, der 1930 in seinem Buch "Der Aufstand der Massen" von einem Zigeuner berichtet, der die Beichte ablegen möchte. Der Pfarrer ist sehr genau und will sich zunächst vergewissern, daß der Zigeuner die Zehn Gebote kennt. Darauf sagt dieser: "Ich habe gehört munkeln, daß die Zehn Gebote aufgehoben sind." Wenn Ortega unsere heutige Zeit erleben würde, hätte er geschrieben: "Die Zehn Gebote sind aufgehoben."

Frau Vollmer hat sehr eindrucksvoll von Chaos gesprochen, und Herr Stürmer sagt zu Recht, wir könnten nicht einmal ahnen, was im Weltgeschehen, aber auch in Deutschland noch alles an Belastungen und Herausforderungen auf uns zukommt. Mit anderen Worten: Chaotische Entwicklungen sind nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern werden immer wahrscheinlicher.

Ortega hat in dem vorgenannten Buch übrigens ein weiteres Phänomen erwähnt, das auf unsere Situation paßt. Die Massen, sagt er, zeichnen sich unter anderem dadurch aus, daß sie ihre Gewöhnlichkeit erkennen, aber die Unverfrorenheit besitzen, diese Gewöhnlichkeit durchzusetzen. In diesem Sinne leisten unsere Medien als Tabukiller und indem sie den Gewöhnlichen Prominenz einräumen, in der Tat einen wesentlichen Beitrag zur Entstabilisierung unserer Gesellschaft.

Ich habe in Rostock eine Zeitlang einen Konzern, ein ehemaliges Kombinat mit 55 000 Beschäftigten geleitet; in dieser Größenordnung, werden Sie mir zugeben, schon eine gesellschaftliche Veranstaltung. Und da Herr Lepenies von exemplarischem Handeln spricht: Ich habe von meinem 14-Stunden-Durchschnitts-Arbeitstag täglich mindestens drei Stunden damit zugebracht, mit Führungskräften, Betriebsräten, Mitarbeitern über den Realitätsschock zu sprechen, den sie durch die großen Veränderungen erfahren haben, und wie sie die Dinge heute zwischen Ost und West erleben. Das heißt, diese Menschen wollten keineswegs nur über betriebswirtschaftliche Daten, Investitionen, Kapazitäten reden, sondern die vierzigjährige Indoktrination in dem Fach Geschichte kam genauso zur Sprache, wie etwa die Abwählbarkeit des Schulfaches Geschichte in Westdeutschland.

Ich werde auch nach meinem Ausscheiden immer wieder nach Rostock eingeladen. Was ich gerne von diesem Kreis hochkarätiger Experten wissen möchte, ist: Was empfehlen Sie mir, den Menschen dort zu sagen, wie sie mit all den Schocks, die sie erfahren haben, etwa durch die Ereignisse in

Lichtenhagen, umgehen sollen? Der Bundespräsident fragte: Was hält uns zusammen? Nun, im Sinne des von Herrn Lepenies geforderten exemplarischen Handelns: Was tun wir, um diesen Zusammenhalt zu fördern?

Weiß

Wer schafft Verbindlichkeiten, und wer ist dazu legitimiert? Die Antwort ist an sich lapidar: Allein die Bürgerinnen und Bürger, also das Volk. Natürlich weiß ich auch, daß dies nur eingeschränkt gilt.

Das ist mir vor drei Monaten so deutlich geworden, als ich in Angola bei den ersten demokratischen Wahlen als Wahlbeobachter fungierte und erlebte, mit welcher Ernsthaftigkeit - um nicht zu sagen: Inbrunst - die Menschen dort zur Wahl gegangen sind, selbst die Analphabeten, denen man anmerkte, daß sie nie zuvor ein Stück Papier und einen Bleistift in der Hand gehabt hatten. Aber ich habe mich dann doch gefragt: Wie kann man in einem Land, in dem Analphabeten wählen, eine Demokratie aufbauen? Das ist vielleicht ein Grund für die gegenwärtigen Bürgerkriegsereignisse in Angola.

Aber auch bei uns, jedenfalls in Ostdeutschland, gibt es einen Analphabetismus in Demokratie, und in Westdeutschland haben sicher ebenfalls nicht alle das Demokratieabitur gemacht, die zur Wahl gehen.

Wichtig ist zweifellos Bildung zur Demokratie, demokratische Bildung: Zur Demokratie muß man auch erzogen werden. Das war im Osten in den vergangenen vierzig Jahren nicht möglich, und heute wird es versäumt. Darin sehe ich eine der Ursachen für die allgemeine Unzufriedenheit bei uns, insbesondere für die Politik- und Parteienverdrossenheit in Ostdeutschland.

Hinzu kommt, daß die Menschen die Erfahrung machen, mit ihrem Engagement und Sachverstand fast gar nichts bewirken zu können. Sie schreiben Briefe an Politiker, die entweder gar nicht beantwortet werden, oder es kommen vorgestanzte Antworten. Sie protestieren gegen Truppenübungsplätze; doch der Verteidigungsminister setzt sich nonchalant über ihren Protest und ihre rechtlichen Einwände hinweg. Diese Erfahrungen, wie Demokratie eben nicht funktioniert, richten in gewissem Sinne mehr Schaden an, als vierzig Jahre Diktatur, um es überspitzt zu sagen. Im Grunde sind wir eine verwaltete Gesellschaft, in der politische Gestaltung kleingeschrieben wird.

In diesem Zusammenhang leuchtet mir ein, wenn Herr Rüttgers sagt, daß Symbolentscheidungen vor Sachentscheidungen den Vorrang haben. Das empfinde ich genauso. Die Diskussion im Bundestag über den Artikel 16 ist für mich eine typische Symbolentscheidung, die in der Sache nur wenig bewegen wird, aber einen hohen Symbolwert hat. Das gleiche trifft für die anderen brisanten Themen zu, die gegenwärtig verhandelt werden, ob Blauhelm-Einsätze oder Solidarpakt. Schon das Wort "Solidarpakt" hat einen hohen Symbolgehalt. Aber was daraus in der Praxis wird, dürfte mit Solidarität nur wenig zu tun haben.

Ich glaube aber auch nicht, anders als Jaroslav Langer, an die horizontale Vernetzung von Bürgerbewegungen. Wir haben damit ja Erfahrungen in der DDR und in der Zeit danach gemacht. Bürgerbewegungen, die sich damals gebildet hatten - ähnlich wie in anderen osteuropäischen Ländern;-, sind ausgesprochene Kriseninstrumente, die aber nicht für den normalen politischen Alltag taugen. Mit solchen Versuchen horizontaler Vernetzung sind wir jedenfalls gescheitert, und zwar nicht, weil wir von einer Partei aufgesogen wurden, sondern weil es von der Struktur her nicht funktionieren kann. Das wäre nur denkbar, wenn die Probleme, um die es geht, die Bürgerinnen und Bürger generell betreffen würden, so daß sie sich veranlaßt sehen, sich zu Bürgerbewegungen zusammenzuschließen. Mit partiellen Interessen, die völlig unterschiedlich sind, ist eine solche Vernetzung nicht zu erreichen.

Noch ein Wort zum Thema Wirtschaftsdemokratie. Der Sozialismus war sicher die falsche Antwort auf eine richtige Frage. Aber die Distanz, die zwischen der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern besteht, ist mit ein Grund dafür, daß die Demokratie so schlecht funktioniert. Hier hätte nur eine Art französischer Revolution in der Wirtschaft die Voraussetzungen für das Entstehen eines Wirtschaftsbürgertums schaffen können, das wirkliche Mitverantwortung für das wirtschaftliche Geschehen trägt. Dazu würde vor allem ein breitgestreutes Eigentum gehören. Alle Experimente in dieser Hinsicht sind jedoch in Ansätzen steckengeblieben oder gescheitert.

Ursprünglich war die Treuhand im Sinne eines solchen Gedankens, Eigentum breit zu streuen, gedacht. Wir wollten wirkliches Volkseigentum schaffen, so wie es etwa in der Tschechoslowakei mit der Vergabe von Volksaktien praktiziert wurde. Auch unsere Vorschläge, durch Genossenschaftsbeteiligungen, Investivlohnmodelle und ähnliches, die Wirtschaftsdemokratie zu initiieren, sind nicht weiter verfolgt worden, sondern man hat lieber wieder auf altvertraute Modelle zurückgegriffen.

Zu den Medien möchte ich nur einen Satz anmerken, daß nämlich nicht die Freiheit der Medien das höchste Gut ist, sondern die Würde des Menschen. Das scheint offenbar nicht begriffen zu werden.

Reiter

Wenn Herr Voswinckel zu Beginn das "Tal der Tränen" erwähnte und dabei an die Diskussion vor anderthalb Jahren erinnerte, als wir an eben diesem Ort über das Ende des Sozialismus und die Zukunft der neuen Demokratien in Europa sprachen, so herrschte da eine sehr viel hoffnungsvollere Stimmung vor. Ich frage mich: Was ist in der Zwischenzeit so Furchtbares geschehen, das zu diesem Stimmungsumschwung geführt hat? Damals ging es um die Probleme Mittel- und Osteuropas, und dabei wären katastrophenhafte Visionen sehr viel eher gerechtfertigt gewesen.

Heute reden wir vornehmlich über Probleme Westeuropas, insbesondere Deutschlands. Mag sein, daß es daran liegt, daß die Deutschen hier fast unter sich sind; aber Herr Glee hat uns ja schon versichert, daß Großbritannien noch schlechter dran sei als Deutschland. Dennoch meine ich, daß uns ein größerer internationaler Vergleich helfen würde, die Maßstäbe zurechtzurücken und festzustellen, wo es sich um spezifisch deutsche Probleme handelt, die auch in der deutschen Tradition liegen, inwieweit wir es mit Problemen Westeuropas allgemein zu tun haben, und wo es sogar um weltweite Entwicklungen geht.

Die objektiven Schwierigkeiten, denen sich Deutschland gegenwärtig gegenüber sieht, erklären jedenfalls nicht, warum die Selbstdarstellung dieses Landes so sehr von der Wahrnehmung des Auslandes abweicht. Vielleicht sehen wir aber von außen manche Probleme nicht deutlich genug.

Nun hat Frau Vollmer ausgerechnet die Vereinigten Staaten als Hoffnungsträger erwähnt. Wer hätte das erwartet? Ich kann mich noch gut der Zeiten erinnern, wo man als Pole besonderer Amerikahörigkeit verdächtigt wurde. Ich habe mir das oft vorhalten lassen müssen. Ist Bill Clinton wirklich jener Mann, für den Sie ihn halten? Mir scheint er eigentlich keine großen Visionen zu entwickeln. Er verspricht lediglich, einige konkrete Probleme anzugehen, und im übrigen appelliert er an das Selbstvertrauen und die Erneuerungskräfte der amerikanischen Gesellschaft.

So will er beispielsweise das Gesundheitswesen oder Schulwesen reformieren und dabei offenbar Anleihen aus der Bundesrepublik Deutschland machen. Ich hoffe, er wird nicht mitbekommen, was man in Deutschland selbst davon hält. Herr Remmers hat zu Recht gesagt, die Politik kann eben nicht alles lösen. Das dürften die Menschen in Amerika besser verstehen, als es in Europa, vor allem in Deutschland der Fall ist.

Was die Handlungsfähigkeit der Politik in der Bundesrepublik angeht, nur eine kleine Illustration. Als ich vor zweieinhalb Jahren hier meine Arbeit als Botschafter begann, zeichnete sich bereits ein Problem ab, nämlich das der Asylbewerber. Damals habe ich mit einiger Unbefangenheit mit deutschen Politikern über Asylbewerber aus den mittel- und osteuropäischen Ländern gesprochen. Seinerzeit kamen aus dem inzwischen demokratischen Polen noch einige Tausend Asylbewerber nach Deutschland, im Grunde ein etwas absurder Vorgang.

Ich habe gesagt: Die Aufnahme dieser Polen kostet die Bundesrepublik viel Geld, und sie schafft böses Blut. Könnten wir nicht eine andere Lösung finden, indem Sie diese Menschen abweisen und statt dessen die Hälfte des Geldes dem polnischen Staat für dringend notwendige Reformmaßnahmen zur Verfügung stellen, die dann sehr viel mehr Menschen als nur den Asylanten zugute kommen? Dies würde sich auch für die Bundesrepublik vorteilhaft auswirken; denn wenn Sie die Asylbewerber später ablehnen, kehren diese Menschen sicher nicht als Freunde Deutschlands in ihre Heimat zurück, ganz im Gegenteil.

Nun, man hat mich damals nicht ernst genommen. Nur jemand, der von den Zwängen der Politik nichts wisse, könne so etwas sagen, gab man mir zu verstehen.

Die Fähigkeit zur selbstkritischen Diskussion, sich selbst in Zweifel zu ziehen, ist sicherlich eine der größten Stärken der westlichen Demokratie. Aber ich meine, das muß in einem vernünftigen Verhältnis zu einem gesunden Selbstvertrauen stehen. Nur dann kann eine Gesellschaft auch ihr inneres Gleichgewicht bewahren. Genau dies wird heute nicht nur von der Bundesrepublik, sondern auch von den anderen westlichen Ländern erwartet, damit sie in der Lage sind, für die Länder und Völker in Mittel- und Osteuropa eine Orientierung abzugeben. Wenn aber die westlichen Gesellschaften selbst die Orientierungsfähigkeit verlieren, dann tragen sie mit Sicherheit zur Chaotisierung der Welt bei, wie Frau Vollmer es nennt. Das heißt, die Bekämpfung des Chaos muß im eigenen Lande beginnen.

Wie oft habe ich nach dem Aufbruch in Mittel- und Osteuropa Diskussionen erlebt, in denen es von westlichen Gesprächspartnern hieß: Bloß nicht so tun, als habe sich das westliche Modell durchgesetzt! Ja, warum soll man sich im Westen nicht dazu bekennen? Worauf sollen wir uns im Osten denn sonst verlassen, wenn Sie uns nicht einmal dieses Angebot machen?

Noch ein letztes Wort zu Frau Vollmers Überlegungen, die UNO zum Kristallisationspunkt einer neuen Weltinnenpolitik zu machen. Das ist für mich ein völlig illusionäres Konzept. Es ist vergleichbar den Vorstellungen Václav Havels von einer "unpolitischen Politik". Sicher ein faszinierendes Konzept, das aber scheitern mußte und auch gescheitert ist. Wie wollen Sie denn eine Weltdemokratie aufbauen, die unbedingt dazugehören muß? Und jede Demokratie braucht ein Machtzentrum.

Ich muß sagen, mein Bedarf an großen Visionen ist gedeckt. Nicht nur, weil ich ein gebranntes Kind bin, sondern weil ich fest davon überzeugt bin, daß es heute nicht mehr um große Visionen geht, für die die Menschen immer einen viel zu hohen Preis zahlen mußten. Natürlich kann die Antwort auch nicht reiner Pragmatismus sein. Da gefällt mir die Vorstellung von Herrn Thierse schon sehr viel besser, wenn er von Visionen mittlerer Reichweite spricht. Worauf es aber ankommt, ist, daß die westliche Demokratie genügend Selbstvertrauen entwickelt, um mit den anstehenden Problemen fertig zu werden. Wenn sie sich dies nicht zutraut, wird es für uns alle zum Schaden sein.

Engert

Als Sie eben sprachen, Herr Reiter, flogen Scharen von schwarzen Krähen um das Schloß Bellevue, so als wollten sie uns ein Zeichen geben, daß es aus dem Tal der Tränen kein Entrinnen gibt, und es sie dorthin zieht, wo am heftigsten geweint wird. Deutschsein heißt eben doch, eine Sache um ihrer selbst willen tun. Auch das Weinen.

Rudolph

Herr Lepenies hat am Beginn die Frage gestellt, ob wir eine Zeit des Epochenwechsels oder nur eine Episode erleben. Natürlich war das eine rhetorische Frage; denn es gibt wohl niemanden hier, der nicht davon überzeugt ist, daß wir uns in einer großen Zäsur befinden. Nur: So, wie wir diese Diskussion führen, haben wir auch schon vor zehn Jahren argumentiert. Das große zweibändige Werk über die Unregierbarkeit, das Herr Hennis mitherausgegeben hat, stammt bereits von 1978. Während der ganzen 80er Jahre haben wir uns über repräsentative Demokratie, new politics und die neuen politischen Bewegungen die Köpfe heiß geredet. Dann sind die Themen für drei, vier Jahre abgesetzt worden, als es nämlich in Deutschland und in Europa sehr historisch zuzuging.

Jetzt stehen sie wieder auf der Tagesordnung. Das ist sicher kein Argument, daß wir nicht darüber sprechen sollten. Es bestätigt lediglich, daß die Probleme moderner Demokratien und komplexer Gesellschaften so neu nicht sind. Aber die Diskussion wird jetzt auf andere Weise geführt. Ich will es an einem Beispiel sagen: Für einiges von dem, was Sie vorhin ausgeführt haben, Frau Schmidt, wären Sie Mitte der 80er Jahre in Ihrer Partei noch gesteigert worden.

Schmidt

Heute nur noch ein bißchen.

Rudolph

Das Thema Unregierbarkeit wurde damals auch ganz anders gesehen, nämlich als eine durch Klassenverhältnisse, Eliten und Machtstrukturen geprägte alibihafte Fragestellung, währenddessen die Regimenter der Zukunft ganz woanders marschierten. Heute erkennt man, daß es tatsächlich die Probleme komplexer Gesellschaften sind, die das Regieren so schwierig machen. Wenn seinerzeit jemand wie Herr Remmers und andere auf die Grenzen der Politik hingewiesen hätten, dann wäre das in den 70er Jahren -von den 60er Jahren ganz zu schweigen - zweifellos als Sakrileg empfunden worden. Zu jener Zeit erwartete man von der Politik eben noch die Lösung fast aller Welträtsel.

Daß sich diese Art der Politisierung aber auch gegen die politischen Institutionen richten könnte und in diesem Sinne sogar so etwas wie einen Entpolitisierungseffekt hat, ist erst eine neuere Erkenntnis. Heute sieht man, daß die politischen Institutionen dadurch in ihrer Funktionsfähigkeit in Frage gestellt werden.

Allerdings sind die großen Politisierungsbewegungen in den 70er Jahren nicht auf die Intellektuellen beschränkt, sondern durchaus ein Massenphänomen gewesen. In den 60er Jahren, bis Anfang der 70er Jahre verzeichneten beispielsweise die Parteien eine erhebliche Zunahme an Mitgliedern.

Nun hat sich die beträchtliche Politisierung der Gesellschaft wieder abgeschwächt nicht zuletzt auch deshalb, weil sie nicht die gewünschte Wirkung auf die politischen Institutionen hatte, sondern vielfach die Entscheidungsprozesse blockierte und damit auch wieder zur Entpolitisierung beitrug. Noch vor 10 oder 5 Jahren hätte man über Grenzen der Politik jedenfalls so nicht reden können. Heute dagegen erscheint es den meisten wünschenswert, wenn sich die Parteien aus bestimmten Bereichen wieder zurückzögen, in die sie damals nahezu unbehindert eindringen konnten.

Auch der Zug zum Individualismus, der jetzt so stark herausgestellt wird, geht im Grunde auf die partizipatorische Revolution der 60er und 70er Jahre zurück. Dies wurde zunächst, sicherlich zu Recht, durchaus positiv gesehen. Die Vorbehalte, die nun dagegen geäußert werden, halte ich indes für Stationen in einem Reifeprozess der öffentlichen Diskussion.

Damit werden aber die Probleme, um die es schon damals ging, nicht weniger wichtig. Denn es bleibt außerordentlich schwierig, politische Systeme zu führen, wenn das Verlangen nach Emanzipation wächst und gleichzeitig jene Werte zunehmend erodieren, die aus früherer Zeit tradiert wurden und - etwa als religiöse - andere Grundüberzeugungen in der Gesellschaft betreffen.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen. Wenn Herr Göhner vom "Egotrip" der Gesellschaft spricht, dann ist dies im Grunde genommen das Ergebnis von Emanzipationen, die die meisten von uns - aus guten Gründen - befürwortet haben, weil sie für eine moderne Gesellschaft unverzichtbar sind. Einer der Leitbegriffe für das Verhalten, was dabei angestrebt wurde, ist der "mündige Bürger", ebenfalls eine altehrwürdige Figur. Nur ist dieser mündige Bürger natürlich nie das Idealprodukt gewesen, das die Bundeszentrale für politische Bildung propagiert hat. Das war auch nicht zu erwarten. Der "mündige Bürger" kann eben auch derjenige sein, der nimmt, was er kriegen kann. Der Weg von der gesellschaftlichen Selbstbestimmung, die diesen mündigen Bürger auszeichnet, bis zum Egoismus kann - mit anderen Worten - relativ kurz sein. Insofern ist dieser Begriff durchaus ambivalent, und diese Ambivalenz sollte man nicht übersehen.

Ich würde aber sehr davor warnen, der Gesellschaft den Egotrip sozusagen um die Ohren zu schlagen und dabei zu vernachlässigen, wie viel Positives diese Art von Emanzipation, beispielsweise in der großen Anzahl von Bürgerinitiativen, geleistet hat. Ein Phänomen wie die Lichterketten wäre jedenfalls vor zwanzig Jahren so nicht denkbar gewesen. Auch das hat etwas mit dem mündigen Bürger zu tun. Aber zugleich besteht die Befreiung von Autoritäten auch darin, daß es als Kavaliersdelikt gilt, seine Steuern zu hinterziehen - in Maßen natürlich! - und sein Kapital nach Luxemburg zu verbringen, um die Zinssteuer zu sparen. Emanzipationen lassen sich also nicht auf die positiven Wirkungen im politischen Betrieb begrenzen, sondern man muß stets beide Seiten sehen.

Dies gilt nun für die demokratischen Mechanismen insgesamt. Es kann ja mitunter der Eindruck entstehen, die demokratische Praxis selbst sei die Destruktion des demokratischen Systems, der demokratischen Ordnung. Die Verlagerung von Machtzentren beispielsweise, also die Tatsache, daß Entscheidungen nicht mehr dort gefällt werden, wo sie eigentlich hingehören -jedenfalls nach dem alten demokratischen Katechismus;- , ist eine Erscheinung, die ebenso zwangsläufig ist, wie sie das demokratische System deformiert. Man muß dies zunächst einfach akzeptieren. Es gibt jedenfalls dafür- oder dagegen - keine "Lösung". Vor allem gibt es nicht die Vision eines intakten politischen Mechanismus, der das alles wieder ins Lot bringt.

Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß sich der politische Prozess in Massendemokratien, in säkularisierten Staaten, in komplexen Gesellschaften grundlegend verändert hat. Da hilft uns der alte Katechismus, nach dem wir alle demokratisches Verhalten gelernt haben - und der in gewisser Weise noch gültig ist - nicht mehr viel weiter. Probleme wie das Entstehen von Grauzonen, die Verlagerung von Machtzentren, die Aufhebung der Gewaltenteilung durch die gewaltübergreifende Rolle, die den Parteien heute zukommt, das alles ist nicht so leicht rückgängig zu machen, um dann die ehemalige -ja auch nicht heile - Demokratiewelt wiederherzustellen.

In diesen Entwicklungen und Spannungen sehe ich das eigentliche Wesen von heutiger Demokratie. Meine These ist, daß Demokratie genau mit den Spannungen umgehen und sie aushaken muß, die zwischen den Grundsätzen der demokratischen Verfassung und der politischen Praxis bestehen. Dafür sind dann in der Tat Institutionen und Prozeduren äußerst wichtig. Und wenn hier gefragt wird: Was hält uns zusammen?, so lautet die Antwort: Es ist eben das Beharren auf bestimmten Institutionen, das Einhalten von Prozeduren und nicht zuletzt die Achtung vor einem bestimmten Kanon von Grundwerten.

Lassen Sie mich einen Punkt hinzufügen, der mir in dieser Diskussion ganz und gar unverständlich erscheint. Frau Vollmer spricht von tödlicher Langeweile bei uns, und

Politikverdrossenheit ist längst zur stehenden Redewendung geraten. Mein Gott, wann hat es je spannendere Zeiten in der Politik bei uns gegeben als heute - mit Ausnahme vielleicht der unmittelbaren Nachkriegszeit! Das alles klingt fast wie jener raunende, nostalgische Anfang, mit dem Novalis das Programm-Buch der Romantik über "Die Christenheit oder Europa" begann: "Es war eine schöne Zeit."

Es ist schon merkwürdig: Was soll denn am Ost-West-Dualismus, der uns zwar Stabilität gegeben hat, aber das Leben von Abermillionen Menschen und den anderen Teil unseres Vaterlandes ruiniert hat, der Europa jahrzehntlang an der Grenze des Krieges gehalten hat, was soll daran denn nun so bewahrenswert und anerkennenswert gewesen sein? Dies ist wirklich die reinste Metternich-Philosophie.

Stürmer

Bequemlichkeit.

Rudolph

So viel Neugründung, so viel Neuanfang, in dem Sinne, wie Herr Hennis Hannah Arendt zitierte, haben wir in Deutschland allenfalls in der unmittelbaren Nachkriegszeit erlebt. Es gibt fünf neue Bundesländer, die es vor zwei Jahren noch nicht gab und die jetzt versuchen, sich neu zu formieren. Dies alles ist doch von hohem Interesse und muß auf jeden, der mit Politik zu tun hat, eine große Faszination ausüben. Wie sich dort Landtage und Regierungen bilden; wie Kreisreformen gemacht werden und Landräte entstehen. Das alles ist ein ungeheuer spannender Prozeß.

Natürlich ist Politik, wenn sie so wie in diesen Wochen in Zusammenhang mit dem Plan eines Solidarpakts betrieben wird, mühsam und vielleicht auch lähmend. Aber das ist die Lähmung vor einer riesenhaften Aufgabe, der man sich nicht recht gewachsen fühlt. Daß dabei auch Fehler gemacht werden, wen darf es verwundern. Worauf es jetzt ankommt, ist, diese Lähmung zu überwinden.

Zweifellos sieht das alles sehr chaotisch aus, Frau Vollmer. Aber was ist Politik anderes, als dem jeweils drohenden Chaos so zu begegnen, daß dennoch vernünftig und verantwortlich gehandelt werden kann? Die Herausforderung ist zweifellos größer geworden; aber darin kann ich keinen Nachteil sehen.

Vollmer

Ich meine nicht nur die Politik. Wo sehen Sie etwa in den Medien, daß jene großen Chancen von Spannung und Aufbruch wahrgenommen werden? Die Medien sind doch angeblich der Spiegel der Wirklichkeit.

Rudolph

Die Frage nach den Medien macht mich immer ein bißchen ratlos. Vielleicht sollte erst einmal gesagt werden, wer damit gemeint ist. Es gibt an die dreißig Fernsehsender in dieser Stadt ...

Vollmer

Ich denke jetzt einmal an die Presse, die Sie hier doch mit vertreten.

Rudolph

Wir geben uns jedenfalls Mühe, das Geschehen so zu vermitteln, wie dies unserer Wahrnehmung entspricht.

Bei dem Medium Fernsehen bleibt uns Zeitungsjournalisten häufig auch nichts anderes übrig, als die Hände zu ringen, etwa wenn es um das Thema Gewaltdarstellungen geht. Ich kann dazu wenig sagen; mein Metier ist das nicht. Daß die ganze Unterhaltungsindustrie eine erhebliche Wirkung auf die Mentalität der Leute ausübt, die sich das anhören und ansehen, will ich nicht bestreiten. Aber das kann man kaum "der" Presse anlasten.

Hirsch

Ich stimme Ihnen zu, Herr Rudolph: Politik ist in der Tat überhaupt nicht langweilig. Ich finde, daß wir für unsere eher bescheidene Gage dem Publikum eine Menge Unterhaltung bieten, wenn auch nicht allen das Stück gefällt, das aufgeführt wird.

Zur Rolle der Medien. Entgegen manchem, was hier gesagt wurde, finde ich die Geschmacklosigkeiten, die man geboten bekommt und die ein Spiegel unserer eigenen Lüste sind, nicht so wichtig, daß ich dafür irgendeine Art von Zensur in Kauf nehmen würde. Was mich wundert, ist allerdings, daß die Presse selber den Presserat ziemlich wirkungslos sein läßt, obwohl die Kritik allen seit langem bekannt ist. Da könnte sie selber weit mehr tun.

Was mich weit mehr beunruhigt, ist die wachsende Tendenz bei Journalisten, nicht nur über Politik zu berichten, sondern auch Politik zu machen. Man trifft sich etwa in bestimmten Gremien mit bekannter politischer Ausrichtung, lanciert dort Nachrichten, spricht Tendenzen ab, die eine gewisse politische Wirkung erwarten lassen. Und je verunsicherter ein Politiker ist, desto eher wird er dem Drang der Medien, selber politische Macht auszuüben, erliegen.

Wenn Herr Lépenles in seinem Referat das Ende der Aufklärung andeutet, dann sehe ich das ganz anders. Denn die Grundmaxime der Aufklärung: "Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen", gilt um so mehr, je schwieriger die Lage ist. Es bedeutet keineswegs, daß man dabei auf, wie Dahrendorf sagen würde, Ligaturen verzichten müßte. Aber die Errichtung von neuen Tabus im Sinne von Denkverboten wären das Ende eines pluralistischen Staates.

Ich habe auch ein ungutes Gefühl, wenn verlangt wird, die Politik solle Moral repräsentieren. Das ist ja nicht völlig falsch. Nur, wer das sagt, muß zugleich die Grenzen definieren. Denn eine moralisch aufgeladene Politik wird prinzipiell zum Machtkompromiß unfähig. Es wäre schlimm, wenn die Regierung sozusagen zum obersten Moralhalter würde. Die Folge wäre dann etwa, daß die Opposition nicht nur politisch falsch läge, sondern obendrein noch als unmoralisch zu gelten hätte. Das fände ich höchst gefährlich.

Ich bin durchaus einverstanden, daß Politiker eine gewisse Vorbildfunktion haben sollten. Aber das Verhältnis von Politik und Moral muß klar definiert werden, sonst gerät die Liberalität unseres Staates ins Wanken.

Ein Wort zur Verfassungsreform. Die eigentlichen Veränderungen unserer Verfassung haben außerhalb von Verfassungskommissionen stattgefunden. Es ist bemerkenswert, daß wir beim 40. Jahrestag des Grundgesetzes weit mehr über Verfassungsprobleme diskutiert haben, als dazu nach der Wiedervereinigung eine Bereitschaft besteht. Grundrechtskatalog, Staatszielbestimmung, Elemente der direkten Demokratie, das sind in der Tat wichtige Fragen. Ich bin aber unsicher, ob jetzt der richtige Zeitpunkt wäre, über solche Themen wie politische Zielveränderungen zu entscheiden angesichts der Tatsache, daß wir uns in einer Zeit totaler Umbrüche befinden. Insofern habe ich auch ein gewisses Verständnis für die konservative Seite, die irgendwelche Veränderungen des Grundgesetzes zum gegenwärtigen Zeitpunkt kategorisch ablehnt.

Natürlich wünschte ich mir durchaus einige Veränderungen, insbesondere an den sozialen Staatszielbestimmungen - das wird manchen überraschen, wenn ich das sage. Aber es wäre vernünftig, unsere sozialen Staatsziele etwa in Einklang mit der Sozialcharta der Vereinten Nationen zu bringen.

Was ich aber für weit problematischer halte, ist das völlige Ausbleiben einer Parlamentsreform. Parlament und Parteien haben in zunehmendem Maße hierarchische Strukturen entwickelt, denen sich die Abgeordneten anpassen müssen, wenn sie nicht ihre berufliche und politische Karriere in Frage stellen wollen. Diese Hierarchien machen es einzelnen Abgeordneten wirklich schwer, so etwas wie eine politische Individualität auszuprägen und auch einmal abweichende Positionen außerhalb der Fraktionsmeinung zu vertreten. Wenn man den Abgeordneten vorhält, sie seien alles graue Mäuse, dann ist dies im wesentlichen die Folge der bestehenden parlamentarischen Strukturen. Auf den einzelnen wird ein erheblicher Druck ausgeübt - "Schulterschuß", "Handlungsfähigkeit beweisen" und wie die Formeln alle heißen.

Auf diese Weise wird der Nation aber ein zentraler Raum der politischen Diskussion genommen. Es muß bedenklich stimmen, daß die politischen Diskussionen auf den Kirchentagen zum Teil weit grundsätzlicher und bedeutender waren als in den Parlamenten oder auf Parteitagen, wo zumeist nur Bekenntnisse abgeliefert werden, die gewissermaßen als Eintrittskarte für die politische Karriere gelten. Solange wir nicht an eine grundlegende Parlamentsreform herangehen, wird sich auch das Ansehen der Politiker in der Öffentlichkeit nicht wesentlich ändern.

Was mich an der Diskussion hier außerdem irritiert, ist die Verengung des Politikerbegriffs auf Mitglieder von Parteien, Parlamenten oder Regierungen. Dabei wissen wir alle, daß politischer Einfluß und politische Macht teilweise sehr viel intensiver von anderen ausgeübt wird, beispielsweise von Unternehmern, Verbandsvertretern, auch von Wissenschaftlern oder von Beamten, nicht nur von politischen Beamten. All diese Gruppen schieben jedoch ihre Verantwortung auf die Politiker ab und

sind nicht bereit, die politischen Implikationen ihrer Entscheidungen selbst zu vertreten und zu verantworten.

Was hält diese liberale Demokratie zusammen? fragt der Bundespräsident. Darauf kann es, so meine ich, keine einfache, eindeutige Antwort geben. Da halte ich es mit dem alten Staatsrechtler Rudolf Smend, der den Staat als integrativen Prozeß verstanden und facettenreich beschrieben hat. Was einen Staat zusammenhält, sind Dinge wie Verfassungskonsens, Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Staates, Vertrauen in die Ordnungsmäßigkeit der Machtausübung - was übrigens durch bestimmte Mechanismen paraverfassungsmäßiger Machtausübung, wie etwa Elefantenrunden, die die Entscheidungen der Fraktionen präjudizieren, lädiert wird. Weiter gehören dazu: Vertrauen in die handelnden Personen, die Bereitschaft der Politik, ihre Entscheidungsgründe plausibel zu erklären - wozu sie der Hilfe der Medien bedürfte. Nicht zuletzt gehört dazu die Bereitschaft, sich mit den tatsächlichen Problemen ernsthaft zu befassen.

Herr von Weizsäcker hatte in seinem Buchinterview von einer Art Pakt gesprochen: Wohlstandsversprechen gegen Machtausübung. Darin sehe auch ich eine der Ursachen für den Rückzug ins Private. Die Leute haben gewissermaßen die Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung an die Politik abgetreten - die Wohlstandsentwicklung hat ihnen darin ja auch recht gegeben - und kümmern sich nurmehr um ihre privaten Geschichten. Das war eine verständliche Reaktion. Jetzt, wo dieser Pakt so nicht mehr stimmt, wenden sich die Menschen aber der Politik nicht wieder zu, um sich für Veränderungen zu engagieren. Das muß uns in der Tat beunruhigen.

Ich bin im übrigen der Meinung, daß wir uns zukünftig weniger mit Wohlstandsproblemen als vielmehr mit den unvermittelt aufgebrochenen sozialen Problemen beschäftigen müssen. Das gilt vor allem für die neuen Bundesländer, wo weitgehend die Orientierung fehlt und die Spuren von vierzig Jahren eines ganz anderen Lebenszuschnittes auch in den Verhaltensweisen der Menschen sichtbar werden.

Ein letzter Punkt: Das, was junge Menschen heute besonders umtreibt, ist die Frage, in welchem Zustand wir unsere Welt der nächsten Generation hinterlassen. Für die Probleme, die sich da auftun, haben wir nicht einmal im Ansatz Lösungsvorstellungen. Ich denke nur an das wachsende Ungleichgewicht zwischen den Staaten der Dritten Welt und den nördlichen Industriestaaten. Jeder von uns weiß, würden wir unsere Industrie- und Konsumsysteme auf die Dritte Welt übertragen, wäre eine ökologische Katastrophe die unausweichliche Folge. Wir bieten aber auch keine anderen Technologien an, die diesen Völkern eine gewisse Wohlstandsentwicklung erlauben würden ohne diese katastrophalen Folgen. Wir entwickeln im Grunde nur Abwehrmechanismen, aber keine Problemlösungen für eine Entwicklung, die sich von Jahr zu Jahr verschärft. Wenn meine Kinder mich fragen: Wie sieht die Welt eigentlich aus, wenn wir dereinst die Geschicke lenken sollen, dann weiß ich darauf keine rechte Antwort. Das macht mich selber unzufrieden und unruhig.

Schmidt

Ich stimme Antje Vollmer einerseits durchaus zu, daß wir in chaotischen Zeiten mit apokalyptischen Zügen leben, andererseits habe ich aber mit dieser Sicht der Dinge auch meine Schwierigkeiten. Wenn ich mich hier am Tisch so umschaue, wie wir alle wohlgenährt und gut situiert sind und dies wohl auch für gut zwei Drittel unserer Bevölkerung zutrifft, dann fällt es schwer, den Menschen in unserem Lande klarzumachen, daß sie in derart katastrophalen Zeiten leben. Für die Welt aufs Ganze gesehen, trifft dies aber zweifellos zu.

Natürlich müssen wir uns über das Rettende unterhalten. Aber wenn das Rettende zum Überfordernden wird, dient es nicht der Orientierung, sondern vergrößert eher das Chaos. Ich würde es jedenfalls für eine Überforderung der Politik halten - der deutschen zumal;- , wollten wir den Versuch unternehmen, die allgemeinen Menschheitsprobleme zu lösen, so als müßte von unserem Land allein das Rettende ausgehen. Dies würde uns total überfordern, und die Folgen wären Resignation und Untätigkeit, weil das gar nicht zu leisten ist. Da würde ich es mit Herrn Remmers halten, wenn er von den Politikern verlangt, klar zu sagen, was Politik alles nicht leisten kann. Das wäre ein Ansatz für Orientierung.

So ist beispielsweise in allen Parteien bei der Frage der Änderung des Asylrechts immer wieder die Rede davon, wir müßten die Fluchtursachen in den betreffenden Ländern beseitigen - die letzte Bundestagsdebatte ist ein gutes Beispiel dafür. In allen möglichen Anträgen finde ich dergleichen Forderungen. Ich kann das schon nicht mehr hören. Denn die entscheidende Frage ist doch: Wie soll das eigentlich bewerkstelligt werden, und welche Konsequenzen hätte das für uns? Wenn man da einmal nachhakt, stellt man fest: Natürlich soll das alles für uns folgenlos bleiben. Es ist aber nicht denkbar, die Fluchtursachen beseitigen zu wollen, ohne daß dies erhebliche Konsequenzen für uns haben müßte. Deshalb taugen all diese hehren Formulierungen allenfalls für Sonntagsreden.

Ich möchte hier jedoch nicht falsch verstanden werden: Natürlich muß es möglich sein, derartige Ziele zu formulieren. Dann müssen wir aber auch bereit sein, unseren konkreten Beitrag zu definieren, den wir leisten können und wollen. Wir können nicht immer nur entweder alles tun wollen - oder gar nichts. Entweder sämtliche Fluchtursachen dieser Welt beseitigen oder gar nichts tun. Wir bringen ja nicht einmal den Anteil in der Entwicklungshilfe auf, zu dem wir uns verpflichtet haben.

Das heißt, zur Orientierung gehört, unseren eigenen Beitrag jeweils konkret zu bestimmen. Dazu bedürfte es dann auch einer wesentlich engeren Zusammenarbeit zwischen Politikern, Wissenschaftlern, denen, die in der Wirtschaft tätig sind, und meinetwegen auch den für philosophische und andere Fragen Zuständigen. Dafür müßte es einen organisierten Dialog geben - nicht nur in den Bergedorfer Gesprächen. Denn gegenwärtig arbeiten wir alle nebeneinander her und wissen viel zu wenig, weil wir das überhaupt nicht mehr auf die Reihe kriegen. Wenn die staunende Bevölkerung erleben würde, wie wir hier miteinander diskutieren, würde sie das überhaupt nicht für möglich halten. Wo können wir uns denn sonst auf einen solchen Dialog einlassen und auf die Argumente des anderen eingehen, ungeachtet der jeweiligen Parteizugehörigkeit?

Wir sollten also auf der Basis unserer Verfassung festlegen, welche Ziele wir in dieser Zeit unglaublicher Veränderungen für unser Land, für Europa und in der Welt eigentlich erreichen wollen.

In dem Zusammenhang, Herr Grimm: Wenn Sie den Parteien vorwerfen, bei jeder Neufassung von Grundgesetzartikeln die Formulierungen unsäglich in die Länge zu ziehen - beispielsweise beim Artikel 16 a;-, dann liegt das nicht nur am Mißtrauen der Parteien gegeneinander, möglichst alles so wasserdicht zu machen, daß für die Politik kaum noch irgendein Spielraum bleibt, sondern auch das Bundesverfassungsgericht selbst hat daran seinen gebührenden Anteil. Der klare Satz "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht", hätte überhaupt nicht geändert werden müssen - dazu stehen nämlich alle politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland;-, wenn nicht das Bundesverfassungsgericht diese Aussage in soundso vielen Einzelentscheidungen ständig interpretiert hätte. Das ist auch ein wesentlicher Grund dafür, daß einfache Gesetze heute nicht mehr ausreichen, um das zu tun, was an sich vernünftig wäre. Sie sollten also die Verantwortung nicht allein der Politik zuschieben. Ganz so blöd sind auch die Politiker nicht.

Herrn Hirsch gebe ich uneingeschränkt recht, was er zur Demokratie- und Parlamentsreform sagt. Was wäre eigentlich so schrecklich an der Vorstellung, die Regierung würde im Parlament mit ihrer Meinung einmal keine Mehrheit finden? Ich denke dabei gar nicht an Haushaltsfragen oder an Grundsätze der Außen- und Verteidigungspolitik, sondern an weniger aufregende Dinge. Der Gedanke allein, es könne im Parlament hin und wieder wechselnde Mehrheiten geben, ist für uns Deutsche anscheinend unvorstellbar, als würde das den Weltuntergang bedeuten. Ich meine, so etwas würde dem Parlament ausgesprochen guttun, es erwachsen und demokratischer werden lassen. Das würde auch zu größerer Offenheit führen und die Diskussion transparenter machen.

Es muß doch möglich sein, daß jemand wie ich sich im Parlament Positionen annähert, wie sie Herr Göhner hier vertreten hat, ohne dafür in meiner Partei gescholten zu werden. Natürlich wäre es an der Zeit, auch im sozialen Bereich nicht mehr alles das abzusichern, was man vor 30 Jahren selbstverständlich absichern mußte.

Wir beklagen ständig, die Politik habe zu viele Dinge an sich gezogen, mische sich in alles Mögliche ein und entmündige den Bürger. Aber zur Emanzipation des einzelnen, zum mündigen Bürger, gehört dann eben auch, daß er bereit ist, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. So etwas wage ich in meiner Partei immer noch kaum offen auszusprechen. Diese Offenheit müßte aber möglich sein, und zwar in allen Parteien.

Es soll ja sogar den einen oder anderen Liberalen geben, Herr Hirsch, der meint, die Marktwirtschaft brauche an bestimmten Stellen ein paar Korrekturen, wo andere Ordnungsprinzipien gelten müßten. Aber derartige Dinge kann in Ihrer Partei kaum jemand offen sagen. Ich glaube, dafür haben die Menschen "draußen in unserem Lande" immer weniger Verständnis. Das macht zweifellos einen Teil der Politikverdrossenheit aus.

Ich bin nicht der Meinung von Herrn Langer, daß die Parteien die Krankheit sind. Aber den Parteien kommt kein Alleinvertretungsanspruch in der Demokratie zu. Deshalb müssen wir uns im politischen Raum öffnen, um auch andere stärker am politischen Dialog zu beteiligen.

Natürlich brauchen wir exemplarisches Handeln der Eliten, Herr Lepenies. Dankenswerterweise haben Sie dafür die Mehrzahl gewählt und nicht allein auf die politische Elite abgestellt. Wenn man in dieser Hinsicht etwas erreichen will, müssen Leute aus den verschiedensten Bereichen zusammenwirken.

Auf die Frage von Herrn von Weizsäcker: Was hält uns eigentlich zusammen? haben mehrere hier eine Antwort zu geben versucht. So ganz befriedigt hat mich das alles nicht, weil dabei immer die Emotionen zu kurz kommen. Was uns zusammenhält, muß die Menschen nicht nur im Kopf, sondern auch im Herzen berühren. Es mag ungeheuer naiv klingen, wenn ich jetzt einfach sage: Was uns zusammenhält ist die Liebe zu unserem Land.

Sie mögen das für pathetisch halten; aber die Menschen, die hier leben, mögen dieses Land, so unvollkommen es auch sein mag. Ich meine, das muß man auch zugeben dürfen, ohne dafür belächelt zu werden. Und eben weil ich glaube, daß die meisten Menschen dieses Land lieben, sehe ich auch die Möglichkeit, den Menschen begreiflich zu machen, daß ihr Land sie jetzt braucht. Daß sie diesen Staat nicht nur als Dienstleistungsbetrieb wahrnehmen sollten, sondern selber ihre Dienste anbieten. Es wäre unsere Aufgabe - die Aufgabe der Eliten, wenn Sie so wollen;- , dieses deutlich zu sagen und vorzuleben.

Herles

Was lieben denn die Menschen an diesem Land?

Schmidt

Seine Sprache, seine Kultur, seine Menschen, die Art hier zu leben und vieles andere mehr. Vielleicht sogar die unterschiedlichen Gerüche -was weiß denn ich; vielleicht die Hügel in Franken oder die Ebenen in Hamburg. Und auch Sie leben offenbar gern in diesem Land; denn sonst würden Sie woanders hingehen. Sie hätten die Möglichkeit. Sie fühlen sich mitverantwortlich für dieses Land; denn Liebe hat immer auch etwas mit Verantwortung zu tun. Und wenn Sie es nicht zugeben mögen, dann lassen Sie es halt.

Herles

Es stimmt, Frau Schmidt, ich bin weder stolz auf mein Land, noch liebe ich es. Dennoch bin ich nicht unglücklich, hier zu leben. Ich engagiere mich auch, sonst säße ich zum Beispiel nicht hier. Ich meine aber, mein Verhältnis zu diesem Land leitet sich aus meinen Interessen ab. Vielleicht löst diese Feststellung bei Herrn Fest erneut Widerspruch aus, obwohl wir möglicherweise gar nicht so weit auseinander sind.

Es ist die Verfassung, also die Ordnung dieses Staates, die mir letztlich die Möglichkeiten und vor allem - das betone ich ausdrücklich - die Freiheit gibt, mich zu verwirklichen, meiner Familie Sicherheit gewährt und dergleichen mehr. Aber es ist reiner Zufall, daß ich Deutscher bin. Meine Eltern stammen aus der Tschechoslowakei; ich könnte also genausogut Österreicher oder Tscheche sein. Und die Tatsache, daß ich einen deutschen Paß habe, gibt mir nicht Liebe und Stolz, sondern ist etwas rein Pragmatisches.

Ich bin, wie gesagt, nicht unglücklich hier. Wenn Sie mich aber fragten, ob ich mir vorstellen könne, ein Däne, Luxemburger, Holländer, Österreicher oder Schweizer zu sein, dann würde ich antworten: Das wäre ich im Grunde noch lieber. Dann würde ich nämlich in einem Land leben, daß mir als Individuum nähersteht.

Vollmer

Ich gehe da ja mit, wenn Renate Schmidt von Liebe zu diesem Land spricht. Aber die Reaktion von Herrn Herles kommt nicht von ungefähr. Im Grunde kann man nur das wirklich lieben, aus dem man auch noch etwas machen kann, das einer Kreativität abfordert. Ich kann dieses Land nur lieben, wenn ich erkennen kann, wofür es mich braucht, welche Aufgabe es für mich hat. Ich muß etwas dazu beitragen können.

Vielleicht ist es schwer zu verstehen, was es bedeutet, wenn sich jemand in diesem Land vierzig Jahre lang ungeheuer politisch engagiert und immer nur zu einer Minderheit zählt und als eine Art Korrektiv wahrgenommen wird, dessen man sich nach Belieben und Bedarf bedienen kann, sozusagen als politische Animierfunktion. Das geschieht in diesem Land sehr häufig.

Was ich bei den Amerikanern so faszinierend finde, ist, daß die Notwendigkeit zur Erneuerung gewissermaßen in der Verfassung verankert ist, daß alle immer wieder von neuem die Chance erhalten, ihr Land, das sie lieben, neu zu entwerfen, beziehungsweise daran mitzuwirken.

Bei uns dagegen gibt es nicht einen einzigen Ansatzpunkt, wo die Bevölkerung das Gefühl haben könnte: Es hängt auch von uns ab, wie es in diesem Lande weitergehen soll. Wenn man wenigstens

den Bundespräsidenten direkt wählen könnte, und es wirklich offen wäre, wer dabei herauskommt! Dann könnte zumindest ansatzweise so etwas wie Stolz entstehen, daß man etwas mitbewirkt hat.

Wenn man aber nie die geringste Chance hat, mitzutun, entsteht ein unheimlicher Überdruß. Vielleicht ist das der Unterschied zwischen jenen politischen Eliten, die Einfluß und Macht haben und etwas bewirken können, und jenen anderen, die das nie erfahren.

Herr Fest braucht keine Vision. Er hat dafür die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Grimm

Einen Satz zur Rechtsprechung des Verfassungsgerichts, Frau Schmidt: Diese läßt sich von außen nur durch Verfassungsänderungen korrigieren. Deshalb ist es durchaus legitim, daß die Politik, wenn ihr die Verfassungsrechtsprechung nicht behagt, die Verfassung ändert. Aber das kann sie nur auf eine Weise tun, die der Verfassung gemäß ist.

Remmers

Herr Herles hat hier die eigenen Interessen hoch gehalten und meint offenbar, wenn alle sich nur selbst verwirklichen, dann würde das schon laufen. Da würde ich es eher mit Frau Schmidt halten: Was wollen wir uns denn selber zumuten? Was müssen wir auch ertragen? habe ich vorhin gefragt. Denn die Summe der Einzelinteressen macht nicht schon das Gemeinwohl aus. Das Gemeinsame, das uns als Volk zusammenhält und auch Ergebnisse zeitigt, die alle in etwa zufriedenstellen, ist mehr als die Addition der Einzelinteressen.

Deshalb frage ich mich, um es einmal ein wenig christlich zu formulieren: Wenn hier vom exemplarischen Handeln die Rede ist und Herr Lepenies einen "Sprechenden Pour le Mérite" der Eliten fordert, muß es dann nicht wieder dahinkommen, daß dieses "einer trage des anderen Last" in einem gewissen Maße Gültigkeit erlangt? Von dem polnischen Philosophen Leszek Kolakowski stammt der Satz: "Wir wünschen Freiheit von Pflichten und völlige Befriedigung, und die Sache der Gesellschaft ist es, uns beides zu verschaffen. Die Gesellschaft ist aber leider identisch mit allen anderen Menschen, und wenn jeder von uns von allen anderen verlangt, daß sie ihn von allen Pflichten befreien, alle Pflichten auf sich nehmen, erreicht natürlich niemand das Ziel, und alle sind frustriert."

Also noch einmal die Frage: Was wollen wir uns denn gegenseitig an Belastungen zumuten? Dann reicht es sicher nicht aus, wenn wir uns alle so für uns hin verwirklichen, nicht nach rechts und nach links gucken, aber alles Mögliche verlangen - das gilt für den einzelnen Bürger genauso wie für ein einzelnes Land, etwa gegenüber den anderen europäischen Ländern und darüber hinaus.

Vielleicht darf ich da noch einmal Kolakowski zitieren, der 1980 in einem Gespräch mit Siegfried Lenz und Manes Sperber gesagt hat: "Wir sind gezwungen, Begrenzungen anzunehmen und anzuerkennen, ob wir es wollen oder nicht, auch wenn wir darüber in Verzweiflung geraten oder darunter leiden, was für viele natürlich möglich ist. Das Schlimme ist nur, daß kein Politiker das zu sagen wagt, weder in demokratischen Ländern noch in despotischen. Und keiner wagt es, seinen Wählern zu sagen: Ihr habt genug, ihr müßt mit dem, was ihr habt, zufrieden sein oder wenn nötig, auch mit weniger. Und ihr werdet nicht daran sterben. Kein Politiker darf das sagen. Jeder muß weiter versprechen oder sagen wir besser, weiter lügen: ihr werdet mehr und mehr haben, und ihr werdet mehr und mehr verdienen."

Wie stellen wir uns zu einer solchen Aussage? Wie weit können wir uns über dieses "Einer trage des anderen Last" verständigen?

Den Parteien müssen Grenzen gesetzt werden, hieß es. Sicher richtig. Aber ich warne davor zu glauben, mit der Bürgerdemokratie würde dann alles besser laufen, wenn die Bürger überall mitreden dürfen. Als Umweltminister von Niedersachsen habe ich damit durchaus schlechte Erfahrungen gemacht. Der Egoismus der mündigen Bürger richtete sich da beispielsweise auch gegen unbedingt notwendige Entsorgungseinrichtungen, und man berief sich dabei auf die Demokratie, indem man mir vorhielt, ich sei undemokratisch, wenn ich trotzdem den Bau veranlasse.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an die verstrahlte Molke, die nach Tschernobyl zwischen Töpfer, Wallmann und anderen dauernd hin- und hergeschoben wurde. Ich habe damals veranlaßt, daß die Molke, die inzwischen psychologisch hochgehandelt wurde, in meinem Wahlkreis in dem stillgelegten Versuchskernkraftwerk Lingen entsorgt wurde, nachdem ich mich zuvor kundig gemacht hatte, daß das völlig unschädlich für Mensch und Umwelt durchgeführt werden konnte. Sie können sich vorstellen, was dagegen alles unternommen wurde. Eine Unterschriftenaktion brachte 56 Prozent der

Wahlberechtigten meines Wahlkreises gegen mich - und anderthalb Jahre später hatte ich bei der Landtagswahl wieder 64 Prozent der abgegebenen Stimmen für mich.

Was ich damit sagen will, ist, daß wir Politiker nicht dauernd nach der Mehrheit schielen dürfen, sondern auch für eine Meinung kämpfen müssen, die wir für richtig halten, selbst wenn die Mehrheit im Augenblick dagegen ist.

Herles

Ich gerate so allmählich in den Geruch des Amoralischen. Individualismus, wie ich es verstehe, bedeutet wederprivatistisch, noch bedeutet es wertelos oder unmoralisch. Ich halte jedenfalls den guten alten kategorischen Imperativ immer noch für den Gipfel des Individualismus. Natürlich enden meine Interessen nicht an meinem Gartenzaun, sondern mir ist beispielsweise erheblich daran gelegen, daß meine Kinder in einer lebenswerten Umwelt groß werden können. Und für meine Kinder ist es wichtig, daß es eine Pflegeversicherung gibt, wenn ich eines Tages zum Pflegefall werden sollte und ihnen nicht zur Last fallen will.

Meine These ist gerade: Alle wesentlichen gemeinsamen Interessen lassen sich auf Einzelinteressen zurückführen. Ich glaube auch, daß es den Menschen leichter fällt zu teilen, sich zu engagieren und mitzuwirken, wenn sie sich nicht irgendwelchen abstrakten Prinzipien unterwerfen sollen, wie das die Kirche früher verlangt hat, sondern wenn sie wissen und nachvollziehen können, daß es ihre ureigensten Interessen betrifft, wenn sie sich engagieren.

Schröder

Um zunächst auf Herrn Thierse zurückzukommen: Ich zähle mich zwar nicht unbedingt zu den Siegern, aber zumindest zu den Einigungsgewinnern. Wir sind von einem sinkenden Staatsschiff zwar nicht unbedingt in einem sicheren Hafen gelandet, aber wenigstens auf ein funktionsfähiges Schiff umgestiegen, wenn sich dessen Führung und Mannschaft auch permanent über den Kurs streiten. Die Schwierigkeiten der DDR-Zeit tausche ich jedenfalls recht gern gegen die neuen Schwierigkeiten ein, obwohl ich zugeben muß: die neuen sind anstrengender; auf die alten war ich besser eintrainiert. So etwa würde ich die Wende für mich beschreiben.

Ich will noch etwas dazu sagen, wie sich mein Verhältnis zu diesem Land darstellt. Herr Herles sagt, er könne sich vorstellen, auch in Dänemark oder in der Tschechoslowakei zu leben. Der Unterschied ist nur, daß Sie dort eben nicht leben. Und wenn Sie sagen, es sei reiner Zufall, daß Sie Deutscher sind, dann frage ich Sie: Was ist denn in Ihrer Existenz notwendig? Genauso gut könnten Sie sich vorstellen, gar nicht zu existieren. Ich empfinde es schon merkwürdig, daß man ein Faktum als Teil der Wirklichkeit einfach so in Frage stellt, indem man sagt: Es hätte auch anders sein können.

Für mich ist die Tatsache, daß ich Deutscher bin, immer wichtiger gewesen als die Tatsache, daß ich DDR-Bürger war. Schon deshalb, weil mein Vater in Hamburg geboren wurde und wir die meisten Verwandten im Westen hatten. Das sind natürlich auch alles Zufälligkeiten. Aber daß ich als DDR-Bürger das hochtrabende Gefühl entwickeln sollte, dem fortschrittlichsten Staat der deutschen Geschichte anzugehören, ging mir doch gehörig gegen den Strich. Dann ist es mir sehr viel lieber, daß ich einer bestimmten Gegend Europas angehöre, deren Sprache ich spreche und der ich mich eben enger verbunden fühle als dem Rest der Welt. Dies alles empfinde ich als ganz unpräzise Selbstverständlichkeit.

Statt Liebe zum Vaterland würde ich eher Vertrautheit mit meinem Lande sagen, was vielleicht gefühlsneutraler ist und mich davor bewahrt, irgendein Gefühlsdefizit bei mir zu beklagen.

Was die Verständigungsprobleme im vereinten Deutschland betrifft, könnte man einige Erschwernisse benennen. Die Übererwartungen an die Politik hat Herr Remmers erwähnt. Man könnte fragen: Welcher Narr hat euch versprochen, glücklich zu werden! Politik darf nicht zur Ersatzreligion werden. Auch da hat Herr Remmers recht. Es geht in der Politik letztlich darum, Gefahren zu erkennen und abzuwenden.

Vom mündigen Bürger ist die Rede, wenn es um die öffentliche Urteilsbildung geht. Was soll das für ein Wesen sein? Selbstverständlich kein selbstloses, vielmehr jemand, der seine Interessen unter Berücksichtigung vereinbarter Regeln verfolgt. Herr Lepenies betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Formen.

Hier kommen dann auch die Medien ins Spiel. Bei der Art von Kommunikation, wie sie sich durch Medien vermittelt, habe ich mitunter den Eindruck, es handele sich um die permanente Weigerung,

erwachsen beziehungsweise mündig zu werden - sozusagen die Verwandlung des alten Menschheitstraumes von der ewigen Jugend in ein Menschenrecht auf ewige Pubertät.

Eine Reihe von merkwürdigen Absurditäten zeigt sich da: Etwa Authentizität durch öffentliche Zurschaustellung oder Veröffentlichung des Privaten. Völlig absurd. Entlarvung als Normalrhetorik. Ebenfalls absurd. Das gleiche gilt für die Vorstellung, mein

Gefühl sei das Wirklichste der Wirklichkeit. Die Gefühle sind doch gerade das Unbeständigste. Auf das, was zwischen Menschen vereinbart wird, kann ich mich im Zweifel eher verlassen als auf mein Gefühl, das mich dabei begleitet. Insofern ist das Vereinbarte sozusagen wirklicher als das Gefühl. Toleranz verstanden als Forderung: finde mich gut, so wie ich bin - natürlich auch absurd. Meine Antipathien lassen sich nicht kommandieren; aber ich kann sie zurückhalten. Argumentative Verständigung in einem kleinen überschaubaren Bereich ist natürlich ein Gewinn und nicht ein Entfremdungsphänomen. Und so etwas wie Minimalkonsens ist nicht bedauernswert, sondern erfreulich.

Dies alles, meine ich, gehört zu den Regeln einer Kommunikation zwischen mündigen Bürgern, die selbstverständlich auch Egoisten sind und sein dürfen, deren Egoismen von ihnen aber weitsichtig verfolgt werden, weil sie sich an bestimmte Regeln halten, die zumindest einen Minimalkonsens ausmachen müssen. Da wird man auch Inhalt und Form nicht mehr so recht unterscheiden können. Vielmehr entsteht dadurch ein gewisser Konsens, wie wir miteinander umgehen wollen. Und das ist dann nicht nur etwas Formales, sondern durchaus Inhaltliches, wenn auch nicht so tiefgehend oder umfassend wie, sagen wir, die Wurzeln der abendländischen Tradition, von denen schon die Rede war.

Aber eine Grundregel von Kommunikation könnte ganz einfach lauten: Wenn Du mich anschreist, schreie ich Dich auch an. Also schreien wir uns besser beide nicht an. Das Fernsehen verletzt diese Spielregeln ganz bewußt und präsentiert andere Formen von Kommunikation, weil das Publikum es offenbar lieber hat, wenn es fetzt. Das ist aber ein ungutes Kontrastprogramm zu den positiven Erfahrungen, die ich selber immer wieder mache mit gelungener Kommunikation auch zwischen Ost und West.

Kühnhardt

Frau Vollmer sprach vom "Generationenkrieg" zwischen Establishment und nachwachsender Generation. Letztere ist für Sie offensichtlich vor allem die 68er-Generation, wie Sie das etwa im Hinblick auf Clinton ausgeführt haben. Vielleicht steht uns aber in Deutschland der eigentliche Generationenkrieg noch in ganz anderer Weise bevor, als der zwischen den Achtundsechzigern und der nächstfolgenden Generation.

Könnte es nicht sein, daß die Orientierungsunsicherheit in der heutigen jungen Generation in Westdeutschland auch daher rührt, daß sie Kinder beziehungsweise Schüler von Eltern und Lehrern sind, die von "68" her geprägt wurden? Die Radikalen, die heute auf die Straße gehen, wurden Anfang der siebziger Jahre geboren. Verstärkt wird dieser Generationenkonflikt jetzt noch durch eine junge ostdeutsche Generation, die von einem autoritär diktatorischen System geprägt wurde und einen erheblichen Nachholbedarf an Selbstverwirklichung hat. Daraus entsteht eine eigentümliche Mischung von Frustration, Orientierungsunsicherheit und Anfälligkeit für Radikalität und auch Gewalt.

Mit anderen Worten: Der nächste Generationenkonflikt, der sich schon in diversen unschönen Facetten abzeichnet, bereitet mir sehr viel mehr Sorgen als der vergangene.

Vollmer

Halten Sie es nicht für eigenartig, daß ausgerechnet die Generation, die nie an die Macht gekommen ist, an allem schuld sein soll? Ich finde es psychologisch hochinteressant, was Sie da zusammenreimen.

Kühnhardt

Ich verbinde damit keinerlei Schuldzuweisungen, sondern will nur rechtzeitig auf ein zunehmendes Problem aufmerksam machen. Herr Rudolph hatja ebenfalls bestimmte Folgen jener partizipatorischen Entwicklung nach "68" und gewisse negative Konsequenzen, die daraus entstanden sind, angedeutet. Vielleicht gelingt es uns, aus diesen Erfahrungen rechtzeitig einige positive Schlußfolgerungen, etwa für unser Bildungssystem, zu ziehen.

Eines der verhängnisvollsten Versäumnisse des westgeprägten Einigungsprozesses sehe ich darin, daß man der ehemaligen DDR das westdeutsche Bildungs- und Hochschulsystem ohne weiteres übergestülpt hat. Dabei waren wir im Westen kurz davor, unser Hochschulsystem aufgrund der Defizite, die allenthalben sichtbar geworden waren, grundlegend zu überprüfen. Mehr und mehr befaßte man sich mit angelsächsischen und auch französischen Vorbildern, eine Mischung von Breiten- und Elitenausbildung. Dann fiel die Mauer, und über Nacht wurde unser marodes westdeutsches Hochschulsystem den Ostdeutschen einfach aufgepfropft, so als sei dies nun der Weisheit letzter Schluß. Hier wäre eine gemeinsame Erneuerung der einzig sinnvolle Weg gewesen. Das könnte ein Thema für einen eigenen Bergedorfer Gesprächskreis sein.

Die Defizite an Orientierungsvermittlung in unserem Bildungssystem, insbesondere im Hochschulbereich, sehe ich zumindest für genauso gravierend an wie alles, was wir bisher über die Medien und über die Politik gesagt haben. Die Stärkung des persönlichen Verantwortungsgefühls, die Bereitschaft zur Übernahme von Gemeinschaftsaufgaben und dergleichen sind Anliegen, die in unserem Bildungssystem genausowenig eingelöst werden wie in anderen Institutionen unserer Gesellschaft.

Wie steht es um die Visionen, und was hält uns zusammen? Die Rede von der "inneren Einheit Deutschlands" klingt in meinen Ohren zu rational und auch zu politisch. Hinzu kommt, daß ein Zuviel an Einheit immer auch die Gefahr eines Zuwenig an Freiheit mit sich bringen kann. Das erklärt vielleicht mein Unbehagen, das ich mit Begriffen wie "Nation" oder "nationale Identität" habe. Da gefällt mir das amerikanische Wort vom "Gemeinsinn" sehr viel besser. Die Wiederentdeckung der Gemeinschaft steht in der Tat auf der Tagesordnung. Vielleicht wird diejenige politische Gruppierung die nächste Dekade bei uns entscheidend mitprägen, die als erste in der Lage ist, das auf deutsche Verhältnisse zu übersetzen, was Präsident Clinton mit "new covenant" meint. Das bedeutet nicht nur, einen finanziellen Solidarpakt zu schließen, sondern dazu beizutragen, daß durch Gemeinsinn ein neuer Sozialvertrag in unserer Gesellschaft entstehen kann, um das Bewährte durch Erneuerung zu bewahren.

Weiß

Zu wenig Zusammenhalt ist auch Ausdruck für fehlende Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Grimm

Wenn Sie auf so etwas wie Gemeinsinn in Amerika verweisen und uns dies als vorbildlich hinstellen, Herr Kühnhardt, dann muß man natürlich hinzufügen, daß hier die Sozialstaatsverpflichtung in unvergleichlich stärkerem Maße eingelöst ist als in den Vereinigten Staaten, gerade wenn Sie Clintons Forderung nach einem new covenant erwähnen.

Göhner

Das ist sehr staatlich gedacht.

Grimm

Sicher, es gibt in den USA mehr privates soziales Engagement als bei uns. Aber das reicht im Ergebnis an unsere Sozialstaatlichkeit bei weitem nicht heran.

Mit der Liebe zum eigenen Lande mag es jeder halten, wie er will. Zur Orientierung trägt das wenig bei. Denn die Liebe zum eigenen Lande verhindert nicht, daß es sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber gibt, wie man dieses Land gestaltet sehen möchte. Das wiederum führt zu Konflikten, die um so schärfer werden, je mehr die jeweiligen Positionen von Liebe motiviert sind.

Deswegen sind wir dann doch wieder an dem eigentlichen Punkt, um den unser Gespräch kreist, nämlich der Frage nach dem Verbindlichen, nach dem, was die unterschiedlichen Positionen und auch die unterschiedlichen Lieben oder die unterschiedlichen Vorstellungen von Moralität, wie Frau Vollmer vielleicht lieber sagt, tatsächlich verbindet, wie ein Grundkonsens aussehen könnte.

Nun ist unser System so eingerichtet, daß seine Funktionsfähigkeit nicht davon abhängt, daß seine Akteure und Mitglieder besonders selbstlos, opferfreudig oder heldenhaft sind. Das heißt nicht, daß Moralität verzichtbar wäre; aber sie wird zum Funktionieren des Systems nicht permanent gefordert. Das ist einer der größten Vorzüge und ein außerordentlich humaner Zug unseres Systems. Systeme, die ihre Ziele nur erreichen, wenn Akteure und Publikum ein hohes Maß an Moralität aufbringen, sind im Endeffekt erheblich weniger leistungsfähig und solidarisch, statt dessen aber ungleich anfälliger für Mißbrauch.

In dem Zusammenhang ein Wort zu den Medien, speziell zu den elektronischen Medien, also zum Fernsehen. Auch da ist wenig gewonnen, wenn die Moralität nur vom einzelnen abhängt und nicht auch strukturell im System verbürgt ist. Zu fordern, daß nur Leute in die Profession hineinkommen, die über hohe moralische Qualitäten verfügen, ist unrealistisch. Vielmehr muß das institutionelle Arrangement Immoralität möglichst verhindern.

Wie ist das zu erreichen? Eine Möglichkeit wäre, das Mediensystem so zu gestalten, daß ökonomische Imperative dort nicht wirksam werden können. Das galt im Grunde für das Monopol des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Daran hätte sicher einiges verbessert werden müssen, aber im großen und ganzen hat es recht gut funktioniert. Dieses System ist durch die Zulassung privater Fernsehveranstalter nicht nur partiell, sondern generell untergraben worden, weil der öffentlich-rechtliche Rundfunk nunmehr in einen Sog hineingerissen wird, dem er sich kaum widersetzen kann. Insofern ist auch die Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk, weil er sich den neuen Bedingungen anzupassen suche, etwas billig. Denn was bleibt ihm anderes übrig? Muß er doch mit den Einschaltquoten der privaten Sender konkurrieren, um nicht zu riskieren, daß eines Tages die Gebührenfinanzierung nicht mehr plausibel erscheint.

Die Folgen dieser Entwicklung sind nun in der Tat gravierend. Wenn nämlich das verbreitetste und suggestivste Medium kein realistisches Bild von der Welt mehr vermittelt, sondern von der Realität im Gegenteil ablenkt, dann sinkt auch die Fähigkeit einer Gesellschaft, mit den Anforderungen fertig zu werden, vor denen sie steht. Das ist im Augenblick die Situation.

Die andere Möglichkeit besteht darin, die Grenzen des Erlaubten genauer zu definieren. Das ist natürlich weit schwieriger, schon allein deswegen, weil bei der Definition dieser Grenzen des Erlaubten jene besonderen Einfluß nehmen, die an einer Entgrenzung interessiert sind. Denn darin bestehen ja gerade ihre ökonomischen Chancen, daß die Grenzen des Erlaubten möglichst ausgedehnt werden. Dennoch müssen wir nachdem die Sicherungen, die das alte Rundfunksystem enthielt, preisgegeben sind diesen Weg gehen, wobei es in erster Linie dem Gesetzgeber obliegt, entsprechende Gesetze über die Grenzen des Erlaubten im Fernsehen zu definieren und dann festzustellen, welche Resonanz er in der Bevölkerung dafür findet. Ich nehme an, daß sie gar nicht so gering ausfallen würde.

Engert

Zum Thema der Entgrenzung gehört sicher auch, daß daran nicht nur die Medien, sondern ebenso andere Interessengruppen, Parteien, Wirtschaft, beteiligt waren und noch beteiligt sind. Dieses Problem sollte also nicht auf die Medien verengt werden.

Remmers

Wäre es denn überhaupt möglich gewesen, Herr Grimm, die privaten Medien neben den öffentlich-rechtlichen nicht zuzulassen? Seinerzeit wurde doch immer so argumentiert, auch aufgrund der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts: Wenn zusätzliche Frequenzen zur Verfügung stehen, wird man nicht verhindern können, daß diese besetzt werden. Aber so viele öffentlich-rechtliche Sender, wie Frequenzen vorhanden sind, hätten wir gar nicht einrichten können. Das würde ich von dem Verfassungsrichter gern einmal genauer wissen, damit hier nicht der Eindruck entsteht, wir Politiker seien zu blöd gewesen und hätten die öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht hinreichend geschützt.

Stürmer

Wir haben inzwischen festgestellt, daß das deutsche Jammertal von relativer Art ist, und das ist auch gut so. Mich erinnert diese Debatte an eine Geschichte, die unlängst in der Financial Times stand: Auf der Strecke von Oxford nach London fährt ein IntercityZug immer langsamer und hält schließlich an. Stimme über den Lautsprecher: Ladies and Gentlemen, erst ist uns die eine Maschine ausgefallen und dann die andere. That's the bad news. The good news is: you are not sitting in a Boeing 737. Daran sollten wir uns halten, wenn wir über unsere Probleme debattieren, die ich damit aber nicht kleinreden will.

Was wir durchaus ernst nehmen müssen, ist, daß infolge der wirtschaftlichen Rezession und der anwachsenden innenpolitischen Probleme in allen westlichen Ländern, nicht nur in der Bundesrepublik, die Fähigkeit abnimmt, die chaotischen Entwicklungen, mit denen wir rings um uns und weltweit konfrontiert sind, noch einigermaßen zu steuern. Insofern teile ich die Befürchtungen von Frau Vollmer.

Wenn wir jetzt auf die innenpolitische Situation sehen, dann ist unbestreitbar, daß unsere Parteien in mehrfacher Hinsicht in ein Defizit geraten sind: Ihre Entscheidungsmacht hat sich stark reduziert; in Sachen Weltanschauung haben sie nichts Besonderes zu bieten, und wirtschaftlich zu verteilen gibt es auch nicht mehr viel.

Die Bundesrepublik hatte sich nach 1949 unter Abkehr von den furchterregenden Wahrheiten der jüngsten deutschen Vergangenheit voll und ganz einem Fortschrittsmodell verpflichtet, das vom wachsenden Wohlstand ständig angetrieben wurde. Es war ein fabelhafter Brennstoff, den das Bruttosozialprodukt lieferte. Verbunden mit dieser Wohlstandsorientierung war der Glaube an die unbegrenzte Machbarkeit der Dinge. Diese irdische Religion aber hat jetzt ihre Grenzen erreicht. Wir müssen immer mehr einsehen, daß wir, wie Herr Remmers sagte, die Unvollkommenheit der Welt nicht aufzuheben vermögen, daß es Probleme und Leiden gibt - im Weltmaßstab schon gar-, die wir nicht lösen, sondern nur ertragen können.

In dieser Hinsicht besteht übrigens eine seltsame Parallelität zwischen Ost und West. Im Osten war die Vorstellung, der Mensch sei Herr seines Schicksals, Staatsdoktrin. Aber auch bei uns galt - wenngleich sanfter und mehr inoffiziell - die Devise, daß der Mensch auf dem Wege sei, Herr seines Schicksals zu werden. Auf beiden Seiten sind wir mit dieser Omnipotenzanmaßung gescheitert, im Osten absolut, chez nous relativ.

Diese ernüchternde Erfahrung müßte die Grundlage für einen neuen Covenant werden, den wir dringend brauchen, nicht nur in der Bundesrepublik. Die Voraussetzungen dafür sind gar nicht so schlecht - wir sitzen eben glücklicherweise nicht in der Boeing 737.

Zu den Positiva gehört beispielsweise unser Parlament, wenn man es richtig zur Geltung brächte. Deshalb sind auch die Ausführungen von Herrn Hirsch zum Thema Parlamentsreform so wichtig und was Frau Schmidt zur Frage wechselnder Mehrheiten im Parlament gesagt hat. Es finden heute doch keine Religionskämpfe wie im 16. oder 17. Jahrhundert mehr statt, die jedweden Parteienwechsel unter das Verdikt des Hochverrats gestellt hätten.

Das Parlament verfügt noch immer über ein großes politisches Potential, wenn es gelänge, daraus wieder ein tatsächliches Forum der Nation zu machen, auf dem die großen Fragen der Zeit debattiert werden. Denken Sie an die großen Debatten zur Ostund zur Nachrüstungs politik. Das setzt aber voraus, daß man sich von dem Wust an Kleinkram befreit und wieder lernt, dem Volk aufs Maul zu schauen und deutsch zu sprechen - anstelle dieses hermetischen Jargons, der Langeweile und Unverständnis erzeugt.

Ich will auch sagen, daß ich den Segen plebiszitärer Momente nicht sehe. Frankreich hat uns gerade vorgeführt, wie schwierig es ist, über eine weitreichende, differenzierte Frage, nämlich Maastricht, ein Plebiszit abzuhalten. Mit solchen Öffnungen sollte man vorsichtig umgehen.

Zur Orientierung gehört auch, daß wir erneut ernsthaft über das Verhältnis von Arbeit und Freizeit nachdenken, ein altes Thema unserer abendländischen Kultur. Nicht nur Marx hatte gelehrt, sondern auch die katholische und die evangelische Soziallehre, daß sich der Mensch durch seine Arbeit bestimme - nicht durch das, was er in der Freizeit tut. Unangenehme, auch gesundheitsschädliche Arbeiten werden im Zuge des technischen Fortschritts mehr und mehr eliminiert. Aber in dieser Phase einer Orientierungskrise sind auch Arbeitgeber und Gewerkschaften gefragt, darüber nachzudenken, wie sich das Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit konstruktiver und kreativer gestalten läßt.

Des weiteren bin ich dafür, unser Verhältnis zu den Tugenden neu zu bestimmen. Das gilt auch für die sogenannten Sekundärtugenden, auf denen unsere Kultur und Zivilisation letztlich aufbauen. Dazu zählt etwa ein gewisses Distanzhalten. In diesem Land tritt man sich unentwegt zu nahe. In der jüngeren Generation wird sich unaufhörlich geduzt. Es fehlt das Gefühl für eine gewisse Zurückhaltung im Umgang miteinander so, als wären alle gemeinsam bei der Deutschen Arbeitsfront gewesen. Für mich trägt diese falsche Verbrüderung schon einen antizivilisatorischen Grundzug - anders als beim österreichischen Offizierskorps, das sogar seinen Kaiser duzte.

Ein letztes Wort zum Thema "Liebe zu unserem Land". Mir sagt diese emphatische Formulierung von Frau Schmidt sehr zu, bei aller Differenzierung, die da angebracht ist. Der Bundespräsident hat einmal gesagt: Wir haben es uns nicht ausgesucht, in diesem Land zu dieser Zeit geboren zu sein. Ich habe es mir zum Beispiel nicht ausgesucht, am Morgen des Tages von München 1938 geboren zu sein. Das wäre eine unkluge Entscheidung gewesen; statt dessen war es Schicksal.

Liebe zum Vaterland kann Gutes bewirken, wenn man weltoffen bleibt. Die Demokratie stellt Legitimität durch Verfahren her; sie ist emotional kalt. Sie wird nach Funktion und Nutzen mehr beurteilt als nach ihren fundamentalen Werten. Die Franzosen lieben nicht ihre Regierung und ihre

Politik, aber "la douce France". Und auch in England gibt es vor allem in Krisenzeiten einen tragfähigen Patriotismus. Es könnte sein, daß in den rauen Zeiten, die kommen, gewisse emotionale Stabilitäten gefragt sind.

Jedenfalls können wir Deutschen in einem Europa, das sich immer noch - und in den letzten Jahren verstärkt - als Europa der Nationen versteht, nicht amorphe Wesen sein, kalt und unidentifizierbar.

Rudolph

Ich muß Ihnen in einem Punkt doch entschieden widersprechen, Herr Stürmer, weil wir jetzt in der Gefahr sind, uns etwas in die Tasche zu lügen. Unser Parlament ist sicher besser als sein Ruf - ich lese die Parlamentsprotokolle in der Regel recht aufmerksam und kann das deshalb sagen. Aber daß dieses Parlament wieder zum großen Forum der Nation werden könnte, ist eine völlige Illusion. Dieser Anspruch ist der grundlegenden Veränderung zum Opfer gefallen, die die Politik generell betroffen hat. Die Rolle, jene großen Fragen der Nation zu formulieren und zu diskutieren, die dem Parlament einst zukommen mochte, teilt es inzwischen mit allen möglichen anderen Institutionen, nicht zuletzt mit Fernsehen und Presse.

Dem Parlament die alte Rolle der großen Arena für die öffentliche Debatte abzuverlangen, wäre zweifellos der falsche Ansatz. Hier muß die Politik ihre Grenzen erkennen, sonst erweckt sie jenen falschen Anschein, dessen Folgen wir zu Recht beklagen.

Stürmer

Ich bin da nicht Ihrer Meinung, Herr Rudolph. Wo denn sonst, wenn nicht im Parlament können die existentiellen Fragen und Herausforderungen, vor denen unser Land steht, überzeugender debattiert und Entscheidungswege gezeigt werden. Das ist durch nichts anderes zu ersetzen. Das können keine Fernseh-Talkshows und keine Leitartikel leisten.

Engert

Ich nehme Ihre Bemerkung auf, Herr Stürmer, der Mensch bestimme sich wesentlich durch seine Arbeit. Die Menschen in der ehemaligen DDR haben sich zweifellos gerade weil dies auch zum ideologischen Selbstverständnis des Staates gehörte - viel stärker durch die Arbeit definiert, als dies bei uns im Westen der Fall war. Es gab dort ja auch keine Arbeitslosigkeit - und wenn, wurde sie kaschiert. Die Menschen in Ostdeutschland werden durch die Arbeitslosigkeit, die sie als Problem gar nicht kannten, besonders hart getroffen. Ihr Selbstverständnis wird in Frage gestellt. Die Orientierungskrise wird dadurch potenziert.

Glees

Wenn ich die Frage: Was hält uns zusammen? einmal nicht nur aus deutscher Perspektive reflektiere, dann lautet meine Antwort: die gemeinsame politische Kultur, die wir im Westen ausgeprägt haben. Deshalb ist es so wichtig, daß wir dafür kämpfen, um sie uns zu erhalten. Es kann uns nicht gleichgültig lassen, wenn diese Kultur zerfällt. Die Probleme zeigen sich in allen westeuropäischen Ländern gleichermaßen, auch wenn die Ursachen jeweils unterschiedlich sein mögen und wir verschiedene Lösungswege angehen müssen.

So wie in diesem Kreis diskutiert wird, löst es bei mir doch einige Ängste aus. Kein Zweifel, die Demokratie ist immer in Gefahr, zersetzt zu werden. Ich meine aber, daß es in Deutschland schon fast so etwas wie eine Obsession gibt, die Erneuerung der Politik mit verfassungsrechtlichen statt parteipolitischen Mitteln betreiben zu wollen.

Ich würde beispielsweise die Einführung des Mehrheitswahlrechts in Deutschland befürworten. Diese Art von Koalitionspolitik, wie sie bei Ihnen betrieben wird, entmachtet im Grunde die Parteien. Mein Eindruck ist jedenfalls nicht, daß die politischen Parteien in Deutschland zu viel Macht haben; im Gegenteil, sie haben zu wenig Macht. Und wenn es besondere Probleme gibt - das zeigt sich etwa bei der Asyldebatte;- , dann sieht man im Ausland mit einigem Erstaunen, wie wenig die Parteien im Parlament damit fertig werden. In England hat man dafür wenig Verständnis. Es muß doch möglich sein, zwischen echten politischen Asylbewerbern und solchen Leuten, die aus rein wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, zu unterscheiden. Aber der deutsche Bundestag hat sich in dieser Frage völlig verheddert und kommt nicht zu einer Lösung.

Dann hören wir, daß man der Presse auf die Finger sehen müsse. Dieser Ruf erschallt immer, wenn die Politiker mit Problemen nicht zu Rande kommen. Lassen Sie die Hände von der Presse weg; die kann gar nicht frei genug sein! Nehmen Sie sich ein Beispiel an England. Dort heißt es jetzt, Rupert

Murdoch wolle das Haus Windsor kaputtmachen, und dafür manipulierte er die öffentliche Meinung. Genau das Umgekehrte ist jedoch geschehen: Das Haus Windsor hat die Presse jahrelang manipuliert. Drei Jahre lang hat man über diese privaten Dinge im Königlichen Hause nicht berichtet, weil man meinte, die Geschichten seien nicht wahr. Es waren der Prinz und die Prinzessin von Wales, die Geschichten über ihre Ehe in die Öffentlichkeit brachten. Sicher, die Presse hat viel Macht; doch das ist auch gut so.

Das Hauptproblem in Deutschland sehe ich in dieser Konsensbesessenheit, die vor allem auf den ständigen Zwang zu Koalitionsabsprachen zurückzuführen ist. Was man braucht, sind klare Entscheidungen, die die Wähler in die Lage versetzen, zwischen den Parteien wirklich wählen zu können. Das ist in den vergangenen vierzig Jahren in Deutschland nur selten der Fall gewesen.

Senghaas

Bei dieser Diskussion über politische Phänomene ist für mich immer interessant, wann das betreffende Thema sich schon zu einem früheren Zeitpunkt gestellt hat. Alles, worüber wir hier sprechen: Oligarchisierung der Parteien, Verstopfung der politischen Kanäle, Verlust an Realitätssinn, Selbstprivilegierung der politischen Klasse und so weiter ist Gegenstand der politischen Theorie seit den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts. Auf Robert Michels und Ostrogorski hat Herr Hennis hingewiesen. Man könnte auch Max Weber, Pareto oder Mosca erwähnen. Wir haben es also nicht mit einer prinzipiell neuen Erscheinung zu tun, die etwa ein Indiz für den allmählichen Verfall der bundesrepublikanischen Ordnung wäre.

Herr Rudolph hat zu Recht darauf hingewiesen, daß bestimmte Themen, die wir hier diskutieren, in einem gewissen zeitlichen Abstand immer wieder auftauchen. Das war beispielsweise 15 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik um 1964, vor der Großen Koalition und kurz danach, der Fall. Dann wieder nach 1979, als sich das sozial-liberale Projekt offenbar erschöpft hatte. Im Augenblick deutet alles daraufhin, daß nach 1994 wieder so ein Bruch- oder Wendepunkt sein wird, wo sich unser politisches System im Sinne der Selbstregeneration neuen Perspektiven öffnet. Das ist schon ein recht merkwürdiger 15-Jahres-Rhythmus: 1949 - 1964 - 1979 - 1994.

Herr Lepenies hat auf den Imperativ des exemplarischen Handelns hingewiesen, auf den es letztlich entscheidend ankomme. Ich würde das die Frage nach der politischen Führung nennen, über die wir bisher seltsamerweise gar nicht gesprochen haben. Wie ist aber politische Führung überhaupt noch möglich, wenn der Zustand der Parteien so schlecht ist, wie hier geschildert wird? Warum ist es beispielsweise so schwierig, angesichts der präzedenzlosen Situation, in der wir uns befinden, in Sachen Solidarpakt einen einigermaßen fairen historischen Kompromiß zustande zu bringen? Statt dessen erleben wir, wie von einem Tag zum anderen immer neue Vorschläge auf den Tisch kommen, ohne daß irgendwo eine parteiübergreifende Koalition im Parlament in Sicht ist. Ich glaube nicht, daß das seine Ursache in Politikverdrossenheit oder mangelndem Vertrauen in unser politisches System hat. Sondern was sich hier zeigt, ist Inkompetenz, was die politische Führung angeht.

Warum ist eine Debatte über deutsche Interessen so schwierig, die sich ja nicht auf das Thema Bundeswehreinsetze verengen darf. Wer ist in der Lage, die deutschen Interessen, etwa bezogen auf die EG, auf Osteuropa, auf Gesamteuropa und weltweit angemessen zu definieren? Auch hier zeigt sich ein Mangel an politischer Führung, nicht nur bezogen auf die einzelnen Parteien, sondern im Sinne von Staatsführung.

Herr Glee beantwortete die Frage Herrn von Weizsäcker: Was hält uns zusammen? mit dem Hinweis auf unsere gemeinsame westliche politische Kultur. Das heißt: Gewaltmonopol, Rechtsstaatlichkeit, politische Partizipation, effiziente Ökonomie, Sozialstaatlichkeit. Das ist die Orientierung. Mein Eindruck ist, daß diese Grundlagen politischer Kultur in unseren westeuropäischen Gesellschaften tatsächlich nicht in Frage gestellt sind. Was aber die Legitimation bedroht, ist die Tatsache, daß nirgendwo eine überzeugende politische Führung erkennbar ist. Und doch wäre exemplarisches Handeln, wie es Herr Lepenies fordert, dringend notwendig, um angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, einer durch und durch politisierten Gesellschaft Lösungsperspektiven aufzuzeigen.

Lepenies

Diese Frage läßt sich nicht auf das Problem der politischen Führung beschränken, Herr Senghaas. Ich sehe darin vielmehr ein generelles Führungsproblem in unserer Gesellschaft. Denn Alternativen zur politischen Führung stehen nirgendwo zur Verfügung. Es gibt die anderen Bühnen nicht, wie Gunter Hofmann geschrieben hat.

Schulze

Unsere Diskussion bewegt sich zwischen zwei Polen - Institutionen und Alltagsbewußtsein. Das Schwergewicht der Beiträge lag bisher auf den Institutionen, doch dürfen wir das Alltagsbewußtsein nicht ausklammern. Auch hier liegt eine Orientierungskrise vor. Ist die Überwindung der Orientierungskrise des Alltagsbewußtseins eine Aufgabe der Politik? Herr Lepenies sprach von einer "Politik der Mentalitäten", ein Wort, das mich zunächst erschreckt, weil es die Assoziation einer institutionellen Mentalitätssteuerung weckt. Zustimmung kann ich jedoch, wenn gemeint ist, die politische Artikulation von Mentalitätsgruppen zu ermutigen. Mentalitäten müssen wieder mehr mit Politik zu tun haben.

Damit tauchen aber moralische Fragen im Horizont des Alltagsbewußtseins auf- Fragen, von denen sich das Alltagsbewußtsein in den letzten Jahrzehnten wegbewegt hat. Es tendiert mehr und mehr zum Laisser-faire, zum Individualismus, zum Egotrip. Das Kollektiv dient nur noch als Musterkatalog für Schablonen der Subjektivität und als Adressat von Ansprüchen, kaum noch als Rahmen einer gemeinsamen Überlegung, was getan werden soll und welche Pflichten man gegenüber anderen hat.

Wir stehen einer widersprüchlichen Entwicklung gegenüber: Einerseits verstärkt sich die Tendenz zum Subjektivismus immer mehr; andererseits werden Fragen immer drängender, die über den subjektiven Horizont hinausgehen und eine moralische Positionsbestimmung verlangen. Daß wir verlernt haben, diesen Diskurs zu führen, hängt auch mit jenem Gefühl der Unsicherheit zusammen, auf das bereits Frau Vollmer hingewiesen hat. Vertraute Orientierungssysteme sind verlorengegangen, das Subjekt setzt sich selbst an ihrer Stelle ein. Doch ist es unendlich schwer, auf diese Weise Boden unter den Füßen zu bekommen.

Vor der Schwierigkeit moralischer Positionsbestimmung schrecken nicht nur viele Menschen im Alltagsleben unbewußt zurück, sondern auch die Verantwortlichen in den Institutionen - um zum zweiten Pol unserer Diskussion zurückzukehren. In den Parteien, im Parlament, in der Administration, im Justizsystem und anderen institutionellen Bereichen tritt die Frage nach den grundlegenden Zielen, die moralische Frage also, zurück hinter der Frage danach, mit welchen Mitteln man Ziele erreichen könnte, die man einfach als gegeben voraussetzt.

Bräunig

Was hält uns zusammen? Das ist in der Tat in besonderem Maße eine Frage der Werte, denen wir uns verpflichtet wissen. Wir müssen es deshalb unternehmen, die begrüßenswerte kulturelle Offenheit unserer Gesellschaft von einer Art multikultureller Undefinierbarkeit und Unverbindlichkeit abzugrenzen, in die sie abzugleiten droht, die aber mit unserer Verfassung nicht vereinbar wäre.

Der Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof hat in diesem Zusammenhang ein sehr eingehendes Bild gebraucht. Unsere Verfassung vergleicht er mit einem Baum, dessen unsichtbare Wurzeln die Wertvorstellungen des christlichen Abendlandes sind. Während der Stamm die unwandelbaren Prinzipien wie Demokratie und Rechtsstaat symbolisieren, die Äste die anpassungsfähigen Bestimmungen des Grundgesetzes, sind die Blätter, die in jedem Herbst fallen und im nächsten Frühjahr neu aufkeimen, Ausdruck der Offenheit und Veränderungsfähigkeit unserer Verfassung.

Zu Recht wurde die mangelnde Bereitschaft der Bürger beklagt, sich für die Gesellschaft zu engagieren. Diese Bereitschaft wird von der Presse zweifellos nicht gefordert. Ich denke zum Beispiel an die letzte SPIEGEL-Geschichte über die "verlotterte Republik". Warum sollen sich die Menschen eigentlich für etwas engagieren, das ihnen nur negativ dargestellt wird? Dies schreckt die Bürger jedenfalls mehr ab, als alle berechtigte Kritik am Verhalten der Parteien in der Verfassungsdiskussion, die hier geäußert wurde.

Ein Wort zum Thema Markt ohne Moral. Ich bin dazu anderer Auffassung. Die Marktwirtschaft ist in ihrem Regelwerk durchaus eine moralische Veranstaltung als Versuch, ethisch verantwortete Freiheit zu verwirklichen. Sie verlangt moralisches Verhalten von den Marktteilnehmern, und die sind allenfalls so fehlerbehaftet wie eben alle Menschen in dieser Gesellschaft.

Ein Gedanke, der Herrn Necker, dem Präsidenten des BDI, am Herzen gelegen hätte, ihn hier zu äußern: Was in der Politik zweifellos notwendig ist, ist eine stärkere Sachorientierung des politischen Verhaltens. Daraus ließe sich auch eine größere Verbindlichkeit ableiten und gesellschaftlich vermitteln. Eine derartige Orientierung an der Sache hat in der Nachkriegszeit nach seiner Überzeugung weit mehr im Vordergrund gestanden, als dies jetzt nach der Wende und der Wiedervereinigung der Fall ist.

Wie schaffen wir es, die notwendigen Verhaltensänderungen herbeizuführen? Dazu gehört sicher auch, die Medien in die öffentliche Kritik einzubeziehen, wie das hier mehrfach gefordert wurde. Es reicht nicht, von der Politik, der Wirtschaft und den anderen gesellschaftlichen Gruppierungen eine Änderung ihres Verhaltens zu verlangen, wenn die Medien als Adressat der kritischen Auseinandersetzung außen vor bleiben. Das Problem ist indes, wie dies zu bewerkstelligen ist, da die öffentliche Diskussion nun einmal im wesentlichen durch die Medien geführt wird.

Ein wichtiger Punkt für mehr Glaubwürdigkeit und Akzeptanz in der Bevölkerung ist zweifellos auch, die politischen Entscheidungen nicht endlos hinauszuziehen, sondern tatkräftig zu beschleunigen. Dafür ist die sogenannte Nachrüstungsdebatte in den Jahren 1982/83 ein treffendes Beispiel. Solange die Diskussion um dieses kontroverse Thema anhielt, hieß es, die Republik würde daran auseinanderbrechen. Als jedoch die Entscheidung endlich getroffen war, hatte dies keineswegs die befürchtete Konsequenz. Ähnlich würde es sich bei den Fragen verhalten, die jetzt die Gemüter bewegen: Asyl, Bundeswehreinräte und so weiter. Wenn erst einmal eine Entscheidung mehrheitlich gefällt ist, kann man damit rechnen, daß dies dann auch von der Bevölkerung mehrheitlich akzeptiert wird. Das gilt nicht nur für die Politik.

Der Eindruck der Entscheidungsunfähigkeit der Verantwortlichen ist ein ganz wesentlicher Grund für die bestehende politische Orientierungslosigkeit. Das ist auch weniger eine Frage fehlender Autorität - die wäre durchaus vorhanden;- , sondern die verschiedenen Verantwortungsträger lassen jene Durchsetzungskraft vermissen, ohne die Führung nicht glaubhaft ausgeübt werden kann.

Ein letztes Wort zur Politik der Mentalitäten im vereinigten Deutschland, die Herr Lepenies forderte. "Die Teilung durch Teilen überwinden"- diesen Satz von Lothar de Maizière nennt Herr Necker eine der verheerendsten Losungen, weil er das Problem der wirtschaftlichen Einheit auf eine Umverteilungsaufgabe verkürzt, die zudem noch vom Staat organisiert werden soll. Mit solchen Vorstellungen werden die notwendigen Verhaltensänderungen in ganz Deutschland behindert. Der Versuch, die sogenannte Gerechtigkeitslücke zu schließen, schafft keinen einzigen neuen Arbeitsplatz. Rentable Arbeitsplätze in den neuen Ländern sind aber nicht nur ökonomisch, sondern auch für die Mentalität und das Selbstbewußtsein der Menschen dort absolut vorrangig. Es wäre weit überzeugender, wenn auch nur annähernd so viel an politischer Phantasie für das Schließen der Investitionslücke aufgebracht würde.

Die ständige Suche nach Gerechtigkeit macht die Menschen nur unzufrieden. Selbst das gegenwärtige föderale Konsolidierungsprogramm stellt in diesem Sinne allenfalls eine politische Annäherung an die ökonomische Realität dar. "Optimismus statt Vorsorge" hat Wolfram Engels in der "Wirtschaftswoche" die Sache auf den Punkt gebracht. Dazu gehört auch eine Perspektive, wie es mit den West-Ost-Transferleistungen weitergehen soll. Anstieg ohne Ende kann wohl nicht die Devise sein. Die neuen Länder wirtschaftlich an die alten heranzuführen, darf nicht zur Konsequenz haben, daß ganz Deutschland - wirtschaftlich gesehen - von der ersten in die dritte oder vierte Liga absteigt.

Engert

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine Art Zwischenbilanz unserer bisherigen Diskussion ziehen. Wenn ich es richtig sehe, sind hier im wesentlichen zwei unterschiedliche Standpunkte deutlich geworden. Die eine Seite vertritt die Ansicht, mit dem Ende der bipolaren Welt habe sich in hochindustrialisierten Gesellschaften lediglich ein generelles Problem, das vorher schon existierte, verstärkt, und das in der Frage zusammenzufassen ist: Wie beeinflussen neue Bedingungen die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung? Ich nenne das den Standpunkt der relativen Normalität. Die andere Seite meint, wir erlebten einen fundamentalen Epocheneinschnitt, der unsere bisherigen Denk- und Handlungsgewohnheiten total in Frage stelle. Ich nenne das den Standpunkt der absoluten Novität.

Zu den Fragen, bei denen wir tiefer bohren sollten, gehören für mich vor allem: Wie ist es um das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation bestellt? Brauchen wir einen reflektierten Patriotismus, oder handelt es sich dabei nur um Ersatzbefriedigung - eine gefährliche noch dazu? Ist die Frage nach dem Deutschsein Ausdruck einer Orientierungskrise, oder kann man darin auch ein "Stück Normalität" sehen? Welche Antworten geben wir, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der besonderen deutschen Geschichte?

Herr Reiter hat uns Deutsche gemahnt, unsere Probleme nicht überzubewerten, nach dem Motto: Eure Sorgen möchte ich haben. Ist das, was wir gegenwärtig in Deutschland erleben, das Ergebnis eines Abschieds von einer Idylle, die wir über Jahrzehnte konserviert haben, von der wir auch nicht lassen wollen und die jetzt plötzlich wegbricht? Haben Deutschland West und unter anderen Vorzeichen auch Deutschland Ost in einer Art Biedermeier gelebt, das aufzugeben uns besonders

schwerfällt, und wir deshalb so aufgeregt reagieren? Wird hier wieder die gefährliche Neigung der Deutschen virulent, sich in Zeiten der Unsicherheit in einen Romantizismus zu flüchten und nach Gefäßen zu suchen, in die man seine Gefühle gießen kann? Diese historischen Komponenten dürfen wir nicht außer acht lassen.

Wir sollten auch nicht übersehen, daß in Deutschland durch die Vereinigung zwei ganz unterschiedliche Mentalitäten zusammengekommen sind, die sich in vierzigjähriger Trennung ausgeprägt hatten. Man könnte fast in Abwandlung des bekannten Wortes von Willy Brandt sagen: Hier kracht etwas aufeinander, das zusammengehört. Eine derartige Erfahrung machen weder die Polen noch die Ungarn oder die Tschechen. Welche Schlußfolgerungen ziehen wir daraus?

Wir müssen auch nach den außenpolitischen Implikationen der neuen Lage fragen, worauf Herr Stürmer hingewiesen hat. Wie gehen wir mit der größeren weltpolitischen Verantwortung um, die den Deutschen durch die Vereinigung zugewachsen ist? Jahrzehntelang konnten wir uns unter dem Schirm unserer Schutzmächte wohlfühlen und Verantwortung delegieren.

Ich möchte zunächst folgenden Vorschlag machen: Unsere bisherige Diskussion ist weitgehend eine West-Diskussion gewesen. Ich würde es für interessant und vor allem notwendig erachten, unsere Debatte von jemandem kommentiert zu bekommen, der eine ganz andere Sozialisation erfahren hat unter den Lebensbedingungen in Ostdeutschland. Darum habe ich Richard Schröder gebeten.

Schröder

Aufs Ganze würde ich erstens sagen: Die bisherige Debatte war kenntnisreich, aber ohne eigentliche Pointe. Gibt es überhaupt etwas, über das Ihr im Westen nicht verschiedener Meinung seid?

Zweitens: Das, was uns im Osten vor allem bedrückt, kommt hier gar nicht vor, nämlich die wirtschaftliche Misere und der problematische Umgang mit unserer Vergangenheit, also Stasi und Entsprechendes.

Drittens: Natürlich ist das, was wir erlebt haben und noch erleben, ein Epocheneinschnitt. Was denn sonst? Alles, was bisher für uns selbstverständlich war, hat sich aufgelöst. Das ist weiter östlich ebenso. Aber damit hat sich auch ganz Europa verwandelt.

Wir im Osten fragen uns sicher nicht, ob wir denn nun Deutsche seien und was das bedeutet, sondern wir jammern, schimpfen und sind manchmal auch zornig, weil wir meinen, unsere westlichen Brüder seien nicht brüderlich genug - wie berechtigt oder nicht das immer sein mag. Aber: Wie fühle ich mich als Deutscher? Diese Frage beschäftigt uns nicht.

Viertens: Gefährdung der Demokratie? Wie kommt Ihr eigentlich darauf? Wir ärgern uns zwar über die aktuelle Politik, die gemacht wird; aber an der Demokratie haben wir nichts auszusetzen. In unseren Kommunen erleben wir einen geradezu erstaunlichen Demokratielernprozeß. Die Schnelligkeit etwa, mit der man sich daran gewöhnt hat, nach Verfahrensregeln zu entscheiden, ist durchaus imponierend. Ich kenne jedenfalls keine ernst zu nehmende Stimme, die im Blick auf die Demokratie nach einer Systemalternative rief. Anders ist es mit der Marktwirtschaft. Da hört man schon: Der Kapitalismus hat bei uns alles niedergewalzt. Dagegen tun sich gewiß erhebliche Vorbehalte auf.

Fünftens: Orientierungskrise. Dazu würde man bei uns wahrscheinlich ganz andere Dinge hören. Zum Beispiel: "Die roten Socken' sitzen noch auf ihren Sesseln, während ich arbeitslos bin." Der das sagt, war natürlich auch in der FDJ, in der DSF, im FDGB und so weiter. Und was man auch oft zu hören bekommt: "Es war doch nicht alles schlecht in der DDR" - als Ausdruck eines verletzten Selbstwertgefühls.

Sechstens: Es besteht bei uns ein großes Interesse daran, genauer zu erfahren, was es denn mit Demokratie, Rechtsstaat und so weiter tatsächlich auf sich hat. Wie das alles funktioniert. Denn damit haben wir keine Erfahrung. Da besteht erheblicher Erläuterungsbedarf. In solchen Gesprächen erleben Sie sozusagen eine andere Temperatur; da ist man intensiver engagiert. Darauf geht man von westlicher Seite nur ungenügend ein.

Die Orientierungskrise, die bei uns stattfindet, wird nicht offen so genannt. Wer stellt sich auch hin und sagt: Ich finde mich in der Welt nicht mehr zurecht. Aber da wären intensive Gespräche über grundsätzliche Fragen angesagt. Doch der Einigungsprozeß, so wie er verläuft, läßt die meisten gar nicht erkennen, daß es da etwas zu leisten gibt. Die mentale Einigung, die Verständigung über die Grundgedanken von Demokratie, Marktwirtschaft oder Rechtsstaat unterbleibt weitgehend.

Natürlich sind die Leute vielfach mit ganz praktischen Fragen konfrontiert, etwa: An wen muß ich mich wenden, wenn ich vom Vorbesitzer meines Hauses einen Brief erhalte? Das sind völlig neue

Probleme, die die Existenz des einzelnen betreffen. Ich weiß auch, daß man daraus keine volkspädagogische Veranstaltung machen kann.

Aber wenn Sie nach der Kommentierung fragen, Herr Engert: Den meisten Menschen in Ostdeutschland würde es schon merkwürdig erscheinen, daß man sich hier über Themen wie Wahlrechtsänderung, Verfassungskommission und dergleichen unterhält, während es bei uns an Kenntnissen der elementarsten Mechanismen, etwa des Rechtsstaates und der Marktwirtschaft, fehlt.

Krackow

Darf ich Sie einladen - besonders nach dem, was Herr Schröder eben gesagt hat;- , mit mir einmal in die Niederungen einer Konzernführung zu steigen und den Versuch zu machen, das zu übersetzen oder umzusetzen, was wir hier erfahren haben. Wie würde eine solche Debatte auf die Vorstandskollegen, Führungskräfte, Betriebsräte und so weiter in Rostock wirken? Das, was Sie hier mit sehr viel Zurückhaltung formuliert haben, Herr Schröder, trifft hundertprozentig zu. Das habe ich während meiner Arbeit in zahllosen Gesprächen genauso erfahren. Sie hätten es auch sehr viel drastischer sagen können: So wie man seitens des Westens im Osten unseres Vaterlandes aufgetreten ist, wären in vielen Fällen Tropenhelm und Reitgerte die richtigen Accessoires gewesen.

Wie könnte man das, was wir hier gehört haben, etwa auf die Ebene der Unternehmensplanung übersetzen? Dabei schicke ich voraus: Das, was heute in Sachen Managementberatung für viel Geld allerorten angeboten wird, läßt sich bei Licht besehen auf drei Fragen des preußischen Generalstabs zurückführen. Erstens: Was ist, und was kann kommen? Zweitens: Wie stellen wir uns darauf ein? Und drittens: Wie führen wir das, was notwendig ist, durch? Alles andere, was sonst noch verkauft wird, ist Management-Chinesisch, überflüssiges Beiwerk und Rechtfertigung für irrwitzige Honorare.

Erstens also: Was ist, und was kann kommen? Dabei gebe ich Erfahrungen aus meiner zweijährigen Tätigkeit auf dem Rostocker Werft-Kombinat wieder, die ich gemeinsam mit meinen ostdeutschen Kollegen gemacht habe.

Da ist zunächst die bittere Erkenntnis, daß die Vereinigung im Westen nur zum Teil angenommen und mitvollzogen wird.

Zudem ist man sich weder im Osten noch im Westen allem Anschein nach darüber im klaren, unter welchem Zeitdruck wir stehen, um mit den Problemen fertig zu werden. Denn es kommen Anforderungen aus unserem außenpolitischen Umfeld auf uns zu, die uns enorme Belastungen bringen werden. Deutschland ist nicht nur ein wenig größer, sondern es ist ein großes Land geworden mit allen Konsequenzen, die sich daraus für uns ergeben.

Gemeinsam ist des weiteren die Erfahrung, daß es uns im Westen wie im Osten offensichtlich an Phantasie mangelt, erkennbare Zwänge zu definieren und zu beherrschen. Beide Seiten wissen nicht, was auf uns konkret zukommt und welche Schlüsse daraus abzuleiten sind.

Heiner Müller hat vor kurzem gesagt, der Westen glaube, ein Kaninchen verschluckt zu haben, werde aber bald merken, daß es ein Igel war. Es gibt sichere Anzeichen dafür ich habe sie selbst erfahren;- , daß es in Rostock diese Igel gab. Auch haben wir im Westen beispielsweise überhaupt noch nicht begriffen - was die wirtschaftliche Entwicklung angeht;- , daß die Situation nach 1989 in keiner Weise mit der Nachkriegszeit vergleichbar ist. Deshalb liegen alle Hinweise auf Ludwig Erhard und seine Wirtschaftspolitik völlig neben der Sache.

Zudem sollten wir uns auf beiden Seiten allmählich eingestehen, daß wir tatsächlich einen Realitätsschock erlitten haben. Den Menschen in Rostock habe ich auf ihre Frage, was sie denn nun von der neuen Freiheit zu erwarten hätten, ganz unmißverständlich gesagt, daß der Begriff Freiheit nie ohne den der Pflicht verwendet werden kann. Es gibt nicht nur Rechte, aber Rechte nie ohne Pflichten. Und im übrigen habe keiner ein Recht auf alle seine Rechte.

Ich will schließlich noch einen Gesichtspunkt hinzufügen, der mir für die Lagebeurteilung wichtig erscheint: Während der Westen gegenüber dem Osten zwischen flächendeckender Schuldzuweisung und Generalabsolution schwankt, reagiert man im Osten außerordentlich empfindlich, wenn man den Menschen dort das Beispiel Polen vorhält, wo man sehr viel früher aufbegehrt hat. Ich denke an Solidarnosc und Generalstreik unter Kriegsrecht. Ich kann diese Reaktion durchaus verstehen.

Die zweite Frage lautet: Wie stellen wir uns auf die Situation ein? Meine Erfahrung ist, daß wir gut daran tun, den Menschen in Ostdeutschland Vertrauen entgegenzubringen und die Arbeit, die sie leisten, anzuerkennen. Dieses Grundprinzip wird im Westen noch viel zu wenig verstanden. Dieser Vertrauensvorschuß wird in keiner Weise dadurch geschmälert, daß wir uns in einer Reihe von Fällen nach Ermittlungen der Gauck-Behörde und ähnlichen Erkenntnissen auch von Mitarbeitern und

Führungskräften wieder trennen mußten. Solche Dinge stellen eine Unternehmensführung natürlich vor außerordentliche Probleme, von denen man sich in Westdeutschland kaum eine Vorstellung macht.

Dennoch lohnt es sich in jedem Fall, auf Vertrauen zu setzen, was nichts mit Generalabsolution zu tun hat. Ich habe wenige Wochen vor Beendigung meiner Tätigkeit in Rostock noch einen hochgeschätzten Führungsmann, mit dem ich vertrauensvoll fast zwei Jahre lang zusammengearbeitet hatte, feuern müssen, als sich herausstellte, daß er einige Landsleute ins Gefängnis gebracht hatte.

Schließlich die dritte Frage: Wie führen wir das, was notwendig ist, durch? Dazu gehört sicher auch die Frage, die wir hier diskutieren: Was hält uns zusammen? Bei allem Respekt vor der bisherigen Diskussion: Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Abstand zwischen den Studierstuben und Büros in den obersten Etagen zu den Werkbänken sehr groß ist. Wie finden wir also zusammen und setzen unsere Erkenntnisse um?

Was mir wichtig erschiene, ist, daß man seitens der Unternehmen Politiker, Wissenschaftler, Publizisten einladen sollte, um mit Führungs- oder Mitarbeitergremien einen wirklichen Erfahrungsaustausch vorzunehmen. Denn die Führungskräfte, Betriebsräte, Belegschaften wissen so gut wie nichts über die Dinge, die in einem Kreis wie diesem diskutiert und vorgeschlagen werden. Da sollte man dann vielleicht etwas weniger Tocqueville und andere Größen der Geistesgeschichte zitieren, aber deutlich machen, welchen enormen Einflüssen wir sowohl im Innern als auch von außen heute ausgesetzt sind beziehungsweise, was auf uns zukommt.

Thierse

Ich nehme zunächst das Stichwort "Politik der Mentalitäten" auf, das an die letzten Beiträge recht gut anschließt. Was alles wird den Ostdeutschen in atemberaubend kurzer Zeit an Mentalitätsbrüchen und -Wandlungen abverlangt? Das reicht von den alltäglichen, fast gemütlichen Verhaltensweisen - wenn man nett ist, kann man von den Tugenden einer Mangelgesellschaft sprechen - bis hin zu den Alltagserfahrungen mit einer eher leisen Diktatur, wenn man den Vergleich zur lauten und brutalen Diktatur der Nazizeit nimmt. Bei uns waren ganz andere Verhaltensweisen oder Tugenden wichtig - ohne daß ich dies idyllisieren will;-; die mit Alltagssolidarität, mitmenschlicher Hilfsbereitschaft und ähnlichem zu tun hatten, um mit den oft quälenden Umständen des Alltags fertig zu werden.

Dazu könnte man viele Geschichten erzählen. Etwa: Wie organisiert man so etwas wie das ganz banale Einkaufen in einer Mangelgesellschaft? So zeichnete sich ein Arbeitskollektiv auch dadurch aus, daß einer den Einkauf für sich und die anderen während der Arbeitszeit durchzuführen hatte. Das war fester Bestandteil des beruflichen Alltags. Das ist so ein Beispiel für Alltagssolidarität.

Woran hat man sich gegenüber Menschen orientiert, die man nicht so genau kannte? Für mich war immer wichtig, relativ schnell herauszubringen, mit wem man einigermaßen offen reden konnte. Das mußte man beispielsweise an der Sprache des anderen feststellen. Das waren Dinge, auf die es bei uns ankam.

Jetzt werden ganz andere Qualitäten von den Menschen verlangt. In einer offenen Gesellschaft, in einer Konkurrenzgesellschaft muß man sich selber darstellen, durchsetzen, auch die Ellenbogen einsetzen lernen, und zwar möglichst rasch. Und wir stellen fest, daß das den Ostdeutschen unterschiedlich schnell gelingt. Manche haben sehr schnell "westdeutsch" gelernt; manche verhalten sich dabei sozusagen als Legastheniker. Meinhard Miegel hat es einmal sehr drastisch so ausgedrückt: Den Ostdeutschen wird jetzt abverlangt, daß sie innerhalb kürzester Frist in der Mehrung materiellen Reichtums den Sinn ihres Lebens sehen müssen.

Dies ist in einer Leistungsgesellschaft, die durch Konkurrenz geprägt ist, zweifellos außerordentlich wichtig. In der DDR war das eher unwichtig, weil der Mehrung materiellen Reichtums normalerweise enge Grenzen gesetzt waren. Es kann jedenfalls keine Frage sein - Richard Schröder hat das richtig beschrieben;-; daß diese grundlegende Veränderung unausweichlich starke Verunsicherung ausgelöst und zu seelischmoralischen ebenso wie weltanschaulichen Entwurzelungen geführt hat.

Die Radikalität dieses Umbruchs erklärt zu einem Teil auch die eruptiven Erscheinungsformen des Rechtsradikalismus in Ostdeutschland, der dort ja nicht quantitativ stärker ist als im Westen, aber spontaner, eruptiver, brutaler auftritt. Die Ostdeutschen sind in ihren Grundeinstellungen sicher nicht konservativer oder rechtsradikaler als die Westdeutschen. Aber die Entwurzelung, die gerade junge Leute bei uns viel direkter und unmittelbarer erfahren, erklärt einiges von ihren Reaktionen.

Man könnte hinzufügen: Wer heute 16 oder 18 Jahre alt ist, hat zweifellos nicht vergessen, daß sein Lehrer und seine Lehrerin ihm vor drei Jahren noch etwas ganz anderes beigebracht haben. Was das für die Wahrnehmung von Autorität bedeutet, wird man sich leicht vorstellen können. Ich merke es an meinen eigenen Kindern.

Meine Frage ist - und da bin ich ganz unsicher: Gibt es bei den Ostdeutschen, zumal bei den jüngeren Generationen, noch so etwas wie Mentalitätsbestände, die ja kollektiv und nicht nur individuell tradiert werden, an die man anknüpfen kann, um die Menschen in die Lage zu versetzen, mit dem Umbruch besser fertig zu werden und sich auf die neue Konkurrenzgesellschaft mit ihrer ganz anderen Art von Beziehungen einzustellen? Wie könnten solche Mentalitätsbestände aussehen?

Was in diesem Zusammenhang ganz unerlässlich ist: Die Ostdeutschen brauchen einfach Zeit, um noch einmal über sich und ihre Geschichte und über das, was ihre bisherige Identität ausgemacht hat, eingehend nachzudenken. Es geht nicht an, daß unser Leben total ins Zwielicht der Kollaboration getaucht ist, wie ich das formuliere. Dafür ist aber die Erkenntnis unverzichtbar, daß nicht alles, was ihre bisherige persönliche Biographie ausgemacht hat, falsch gewesen ist. Es ist wichtig, daß wir vieles in unsere Biographien mitnehmen können, weil nur dadurch überhaupt möglich wird, daß wir uns von anderen Dingen distanzieren. Man kann von Menschen nicht verlangen, daß sie sozusagen total ihre bisherige Biographie abschneiden.

Das setzt aber im deutsch-deutschen Verhältnis voraus, daß die Westdeutschen bereit sind, wirklich zuzuhören und darauf einzugehen und auf Überlegenheitsgebaren und Siegerposen zu vernichten. Da wird den Westdeutschen ebenfalls einiges abverlangt und das in einer Situation, in der sich auch in Westdeutschland manche Abwehrmechanismen gegen die neuen Realitäten eingestellt haben.

Herr Lepenies hat von exemplarischem Handeln gesprochen, und Dieter Senghaas hat gefragt, warum es uns nicht gelingt, bei wichtigen Grundfragen einen Konsens im Sinne eines historischen Kompromisses zu bilden. Seine Antwort war, es mangle an politischer Führung. Das mag so sein. Was mich aber weit mehr interessiert, ist: Warum gibt es keine politische Führung, die das zu leisten in der Lage ist?

Wir haben viel über die Folgen des Konkurrenzkampfes unter den Parteien gehört, über die latente Gefahr des Populismus, daß man also der Bevölkerung keine Wahrheiten zumutet, weil man fürchtet, anderenfalls nicht wiedergewählt zu werden. Das reicht mir aber als Erklärung alles nicht aus.

Die Neuartigkeit und Größe der Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, bewirkt auf der einen Seite - und das gilt mehr für den linken Teil des politischen Spektrums in der Bevölkerung; -, daß man eine Abwehrhaltung gegenüber der neuen Realität einnimmt. Man sieht den liberalen, zivilisatorischen Standard der Bundesrepublik Deutschland gefährdet; ein Rechtsruck drohe; man müsse den Anfängen wehren. Das scheint die grundlegende mentale Einstellung, die sehr verbreitet ist.

Das zeigt sich etwa in der Debatte um die Asylfrage, wo man das, was in 40 Jahren in der Bundesrepublik erreicht worden ist, plötzlich gefährdet sieht. Dagegen wehrt man sich, zum Teil mit brillanten intellektuellen Formulierungen. Kürzlich habe ich bei Jürgen Habermas gelesen, es gebe keine neuen Probleme; das seien vielmehr die alten.

In solchem Verhalten zeigt sich im übrigen auch eine Abwehr gegenüber der kruden Realität in Ostdeutschland. In einem Gesprächskreis von Ost- und Westberliner Intellektuellen, zu dem ich hier in Berlin einlade, gipfelte das einmal in dem Vorwurf eines Westlers: Ihr wollt uns ver-osten. Nun gut, es mag ja nicht ganz falsch sein, daß von uns auch solcherart "gefährliche" Wirkungen ausgehen.

Eine andere Reaktion ist zu meinen, man könne der neuen Realität mit den alten Instrumenten beikommen. Da heißt es dann etwa: Jetzt sei nicht die Zeit für Umverteilungen. Dergleichen Argumentation ist altvertraut. Dabei findet ununterbrochen Umverteilung statt. Das gilt auch für die Vorschläge zum sogenannten Solidarpakt; auch dabei geht es um Umverteilung. Ich will hier gar nicht parteipolitisch argumentieren. Aber das RWI hat errechnet, daß die durch die deutsche Einheit erfolgte Mehrbelastung bisher vor allem Arbeitnehmer und Angestellte betroffen hat. Während diese Gruppen 3,5 bis 4 Prozent an zusätzlicher Belastung ihres Bruttoeinkommens erfahren haben, liegen die Beamten nur bei 1,5 bis 2 Prozent. Wenn aber nichts mehr zu verteilen ist, haben Politiker dafür zu sorgen, daß das, was noch vorhanden ist, möglichst gerecht verteilt wird. Dann muß man von der bisherigen Tradition der Klientelpolitik Abschied nehmen. Es fällt den Parteien heute ohnehin immer schwerer, die eigene soziale Anhängerschaft auszumachen und durch entsprechende Zuwendungen bei der Stange zu halten.

Des weiteren wurde hier gesagt, wir müßten über Deutschlands neue Rolle in der Welt nachdenken, über die größere außenpolitische Verantwortung aufgrund unserer gewachsenen Größe und

Bedeutung. Letzteres ist für mich eine eher unwichtige Begründung. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß sich die Welt total verändert hat und deshalb von uns ganz andere Antworten erwartet werden. Das kann man nicht auf die militärische Komponente verkürzen und nur darüber nachdenken, wo Bundeswehreinmärsche stattfinden müssen. Daß das auch dazu gehört, bestreite ich gar nicht. Aber daß man es auf diesen Punkt verkürzt, ohne darüber eine grundsätzliche öffentliche Debatte zu führen, das ist es, was mich irritiert.

Wie soll die deutsche Bevölkerung den Einsatz deutscher Soldaten mittragen, wenn darüber wieder nur die Politiker entscheiden, ohne die Öffentlichkeit daran zu beteiligen? Dadurch werden dann wieder alle Vorurteile über die Politiker bestätigt. So hat man es auch mit dem Einigungsprozeß gemacht. Der Einigungsvertrag - ich wiederhole nur, was ich schon bei allen möglichen Gelegenheiten gesagt habe - ist zwischen anderthalb Regierungen ausgehandelt worden. Die Parlamente hatten daran kaum Anteil, und die Bevölkerung konnte sich dazu überhaupt nicht äußern.

Über die Grundfragen der Politik, die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, mit den entsprechenden wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen und auch den außenpolitischen Schlußfolgerungen muß endlich eine öffentliche Debatte stattfinden. Das darf den Politikern nicht überlassen bleiben, darüber allein zu entscheiden. In dieser öffentlichen Debatte hätten dann auch Ostdeutsche die Möglichkeit, sich einzubringen, was sonst kaum geschieht.

Engert

Als Sie den Einsatz der Bundeswehr ansprachen, Herr Thierse, fiel mir eine Äußerung des Generalinspektors der Bundeswehr ein, der mir kürzlich sagte: Wenn der erste Sarg mit einem deutschen Soldaten in der Bundesrepublik eintrifft, hoffe ich, nicht allein auf dem Flugplatz zu stehen.

Vollmer

Ich nehme zunächst das auf, was Herr Thierse in bezug auf die Mentalitäten angeführt hat. Ich sehe, vereinfacht gesagt, gegenwärtig drei sich überlagernde Mentalitäten. Da gibt es zum einen die kleine Gruppe der "Seher" oder "Propheten", wie ich sie einmal nennen will, die registrieren, daß wir uns tatsächlich in einem Epocheneinschnitt befinden. Da diese Leute dazu neigen, die Dinge zu dramatisieren, können sie auch irren; denn meist läuft alles normaler ab, als sie vorhersagen. Aber sie ahnen etwas, das eine wesentliche Veränderung unserer Lebensverhältnisse signalisiert.

Für breite Teile der Bevölkerung ist jedoch das vorherrschende Gefühl jene relative Normalität, wie Herr Engert es formulierte. Das ist gleichermaßen beruhigend wie beunruhigend. Beruhigend war es, wie die Bevölkerung letztlich auf die Wiedervereinigung reagierte, aber auch jetzt die Lichterketten auf die Straße gebracht hat. Bei allen Wandlungen in der Welt wird hier angezeigt, daß die Menschen größtenteils gelassen und selbstbewußt reagieren. Das empfinde ich als ein Stück verlässlicher ziviler Mentalität. Beruhigend ist natürlich, daß aus einer solchen Haltung auch Lethargie, ein Sich-abfinden und Sicheinrichten resultieren.

Drittens gibt es eine Mentalität - und die scheint mehr und mehr in den Eliten und Führungsschichten vorzuherrschen;- , deren Kennzeichen eine außergewöhnliche Verunsicherung ist. Einerseits ahnen diese Leute etwas von dem Epochenwechsel, andererseits nehmen sie die Dinge ähnlich wie der Großteil der Bevölkerung als weitgehend normal wahr. Zu dieser Normalität gehört eben auch, was Herr Reiter sagte: Irgendwie nolen die Deutschen immer herum, heute wie vor fünfzehn Jahren, so daß eigentlich alles noch in gewohnten Bahnen läuft. Auch die Medien beschäftigen sich mit Problemen von beeindruckender Normalität, mit Briefbögen-Skandalen und ähnlichem.

Die Führungsschichten - unabhängig von Partei und Profession - sind nun deshalb so sehr verunsichert, weil sie einerseits die großen neuen Herausforderungen und Aufgaben sehen und andererseits nicht wissen, wie sie eine Bevölkerung darauf einstellen sollen, die dazu neigt, alles eher als normal anzusehen, und die gar nicht wahrnimmt, in welcher dramatischen Situation wir uns befinden. Das heißt, auch wenn die Politiker das Gefühl der Normalität nur allzugerne teilen, kommen sie nicht umhin, sich einzugestehen, daß grundlegende politische Veränderungen unausweichlich sind, die Bevölkerung also beispielsweise zu größeren Opfern bereit sein müßte.

Diese Unsicherheit in den Führungsschichten halte ich für außerordentlich kritisch. Ich habe kürzlich in einem kleinen Kreis recht hochrangiger politischer Leute die Frage gestellt: Sind Sie eigentlich sicher, daß diese Republik hält? Das bezeichnende wie erschreckende Ergebnis war, daß etwa zwei Drittel der Anwesenden meinten, sie seien da durchaus unsicher. Wenn dies aber das Grundgefühl der politischen Führungsschicht dieses Landes ausmacht, kann man darauf keine zukunftsweisende Politik aufbauen.

Dann geschieht vielmehr das, was wir bei der Berliner Demonstration erlebt haben: Die ganze Führungsschicht dieses Landes ist tiefverunsichert, ob diese Republik mit dem Fremdenhaß fertig werden kann oder daran zerbricht. Da begegnet mir der Bundeskanzler und stößt erregt hervor: "Haben Sie die Geister gesehen, Frau Vollmer!" Das meine ich: In einer zugegebenermaßen unangenehmen Situation sieht man bestimmte Geister und denkt sofort: Mein Gott. Ich frage mich: Welche politischen Entscheidungen entstehen aus solchen Überreaktionen, weil man glaubt, daß die Republik nicht hält?

Wenn es sich aber so verhält, dann muß man sich in der Tat Sorgen um die Politikfähigkeit der politischen Führungsschicht dieses Landes machen und die Frage stellen, wie deren Selbstverständnis herzustellen ist, damit vernünftige politische Entscheidungen wieder möglich sind.

Auf die Frage des Bundespräsidenten: Was hält uns zusammen? will ich einmal einige mögliche Antworten zu geben versuchen.

Zum einen hilft uns eine weitere Nabelschau, auch über den Zustand der politischen Klasse, sicher nicht weiter. Weiterhelfen würde so etwas wie Liebe zu diesem Land, wie Frau Schmidt es ausgedrückt hat. Aber so etwas kann man nicht verordnen, sondern allenfalls stärken, indem man Menschen die Möglichkeit gibt, sich mit Aufgaben zu identifizieren, die dieses Land sich stellt. Daraus kann auch ein Gefühl von Stolz entstehen, wenn man sieht, daß dieses Land solche Dinge anpackt.

Aber nirgendwo findet eine Debatte darüber statt, welche Aufgaben sich dieses Land eigentlich stellen sollte. So war auch mein Vorschlag gemeint: Wenn die deutsche Regierung doch irgendwo ein Konzept für die UNO oder zum Aufbau der Volkswirtschaften in Osteuropa entwickeln würde. Oder wenn sie Denkanstöße gäbe, wie man in die Chaosentwicklungen pazifizierend eingreifen könnte.

Über solche Dinge müßte dann aber im Bundestag eine wirkliche Debatte stattfinden. Da reicht es nicht aus, wenn etwa Herr Genscher einen Vorschlag macht und sich Herr Kinkel oder die Opposition dazu äußern. Hier geht es nicht darum, daß sich einzelne Politiker oder andere bedeutende Leute mit irgendwelchen Überlegungen profilieren, sondern dafür bedarf es einer generellen politischen Diskussion, die auch nicht auf schnelle Lösungen aus ist, sondern übergreifende Konsensmöglichkeiten auslotet.

Worauf es aber vor allem ankommt, ist, daß man sich nicht gleich wieder gegenseitig zu Paaren treibt, weil man sich davon irgendwelche kurzfristigen Punktvorteile gegenüber dem politischen Gegner verspricht. Auf diese Weise findet überhaupt kein ernst zu nehmender politischer Diskurs statt, der unserem Land helfen würde, seine Rolle in der Welt zu bestimmen und die wirklich wichtigen Aufgaben zu definieren, die man sich vornehmen will. Die Wirkung dieser vordergründigen politischen Schlachten ist jedenfalls verheerend.

Im Zentrum der Innenpolitik müßte die Klärung der Identitätsfrage stehen und wie wir die Versöhnung zwischen Ost- und Westdeutschland hinbekommen. Ich hätte für den Aufbau Ost für ein eigenes Ministerium plädiert, weil sich damit die notwendigen Vorhaben besser fokussieren ließen. Zunächst müßte jedoch unmißverständlich deutlich gemacht werden, daß es nicht möglich ist - jedenfalls nicht in den nächsten zehn Jahren;- , im Osten gleiche Lebensverhältnisse wie im Westen herzustellen. Dem ist aber hinzuzufügen, daß der Westen weiterhin bereit sein muß jährlich an die zweihundert Milliarden D-Mark in den Osten Deutschlands zu transferieren.

Zugleich brauchen die Menschen in Ostdeutschland die feste Zusicherung, daß der Generalverdacht in bezug auf ihre Vergangenheit in der DDR in absehbarer Zeit aufgehoben wird. Das macht in der Tat eine der großen Unsicherheiten für die Menschen aus, die in der DDR so lange gelebt haben. An welchen Kriterien wird überhaupt gemessen, wer sich schuldig gemacht hat und wer nicht? Dieses "leben im Zwielficht der Kollaboration", wie Wolfgang Thierse es nennt, ist ein unerträglicher Zustand, wenn er über eine längere Zeit aufrechterhalten wird.

Deshalb muß irgendwann eine Art historischer Versöhnung stattfinden, und zwar spätestens bis zum Jahre 1995. Denn was bis dahin nicht aufgeklärt ist, wird man kaum mehr gut regeln können. Natürlich ist das auch ein willkürlicher Schnitt, zumal das Ganze sowieso nur exemplarisch vonstatten gehen kann. Von fünf Jahren haben auch die Bürgerrechtler immer gesprochen, daß man alten Führungskadern den Zugang zu bestimmten Positionen so lange verwehren sollte. Aber auch denen muß man irgendwann ein neues Angebot machen.

Bei der Identitätsfrage halte ich für wichtig, daß der Neubeginn auch in bestimmten Personen glaubhaft wird. Das meinte ich mit dem Beispiel Clinton in Amerika. Irgendwie müssen die Bürger eines Landes stolz auf die obersten Repräsentanten ihres Landes sein können. Vielleicht kann in

dieser Hinsicht die Aufwertung des Parlaments etwas bringen, die große Parlamentsdebatte, die Herr Stürmer fordert - wobei es sehr davon abhängt, was da dann diskutiert wird.

Ich finde auch den Gedanken von Herrn Lepenies mit dem "Sprechenden Pour le Mérite" sehr gut. In einer Situation, in der die Mentalitäten der Führungsschichten und der Bevölkerung so auseinanderklaffen, könnten Anstöße von außen hilfreich sein, weil sich die politische Klasse zunehmend als unfähig erweist, neue Vorschläge und Konzepte zu entwickeln, zumal jeder mutige Vorschlag der einen Seite sofort populistisch von der anderen Seite und von den Medien erschlagen wird. Im Grunde sind Gesprächskreise wie diese dafür wichtige Vorversuche.

Ich würde gern noch auf einen Vorschlag von mir zurückkommen, den ich vorhin bereits angedeutet habe. Meine Vermutung ist, daß aus der Wahl von 1994 kaum ein personell überzeugendes Angebot herauskommen wird, wie auch immer die Regierung dann aussehen wird. Das hat sicher auch damit zu tun, daß die jetzige Führungsschicht irgendwie verbraucht und ausgeblutet ist. Ich hätte aber so gern wenigstens eine glaubwürdige Adresse in Bonn oder Berlin, die zumindest eine gewisse Gewähr für die Identität dieses Landes bietet. Es wäre so schön, wenn die Tradition, die der jetzige Bundespräsident, den wir leider nicht wiederwählen können, gesetzt hat, fortgeführt werden könnte. Die Bevölkerung müßte das Bewußtsein haben können: Der Bundespräsident gehört der Gesellschaft und nicht den Parteien. Deshalb sollte er aus der Gesellschaft vorgeschlagen, am besten sogar direkt gewählt werden.

Natürlich weiß ich, daß so etwas im Augenblick nicht sehr realistisch ist. Aber wenn ich mir anhöre, wer da jetzt so alles in der Diskussion für die nächste Präsidentenwahl ist, lauter altgediente Politiker: Hans-Dietrich Genscher, Hans-Jochen Vogel, Johannes Rau oder Berndt Seite - ich liebe sie ja alle;- , aber wen sollen diese Angebote denn motivieren?

Wenn statt dessen die Menschen in unserem Lande das Gefühl hätten, wenigstens einmal etwas politisch mitbeeinflussen zu können, dann wäre das auch so etwas wie ein historischer Kompromiß. Ein solcher Vorschlag kann natürlich nicht von mir oder von den Grünen kommen, überhaupt nicht über irgendeine Parteischiene, sondern, Herr Fest, der müßte beispielsweise engagiert von Ihrer FAZ vertreten werden. Aber mit einer solchen Neuorientierung würde man die Menschen auch wieder ein Stück mehr für die Politik interessieren. Das wäre wenigstens ein kleiner Tupfer in einer ansonsten reichlich öden politischen Landschaft.

Grimm

Frau Vollmer hat die Frage gestellt, auf welche Weise das politische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik unter den veränderten, zunächst destabilisierend wirkenden Bedingungen stabilisiert werden kann. Die Antwort hängt im wesentlichen davon ab, ob es gelingt, die beiden sehr unterschiedlich entwickelten Gesellschaftshälften in einer überschaubaren Zeit zu integrieren. Daß es dabei auf realistische Zeitvorstellungen ankommt, haben Sie angedeutet. Das gilt zum einen für die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse, die sicher länger dauern wird, als bisher angenommen wurde, ohne daß der Westen deshalb mit Transferzahlungen aufhören kann. Das gilt zum anderen bei der Mentalitätsfrage. Wann kann die ehemalige DDR-Bevölkerung damit rechnen, daß der Generalverdacht, unter dem sie steht, aufgehoben ist?

Das Grundgesetz von 1949 hat die vergleichbaren Probleme der Nachkriegszeit in seinen Übergangsbestimmungen thematisiert. Dort steht sowohl etwas über den Lastenausgleich wie über die Hypotheken der nationalsozialistischen Vergangenheit. Aus der gegenwärtigen Verfassungsdebatte ist die Wiedervereinigungsfrage dagegen völlig eliminiert, obwohl die beiden oben genannten Probleme in den Übergangsbestimmungen ebenfalls sehr wohl ihren Platz hätten.

In einem Punkt möchte ich Frau Vollmer ergänzen. Ich meine, daß die Integration der beiden Gesellschaftshälften auch zur Voraussetzung hat, daß hinsichtlich der Leitungsfunktionen in dieser Gesellschaft kein solches Gefälle besteht, wie es zur Zeit der Fall ist. Es gibt kaum einen Funktionsbereich in Ostdeutschland, in dem Leitungsfunktionen von Bürgern der ehemaligen DDR wahrgenommen werden. Das bedeutet nichts anderes als eine Klassengesellschaft, und darin liegt auf lange Sicht ein erhebliches Hindernis für die Integration.

Wo immer ich darauf zu sprechen komme, erhalte ich die Antwort, daß die Forderung berechtigt sei, aber nicht im eigenen Bereich. So argumentiert das Auswärtige Amt, wenn es um die Diplomatie, die Hochschule, wenn es um die Wissenschaft, die Justiz, wenn es um die Rechtsprechung geht. Im Grunde geht es also nirgendwo, weil alle Funktionsbereiche und Berufsgruppen ihren Standard halten und das Integrationsproblem auf die jeweils anderen abschieben wollen, die sich aber genauso verhalten.

In dem Falle sehe ich nur die Möglichkeit, daß - unter Preisgabe von Standards, die für die alte Bundesrepublik gängig gewesen sein mögen - Leitungsfunktionen auch an DDR-Bürger vergeben werden, und wenn es sein muß, mit einigem Nachdruck. Ich habe in diesem Zusammenhang kürzlich in einem Aufsatz - an eine andere bekannte Diskussion anknüpfend - Quoten für ehemalige DDR-Bürger gefordert, die mir im Augenblick dringender zu sein scheinen als andere Quoten.

von Weizsäcker

Zu welcher Quote wollen Sie denn Leute wie Herrn Genscher oder Herrn Engert rechnen, Herr Grimm?

Stürmer

Vor einer derartigen Quotenregelung würde ich doch warnen, Herr Grimm. Das kann man auch nicht mit den Frauenquoten vergleichen. Frausein ist halt ein unverlierbares Kennzeichen. Ex-DDR-Bürger zu sein dagegen nicht - ähnlich wie nach 1945 Flüchtling oder Vertriebener zu sein. Gott sei Dank verlierbare Kennzeichen waren. Wie lange wollen wir diese Trennung in Ost und West - beispielsweise in Meinungsumfragen überhaupt noch sinnvoll fortsetzen? Äußerstenfalls fünf Jahre.

Hennis

Wir sind noch bei der Frage: Was hält uns zusammen? Herr Hirsch erwähnte meinen Lehrer Rudolf Smend, dessen Integrationslehre sich genau dieser Frage widmete: Wie hat man das Bismarckreich zusammengehalten; wie steht es um die Integrationskraft der Weimarer Republik? Dem eigenartig selbstzufriedenen Neopositivismus der heutigen Staatsrechtslehre stellen sich diese Fragen nicht mehr. Dabei ist es doch ein wahres Wunder, daß der deutsche Staat nach zwei vernichtend verlorenen Kriegen, vier Jahrzehnten Teilung dennoch seine Juristische Integrität vom 18. Januar 1871 bis zum heutigen Tage hat durchhalten können. Die Zwei-plus-vier-Verhandlungen und der Anschluß Ostdeutschlands nach Artikel 23 waren ja nur möglich, weil dieser kleine juristische Zwirnsfaden, der die Bundesrepublik in der Kontinuität des Deutschen Reiches hielt, nie zertrennt wurde.

Während um uns herum ganze Imperien sich auflösen und alte Föderationen zu zerbrechen drohen - in Kanada knirscht es; wer weiß, ob die Union zwischen England und Schottland ewig halten wird;- , machen wir uns, nachdem wir die staatliche Einheit zurückgewonnen haben, kaum Gedanken darüber, daß auch unsere föderative Einheit gefährdet sein könnte. Nicht ein Gedanke in der "Gemeinsamen Verfassungskommission" gilt der zentralen Frage, wie der dauernde Zusammenhalt der alten Bundesrepublik mit dem sogenannten "Beitrittsgebiet" staatsrechtlich garantiert werden könnte.

Es ist mir unbegreiflich, wieso im Artikel 4 des Einigungsvertrages die Bundesratsstimmen der großen Länder von fünf auf sechs "gespreizt" werden mußten, wie sich Herr Stoiber auszudrücken beliebte, während die kleinen Länder- und dazu gehören ja alle "neuen" Bundesländer - sich mit je vier Stimmen zufriedengeben müssen, also nicht einmal über eine Sperrminorität verfügen. Törichter kann man gar nicht handeln, wenn es darum geht, eine Föderation zusammenzuhalten, als die Schwachen möglichst schwach zu halten, statt ihre Position zu stärken, damit sie das Gefühl haben können, in ihrer Position gesichert zu sein. Das verfassungsrechtliche Eintrittsbillet in die Bundesrepublik war eine einzige Mißtrauenserklärung gegenüber den neuen Ländern.

In den Vereinigten Staaten verfügen die winzigsten "states" mit kaum sechshunderttausend Einwohnern - Nevada, Montana - im Senat genauso über zwei Stimmen wie das riesige Kalifornien oder New York mit zwanzig und dreißig Millionen Einwohnern. Auch in der Schweiz haben die winzigsten Kantone im Ständerat genauso viele Stimmen wie die riesigen Kantone Zürich und Bern. Natürlich geht das auch dort nicht ohne Spannungen ab. Man darf nicht vergessen, daß die beiden klassischen Föderativrepubliken im vorigen Jahrhundert nur durch blutige Kriege zusammengehalten wurden: den Sonderbundkrieg in der Schweiz und den amerikanischen Bürgerkrieg.

Die alte Bundesrepublik hat sich trotz ihrer föderativen Verfassung aus vielen Gründen, nicht zuletzt außenpolitischen, zu einem "unitarischen Bundesstaat" entwickelt. Auch wenn es A- und B-Länder gibt, so hat das bisher den unitarischen Zusammenhalt nie gefährdet. Seit der Vereinigung hat das alte, unveränderte Grundgesetz neuen integrativen Anforderungen gerecht zu werden. Das geht offensichtlich in Juristengehirne nur schwer hinein. Wieso sollte das gleichgebliebene Grundgesetz jetzt anders interpretiert werden?

Nie war es so wichtig, den föderativen Grundsatz des "bundesfreundlichen Verhaltens" so ernst zu nehmen wie seit 1990. Das Bundesverfassungsgericht sollte ihn bei jeder Gelegenheit in Erinnerung rufen, so wie es bis zur Vereinigung trotz vieler Anfechtungen das Wiedervereinigungsgebot hochgehalten hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf eine andere Integrationsaufgabe des Karlsruher Gerichts aufmerksam machen. Immer unlustiger kommen die Bundesregierung und die anderen politischen Gewalten ihrer eigentlichen Aufgabe nach, die Probleme, vor denen wir stehen, politisch zu definieren. Bei allen kritischen Themen Asylrecht, Blauhelme, § 218 - heißt es meist schon sehr früh: Da besteht Klärungsbedarf in Karlsruhe. Ich würde in Karlsruhe solche Ansinnen, wo immer begründbar, stracks zurückweisen und die Politiker bescheiden: Klärt eure Angelegenheiten erst einmal selbst. Schon aus Gründen der Gewaltenteilung ist es dringend geboten, daß das Bundesverfassungsgericht nicht wirksam wird, solange die Parteien noch "politischen" Einigungsbedarf haben.

In den ersten Jahren der Bundesrepublik hatte das Karlsruher Gericht auch auf das Ersuchen von Gutachten zu reagieren. Sie erinnern sich an die Kalamität, die daraus beim Streit um den EVG-Vertrag entstand. Aus gutem Grund wurde die Gutachtenkompetenz gestrichen. Deshalb, Herr Grimm, sollte sich das Bundesverfassungsgericht auch den Ansinnen von "Klärungen" verweigern. Politische Gewalt darf allein dort ausgeübt werden, wo sie hingehört.

Dazu gehört dann auch, sich Gedanken darüber zu machen, wie die politische Repräsentation des Volkes wieder mehr Verbindlichkeit erlangen kann. Ein Land wird schließlich nicht von rechtlichen Faktoren zusammengehalten. In jedem Staat muß es zur politischen Führung bereite Menschen geben, die führen wollen. Die Parteien lahmen in ihrem Führungswillen. Man muß sie unter Druck setzen, von unten aus - diese Vorstellung liegt meiner Überlegung im Blick auf die 328 Direktwahlkreise - dem erwähnten "Bündnis 328" - zugrunde.

Es müßte doch möglich sein, aus vielen Tausenden von Kerzenträgern eine hinreichende Zahl ausfindig zu machen, die für die Politik gerade auch im Sinne von Kampf um Macht und Ämter motiviert werden können. Politisch sein heißt doch, an der Macht teilhaben wollen.

Vielleicht erkennt man wenigstens in den neuen Bundesländern, daß man in einer Demokratie letztlich nur über das Instrument der Wahl seine Interessen wirkungsvoll vertreten kann. Ich meine Interessen jetzt nicht im Sinne des Länder-Finanzausgleichs, sondern als Vertretung auch von kulturellen Eigeninteressen, die Herr Schröder angesprochen hat. Eine motivierte Gruppe von Abgeordneten - es müssen ja gar nicht sehr viele sein - könnte das Salz in der parlamentarischen Suppe sein und die etablierten Parteien daran erinnern, was ihre eigentliche Aufgabe ist, nämlich die Interessen des Volkes zu artikulieren und umzusetzen.

Natürlich kann ich mir die Demokratie nur als Parteiendemokratie vorstellen. Aber diese bedarf kräftiger politischer Führung, die von unten durch das Volk - womit ich nicht plebiszitäre Entscheidungen meine - und von oben durch das Bundesverfassungsgericht erzwungen werden müßte.

Grimm

Herr Hennis hat das Verhältnis von Politik, politischer Entscheidung und Verfassungsgerichtsbarkeit angesprochen. Dabei haben Sie aber nur die eine Seite geschildert, nämlich die Entscheidungs- und Verantwortungsscheu politischer Instanzen, die solche Probleme, für deren Lösung sie in der Gesellschaft Prügel beziehen könnten, gern in Karlsruhe entscheiden lassen wollen. Das gibt es natürlich.

Aber man muß auch die andere Seite sehen. Durch die Existenz eines Verfassungsgerichts seit 1951 besteht in Deutschland erstmals eine Situation, in der die Verfassung politisch folgenreich geworden ist. Es gibt eine Instanz, die verbindlich feststellen kann, was die Verfassung verlangt, und diese Anforderungen gegen die Inhaber politischer Macht durchsetzen kann. Dadurch verändert sich freilich auch der politische Diskurs. Wenn die Verfassung nicht nur ein - zwar verbindlicher, aber nicht durchsetzbarer - Appell ist, sondern durchgesetzt werden kann, wird die Verfassungsfrage auch frühzeitig im politischen Diskurs thematisiert.

Man muß sich schon bei der politischen Meinungsbildung die Frage vorlegen, ob ein politisches Vorhaben zulässig ist oder nicht. Über diesen Aspekt der Sache kann man nur froh sein, wenn man Verfassungen ernstgenommen wissen will.

Nun kommt jedoch der Punkt, an dem ich wieder auf die Linie von Herrn Hennis einschwenke: Das Verfassungsgericht ist immer wieder in Versuchung gewesen, dem Bedürfnis der Politik, Vorabklärung zu erlangen, nachzugeben, wenngleich sich dies in der letzten Zeit erheblich gebessert hat - trotz weiter andauernder Versuchungen.

Es gibt für die Verfassungsgerichtsbarkeit einen elementaren Grundsatz: Das Rangverhältnis von Entscheidung und Kontrolle ist einzuhalten. Das Verfassungsgericht ist ein Kontrollorgan; rechtlich kontrollieren kann man aber erst, nachdem politisch entschieden worden ist, und der Versuchung, politischen Entscheidungen vorzugreifen, muß in der Tat widerstanden werden. Dafür braucht auch das Verfassungsgericht die öffentliche Kritik, so wie sie Herr Hennis gerade geübt hat.

von Weizsäcker

Herr Grimm, Sie weisen zu Recht auf die Bedeutung der Verfassungsgerichtsbarkeit mit ihren rechtlich verbindlichen Kontrollmöglichkeiten hin, die zweifellos ein wichtiger Faktor sind, wenn es um die Identität und Integration, also um die Frage geht: Was hält uns in unserer liberalen Demokratie zusammen? Das ist in der Tat ein neues Kapitel in unserer Geschichte und hat nach wie vor seine große Wirkung. Aber auch zu den möglichen Gefahren und Gefährdungen haben Herr Hennis und Herr Grimm Wichtiges gesagt.

Frau Vollmer sprach von unterschiedlichen Mentalitätslagen und stellte die "relative Normalität", die das Gefühl weiter Teile der Bevölkerung auszumachen scheint, der "außergewöhnlichen Verunsicherung" der Führungsschichten, zumal der politischen, gegenüber. Was die doch eher positiv zu bewertende Normalität angeht, dafür nennen Sie zwei Beispiele: So habe die deutsche Bevölkerung auf die Vereinigung nicht mit nationalem Größenwahn reagiert - was außerhalb Deutschlands auch so verstanden wurde;- , und als zweites nannten Sie die Lichterketten.

So richtig mir diese Beispiele erscheinen, bin ich doch nicht ganz sicher, ob die Mentalitäten der Bevölkerung im Ganzen tatsächlich als "normal" bezeichnet werden können. Gibt es in der Bevölkerung nicht auch so etwas wie Hoffnung auf Verbesserung der Lebensumstände oder auf Befreiung von unlösbaren Gegenwarts- und Zukunftsproblemen? Die Hoffnung gehört unzweifelhaft zum christlichen Glauben dazu. Aber da wir im Zeitalter der Säkularisierung leben, kann diese Hoffnung nicht mehr direkt religiös vorgegeben werden, und die Versprechungen weltlicher Paradiese enden meist in Diktaturen ohne Effizienz und Humanität. Das hat jetzt einen Endpunkt erreicht.

Heute leben wir in einer liberalen Demokratie, und Herr Fest wird überall damit zitiert, daß es keine denkbare liberale Utopie gebe. Ich will gar nicht am Begriff Utopie festhalten. Aber daß die Menschen ohne die Hoffnung auf Veränderung unerträglicher gegenwärtiger Zustände schwerlich zu leben vermögen, besagt doch im Grunde etwas, was mit dem Begriff Utopie nahe verwandt ist. Es gibt kein Leben ohne solche Hoffnungen.

Dabei geht es dann sowohl um das Prozedurale wie um die Frage des Inhalts. Herr Lepenies hat mit sehr überzeugenden Gründen von der Notwendigkeit gesprochen, die Form, also das Prozedurale, nicht zu vernachlässigen; denn Form- oder Stillosigkeit tragen zur Destabilisierung auch der Mentalität bei. Frau Vollmer und Herr Stürmer fordern die großen Parlamentsdebatten, gewissermaßen als Forum der Nation, zurück. Ich weiß nicht, ob damit schon viel gewonnen wäre, ohne daß ich verkenne, wie sehr die großen Debatten der Vergangenheit im Parlament zur Mentalitätsbildung beigetragen haben. Aber das reicht nicht aus.

Dabei übersehe ich nicht, daß beispielsweise das Referendum in Frankreich über den Vertrag von Maastricht zu einer außerordentlichen, tiefgehenden Europa-Debatte in unserem Nachbarland geführt hat. Sie hat bei allem Risiko, das damit verbunden war, Mentalität und Bewußtsein der französischen Bevölkerung enorm und heilsam beeinflußt. Präsident Mitterrand hat vor kurzem in Bonn zu Recht daraufhingewiesen, daß es kein Kunststück gewesen wäre, in der Nationalversammlung eine Mehrheit für Maastricht zustande zu bringen. Ihm habe das aber nicht gereicht.

Nun ist die Verfassungslage bei uns eine andere, und es gibt auch gute Gründe dafür, die Mandatsträger nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen, wenn eine Entscheidung unangenehm oder schwierig ist, und dann das Volk entscheiden zu lassen. Aber wenn um die brennenden Fragen nicht mehr ernsthaft und engagiert gerungen wird, fehlt es auch an Unterstützung für die Mentalität.

Die Entscheidungen über die Ostpolitik Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre beispielsweise sind im Parlament getroffen worden. Aber die Debatte, die es darüber gab, hat in der Bevölkerung eine ungeheure Resonanz gehabt und sich bis tief hinein in Freundschaften und Familien ausgewirkt. Das war zum Teil außerordentlich schmerzhaft aber sehr wichtig. Das vermisse ich gegenwärtig schon und würde mir wünschen, daß so etwas wieder stattfindet. Wir können schließlich das Problem nicht allein

damit lösen, daß wir aus dem Bergedorfer Gesprächskreis oder mit Hilfe von presidential commissions einen Sprechenden Pour le Mérite und einen Patriotismus der Eliten begründen, wie Herr Lепенies anregt.

Es muß auch über die großen Fragen der Zeit ernsthaft diskutiert werden, über die langfristigen Ziele, die diese Gemeinschaft verfolgen will und an denen mitunter nicht nur die Führungskräfte, sondern auch die Bevölkerung geradezu verzweifelt. Wie es etwa um die Möglichkeit steht, mehr Gerechtigkeit zu verwirklichen, das bleibt auch im säkularisierten und liberalen Staat eine entscheidende Frage, die nicht erst durch die Vereinigung für uns Deutsche wieder akut geworden ist. Die Vereinigung, hieß es, habe den Menschen zwar die Freiheit gebracht, aber mit der Gerechtigkeit hapere es doch beträchtlich. Ein anderes großes Thema betrifft die Frage, wie wir die Erde im 21. Jahrhundert lebensfähig erhalten.

Um es aber noch einmal zu sagen: Ich bin nicht sicher, ob die Mentalitäten bei uns wirklich so normal sind. Sie zeigen sich relativ stabil gegenüber einer akuten Herausforderung der Gewalt - siehe Lichterketten. Aber in bezug auf die langfristigen Entwicklungen ist es mit der Stabilität nicht so sehr weit her. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wo die Hoffnungen herkommen sollen, ohne die es kaum eine Normalität der Mentalitäten geben wird. Bei allem Triumph über das Ende der Utopie: Abschließen können wir dieses Kapitel nicht.

Fest

Ich hatte mich durchaus von allen Triumphgefühlen freizuhalten gesucht und vor kurzem auch in einem Artikel hinzugefügt, daß nach dem Ende des dogmatischen Sozialismus Triumphgefühle überhaupt nicht am Platze seien.

Wenn ich die Utopie attackiert habe, so bezog sich das auf die historisch gewordene Form der Utopie im Sinne eines geschlossenen gesellschaftlichen Systems. Durch Ernst Bloch ist der Utopie-Begriff ja geradezu inflationiert worden. Seither versteht man unter dem so lange unstrittigen Utopiebegriff alle möglichen Träume, Hoffnungen, Veränderungs- und Verbesserungswünsche. Wie weit das geht, zeigt die Bemerkung einer Schauspielerin in einer Fernsehtalkshow, als sie sagte: Die Penthesilea von Kleist zu spielen, sei immer ihre Utopie gewesen. Darüber braucht man nicht mehr zu diskutieren; da wird der Begriff der Utopie diskursuntauglich.

Die Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit, der Wunsch nach Verbesserung von Verhältnissen, die Sie erwähnen, Herr Bundespräsident, das sind politische Zielvorstellungen, für die man konkret etwas tun kann. Sobald man jedoch ins Utopische gerät, also einen geschlossenen Gesellschaftsentwurf anstrebt, wird es höchst gefährlich. Dagegen würde ich mich nach wie vor wehren. Aber daß Menschen Hoffnungen auf größere Gerechtigkeit und anderes haben, das ist völlig legitim.

Herr Krackow sprach davon, wie unendlich weit die Studierstuben von den Werkbänken entfernt seien, daß, mit anderen Worten, der politische Diskurs und die Praxis, wo entschieden werden muß, zwei völlig getrennte Bereiche sind. So ähnlich empfinde ich, wenn ich mich in Bonn aufhalte und Berührung mit der politischen Klasse im engeren Sinne habe. Da können wir uns in unserer Zeitung noch so sehr bemühen, bedrückende Themen unserer Zeit umfassend und auch kontrovers zu behandeln - so hatten wir vor etwa einem Jahr eine Serie von 12 bis 14 Beiträgen zur Europafrage;- , und wenn man dann mit Politikern in Bonn spricht, ist dort von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht einmal bekannt, daß eine solche Debatte in dieser Zeitung stattfindet.

Das ist für einen engagierten Zeitungsmann, der sich bemüht, den öffentlichen Diskurs voranzubringen, sehr enttäuschend. Mitunter könnte man den Eindruck gewinnen, wir lebten in einer illiteraten Gesellschaft. Niemand liest mehr; keiner nimmt noch irgendwelche Argumente zur Kenntnis. Jedenfalls habe ich nicht feststellen können, daß in der Bundestagsdebatte über Maastricht - wenn man das denn eine Debatte nennen konnte - irgendeines der Argumente für oder wider aus unserer Serie aufgetaucht ist. Eine wirkliche öffentliche Auseinandersetzung findet bei uns nicht mehr statt.

Was hält uns zusammen? Man könnte auch zugespitzter formulieren: Was hält eigentlich die Deutschen in Ost und West zusammen? Was schafft Gemeinsamkeiten? Mein Eindruck aus den vergangenen drei Jahren ist, daß es nicht so sehr viel ist. Herr Hennis erwähnte die geradezu staatsstreichartige Änderung der Stimmenverhältnisse im Bundesrat. Dazu gehört auch das Thema Finanzausgleich. Während man im Westen hohe Subventionen für den Bergbau, für die Stahlindustrie, für die Werften und so weiter zahlt, baut man im Osten das alles mit einer Selbstverständlichkeit ab, über die nicht lange debattiert wird. Man nimmt diese ungeheuerlichen und demütigenden Asymmetrien überhaupt nicht wahr.

Nach einer Reisetatistik, die unlängst veröffentlicht wurde, sind seit Öffnung der Mauer 89 Prozent der Ostdeutschen nach Westdeutschland, aber nur 24 Prozent der Westdeutschen nach Ostdeutschland gefahren. Für die Westdeutschen sind eben Rom oder Paris interessanter als beispielsweise Dresden. Dies ist die Realität, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Entsprechend gering ist die westdeutsche Bereitschaft, wenn es um materielle Teile geht. Welches Geschrei stimmen unsere Beamten an, wenn irgendeine materielle Zumutung an sie gestellt wird. Auch die Gewerkschaften verhalten sich kaum anders, wenn ihre Klientel betroffen ist.

Oder denken Sie an die Protestdemonstration, welche die Überlegung auslöste, das militärgeschichtliche Forschungsamt von Freiburg nach Potsdam zu verlegen. Darauf wurde der militärische Führungsstab befragt, welche der 51 Institutionen der Bundeswehr man denn in die neuen Länder verbringen könnte. Nach vier Monaten intensiven Nachdenkens kam als Ergebnis heraus, die Schule für Diensthunde könne dafür in Frage kommen, die von einem Leutnant geleitet wird, während das übrige Personal nur Angestellte sind. Da bleibt die Zumutung relativ gering, und obendrein empfinden Hunde den Unterschied zwischen Ost und West wahrscheinlich nicht so sehr wie Bundesbürger aus Westdeutschland. Derartige Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

Nun hat es solche sozio-kulturellen Brüche zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands schon immer gegeben. Ich erinnere an das Wort von Konrad Adenauer, jedes Mal, wenn er über die Elbe fahre, fühle er sich ein bißchen nach Rußland oder in den fernen Osten versetzt. Der Westen hat immer mit einigem Hochmut auf den Osten herabgesehen.

Rüttgers

Umgekehrt aber auch.

Fest

Nein, umgekehrt eben nicht in gleicher Weise. Die gesamte politische wie kulturelle Blickrichtung in Europa ist von jeher von Ost nach West gegangen. Die Russen haben nach Deutschland gesehen, die Polen nach Frankreich und so weiter. Daran etwas zu ändern, sind natürlich besonders die Medien aufgerufen. Dafür gibt es bisher kaum Ansätze.

Ich erinnere mich an den Stoßseufzer eines alten, verehrten Freundes von mir, Dolf Sternberger, der Ende der 70er Jahre eine Einladung in eine Stadt in der DDR erhielt: "Ich weiß gar nicht, wie man da hinkommt; ich bin in diesen Ländern nie gewesen. Wie zieht man sich da eigentlich an?" Nicht weil es die DDR, sondern weil es der Osten war. Das zeigt dieses Gefühl der Fremdheit gegenüber dem Osten für einen eingesessenen Westbürger.

Diese Mentalität allmählich zu verändern, halte ich für eine der wichtigsten Aufgaben in den nächsten zehn, zwanzig Jahren, wenn wir die Einheit in den Köpfen wirklich zustande bringen wollen.

Langer

Ich stimme Ihnen zu, Herr Fest, wenn Sie sich gegen Utopien als Entwürfe geschlossener Systeme wenden, wobei ich hinzufüge: Solche geschlossenen Systeme sind keine Utopien, sondern unsere unheilvolle Realität, die es aufzubrechen gilt. Und wenn Frau Vollmer von der Mentalität der Seher und Propheten sprach, die ein Gefühl dafür entwickeln, was auf uns zukommt, dann sollte man nicht vergessen, daß solche Leute meist als Utopisten abqualifiziert werden.

Ähnlich ging es übrigens den Zukunftsforschern. In den sechziger Jahren hatte Ossip Flechtheim die Futurologie in der Bundesrepublik begründet, die ganz anders arbeitete als etwa ein Scharlatan wie Hermann Kahn, der in den USA Futurologie für viel Geld nach dem Motto betrieb: Wie hätten Sie's denn gern? Die Berliner Gesellschaft für Zukunftsfragen, die Peter Menke-Glückert aufgebaut hatte, war eine international angesehene Einrichtung, bis sie Anfang der achtziger Jahre gezwungen wurde zu schließen, weil sie unbequem geworden war. Auch die von Gustav Heinemann begründete Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung in Bad Godesberg hat das gleiche Schicksal erlitten. Dabei haben wir immer wieder gehört, daß wir dringend nonkonforme Zukunftskonzeptionen brauchen. Es wäre gut, wenn so jemand wie der Bundespräsident sich dafür einsetzen könnte, daß in der Bundesrepublik wieder eine unabhängige Zukunftsforschung Fuß fassen kann, die den Mut hat, vor Denktabus nicht haltzumachen.

Flimm

Ich befinde mich so ein wenig in der Situation des König Peter aus dem Stück "Léonce und Lena" von Georg Büchner, der endlich den Weg aus dem Bett gefunden hat und in seine Kleider gestiegen ist -

alles ist irgendwie falsch zu- oder aufgeknöpft - und den kantischen Satz sagt: Die Kategorien sind in der schändlichsten Verwirrung. Ich könnte es ebenso mit einem anderen berühmten Autor sagen, der das Stück Minna von Barnhelm geschrieben hat, auch ein Stück, das in einer Zeitenwende spielt, wo der arme Tellheim, der Gott sei Dank diese Frau hatte, die ihn aus dem Dilemma herauszog, sagt: Was gestern gültig war, kann heute doch nicht falsch sein.

Ich habe den Kollegen aus der ehemaligen DDR, mit denen wir bezeichnenderweise früher mehr geredet haben als heute, immer gesagt: Den Lessing müßt Ihr spielen, der kannte sich mit solchen Brüchen aus, wo sich die Frage stellt: Kann das, was vorher richtig war, jetzt auf einmal falsch sein, nur weil historische Veränderungen eingetreten sind, die wir alle begrüßt haben? Von Heiner Müller haben wir gestern abend im kleinen Kreise gesprochen und waren dann gleich bei Gottfried Benn.

Das alles bringt mich in schändlichste Verwirrung, und ich weiß nicht mehr, welche Positionen richtig sind. Das gilt sicherlich für Leute aus dem kulturellen Bereich besonders, haben wir doch lange Zeit, ob aus Blindheit oder aus Vernarrtheit, bestimmte Dinge nicht sehen wollen und auch gewisse Hoffnungen in andere Systeme gesetzt, von denen wir meinten, sie würden zur Befreiung des Individuums mehr taugen als das unsere. Das alles hatte natürlich sehr viel mit Ernst Bloch zu tun und auch mit dem säkularisierten Hoffnungsbegriff des Christentums. Diese Hoffnungen sind jetzt zusammengestürzt und haben bei vielen Intellektuellen die Kategorien in die schändlichste Verwirrung gebracht.

Wir leben tatsächlich in einer Zwischenzeit, und da warne ich - als Amateur-Politiker ein bißchen vor zu großer Eile. Die hat uns ja schon bei der Vereinigung sehr vieles eingebracht. Die Folge ist jene verschärfte Identitätskrise, die wir in den letzten zwei, drei Jahren erleben.

Irgendwie hatten die beiden deutschen Staaten ihre Identität wesentlich über den anderen gewonnen. Nun stehen sie wie zwei angeschlagene Boxer voreinander, kriegen die Arme nicht mehr hoch - die Linke legt nicht mehr aus, die Rechte verteidigt nicht mehr oder auch umgekehrt, wie immer Sie wollen. Da ist ein erhebliches Defizit entstanden.

Was hält uns also zusammen? Oder wie füllen wir das Defizit hinsichtlich der Identität? Wenn Frau Schmidt sagt: "die Liebe zu meinem Land", dann bin ich völlig anderer Ansicht. Gustav Heinemann war mir da näher, der liebte seine Frau.

Die Normalität in dieser Zwischenzeit ist das Gefühl einer gewissen Leere, die wir als solche wahrnehmen und uns nicht irgendwelche Dinge einreden sollten.

Wo ich meine großen Zweifel habe, ist, daß die politische Klasse in der Lage ist, diese Leere wieder aufzufüllen. Ich bin gerade nach über 25jähriger Zugehörigkeit aus der SPD ausgetreten, weil ich das Gekungel und die Lügereien um die Asylproblematik nicht mehr ausgehalten habe. Jedermann weiß im Grunde - ob Progressive oder Konservative;- , daß es mit der Grundrechtsänderung überhaupt nicht getan ist, und doch tun alle so, als könne man auf diese Weise das Problem lösen. Das sind symbolische Handlungen und Rituale, die da produziert werden, und das Glashaus Bonn ist immer noch dasselbe Glashaus, wie Wolfgang Koeppen es beschrieben hat: mit einem unglaublichen Realitätsverlust.

Ich bin kürzlich eigens früher aus Paris zurückgefliegen, weil ich die Lichterkette in Hamburg miterleben wollte. Meine Befürchtung war, da kommen sowieso nur 60.000 oder 70.000. Ich kenne doch die etwas unbeweglichen Hamburger, die nicht gerade zu Spontaneitäten neigen. Was wir dann erlebt haben, hat mir schier die Sprache verschlagen. Das mag zwar überwiegend unpolitisches Verhalten sein, wie Herr Hennis meinte, aber es ist zumindest politikfähig. 400.000 Menschen sind keine quantité négligeable, in einer Stadt mit 1,7 Millionen Einwohnern erst recht nicht.

Deshalb bin ich auch nicht der Meinung, daß wir uns in einem Tränental aufhalten. Die öffentliche Diskussion, die Herr von Weizsäcker mit Recht verlangt, findet doch schon statt. Ich sehe das gar nicht so negativ. Es ist doch etwas, wenn die Leute in dieser Winterzeit sich warm anziehen, ihre alten Weihnachtskerzen herauskramen und auf die Straße gehen - gewissermaßen eine mobile Veranstaltung. Mich hat das alles jedenfalls sehr froh gestimmt. Ob das nun in Hamburg, Berlin oder in vielen anderen Städten stattgefunden hat, es waren Millionen von Menschen, die sich daran beteiligt haben. Hier ist also eine unglaubliche demokratische Reserve vorhanden.

Deshalb glaube ich auch nicht, Frau Vollmer, daß die Demokratie bei uns gefährdet ist, auch wenn die politische Klasse das anders wahrnimmt. Diese Republik ist nicht in Gefahr auseinanderzubrechen; unsere demokratische Ordnung ist vielmehr außerordentlich stabil. Man sollte den Politikern hin und wieder sagen, daß sie sich auf dieses Volk verlassen können. Bonn ist nicht Weimar. Die Leute in Bonn nehmen die Realität gar nicht mehr wahr.

Zu diesem Optimismus gehört aber auch ein realistischer Blick auf die Welt, wie sie ist. Vielleicht kennen Sie den Film "Blade Runner", den Ridley Scott vor zehn Jahren gedreht hat. Darin wird eine Welt gezeigt, wie sie morgen oder übermorgen aussehen könnte. Damals habe ich das für einen wundervoll designten Film, aber für ein reines Phantasieprodukt, Science-fiction, gehalten. Wenn man ihn sich heute wieder ansieht, stellt man fest, daß er der Realität immer näher rückt, dieser kaputten Welt mit den kaputten Köpfen.

Herr Hirsch hat gefragt: Welche Welt hinterlassen wir unseren Kindern? Das hängt wieder eng mit der Frage der Hoffnung zusammen. Wenn wir nicht mehr daran glauben, daß die Welt veränderbar ist, können wir gleich einpacken. Das mag marxistisch klingen, ist aber ebenso evangelisch, was ich ja auch bin, und man sollte den Politikern deutlich sagen, daß sie die verdammte Pflicht haben, die Welt im Sinne einer etwas größeren Gerechtigkeit zu verändern, auch eingedenk dessen, was wir unseren Kindern hinterlassen.

Ich spreche nicht von Utopie - das ist mir zu kompliziert;- , sondern von so etwas wie Kultur, auf die wir zurückgreifen könnten. Da gibt es den Bach und den Beethoven; da gibt es den Lessing und den Kleist - all diese Größen aus Musik, Literatur, Kunst. Da haben wir doch etwas Gemeinsames, Verbindendes. Das sind Klammern und Orientierungsmöglichkeiten. Warum besinnen wir uns nicht mehr auf diese große Tradition?

Herr Remmers sagt: Wir Politiker sind überfordert. Das verstehe ich sehr gut. Auf der anderen Seite haben Sie das Beispiel mit der Molke angeführt. Das heißt, vielleicht sollten sich Politiker mehr auf ihre eigene Nase verlassen und nicht immer nur überlegen, was denn wohl die Leute meinen könnten, von denen die Politiker annehmen, daß sie deren Meinung zu berücksichtigen haben, um wiedergewählt zu werden. Das ist doch ein geradezu groteskes Rollenspiel, so nach dem Motto: In meinem Wahlkreis kenne ich eine Frau, die von ihrem Nachbarn sagt, daß er einen Gemüsehändler kennt, der Angst vor Türken hat. Warum sieht der Politiker nicht auf seinen eigenen Kompaß und trifft eine Entscheidung, die vernünftig ist? Mir hat das Beispiel von Herrn Remmers sehr imponiert.

Wenn sich alle für überfordert erklären, einschließlich der Politiker, wer soll dann entscheiden? Irgendeiner muß es ja tun. Ich kann es nicht; denn ich leite einen Kulturbetrieb mit 350 Leuten. Das kann man nicht nebenbei machen. Aber ich stimme mit Herrn Krackow überein, der gesagt hat jeder solle an seinem Ort zur Klärung der Köpfe beitragen, also exemplarisch handeln, wie Herr Lepenies fordert. Solch exemplarisches Handeln kann jeder von uns in seinem Bereich leisten, damit Erkenntnisse und Einsichten sich verbreiten. Es geht sicher nicht ohne Hoffnung; aber wie sagt doch Jakob Michael Reinhold Lenz, der große Autor des Sturm und Drang: Dazu gehört freilich Gesinnung.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal für Bedacht- und Langsamkeit plädieren und dazu eine kleine Anekdote erzählen. Ich hatte einst, als relativ junger Mensch, das große Vergnügen, einem der größten deutschen Regisseure, Fritz Kortner, zu assistieren. Da habe ich sehr viel über das Leben und auch über Ästhetik gelernt. Es ging um eine große Szene, und Kortner schaffte immer nur eine halbe Reclamseite pro Tag, obwohl wir erheblich unter Zeitdruck waren, weil die Premiere vor der Tür stand. Eines Tages habe ich mir ein Herz gefaßt und gesagt: Herr Kortner, August Everding - der damalige Intendant der Münchener Kammerspiele - meint, Sie müßten heute zwei Reclamseiten schaffen, sonst bekommen wir die Premiere nicht hin. Darauf antwortete Kortner: "Hören Sie zu, junger Mann, das Stichwort heißt: langsam, langsam, wir haben keine Zeit."

Weiß

Ich halte es für eine Illusion, daß 80 Millionen Deutsche eine gemeinsame Identität haben könnten, oder daß es etwas gibt, was uns alle verbindet. Der Satz: "Wir sind das Volk", war sicher richtig, aber: "Wir sind ein Volk" war ein revolutionärer Irrtum. Ich meine, wir werden uns daran gewöhnen müssen, daß wir eine multideutsche Gesellschaft sind. Dafür gibt es zum einen historische Gründe, die nicht nur, wie Herr Fest sagt, die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen betrifft, sondern genauso gut die zwischen Nord- und Süddeutschen oder zwischen den Links- und den Rechtsrheinischen und anderen mehr.

Für die aktuelle Situation sehe ich es aber als schwerwiegender an, daß es bei dem Einigungsprozeß, der im mentalen Bereich in Wahrheit gar nicht stattgefunden hat, an Sinnstiftung und an Identitätsfindung fehlte.

Ich habe vor zwei Jahren in Paris auf einem Symposium einen Vortrag zum Thema "deutsche Identität" gehalten. Darauf sagten mir die Franzosen: "Wie kann man nur zwei Stunden lang über die eigene Identität reden? Was ist das eigentlich?" Damit hatten sie sicher nicht unrecht. Man sollte

weniger darüber reden, als es vielmehr praktizieren. Das kann dann allerdings nicht darauf beschränkt bleiben, daß man Supermärkte, Autokaufhäuser oder McDonald's-Buden von West nach Ost bringt.

Bei Fragen der Identität müßte es schon um anderes gehen, was ein Volk zusammenschmieden könnte. Und auch das kann nur in Ausnahmesituationen gelingen. Glücklicherweise ist die Krise, die wir jetzt erleben, noch nicht so groß, daß man die Rettung in einer solch großen Einigungsidee suchen müßte. Das letzte Mal, als wir das in Deutschland versucht haben - Ein Volk, ein Reich, ein Führer;- , war das Ergebnis wenig nachahmenswert. Vielleicht sollten wir uns besser an den Gedanken gewöhnen, daß es eben viele verschiedene Deutsche gibt.

Hinzu kommt, daß ein Sinnbezug für den einzelnen nur in kleinen überschaubaren Einheiten möglich ist. Ich war selber überrascht, wie schnell in Ostdeutschland wieder eine sächsische, thüringische oder mecklenburgische Identität entstanden ist, die vierzig Jahre lang unterdrückt worden war. Ich habe das am eigenen Leibe erfahren, als ich zu DDR-Zeiten in einem Film den Begriff Vorpommern verwenden wollte, welche endlosen Diskussionen das auslöste. Denn landsmannschaftliche Bindungen sollte es in keiner Weise mehr geben, Heimat sollte die "sozialistische" DDR sein. Daß ein anderes Heimatgefühl gleich nach der Wende wieder lebendig wurde, hat mir gezeigt, daß man sich nur mit etwas identifizieren kann, das überschaubar ist.

Deshalb denke ich auch, daß für die Ostdeutschen der europäische Prozeß, der unter dem Stichwort Maastricht läuft, verfrüht kommt. Damit können die Menschen bei uns noch nichts Rechtes anfangen. Auch aus diesem Grunde habe ich im Bundestag gegen den Vertrag von Maastricht gestimmt.

Richard Schröder sprach von der fehlenden Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Mechanismen, die es den Ostdeutschen so schwer mache, sich zurechtzufinden. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Denn man hat uns auch Mechanismen aufgezwungen, die entweder nicht auf die ostdeutschen Verhältnisse passen oder die auch schon für die alte Bundesrepublik obsolet geworden waren und zur Disposition standen.

Als erstes Beispiel nenne ich die Aufnahmeregelung für Asylbewerber. Es war ausgesprochen töricht, die westdeutschen Länderquoten einfach auf Ostdeutschland zu übertragen, wo die Menschen überhaupt nicht darauf vorbereitet waren.

Ein weiteres Beispiel war der enorme Anpassungsdruck, dem unsere Medien durch die westdeutsche Presse ausgesetzt wurden. Wir haben anfangs versucht, selber etwas zu machen. Ich habe in der Medienkommission erlebt, mit welcher Energie und mit welchen unlauteren Mitteln man da in unseren Markt hineindrängte, mit der Folge, daß alle kleinen Zeitungen, die wir in der Wendezeit gegründet hatten, beseitigt wurden.

Wer heute bei uns meinungsbestimmend wirkt, das sind im wesentlichen die alten Bezirkszeitungen, und die sind weit davon entfernt, sich mit so kontroversen Themen zu beschäftigen, wie wir sie hier diskutieren. Sie schreiben ihre Berichte so, wie sie es vorher auch getan haben, indem sie in vorauseilendem Gehorsam seitenlang über die CDU und die Regierung berichten, was ich für außerordentlich fatal halte. Wie es da zu einer eigenständigen Meinungsbildung kommen soll, vermag ich nicht zu erkennen.

Hier war auch von Überforderung die Rede. Dafür ebenfalls ein Beispiel, und zwar aus dem Bereich der Schule. Wie sollen eigentlich die alten Lehrer bei uns die neuen Inhalte vermitteln? Die kennen weder die entsprechenden Lehr- und Lernmethoden, noch wissen sie über die Inhalte selbst schon ausreichend Bescheid.

Ich war vor kurzem zu einer Vortragsveranstaltung in einer Schule im Süden Brandenburgs eingeladen, um mit etwa 60 Schülern der Klassen 8 und 9 über Rechtsradikalismus zu sprechen. Ungefähr ein Drittel von denen fühlten sich offensichtlich den Rechtsradikalen zugehörig, was entweder durch ihr Äußeres-Abzeichen und Kleidung - oder durch die Fragen, die sie stellten, deutlich wurde. Dabei stellte sich heraus, daß ich der erste war, der ernsthaft mit ihnen über dieses Thema sprach. Die Lehrer konnten und wollten nicht, weil sie sich allem Anschein nach überfordert fühlten.

Ich gestehe, daß ich auch keine Lösung weiß. Wir können schließlich nicht Massen von Lehrern aus Westdeutschland nach Ostdeutschland schicken. Wir können also nur auf die Zeit setzen, wie das Herr Flimm eben empfohlen hat.

Zu den Mechanismen, die schon in der alten Bundesrepublik überholt waren, zähle ich zum Beispiel die Kirchensteuer. Wir hatten bei uns im Rahmen des ökumenischen Prozesses gerade begonnen, nach neuen Möglichkeiten zu suchen. Es gab Kirchengemeinden, die ganz bewußt auf die Kirchensteuer verzichteten und lieber auf die Spenden der Gemeindemitglieder angewiesen sein wollten, um selbstverantwortlich handeln zu können.

Ein weiteres Beispiel betrifft die Arbeitsweise des Parlaments - Herr Hirsch und andere haben hier einer Parlamentsreform sehr das Wort geredet. Wir haben nach den Märzahlen bei uns in der Volkskammer wirklich so etwas wie lebendigen Parlamentarismus zu praktizieren versucht - ohne daß ich das idealisieren will. Aber damals haben im Verlauf einer Parlamentsdebatte tatsächlich Meinungsveränderungen stattgefunden, und das Abstimmungsverhalten hat sich dementsprechend verändert. Das habe ich mir immer unter einem lebendigen Parlamentarismus vorgestellt.

Was heute geschieht, ist, daß in einer bestimmten Situation einige der eigenen Fraktionsmitglieder vor einer Abstimmung aus dem Saal geschickt werden, damit das vorher vereinbarte Ergebnis nicht gefährdet wird. Ich habe einen solchen Fall tatsächlich erlebt.

Wenn Demokratie und Parlamentarismus so funktionieren, finde ich das äußerst fatal. Deshalb bin ich auch skeptisch, Herr Hennis, was Ihren Vorschlag mit dem "Bündnis 328" angeht. Ich erlebe das hautnah in unserer kleinen Gruppe, die anfangs geradezu heldenhaft versucht hat, gegen die beiden großen Parteien mit eigenen Ideen und Vorschlägen anzukommen und auch den Dialog über die Parteigrenzen hinweg in Gang zu bringen. Unsere Anträge konnten so vernünftig sein, wie sie wollten, sie sind immer gescheitert.

Nur in einem einzigen Fall, der eine relativ belanglose Sache betraf, nämlich das Einspeisen des damals noch existenten DDR-Fernsehens ins Kabelnetz von Bonn, ist es mir tatsächlich gelungen, 160 Abgeordnete aus allen Parteien für einen gemeinsamen Antrag zu gewinnen. Der Haushaltsausschuß hat das dann aus Kostengründen abgelehnt, weil die eine Million, die an Mehrkosten entstanden wären, angeblich zu viel waren. Ich halte das im übrigen nach wie vor für eine richtige Forderung.

Die Erfahrungen mit einer kleinen Minderheitengruppe ermutigen mich jedenfalls nicht, Herr Hennis, Ihr Modell zu unterstützen, solange die Strukturen nicht grundlegend geändert werden.

Rudolph

Was hält uns zusammen? Am Anfang bezog sich diese Frage auf den Zusammenhalt in Demokratie und Gesellschaft, jetzt geht es mehr um die Deutschen hüben und drüben. Merkwürdigerweise - das wird ausländischen Beobachtern noch eigenartiger vorkommen - lautet die Antwort nicht: Die Zugehörigkeit zur gleichen Nation, also das nationale Bewußtsein hält uns, die wir ein geteiltes Land waren, zusammen. Das wäre ja zumindest die naheliegendste Antwort.

Warum kommt diese Antwort nicht? Warum reden wir über alle möglichen anderen Motivationen? Offensichtlich spielt diese große gesellschaftlich-politische Motivation, die vor allem im 19. Jahrhundert die Staaten geprägt hat, bei uns keine Rolle mehr, und niemand glaubt auch, daß uns dies bei all den Schwierigkeiten, von denen hier die Rede war, noch viel helfen könnte. Dabei wäre der Gedanke gar nicht so abwegig, daß sich mit Verteilungsproblemen und dergleichen leichter umgehen ließe, wenn man sich auf die Nation als den tieferen Grund der Einheit berufen würde oder könnte.

Nun ist das Nationalgefühl in Deutschland in der Tat recht schwach entwickelt, und zwar in beiden Teilen unseres Landes. Einen Grund dafür sehe ich darin, daß - ganz schlicht gesagt - die deutsche Einheit so lange hat auf sich warten lassen. Als sie endlich kam, waren besonders die Deutschen West, aber eigentlich auch die Deutschen Ost gar nicht mehr sonderlich an der nationalen Einheit interessiert.

Zum Beleg zwei, drei Gedankenexperimente. Stellen Sie sich einmal vor, die Einheit wäre, sagen wir, 1958 oder 1965 gekommen. Dann hätte es beispielsweise die ganze Diskussion um die Hauptstadtfrage überhaupt nicht gegeben. Das wäre selbstverständlich Berlin gewesen. Vielleicht erinnern Sie sich noch an einen Fernsehfilm von Rüdiger Altmann aus den 60er Jahren, der in einer politischen Fiktion zeigte, wie sich die deutsche Einheit in mehreren Stufen als Prozeß vollzieht. Am Schluß - Er ist mir sehr lebendig in Erinnerung geblieben - verkündet der Bundespräsident: Deutschland ist wieder ein Land. Überall läuten die Glocken; es herrscht allenthalben großer Jubel mit Feuerwerk und was sonst dazu gehört. Wissen Sie noch, welche lächerliche Debatte es bei uns über das Glockenläuten zum 3. Oktober gegeben hat? So etwas könne es doch nur aus religiösen Anlässen geben, hieß es, aber nicht wegen der Einheit - und was, Entschuldigung, der absurden Argumentationen weiter war.

Bei den Kerzendemonstrationen dagegen wurden überall die Glocken geläutet, ohne daß es irgendeine Diskussion darüber gegeben hätte. Weshalb? Für das westdeutsche Bewußtsein ist das absolut verständlich: Ausländerfeindlichkeit, das ist ein bundesrepublikanisches Thema, da können die Glocken geläutet werden. Die deutsche Einheit dagegen war im Grunde kein

bundesrepublikanisches Thema mehr, sondern etwas Fremdes, mit dem man sich allenfalls unter Mühen arrangieren konnte.

Ähnliches zeigt etwa auch die Debatte um mögliche Feiertage, auf die man verzichten könnte. Da wird dann vor allem der 3. Oktober genannt. Wer würde wohl in Frankreich auf die Idee kommen, den 14. Juli abzuschaffen? Keine Kirche, sondern der DGB will bei uns eher den Pfingstmontag erhalten wissen.

Ich will noch ein weiteres Indiz für meine These anführen. 1989 gab es bei uns noch ein anderes historisches Datum, nämlich den vierzigsten Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland. Das war im Mai, also nur wenige Monate vor den großen Veränderungen. Lesen Sie einmal die Reden nach, die aus jenem Anlaß damals gehalten wurden. Es wirkt - von heute aus gesehen - fast etwas gespenstisch: In keiner einzigen Rede kam irgendeine Vorstellung von Wiedervereinigung vor - auch bei Ihnen nicht, Herr Bundespräsident. Europäisierung lautete statt dessen das eigentliche Bekenntnis. Erst wenn sich in Europa alles zusammengefügt habe, komme vielleicht irgendwann einmal auch die Wiedervereinigung. Ich sage das wahrlich nicht mit dem Unterton der Kritik; aber so ist es gewesen.

Stürmer

Das, was nach 1989 stattgefunden hat, war eine europäische Wiedervereinigung, nicht eine isolierte nationale deutsche Vereinigung.

Rudolph

Das mag so sein. Dennoch bleibt es Tatsache, daß die Wiedervereinigung für die deutsche Politik kein eigentlich wichtiges Thema mehr war. Damals hatten sich im Grunde alle Gruppen, auch die lange Zeit gegen die Bundesrepublik gewesen waren, allmählich mit der Existenz dieses angeblichen Provisoriums arrangiert.

Als dann die Einheit plötzlich über uns kam, war nicht nur der Jubel sehr verhalten, sondern es zeigte sich auf einmal vielerorts eine ganz merkwürdige Liebe zur alten Bundesrepublik. So schlecht sei dieser Staat doch gar nicht gewesen, hieß es bei Leuten, von denen man es kaum erwartet hatte.

Kurz: Die Bundesrepublik war an ihrem vierzigsten Jahrestag entschieden dabei, sich mit sich selber abzufinden, und wenn wir ehrlich sind, haben die meisten von uns ähnlich empfunden. Die Wiedervereinigung haben wir zumindest nicht vermißt.

Wenn man damals fragte, was sich eigentlich ändern würde, wenn es zur Wiedervereinigung kommen sollte, dann war die Antwort in jedem Falle klar: Für die Bundesrepublik werde sich gar nichts ändern - außer daß Kosten entstünden;- , und für die DDR werde sich alles ändern. So ist es ja auch gekommen. Vielleicht etwas anders, als wir gedacht hatten, aber in die Richtung wiesen die Gedanken schon immer. Das zeigt, welchen geringen Stellenwert der Nationalstaat bei uns überhaupt noch hatte. Aus diesem Grund geht auch von der Wiedervereinigung keine nationale Motivationskraft aus.

Auf der anderen Seite ist die Relativierung des Nationalbewußtseins bei uns natürlich auch eine große Leistung gewesen und - paradoxerweise - für die Herbeiführung der Einheit ein Vorteil. Stellen Sie sich vor, die Wiedervereinigung hätte 1958 stattgefunden. Dann wäre zum Beispiel eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze kaum möglich gewesen. Damals hätte keine deutsche Partei auf die Ostgebiete verzichtet. Das heißt, zur Wiedervereinigung hätten 1958 die Ostgebiete notwendigerweise dazugehört. Dies ist in den letzten 30 Jahren sozusagen "abgearbeitet" worden.

Was in den letzten zwei, drei Jahrzehnten der Bundesrepublik stattgefunden hat, ist eine starke Europäisierung und auch so etwas wie eine politische Zivilisierung. Damit hatte die Bundesrepublik auch eine wichtige Vorarbeit für das Gelingen des Zwei-plus-vier-Prozesses geleistet, der im Jahre 1990 kaum so schnell und reibungslos hätte ablaufen können, wenn man sich die seinerzeitigen deutschen und europäischen Bewußtseinslagen vor Augen führt.

Zugespißt könnte man also behaupten: Das, was uns heute fehlt, nämlich ein starkes Nationalgefühl, hat es überhaupt erst ermöglicht, daß wir den Zustand der Einheit erreichen konnten. Das heißt, unsere europäischen Nachbarvölker konnten diesem Prozeß so leicht zustimmen, weil sie erkannten, daß wir nicht mehr den Willen, aber auch nicht das Bedürfnis haben, diesen gemeinsamen Staat mit einem starken nationalen Bewußtsein auszufüllen. Das war unsere Chance - es ist jetzt sozusagen unser Dilemma des Einigungsprozesses.

Ich möchte noch einen anderen Gesichtspunkt ansprechen. Es ist ja inzwischen fast ein Allgemeinplatz zu sagen: Mit der Einheit müssen wir auch Abschied von der Alt-Bundesrepublik

nehmen. Das mag jedermann einleuchten. Nur, wie soll das praktisch aussehen? Tatsache ist, daß sich die Alt-Bundesrepublik ausgedehnt hat und daß der Gedanke eines Abschieds von der alten Bundesrepublik im Grunde eine rhetorische Floskel geblieben ist. Die Einheit kam nicht bis Wanne-Eickel - ich frage mich manchmal, ob sie bis Berlin-Zehlendorf gekommen ist.

Wiederum zeigt sich ein Dilemma: Auf der einen Seite die Notwendigkeit, von der alten Bundesrepublik Abschied zu nehmen, während diese sich, auf der anderen Seite, auf ganz Deutschland ausdehnt. Daraus entsteht bei den Menschen in der Alt-Bundesrepublik natürlich der Eindruck, daß sich eigentlich gar nichts geändert habe. Denn für sie hat sich ja auch kaum etwas geändert. Wenn das aber so ist: Woher soll dann die Motivation kommen, daß man nun große Opfer zu bringen habe?

Ganz anders liegen die Dinge in der Ex-DDR. Die Menschen dort wollten zu dieser Bundesrepublik gehören. Deshalb, Herr Thierse und Herr Weiß, beruhte der Einheitsprozeß eben nicht - wie Sie es gern gesehen hätten - auf der Vereinigung von zwei mehr oder weniger gleichberechtigten Teilen, die beschlossenen hatten, sich zusammenzutun, sondern der Staat DDR brach zusammen, weil dessen Bevölkerung in die Bundesrepublik wollte.

Die Tragik der Menschen in den neuen Ländern ist, wenn Sie so wollen, daß sie jetzt in der Bundesrepublik sind und doch draußen vorbleiben - weil sie arbeitslos sind, weniger verdienen, große Anpassungsschwierigkeiten haben und so weiter. Auf der einen Seite leben sie als Bundesbürger - mit all der Freizügigkeit und den Dingen, die sie vorher vermißt haben;- , und auf der anderen Seite stehen sie immer noch vor den Toren dieser Bundesrepublik. Nicht zuletzt aus diesen Ambivalenzen entsteht ein Teil jener Probleme, die wir mit unserem Nationalbewußtsein haben.

Was wir brauchen, ist eine neue ernsthafte Identitätsdiskussion, so wie wir sie im Grunde während der ganzen 80er Jahre in der alten Bundesrepublik hatten. Diese Identitätsdiskussion kam - was ja bei einem geteilten Land schon merkwürdig ist - ganz ohne einen Seitenblick auf die DDR aus; es war eine rein binnen-bundesrepublikanische Debatte. Über alles wurde geredet: Über die Geschichte von Hermann dem Cherusker bis in unsere Tage, über sozialpsychologische Befindlichkeiten und und und. Nur die Tatsache, daß wir ein geteiltes Land waren, spielte überhaupt keine Rolle. Dies bestätigt einmal mehr, daß die Bundesrepublik sich zumindest in den 80er Jahren als ein aus dem historischen Prozeß entstandener eigenständiger Staat empfunden hat.

Das müssen wir jetzt aufbrechen - das ist die Aufgabe der neuen Identitätsdiskussion, die das vereinte Deutschland von uns fordert.

Lefringhausen

Es fällt auf, daß wir die Frage: Was hält uns zusammen? verändert haben. Wir fragen: Wer hält uns zusammen? Die inhaltliche Frage wird also zu einer institutionellen Frage. Dann begann die Suche nach Institutionen, die das leisten können. Wir haben viel über die Medien gesprochen, haben Bach und Lessing, das Bundesverfassungsgericht und die politische Führung bemüht. Auch die Kirchen wurden hin und wieder erwähnt, obwohl wir vor oder bereits in einer nachchristlichen Epoche leben. Im Grunde haben wir aber keine Institutionen gefunden, der wir zutrauen, diese Aufgabe bewältigen zu können.

Vielleicht liegt das auch an der Fragestellung, die ethische Bescheidenheit vermissen läßt; denn keine Institution kann heute so etwas wie "Sinnstiftung" leisten. Sollten wir nicht bescheidener fragen: Welche Agentur ist in der Lage, Unsinn zu mindern? Oder: Wer kann einen ethischen Suchprozeß einleitendem sich andere anschließen können?

Zu den Aufgaben würde gehören, über unsere bisherige Nachbarschaftsethik hinauszugehen und eine "Fernethik" im geographischen wie im zeitlichen Sinne zu entwickeln. Solche neuen ethischen Ansätze müßten zudem so ausformuliert werden, daß sie politikfähig sind, damit wir von der ethischen Wolkenschieberei wegkommen.

Wichtig dabei wäre nicht eine Ethik für, sondern mit anderen zu finden. Das sollten vor allem die Kirchen beachten. So wird Wirtschaftsethik nicht dadurch wirksam, daß die Kirche versucht, der Wirtschaft irgendeinen ethischen Gartenzaun zu setzen. Diese überholte Form, für den anderen denken zu wollen, müßte abgelöst werden durch eine dialogischere Form des gemeinsamen Suchens nach einer neuen Ethik.

Es hilft auch nicht, wenn die Kirchen mit Denkschriften verbal ethische Schneisen schlagen. Das ethische Defizit in unserer Gesellschaft besteht darin, daß Wertbilder fehlen, und Bilder lassen sich nicht in Begrifflichkeiten auflösen. Deshalb hat Bill Clinton in seinem Wahlkampf nicht nur Ghostwriter,

sondern auch Symbolberater engagiert, um die Wertbilder in der Bevölkerung aufzuspüren und zu reaktivieren.

Hingegen bleiben die Kirchen bei bildfremden Begriffen. Außerdem haben sich kirchliche Gruppen auf eine Veto-Ethik spezialisiert, boten also mehr Entrüstungsliteratur als eine gestaltende Ethik. Diese Schwäche müssen sie überwinden, bevor sie zum Animateur für eine neue ethische Suchbewegung werden können.

Hinzu kommt, daß in den Kirchen eine Sozialarbeiterperspektive überwiegt, die sie daran hindert, von den weichen Themen der Ethik, etwa der Sozialpolitik, zu den harten Themen, zum Beispiel den Sachzwängen, vorzustoßen und diese ethisch zu beurteilen. Mit einer sozial motivierten Verzicht- und Verteilungsethik lassen sich vielleicht Minoritäten mobilisieren, aber nicht ein ganzes Volk. Wenn nicht bei der Ausländerfrage, der Nord-Süd-Problematik oder bei den ökologischen Aufgaben deutlich wird, daß jeder Verzicht durch andere Vorteile kompensiert wird, muß der Ruf der Verzichtsethik echolos verhallen. Aber das Abwägen von Vor- und Nachteilen liegt kirchlicher Pflichtenethik nicht.

Animateur für eine ethische Suchbewegung können die Kirchen auch deshalb kaum werden, weil sie eine Milieuerengung erleben. Sie haben nämlich ganze Berufszweige aus den Kirchen "herausgepredigt": Unternehmer, Polizisten, Soldaten, Arbeiter. Diese Milieuerengung führt zu einem starken Wirklichkeitsverlust mit vorschneller ethischer Parteilichkeit, die jede ethische Suchbewegung lahmte.

Die Kirchen weisen allerdings zwei Vorzüge auf: Sie mißbrauchen nicht die Zukunftsängste vor allem der jüngeren Generation. Ferner befinden sie sich in Fragen politischer Ethik nicht in Entscheidungszwängen. Wer hingegen im politischen Tagesgeschäft eine Ethik praktizieren muß, die er selber produziert hat, erlebt, daß sie wie ein Bumerang zurückschlägt. Da haben es die Kirchen leichter. Sie haben, wie es heißt, gut reden, weil sie nur reden. Ohne Monopolansprüche, doch als Partner für eine ethische Suchbewegung könnten sie gute Verbündete sein.

Heimsoeth

Daß unser Nationalgefühl sich abgeschwächt hat, Herr Rudolph, hat sicher auch damit zu tun, daß wir 40 Jahre lang in der alten Bundesrepublik nach Ersatz gesucht haben. Ich denke an den Begriff "Verfassungspatriotismus". Teilweise glaubte man sogar, internationale Werte könnten Ersatz schaffen: "Menschenrechtspatriotismus". Die Werte der Verfassung im Bewußtsein der Menschen - vor allem auch der jungen - zu stärken, bleibt eine große Herausforderung. Aber reicht dies heute aus? Wir brauchen eine Rückkehr des Nationalen in den gesellschaftlichen Konsens. Wenn wir dies nicht bewußt ansteuern, besteht die Gefahr, daß das Nationale wieder in einer Weise virulent wird, die wir auf jeden Fall vermeiden müssen.

Um das zu ermöglichen, reicht es, glaube ich, nicht aus, sich nur mit den regionalen Einheiten zu identifizieren, Herr Weiß, weil diese für eine Reihe von Problemen eben doch als nicht ausreichend empfunden werden und auch unserer nationalen Verantwortung - und die haben wir - nicht gerecht werden.

Aber wie können wir bei uns das Nationale auf eine zeitgemäße, für unsere Demokratie und unser Zusammenleben sinnvolle Weise wieder in den Diskurs einführen und zugleich ihm einen angemessenen Platz geben? Der Begriff der Kulturnation ist zwar recht vage, aber er könnte einen Ansatzpunkt bieten, von dem aus etwa ein "Sprechender Pour le Mérite", wie ihn Herr Lepenies vorschlägt, wirksam werden und so etwas wie Sinnstiftung leisten könnte. Die Wiedererweckung der Kulturnation wäre eine nationale Aufgabe, die eine integrative Wirkung im Sinne der Identitätsdiskussion, die Herr Lefringhausen anregt, haben könnte.

Es reicht sicher nicht aus, Frau Vollmer, wollten wir am Wahlmodus für den Bundespräsidenten etwas ändern. Aber der Ansatz, die einzige nationale Integrations- und Repräsentationsinstanz besser für solche verbindlichkeitsstiftenden Aufgaben zu nutzen und entsprechend auszustatten, halte ich für richtig.

Kühnhardt

Zum Thema "Sinnstiftung" und politische Führung will ich nur anmerken: Was heute weithin gefordert wird, kann, wenn es denn tatsächlich stattfindet, sehr leicht wieder in den Vorwurf umschlagen, dies stehe einer emanzipierten, freien demokratischen Gesellschaft nicht gut zu Gesicht.

Reiter

Welches sind die Gründe für die Orientierungskrise, die Deutschland so besonders heimzusehen scheint? Liegt das an der besonderen Situation nach der Wiedervereinigung? Oder ist das mehr ein Problem, wie man die eigene Lage wahrnimmt? Da können nicht nur einzelne, sondern auch Gruppen, ja sogar ein ganzes Volk einer falschen Wahrnehmung erliegen.

Seit wann ist diese Orientierungskrise eigentlich bewußt wahrgenommen worden? Der Bundespräsident meinte, als ich ihm diese Frage stellte: Spätestens in dem Augenblick, als der Versuch gescheitert war, die Utopie des Kommunismus zu verwirklichen. Ehrlich gesagt, diese Antwort überzeugt mich nicht. Warum soll diese Utopie, die keinerlei Glaubwürdigkeit besaß, für die Orientierung der Deutschen so wichtig gewesen sein? Bedeutung hatte der Kommunismus im Grunde nur im machtpolitischen Sinne, weil er ein Bedrohungspotential darstellte. Aber im geistigen Sinne war dies doch überhaupt kein Alternativ-Modell, jedenfalls nicht mehr in den 80er Jahren; in den 50er Jahren mag das anders gewesen sein.

Was ich nicht verstehe, ist, warum mit dem Untergang des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa das geistige Weltbild im Westen ins Wanken geraten soll. Das Gegenteil müßte der Fall sein. Ich gerate doch nicht ausgerechnet in dem Augenblick in eine Orientierungskrise, in dem ich sozusagen recht bekomme.

Aber im zweiten Teil unserer Diskussion ist klarer geworden, daß es in Wahrheit um die Situation Deutschlands nach der Vereinigung geht. Und das verstehe ich sehr gut. Hier liegen die eigentlichen Ursachen für die Orientierungskrise. Was hält die beiden Teile Deutschlands zusammen? Wer hat die Vereinigung wirklich gewollt? Wer hat sie eher nicht gewollt? Die Integration der beiden Teile Deutschlands ist das Hauptproblem der jetzigen Bundesrepublik.

Darauf zielte auch Herr Lepenies mit seiner Forderung, Deutschland brauche nach der Vereinigung ansprechende Symbole und Inszenierungen. Wo ist derartiges zu suchen? Dazu hieß es in den letzten Beiträgen: im Bereich des Nationalen. Da bin ich aus zwei Gründen skeptisch. Zum einen wegen der besonderen Situation in den neuen Bundesländern. Ich befürchte nämlich, das könnte dort als eine Art Ersatzbefriedigung mißverstanden werden. Das Nationalgefühl sozusagen als Pflaster für seelische Wunden. Da habe ich große Bedenken. Entschuldigen Sie, wenn ich mich hier gewissermaßen in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik einmische, aber ich weiß mich dazu ermuntert durch das Staatsoberhaupt dieses Landes.

von Weizsäcker

Außerdem haben Sie recht.

Reiter

Ich tue das natürlich auch im Sinne der Weltinnenpolitik, die Frau Vollmer gefordert hat.

Der zweite Grund ist allgemeiner Natur. Ich verstehe selbstverständlich, daß Deutschland gerade in der gegenwärtigen Situation den Wunsch nach einem intakten Nationalgefühl hat. Niemand kann von den Deutschen erwarten, daß sie sich selbst verleugnen. Das wäre geradezu anormal. Dennoch sollte man sehr vorsichtig damit sein. Deutschland kann sich, wenn es falsch damit umgeht, um eine große Chance bringen.

Deutschland ist ein großes Land in Europa, das eine starke Faszination auf seine Nachbarn ausübt, und zwar in ganz Europa. Diesen Trumpf sollte Deutschland nicht nur im eigenen, sondern auch im Interesse der anderen einsetzen. Wenn Deutschland jetzt beginnt, das zu betonen, was uns in Europa trennt, dann verliert es diese enorme Gelegenheit, Europa stärker zusammenzuführen. Deutschlands Attraktivität besteht nicht darin, daß es zum Kristallisationspunkt aller Deutschstämmigen in der ganzen Welt wird. Seine Attraktivität liegt vielmehr in dem Lebensmodell, das die Bundesrepublik in vierzig Jahren entwickelt hat. Das ist etwas, das die Deutschen zusammenhalten und dieses Land zugleich nach außen attraktiv machen kann. Dieses Potential scheint mir heute nicht konsequent genug genutzt zu werden.

Wenn ich beispielsweise die Lebensumstände von Polen, die hier in der Bundesrepublik leben, mit der Situation meiner polnischen Bekannten und Freunde in Frankreich vergleiche, dann ist es in Frankreich viel leichter, Franzose und gleichzeitig Pole zu sein als Entsprechendes in Deutschland. Ich sehe nicht ein, warum das so sein muß. Es müßte doch gerade im Interesse der Bundesrepublik liegen, es möglichst vielen Menschen zu erlauben, gleichzeitig Deutscher und Pole, Tscheche oder Ukrainer zu sein.

Ich erzähle dazu eine kleine Geschichte. Dort, wo heute der Reichstag steht, stand früher das Palais Raczynski. Atanasius Graf Raczynski war ein polnischer Adelige und zugleich preußischer Staatsdiener, der als preußischer Gesandter in Kopenhagen und in Lissabon tätig war. Dennoch verstand er sich als Pole und hat dies auch in seiner Lebenshaltung zum Ausdruck gebracht. Mit der Gründung des Deutschen Reiches von 1871 hörte dies auf. Danach wurde es schwierig, wenn nicht unmöglich, zugleich Deutscher und Pole zu sein.

Ich meine, es wäre recht enttäuschend, wenn die Deutschen jetzt dort wiederanknüpften, wo viele Probleme begonnen haben, und sich nicht an anderen Traditionen orientierten. Eine Aufbruchssituation, wie wir sie heute erleben, bietet auch neue Möglichkeiten. Ich mache mir keine Illusionen, aber bei allem Chaos und bei aller Orientierungslosigkeit gibt es einen Gestaltungsraum, wenn man ihn nur erkennen und ernsthaft wahrnehmen will.

Ich will im übrigen nur noch anmerken, daß in dieser Diskussion bei der Frage: Was hält uns zusammen? überhaupt nicht das Stichwort "Europa" gefallen ist. Vor drei, vier Jahren hätten die meisten auf eine ähnliche Frage mit Europa geantwortet. Dies geschieht heute, wenn überhaupt, nur hoch mit großen Vorbehalten. Das ist schon erstaunlich.

Rüttgers

Ich glaube doch, Herr Reiter, daß der Beginn der Orientierungskrise etwas mit dem Untergang des Marxismus oder Kommunismus zu tun hat. Für die einen, weil eine Hoffnung zerbrochen ist, für die anderen, weil sie sich nicht mehr zur Hälfte negativ definieren können. Für viele Politiker hatte immer dann, wenn es inhaltlich nicht mehr weiterging, der gemeinsame Kampf gegen den Kommunismus eine Art gemeinschaftsstiftende Wirkung. Das hat vieles überdeckt. Aber das macht es jetzt auch für beide Gruppen schwerer.

Herr Flimm hat das Bonner Glashaus kritisiert. Nun, Herr Flimm, wir haben vor wenigen Wochen in Bonn ein Glashaus eröffnet, und vielleicht ist es symptomatisch, daß dieses Glashaus zur Zeit nicht benutzt werden kann, weil die Sprachverstärker nicht funktionieren. Andererseits wird dieses Gebäude wegen seiner Transparenz sehr gelobt. Vielleicht tagt gerade deshalb ein Gremium nicht im Glashaus, sondern eher geheim in einem alten Nebengebäude, nämlich der Vermittlungsausschuß. Dort kann man erleben, wie sich des öfteren ein Bündnis von Bundestagsfraktionen mit den ostdeutschen Ländern gegen westdeutsche Länder einstellt. Eine Lösung kann in vielen Fällen immer erst dann erzielt werden, wenn die Bereitschaft zum Kompromiß mit viel Geld erkaufte worden ist. Das ist die Realität, wie man zu Ergebnissen kommt.

Es ist sicher richtig, wie der Bundespräsident meinte, daß die Mentalität der Bevölkerung derzeit nicht "normal" ist. Muß man aber in einer solchen Zeit unnormal reagieren? Haben nicht zumindest die staatlichen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland 40 Jahre lang gut funktioniert und sich auch immer wieder an neue Situationen angepaßt? Warum haben wir eigentlich so wenig Zutrauen, daß dies auch bei dieser Herausforderung möglich ist? Oder anders gefragt: Muß man bei jeder größeren Schwierigkeit die Systemfrage stellen?

Hier war sodann vom Ort des politischen Diskurses die Rede. Mein Traum ist schon seit einiger Zeit, daß wir uns einen Ort schaffen, wo die Eliten Diskurs halten können. Nachdem nun zwangsläufig bei uns Akademien zerschlagen werden, wäre es nicht sinnvoll und würde es nicht auch einer gemeinsamen Tradition entsprechen, über eine neue Akademie der Wissenschaften nachzudenken?

Kühnhardt

Anfang des 19. Jahrhunderts bereiste Madame de Staël Deutschland, weil sie, wie sie sagte, das Gefühl hatte, hier sei der Weltgeist gerade zu Hause. Das wird man wohl heute nicht sagen können. Aber zuweilen habe ich den Eindruck, als wollten wir heute die Ziele des Weltgeistes sozusagen außerhalb unserer Grenzen suchen und einlösen. Das heißt, wir konzentrieren uns oft weniger auf die Aufgaben dieses Landes und nehmen uns statt dessen der Probleme der ganzen Welt an. Dadurch aber übernehmen wir uns auf romantische Weise wieder einmal.

Sollten wir uns die von Herrn Lepenies geforderte ethnologische Kompetenz tatsächlich aneignen, würden wir vermutlich sehr schnell feststellen müssen, daß Zweifel an der Idee der Einheit dieser Welt angebracht sind und die Idee einer Weltinnenpolitik, die ein wenig visionär entwickelt wurde, mehr als problematisch bleibt. Völker leben in unterschiedlichen Kulturkreisen mit sehr verschiedenen Rechtssystemen und anderen Verschiedenheiten. Würden wir uns da nicht erheblich übernehmen, wenn wir gewissermaßen die Speerspitze einer weltinnenpolitischen Bewegung bilden wollten und dies in einem Augenblick, wo die Kulturkreise eher auseinanderzufallen drohen? Hilfreicher als

pauschales Reden von der Weltinnenpolitik wäre eine Neubestimmung des Verhältnisses von globalen Verbundenheiten und regionalen Aufgaben, Werten und Zielen.

Eine andere Thematik, die schon Madame de Staël aufgefallen ist: Warum tun wir uns in Deutschland eigentlich so schwer mit der Religion? Es wäre ja im Hinblick auf die Suche nach neuen Verbindlichkeiten nicht ganz unwichtig, auch auf die Religion bauen zu können. Madame de Staël hat damals gesagt, die Deutschen seien eine metaphysische Nation. Wir sind auch heute eher ein Volk von Theologen, als ein religiöses Volk. Hat das etwas mit unserer Mentalität zu tun? Und wie wirkt sich dies auf unser Zusammenleben in Deutschland aus, was etwa die Entwicklung einer gesamtgesellschaftlich verbindlichen Ethik angeht? Nach Umfrageergebnissen sehen 25 Prozent der Deutschen das Tötungsverbot nurmehr als relativ an. Aber vielleicht überschätzen wir auch nur unsere ethisch-moralische Mitgestaltungsfähigkeit in einer nachchristlichen Welt.

Wie steht es übrigens mit den gleichzeitig überall aufbrechenden religiösen Erneuerungsbewegungen? Nicht nur bei uns und in anderen europäischen Staaten, sondern auch in anderen Kulturkreisen geht eine wachsende Indifferenz gegenüber etablierten Religionen mit einer gleichzeitigen Fundamentalisierung kleiner charismatischer Gruppen einher. Radikale politische oder auch theologische Positionen laden sich sozusagen wieder religiös auf. Liefert das Sektenwesen die nächste Utopie, die uns ins Haus steht? Wie wird die pluralistische liberale Demokratie damit umgehen?

Mitunter habe ich das Gefühl, wir müßten uns aber auch mit dem Vorwurf auseinandersetzen, wir wollten den Rest der Menschheit von den Segnungen unserer Vorstellung von Demokratie überzeugen, so als ob sie allein der Welt das Heil brächte. Das trägt zuweilen auch leicht kulturimperialistische, ideologische Züge, zumal wenn uns gleichzeitig die Frage wenig kümmert, ob anderswo überhaupt die geeigneten Voraussetzungen für die liberale Demokratie gegeben sind, die wir so hoch in Kurs halten. Die Frage nach den Grenzen und nach den Voraussetzungen der liberalen Demokratie ist jedenfalls neuerlich gestellt.

Stürmer

Die Orientierungskrise, die wir gegenwärtig wahrnehmen, ist zweifellos weitgehend außenpolitisch bedingt. Auch die deutsche Wiedervereinigung war Teil der gewaltigen Weltkrise, die wir erlebt haben und noch erleben. Glücklicherweise konnte dieser Teil sehr schnell bewältigt werden. Wenn wir mit der Vereinigung gewartet hätten, wie einige kluge Leute gemeint haben, wäre es angesichts der sich überschlagenden Ereignisse, etwa in der ehemaligen Sowjetunion, sehr fraglich gewesen, wie es mit Deutschlands Einheit hätte weitergehen können. Wir sollten froh sein, daß die äußeren Bedingungen der Wiedervereinigung festgestellt sind und wir sie nur noch im Innern bewältigen müssen, was schwierig genug und Teil unserer Orientierungskrise ist.

Nun haben offenkundig viele die deutsche Vereinigung schon als Abschluß der Weltkrise verstanden, weswegen uns die Außenwelt kaum noch zu interessieren scheint und wir unentwegt auf unsere Binnenwelt blicken. 70 Prozent der Deutschen haben vor einem Jahr bekannt, sie wollten lieber Schweden oder die Schweiz sein, statt zu sagen: Wir leben nun einmal an diesem Platz, und damit müssen wir fertig werden. Diese Haltung signalisiert einen bedenklichen Realitätsverlust.

Während wir ausdauernd über den Artikel 16 diskutieren, übersehen wir vollkommen, daß die ganze Flüchtlings- und Asylantenproblematik Anzeichen einer aus den Fugen gehenden Welt ist.

Rudolph

Das steht bei uns in fast jedem Leitartikel.

Stürmer

In den Bundestagsdebatten über Asyl ist jedenfalls kaum deutlich geworden, um was es hier wirklich geht, nämlich um eine tiefgreifende Veränderung der Welt, wie sie sich nach 1945 dargestellt hat. Ich meine, auch wir können es nicht vermeiden, zur Neuordnung der Welt unseren Beitrag zu leisten, statt uns nur mit der Änderung der Geschäftsordnung bei uns zu beschäftigen. Weite Teile der Welt, beispielsweise Afrikas, versinken im Chaos, und wir tun so, als ginge uns das alles wenig an.

Da wäre es allerdings dringend erforderlich, uns über unsere nationalen Interessen und Möglichkeiten klarzuwerden. Wo und in welcher Form können wir überhaupt einen sinnvollen Beitrag zur Stabilisierung in der Welt leisten, und wo müssen wir die Dinge leider Gottes sich selbst überlassen, weil wir uns sonst überfordern würden? Statt dessen reden wir Verfassungshindernisse für den

Einsatz der Bundeswehr herbei. Offenbar meinen wir, der Zustand der Welt sei so fabelhaft, daß man ihn getrost Diplomaten und Rote-Kreuz-Schwestern überlassen kann.

Dabei wird immer deutlicher, daß die Zeit gegen uns arbeitet und schnelles Handeln unabdingbar macht. Statt dessen wurde die Diskussion über eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik gerade auf 1996 vertagt. Wer weiß, wie die Welt in drei Jahren aussieht - seit 1989 sind auch nicht mehr als drei Jahre vergangen, und damals lebten wir noch in einer anderen Welt. Nichts spricht dafür, daß sich die Entwicklung verlangsamen wird. Es wäre ja schön, wenn wir uns mehr Zeit lassen könnten, wie Herr Flimm uns nahelegt. Ich fürchte nur, gegenwärtig ist uns keine Pause vergönnt.

In dieser Situation ist nun allerdings politische Führung gefordert. Das können die Medien nicht leisten. Denn auf all diese Entwicklungen muß die Nation vorbereitet werden. Jetzt steht auch unsere Bündnisfähigkeit auf dem Spiel und damit jenes außenpolitische Gefüge, ohne daß unser Land nicht überlebensfähig ist.

Glees

Hier war immer wieder von der Hoffnung die Rede, ohne die sich die Zukunft nicht gestalten läßt. In Großbritannien versucht man diese Hoffnung vorzugsweise aus der Vergangenheit zu schöpfen. Und ich meine, auch die Deutschen können sich durchaus an ihrer jüngsten Vergangenheit orientieren.

Herr Flimm erwähnte die großen Demonstrationen gegen Ausländerfeindlichkeit, über die auch unsere Medien positiv berichtet haben. Was sich da gezeigt hat, ist, daß Bonn wirklich nicht Weimar ist. Dieser Republik, das ist deutlich geworden, fehlt es nicht an richtigen Republikanern und Demokraten, und ihr Bundespräsident steht da an erster Stelle - anders als das in Weimar der Fall war. Daraus können Sie durchaus große Hoffnung ziehen.

Diese Hoffnung kann sicher nicht auf einen kruden Nationalismus setzen; darin dürften wir uns alle einig sein. Aber die Nation, liberal und zukunftsorientiert, kann sehr wohl ein Hoffnungsträger sein. Bundeskanzler Kohl hat kürzlich in England von einem europäischen Deutschland gesprochen. Wir haben uns gefragt, was das bedeuten mag. Ist das eine gewisse Verwässerung des Deutschseins? Vielleicht hat er es in der Richtung gemeint.

Aber diese Diskussion hier sagt eigentlich etwas anderes. Ein europäisches Deutschland, so würde ich es mit Herrn Reiter verstehen, heißt, daß wir alle in Europa ein ausgesprochenes Interesse daran haben, daß das große europäische Experiment, das hier unternommen wird, gelingt. Insofern ist das auch unsere Hoffnung auf die Zukunft. Europa sollte ein erfreuliches Unternehmen, sogar ein Abenteuer sein, an dem wir alle beteiligt sein wollen.

Hirsch

Wir sollten in jedem Fall der Versuchung widerstehen, romantische Nationalismen des 19. Jahrhunderts wiederzubeleben. Ralf Dahrendorf hat einmal gesagt, daß es das große "Verdienst" des Nationalsozialismus gewesen sei, uns hoffentlich ein für allemal diese Romantizismen ausgetrieben zu haben. Für mich ist auch nicht die nationale Idee im vorigen Jahrhundert das Entscheidende, sondern die damals mit ihr verbundene demokratische Revolution gegen den - wie Bismarck es genannt hat - gott- und heillosen Souveränitätsschwindel der deutschen Fürsten.

Wenn wir fragen: Was hält uns heute zusammen?, dann kommt es eben nicht auf die Nationalismen an, sondern auf die Wiederbelebung des demokratischen Prozesses. Denn nur von diesem gehen wirklich integrative Kräfte aus, und für die brauchen wir mehr Geduld, als wir aufwenden. Sie müssen nur durch die deutschen Lande fahren, um die vielfältigen regionalen Unterschiede bis hin zur Sprache und Struktur der Dörfer festzustellen. Im Ruhrgebiet ist ganz klar, wo Einwanderer aus dem katholischen Oberschlesien kamen, und wo die Haniels im protestantischen Pommern und in Ostpreußen Leute angeworben hatten. Deshalb konnte man bei der kommunalen Neugliederung beispielsweise Gladbeck und Bottrop nicht zusammenschließen, weil da - nach hundert Jahren - immer noch erhebliche Vorurteile der Menschen, die damals aus unterschiedlichen Regionen eingewandert sind, bis zum heutigen Tag gegeneinander bestehen. Integration braucht also sehr viel mehr Zeit.

Was mich beunruhigt, ist, daß die politischen Entscheidungen immer mehr von den politischen Inhalten abgetrennt werden. Das zeigt die Bundeswehrdiskussion genauso wie die Debatten über Maastricht oder über die Asylproblematik. Wir reden nicht über die Inhalte, sondern orientieren unsere Entscheidungen an irgendwelchen Terminen, ob beispielsweise der Bundeskanzler nach Edinburgh fährt. Bis dahin muß dann eben die Entscheidung getroffen sein, egal wie weit wir mit der inhaltlichen

Diskussion sind. An welchem Ort können wir eigentlich noch eingehend über die Sache reden - bis hin zu der auseinanderbrechenden Welt, die Herr Stürmer kommen sieht?

Mir ist übrigens die Bundestagsdebatte 1982 nach der Wende von Schmidt zu Kohl noch lebhaft in Erinnerung. Damals propagierte Kohl die geistig-moralische Wende und warf seinem Vorgänger Schmidt vor, seine Regierung habe keine geistige Führung ausgeübt. Darauf antwortete Schmidt, geistige Führung sei nicht die alleinige Aufgabe der Politik, sondern daran müsse sich die ganze Gesellschaft beteiligen. Was beide übersehen haben, ist, daß weder die Politik noch die Gesellschaft zur geistigen Führung in der Lage waren.

Dies hängt unmittelbar mit der Frage zusammen, wie wir wieder zu einem wirklichen politischen Diskurs kommen können. Gegenüber Elementen der direkten Demokratie bin ich skeptisch, obwohl in Sachen Maastricht oder auch bei einem reformierten Grundgesetz durchaus eine Volksabstimmung möglich gewesen wäre, selbst wenn wir uns enorm hätten anstrengen müssen, um dafür in der Bevölkerung eine Mehrheit zu erzielen. In dieser Hinsicht sind wir alle herausgefordert, um den politischen Diskurs zu organisieren, nicht zuletzt die Medien, aber auch andere Bereiche der Gesellschaft, wie Herr Krackow mit seinem Beispiel aus der Wirtschaft angedeutet hat.

Senghaas

Wir haben viel über die Symptome des Parteienstaates und die sich daraus ableitenden Symptome der Politik und des Politikmachens diskutiert. Handelt es sich hierbei wirklich um eine Orientierungskrise oder gar um Erscheinungen eines Epochenwechsels? Ich möchte in diesem Zusammenhang auf Karl W. Deutsch verweisen, der in seinem Werk "The Nerves of Government" (1963) gezeigt hat/daß Politik verkümmern und den Bezug zur gesellschaftlichen Wirklichkeit verlieren kann. Dann würde sie in aufwendiger Selbstinszenierung nur noch um sich selbst kreisen, allein Machterwerb und Machtbehauptung im Sinn habend. Die Folge sind Verdrossenheit, ja Zynismus gegenüber aller Politik in der Bevölkerung. Karl Deutsch hat aber auch daraufhingewiesen, daß Politik ein wichtiges Medium gesellschaftlichen Lernens sein kann, das viele Menschen motiviert. Durch kritische Prüfung der Realität sind dann auch wirklichkeitsgerechte Problemerkennung und innovative Problemlösung eher möglich.

Die politische Sphäre ist also durch eine gewisse Doppelseitigkeit gekennzeichnet. In ihrem Kern steht natürlich die Problematik der politischen Macht. Macht kann, wenn es nur um ihre Selbstbehauptung geht, blind machen und Lernpathologien auslösen. Karl Deutsch definiert Macht geradezu "als die Fähigkeit, es sich leisten zu können, nicht zu lernen". Das heißt, der Besitz von Macht beinhaltet immer die Gefahr der Selbstabkapselung und Selbstverdummung. Daß diese Gefahr derzeit unsere politische Szenerie bedroht, ist in unserer Diskussion mehrfach zur Sprache gekommen.

Aber sind Begriffe wie "Orientierungskrise" und "Epochenwechsel" für diese Symptome angemessen? Handelt es sich nicht in Wirklichkeit um die bekannten Funktionsdefizite von Großorganisationen, wie sie die Parteien und die Staatsbürokratien immer verkörpern? Müssen unsere politischen Apparate notwendigerweise und unausweichlich lernpathologisch-machtversessen sein? Könnten sie nicht auch genauso horizontweiternd-innovativ wirksam werden?

Herr Langer meinte, die Parteien seien selbst die Krankheit und könnten deshalb nicht zu einem Mittel der Heilung werden. Dagegen haben wir hier doch viele Hinweise erhalten, daß die Funktionsdefizite korrigierbar sind. Ich erwähne nur den Vorschlag von Herrn Hennis mit dem "Bündnis 328", also dem Versuch, in sämtlichen Wahlkreisen den etablierten Parteien eine Art Gegenpartei entgegenzustellen. Dazu gehören auch die Hinweise zur Parlamentsreform von Herrn Hirsch oder die Inszenierung großer Parlamentsdebatten, die Herr Stürmer wieder forderte. Es bestehen also durchaus Möglichkeiten, aus der Funktionskrise der Politik herauszukommen.

Machtversessenheit in politisierbaren Gesellschaften wird früher oder später dysfunktional. Damit wächst dann die Chance für alternative politische Projekte und für neue politische Figuren mit neuen Ideen, die neue Prioritäten setzen können. In dem Falle würde auch die Bereitschaft zur aktiven politischen Partizipation wieder zunehmen.

Herr Thierse hat eindringlich über die Orientierungskrise der Menschen in der östlichen Hälfte Deutschlands gesprochen. Aber wie repräsentativ ist das von ihm gezeichnete Bild? Sind davon alle Menschen in den neuen Bundesländern betroffen, gleichgültig, ob sie Arbeit haben oder arbeitslos sind, ob sie unternehmerisch tätig geworden oder in der öffentlichen Verwaltung untergekommen sind, ob sie über oder unter fünfzig Jahre alt sind, ob sie in Sachsen oder in Mecklenburg wohnen?

Nach aller Erfahrung gibt es in modernen Massengesellschaften keine homogene Befindlichkeit. Deshalb sind die Differenzierungen entscheidend. Doch möglicherweise hat der Umbruch, wie er

1989/90 die ehemalige DDR betroffen hat, tatsächlich zu einer Vereinheitlichung von Grundbefindlichkeiten geführt. Vielleicht täuschen wir uns darin aber auch. Ich darf daran erinnern, wie sehr sich die gesamte Intelligentsia der DDR hinsichtlich der ersten freien Wahl am 18. März 1990 getäuscht hatte. Da war ein total falsches Bild von der Grundbefindlichkeit der DDR-Bürger vermittelt worden.

Könnte es nicht sein, daß wir uns im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen wiederum gründlich irren? Zumindest halte ich es für möglich, daß die Bundestagswahl 1994 eine dem März 1990 vergleichbare Überraschung in sich birgt. Denn es könnte sein, daß viele Menschen zwar von einer Orientierungskrise betroffen sind, aber dadurch nicht einer Katastrophenstimmung verfallen, sondern Tritt fassen und bei entsprechender politischer Führung und eigenem Engagement viele der ungelösten Probleme für lösbar ansehen.

Deshalb halte ich für wichtig, von einer realistischen Zeitperspektive auszugehen. Wir diskutierten hier drei Jahre nach einem tiefgreifenden Umbruch, aber wir sollten zehn bis fünfzehn Jahre als realistische Perspektive im Auge haben, um uns nicht fälschlicherweise in eine Katastrophenmentalität hineinzumanövrieren.

Im übrigen sollte man auch darüber nachdenken, welche Folgen es hätte, wenn in Deutschland, einem reichen, mit viel Kompetenz ausgestatteten Land, das Aufbauprojekt Ost innerhalb der nächsten Jahre scheitern sollte. Wer könnte dann noch mit einiger Glaubwürdigkeit entwicklungspolitische Anstrengungen beispielsweise für die östliche Hälfte Europas oder für die südlichen Entwicklungskontinente propagieren? Wenn nicht einmal die massive Entwicklungshilfe aus dem Westen Deutschlands in die neuen Bundesländer Erfolg hätte, wie sollten sich dann andernorts angesichts viel schwierigerer Ausgangsbedingungen und geringerer Transferleistungen Erfolge einstellen? Würde dadurch nicht sämtliche Entwicklungspolitik diskreditiert?

Herr Stürmer sprach von den schwierigen außenpolitischen Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich Deutschland bewegen wird. Hier kann man tatsächlich von Orientierungskrise sprechen. Denn die Interdependenzen zwischen unseren eigenen Bestrebungen und denjenigen anderer Gesellschaften und Staaten sind außerordentlich komplex und vor allem weit weniger steuerbar, selbst für ein politisch wichtiges und ökonomisch potentes Land wie Deutschland nicht.

Die Lage Deutschlands unterscheidet sich allerdings hierin nicht von derjenigen anderer Staaten. Alle Staaten müssen sich heute mit durchgängigen Entwicklungstrends auseinandersetzen, beispielsweise der wachsenden Globalisierung internationaler Politik bei einem gleichzeitigen Trend zur Fragmentierung. Interessen sind heute im allgemeinen und ganz besonders für Deutschland weit mehr verflochten und kaum noch machtpolitisch durchsetzbar. Eine früheren Epochen vergleichbare Grundlage für Hegemoniestrukturen auf Zeit gibt es nicht mehr. Jeder Führungsanspruch würde heute, vor allem in Europa, die größten Widerstände auslösen. Die Politik ist also auf Koordination und Konzertierung angewiesen.

Ich würde mir wünschen, wir hätten in Deutschland wirklich eine Debatte über die Interessen der Deutschen in einem so schwierigen Umfeld, um vorsichtig politikfähige Orientierungen auf Zeit zu gewinnen. Die von Frau Vollmer angesprochene UNO-Problematik wäre dabei eines der großen Themen.

Den Begriff Epochenwechsel würde ich auf die meisten Sachverhalte, die wir hier diskutiert haben, nicht anwenden. Lediglich in bezug auf die Ökologieproblematik, die der Bundespräsident und Herr Hirsch erwähnt haben, scheint er mir angemessen. Wir wissen alle, daß der westliche Entwicklungsweg, 4er auf seine Art äußerst erfolgreich war, in weltweiter Hinsicht nicht verallgemeinerungsfähig ist: Der Ressourcen- und insbesondere der Energieverbrauch pro Kopf, wie er in den hochindustrialisierten Ländern üblich ist, würde - auf die Welt übertragen - in wenigen Jahrzehnten das ökologische Ende bedeuten. Wenn diese Beobachtung richtig ist, dann stehen wir wirklich an einer Epochenwende. In dem Falle müßte sich die Welt insgesamt auf ein gigantisches ökonomisch-ökologisches Umbauprojekt einlassen!

Ich ziehe aus all diesen Überlegungen die methodische Schlußfolgerung, daß wir nicht nur eine öffentliche Debatte über viele einzelne Sachprobleme benötigen, sondern auch eine Debatte über die Gewichtung dieser Sachprobleme. Es gibt Probleme, die ohne weiteres lösbar erscheinen und wo man sich wundert, warum kollektive Anstrengungen nicht zu ihrer relativ raschen Lösung führen. Es gibt andere Probleme, die nur im Zeitrahmen von einer oder zwei Generationen lösbar erscheinen. Schließlich gibt es Probleme, die heute unter dem Stichwort "Erdpolitik" diskutiert werden, bei denen wir es mit einer Jahrhundertaufgabe zu tun haben. Aber auch da wäre "exemplarisches Handeln"

nötig, wie Herr Lepenies fordert, damit sich überhaupt etwas in die richtige Richtung zu bewegen scheint.

Beim Thema Weltbevölkerungswachstum indes, das Herr Stürmer ansprach, fehlen uns bisher die angemessenen Begriffe, um das zu kennzeichnen, was da auf uns zukommt. Wir wissen, daß sich die Menschheit in den kommenden fünfzig Jahren wahrscheinlich verdoppeln wird - bei gleichzeitig weltweit schwindender Ressourcenbasis. Diese Konstellation drückt sicher mehr als einen Epochenwechsel aus, zumal diese Bevölkerungen, wie ich in meinem ersten Beitrag gesagt habe, durch und durch politisiert sein werden. Wer im Hinblick auf diese Konstellation - den Widerspruch zwischen "Ethnopolitik" und "Erdpolitik" - eine Problemlösungsperspektive zu formulieren imstande wäre, verdiente in der Tat einen Nobelpreis.

Lepenies

Wir leben in einer Epochenwende und sollten die Dramatik der Probleme, vor denen wir stehen, nicht unterschätzen. In dieser Hinsicht würde ich Herrn Stürmer zustimmen. Tocqueville hat einmal von einem Politiker, der immer alle Probleme herunterspielte, gesagt: "Er weigert sich zu glauben, daß sein Haus brenne, solange er noch den Schlüssel dazu in der Tasche hat." Von Normalität kann in unserer Situation keine Rede sein.

Nun stellen wir fest, daß es für eine Reihe von Problemen der Weltinnen- und auch der Weltumweltpolitik durchaus Expertisen gibt, die konsensfähig sind, die aber politisch nicht umgesetzt werden. Das gilt vor allem für den Bereich der Umweltpolitik.

Auf der anderen Seite müssen wir aber auch konstatieren, daß es auf vielen Gebieten noch an Expertisen fehlt, beispielsweise im Bereich der Ökonomie. In dieser Hinsicht finde ich es beispielsweise nicht wenig beunruhigend, an wen in der Regel der Nobelpreis für Ökonomie vergeben wird. Das sind diejenigen, die zu den drängenden ökonomischen Problemen unserer Zeit eigentlich nichts mehr zu sagen haben, während die, die dazu etwas sagen können, wie etwa Albert Hirschman in Princeton, ihn nicht bekommen.

Dies ist für mich einer der Indikatoren für eine gewisse Blindheit, die im Bereich der Wissenschaften mindestens so schlimm ist wie im Bereich der Politik. Entsprechend ist es auch um die globale Steuerungsfähigkeit bestimmter Probleme entschieden schlecht bestellt, schlechter, als manche von uns das noch vor wenigen Jahren erwartet haben.

Angesichts dieser Sachlage bleibt uns gar nichts anderes übrig, als einen Teil dieser Probleme auf kleinere Ebenen herunterzudefinieren, um sie dort zwar noch nicht zu lösen, wohl aber in überschaubaren Zusammenhängen darüber reden zu können. Zweifellos geht es dabei um globale Probleme - was uns aber nicht daran hindern darf, diese Probleme auf der nationalen Ebene zu diskutieren.

Ich nenne dafür als Beispiel die Energieplafonierung, wie sie von Experten vorgeschlagen worden ist. Es wäre durchaus denkbar und sinnvoll, wenn sich ein Land in Europa als politisches Ziel setzte - sagen wir, bis zum Jahre 2010;- den Energiezuwachs zu stabilisieren und dennoch ein wirtschaftliches Wachstum zu erzielen. Fachleute sind der Ansicht, es sei zumindest sinnvoll, darüber nachzudenken und ein solches politisches Ziel zu formulieren. Wenn das im nationalen Kontext geschähe, hätte es mit Sicherheit Wirkungen, die über den nationalen Rahmen weit hinausgehen.

In Deutschland haben wir die besondere Situation, daß wir in der Vergangenheit geradezu Entlastungsvirtuos gewesen sind, indem wir versucht haben, die Probleme stets auf andere Ebenen zu verschieben: die UNO oder die Weltgesellschaft; in der Regel war es Europa. Deshalb, Herr Reiter, haben wir hier das Thema Europa wohl nicht darum ausgeklammert, weil uns Europa auf einmal weniger wichtig geworden wäre, sondern weil wir die Notwendigkeit sehen, bestimmte Dinge verantwortlich in unserem eigenen nationalen Kontext zu diskutieren. Ich halte das für außerordentlich wichtig, weil es gegenwärtig für uns Deutsche nicht länger möglich ist, bestimmte Themen wie bisher auf andere Ebenen zu schieben, um uns davon zu entlasten. Deshalb haben wir Europa nicht vergessen.

Ein wichtiger Punkt ist natürlich, daß uns eine gewisse Normalität staatlichen Selbstbewußtseins im Vergleich zu anderen Ländern abgeht. Durch den Vereinigungsprozeß sind erhebliche Probleme entstanden. Dafür möchte ich noch einmal das Stichwort "Mentalität" aufgreifen. Worum es in der Tat geht, ist, so etwas wie einen Bewußtseinswandel einzuleiten. Dafür gibt es kaum Vorbilder. Aber wir sollten nicht glauben, daß uns mit weniger geholfen wäre.

Auf welche Weise kann versucht werden, Bewußtsein zu verändern? Dafür habe ich das exemplarische Handeln postuliert. Hier sind die Eliten gefordert, nicht nur die politischen; die vielleicht nicht einmal in erster Linie.

Mag sein, daß die Situation noch nicht ernst genug ist; aber wir müssen dahin kommen, daß, sagen wir, der Vorstandsvorsitzende eines großen Automobilkonzerns öffentlich gegen die unkontrollierte Automobilisierung dieser Gesellschaft Stellung nimmt. Ich weiß, so etwas sagt sich leicht, wenn man beamteter Hochschullehrer ist. Ich kann fast alles sagen, ohne ein persönliches Risiko einzugehen.

Und dann geht es bei der Frage: Was hält uns zusammen? natürlich um die Inhalte. Wie steht es etwa mit der Kulturnation? Herr Flimm spricht in diesem Kreis mit großer Zustimmung von Kleist und Lessing. Wir alle meinen, daran könnten wir doch anknüpfen. Aber wie viele unserer Abiturienten verbinden mit diesen Namen überhaupt noch irgend etwas?

Über die Curricula der Schulen und auch der Universitäten sollten wir in der Tat eine umfassende Debatte führen; denn in diesen Bereichen ist in den letzten zwanzig, dreißig Jahren sehr viel Unheil angerichtet worden. Das ließe sich zweifellos korrigieren; da bin ich relativ optimistisch. Ich sehe jedenfalls bei Schülern und Studenten durchaus die Bereitschaft, sich im Hinblick auf verbindliche Werte weit mehr fordern zu lassen, als wir meinen.

Was schließlich die deutschen Dinge angeht, glaube ich allerdings nicht, daß wir schneller und besser dadurch zusammenfinden, wenn wir uns an so etwas wie der deutschen Nation oder der Identität der Deutschen orientieren. Ich meine, zusammenfinden werden wir nur durch Strategien der Indirektheit. Das heißt, wir müssen uns in Deutschland gemeinsam Projekte und Aufgaben vornehmen, die uns zusammenbringen, so wie Frau Vollmer dies angedeutet hat.

Dafür nenne ich drei Beispiele. Erstens sollte man eine Art Primat der Ökologie definieren. Die Zeit ist dafür reif, denke ich. Selbst wenn die anderen europäischen Länder noch nicht bereit sind, dabei mitzuziehen, könnten wir hier im nationalen Rahmen einen Anfang machen.

Zweitens fand ich ungemein bedenkenswert, was Herr Reiter sagte. Wenn einmal die Tschechen und die Polen auch leichter Deutsche werden können, würde es vielleicht auch den Deutschen leichter fallen, miteinander Deutsche zu sein. Das meine ich mit dieser Indirektheit. Versuchen wir also auf dem Umweg über die Ausländerpolitik das Multideutsche, wie es Herr Weiß genannt hat, besser lebbar zu machen.

Drittens nenne ich den Bereich der Entwicklungspolitik. Da könnten wir weit entschiedenere Dinge überlegen, als uns nur über die Frage zu streiten, wie viele Prozente des Bruttosozialproduktes wir dafür opfern wollen.

Lassen Sie mich mit einem Wort an die Veranstalter schließen. Entscheidend, denke ich, ist bei einem solchen Gespräch nicht, wie wohl man sich in der Gesellschaft derer fühlt, denen man zustimmt, sondern viel wichtiger ist, wie wohl man sich in der Gesellschaft derer fühlt, deren Meinung man nicht teilt. Der Chevalier de Montbarey wurde einmal gefragt, warum er sich in einer bestimmten Stadt so wohlfühle. Daraufhin antwortete er: "Ach wissen Sie, die gute Gesellschaft ist hier so gut wie überall, aber die schlechte, die ist ganz ausgezeichnet!"

Engert

Wir haben längere Zeit auf ein gar nicht so heiteres "Berufe-Raten" verwandt, das die Deutschen mit sich selber veranstalten. Ich möchte Ihnen zum Abschluß ein bemerkenswertes Zitat des Schriftstellers Joseph Roth bringen, der 1931 in einem Aufsatz über "Bekenntnis zu Deutschland" geschrieben hat: "Dem aufrichtigen Bekenntnis zu dem Lande, das man aus geheimnisvollen und also nicht zu erörternden Gründen sein Vaterland heißt, muß man aus beinahe ebenso unerklärlichem Grund eine Art Erläuterung vorausschicken. Nirgends und niemals noch hat ein Bekenntnis zur Heimat einer Entschuldigung bedurft. Heute und bei uns sieht man sich gezwungen, vorerst die Bekenntnisformel von der schwulstigen Verlegenheit zu säubern, mit der man sie beworfen hat, von der papierernen Phraseologie, von der es seit Jahrzehnten um sie raschelt, von der blutrünstigen Roheit, die seit Jahrzehnten den Patriotismus, die Liebe zur Nation und die Sprache in Pacht hält und vergewaltigt."

Joseph Roth nannte das Nationalgefühl die stillschweigende Voraussetzung jeder Gesinnung, so wie die menschliche Solidarität die stille Voraussetzung jeder wahrhaft menschlichen Existenz sei. Und erfährt fort: "Sich innerhalb einer Nation heimisch zu fühlen, ist eine primäre Regung des zivilisierten europäischen Menschen, keineswegs eine Weltanschauung und niemals ein Programm."

Voswinkel

Zum Abschluß dieses intensiven und inhaltsreichen Gesprächskreises möchte ich Ihnen, Herr Bundespräsident von Weizsäcker, noch einmal dafür danken, daß Sie uns nicht nur an diesen schönen Ort im Schloß Bellevue eingeladen, sondern daß Sie uns auch über die ganze Zeit mit Ihrer Anwesenheit beehrt haben. Zudem haben Sie mit Ihrer Fragestellung: Was hält eigentlich Menschen und Gesellschaft in unserer liberalen Demokratie überhaupt noch zusammen? wesentlich die Richtung der Debatte mitbestimmt.

Ich möchte meinen Eindruck von diesen anderthalb Tagen in folgenden Punkten zusammenfassen:

Die tiefgreifenden weltpolitischen Veränderungen, ja revolutionären Umbrüche seit 1989 lassen keinen Zweifel daran, daß wir uns an einer Epochenschwelle befinden. Wir erleben eine Zeit des Übergangs, ohne daß die Koordinaten einer neuen, stabilen Weltordnung schon in Sicht wären.

Frau Vollmer sprach von außergewöhnlicher Verunsicherung insbesondere der politischen Elite im Vergleich zur relativen Normalität, die die Befindlichkeit der Mehrheit der Bevölkerung bei uns bisher zu kennzeichnen scheint. In einer solchen Gefühlslage ist es sehr schwer, Perspektiven einer zukunftsweisenden Politik zu entwickeln, die wir jedoch dringend benötigen.

Für den osteuropäischen Beobachter dieser westlichen Diskussion - die nicht auf Deutschland beschränkt ist - löst diese Verunsicherung offensichtlich Erstaunen und Besorgnis aus. Herr Reiter hat es deutlich gesagt: Woran sollen wir uns in Osteuropa nach dem endlich erfolgten totalen Zusammenbruch des kommunistischen Systems eigentlich orientieren, wenn der erfolgreiche Westen nicht einmal selbst an seinen Erfolg glaubt? Verglichen mit dem "Tal der Tränen" im Osten mutet die Verzagtheit im Westen offensichtlich merkwürdig an. Die Völker, die "aus der Kälte kommen" und die ihre Hoffnungen auf das "gelobte Land" gesetzt haben, reagieren darauf zunehmend enttäuscht.

Die Diskussion um den Begriff der Nation charakterisiert die ambivalente Situation, in der wir uns auf der Suche nach Orientierung befinden. Das "Nationale" birgt die Gefahr, die unheilvollen Geister der Vergangenheit zu beschwören, während es gleichzeitig Bezugspunkt einer - auch emotionalen - Neuorientierung sein könnte. Das Für und Wider zum Thema "Liebe zu unserem Land" fand ich in diesem Zusammenhang sehr eindrucksvoll.

Wir Deutschen werden noch für lange Zeit mit der Vereinigung beschäftigt sein. Während sich für die Ostdeutschen nahezu alles verändert hat und sie große Mühe haben, wenigstens Teile ihrer DDR-Biografien in das neue Deutschland mit hinüberzunehmen, setzen die Westdeutschen überwiegend noch darauf, daß für sie möglichst alles so weitergeht wie in den letzten 40 Jahren. Dies schafft eine schwierige Mentalitätssituation im vereinigten Deutschland, wofür die "Mauer in den Köpfen" eine griffige Metapher ist. Es scheint wichtig, sich immer wieder klar zu machen, daß der notwendige Bewußtseinswandel, das heißt die mentale Einstellung auf eine für beide Teile grundsätzlich veränderte Situation, viel Zeit braucht.

Neben dem Politischen ist ein Bereich hier besonders kritisch gezeichnet worden: die Medien. Ihre fundamentale Bedeutung in unserer Gesellschaft ist so offensichtlich, daß sie von niemandem bestritten wird. Aber können die Medien der Verantwortung gerecht werden, die ihnen damit gleichzeitig zuwächst? Es wurde die Frage gestellt, ob sich an das Verhalten der Medien überhaupt moralische Maßstäbe anlegen lassen. Brauchen wir vielleicht so etwas wie eine Medienethik? Diese Fragen konnten im Rahmen dieses Gesprächs nur gestreift werden.

Um Themen für weitere Bergedorfer Gespräche brauchen wir jedenfalls nicht besorgt zu sein. Ich bin sicher, Dr. Körber hätte aufmerksam registriert, wie häufig in diesen anderthalb Tagen die Notwendigkeit solcher offenen, freien Diskussionen in einem "herrschaftsfreien Raum" betont wurde. Wir werden uns diesem Verlangen nicht entziehen.